Mittwoch, 9. Mai 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 108 - 19.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 130,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Abrüstungskonferenz: Nach zweimonatiger Pause hat die KVAE-Konferenz in Stockholm gestern die Arbeit wiederaufgenommen. Zuvor hatte der Warschauer Pakt der NATO erneut ein Gewaltverzichtsabkommen vorgeschlagen. Darin wird die frühere Forderung, vor weiteren Abrüstungsverhandlungen die neuen US-Mittelstreckenwaffen in Europa wieder abzubauen, nicht mehr erwähnt. (S. 12)

Sacharow: Der sowjetische Regimekritiker befindet sich seit dem 2. Mai im Hungerstreik, wurde gestern von einer Freundin der Familie in Moskau bekannt. Sacharow wolle damit die Genehmigung für eine Reise seiner Frau Jelena Bonner in den Westen durchsetzen, wo sie sich ärztlich behandeln lassen will. (S. 3)

Oberstufe: Nordrhein-Westfalen will den Zugang zur gymnasialen Oberstufe noch in diesem Jahr erschweren. In die Jahrgangsstufe elf sollen nur noch Schüler aufgenommen werden, bei denen gewährleistet scheint, daß sie das Abitur schaffen. (S. 4)

Gegen Koalition: Für ein Ausscheiden der FDP aus der Bonner Koalition sprach sich die FDP-Bundestagsabgeordnete Hamm-Brücher aus. Die FDP sollte nur noch von Fall zu Fall eine Unions-Minderheitsregierung unterstützen. (S. 12)

Weltraumwaffen: US-Präsident Reagan hat gegenüber Bundesaußenminister Genscher seine Bereitschaft erklärt, mit Moskau auch über Weltraumwaffen zu verhandeln. Genscher hatte für enge Konsultationen auf diesem Gebiet plädiert, da es auch um vitale Sicherheitsinteressen der Europäer gehe. (S. 12)

Amnestie: CDU-Generalsekretär Heiner Geißler vertritt in einem WELT-Interview die Auffassung, daß der heute in Stuttgart beginnende Bundesparteitag der CDU die geplante Amnestie für Steuersünder bei Parteispenden unterstützt. (S. 12))

Diplomaten hingerichtet? Einige der Angehörigen der geschlossenen libyschen Botschaft in London sollen in ihrer Heimat hingerichtet worden sein, meldete der Londoner „Daily Telegraph". Ihnen sei „stümperhafte Arbeit" vorgeworfen worden.

Steuerreform: Die bayerische Staatsregierung lehnt Steuererhöhungen oder den Abbau von Steuervergünstigungen zur Finanzierung der Steuerreform ab. Ein derartiges Vorgehen würde die Entlastungen teilweise umkehren.

Heute: Bundesparteitag der CDU in Stuttgart. – Der chinesische Vize-Ministerpräsident Li Peng unterzeichnet Kernenergie-Abkommen in Bonn.

ZITAT DES TAGES



»Das Ansehen Berlins als Industriestandort ist über die Bundesrepublik hinaus weltweit gewachsen. Zuversicht und Attraktivität sind ebenso gestiegen wie Wachstum und Investitionen«

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestern nach der 9. Arbeitstagung der Berlin-Beauftragten der deutschen Industrie (S. 13)
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

US-Zinsen: Die beiden Großbanken Chase Manhattan und Manufacturers Hanover haben ihre Prime Rate um ein halbes Prozent auf 12,5 Prozent erhöht.

AEG-Telefunken: Die Unternehmensgruppe weist in ihrem Weltabschluß für 1983 einen Überschuß von 37 Millionen DM aus und hat damit erstmals seit 15 Jahren wieder ein positives Ergebnis erwirtschaftet. (S. 16)

Schuldenkrise: Die Auslandsschulden der Entwicklungsländer ohne eigenes Erdöl haben sich nach einer Analyse des IWF von 1973 bis 1983 mehr als verfünffacht und werden 1984 auf 711 Milliarden Dollar steigen. (S. 13)

Börse: Trotz einiger negativer Konjunkturnachrichten erwiesen sich die Aktienmärkte als stabil. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 152,0 (152,1). Dollarmittelkurs 2,7812 (2,7540) Mark. Goldpreis pro Feinunze 371,50 Dollar.

KULTUR

Neues Kohout-Stück: Der Exil-Tscheche Pavel Kohout feiert in Basel neue Erfolge. Die Uraufführung seines Stücks „Das große Ahornbaumspiel", eine vehemente Satire auf die Zustände jenseits des Eisernen Vorhangs, wurde im Basler Theater mit tosendem Beifall aufgenommen. (S. 23)

Böll-Archiv: Die Stadt Köln hat die Übernahme des Archivs des Schriftstellers Heinrich Böll beschlossen. Als Gegenleistung für die Dauerleihgabe der Korrespondenz, handschriftlichen Notizen und Romanentwürfe zahlt die Stadt über einen Zeitraum von 20 Jahren etwa 2,4 Millionen Mark.

SPORT

Fußball: Der FC Gütersloh ist trotz zweifelsfreier Verstöße gegen das Amateurstatut vor dem DFB-Bundesgericht mit Geldstrafen davongekommen. In der Urteilsbegründung wurde der DFB aufgefordert, praxisnahe und zeitgemäße Regeln zu schaffen.

Radsport: Der vor neun Tagen schwer gestürzte Portugiese Joaquim Agostinho liegt weiterhin im Koma. Der 41jährige hatte sich am 30. April in Lissabon einer Schädeloperation unterziehen müssen, nachdem ihn ein Hund zu Fall gebracht hatte.

AUS ALLER WELT

Erdbeben: Bei einem zweiten schweren Erdbeben in Mittelitalien innerhalb von acht Tagen sind mindestens drei Personen getötet worden. Betroffen war vor allem die Region zwischen Rom und Neapel.

„Agent Orange": Der erwartete Mammutprozeß zwischen Vietnam-Veteranen und sieben US-Chemieunternehmen findet voraussichtlich nicht statt. Kurz vor Beginn des „Agent-Orange"-Prozesses, bei dem es um Entschädigung für durch Entlaubungsmittel verseuchte Soldaten geht, boten die Chemiefirmen einen Vergleich an. (S. 24)

Wetter: Heiter und trocken. Im Norden bewölkt. 8 bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Sowjets nicht nach Los Angeles. „Rote Olympiade" in Sofia?

Moskau: „Mißachtung der olympischen Regeln" / Rumänien will teilnehmen

DW. Moskau / Bonn

Die Sowjetunion hat gestern abend definitiv bekanntgegeben, daß ihre Athleten nicht an den 23. Olympischen Sommerspielen in Los Angeles teilnehmen werden. Politische Beobachter in Moskau gingen davon aus, daß auch andere Ostblockstaaten dem sowjetischen Beispiel folgen und ebenfalls nicht in den USA antreten werden. Eine Ausnahme dürfte Rumänien machen. Ein Sprecher der rumänischen Botschaft in Wien sagte: „Unser Wunsch ist klar, wir haben unsere eigene Position und wir nehmen an diesen Spielen teil."

In der von der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass verbreiteten Erklärung hieß es, in den USA würden „chauvinistische Gefühle und eine antisowjetische Hysterie" aufgewühlt. Extremistische Organisationen und Gruppierungen aller Art, die offen darauf hin arbeiteten, „untragbare Bedingungen" für den Aufenthalt der sowjetischen Delegation und für das Auftreten sowjetischer Athleten zu schaffen, hätten ihre Aktivität mit direktem Einverständnis der amerikanischen Behörden verstärkt.

„Das Nationale Olympische Komitee der UdSSR ist gezwungen zu erklären, daß die Teilnahme sowjetischer Sportler an den Spielen der 23. Olympiade in Los Angeles unmöglich ist". Eine andere Entscheidung hätte die Billigung der „antiolympischen Aktionen der amerikanischen Behörden" bedeutet, wurde hinzugefügt. Die offiziellen amerikanischen Stellen hätten sich der Verachtung der Ideale und Traditionen der olympischen Bewegung schuldig gemacht. Moderater im Ton hieß es weiter, die sowjetische Entscheidung habe nicht zum Ziel, „Schatten auf die Gefühle zu werfen, die die Sportler unserer beiden Länder vereinen".

Das NOK und die Sportverbände der UdSSR unterstützten weiterhin die Bemühungen des Internationalen Olympischen Komitees zur Stärkung der internationalen olympischen Bewegung und zur Wahrung ihrer „Reinheit und Einigkeit". Diese versöhnlicheren Formulierungen liessen in einigen westlichen Hauptstädten die Hoffnung aufkommen, daß möglicherweise noch nicht das letzte Wort Moskaus gesprochen sei.

In diesem Sinne äußerte sich auch die Bundesregierung in Bonn. Der FDP-Fraktionsvoristzende Wolfgang Mischnik sagte, falls es sich um eine endgültige Entscheidung der Sowjetunion handele, so bedauere er dies außerordentlich. Ein solcher Schritt Moskaus müsse nach dem Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau durch die USA den Eindruck einer „bloßen Retourkutsche" erwekken. Dies sei dem olympischenGedanken nicht dienlich. Alle sollten sich bemühen, die Spiele aus den in den vergangenen Jahren angewachsenen ideologischen Auseinandersetzungen herauszuführen. Die USA hatten wegen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan 1979 die Sommerspiele in Moskau boykottiert.

Die Kreml-Führung hatte ihre Ankündigung gestern mit einer publizistischen Kampagne vorbereitet. Sie ließ in den staatlich gelenkten Zeitungen Bürger zu Wort kommen, die sich gegen die Teilnahme der UdSSR an den Spielen in den USA aussprachen. Argumentiert wurde in allen Leser-Briefen mit der angeblich fehlenden Sicherheit der Sportler aus dem Osten. Gestern nachmittag veröffentlichte die Londoner Zeitung „The Standard" in großer Aufmachung einen Beitrag des Sowjetjournalisten Victor Louis, der als Sprachrohr der Kreml-Führung gilt. Darin wurde der Rückzug in Aussicht gestellt.

Dem Vernehmen nach erwägen die

■ Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Das Njet

HERBERT KREMP

Es könnte sein, daß die sowjetische Absage an die olympischen Spiele in Los Angeles ganz einfache, überdies unolympische Gründe hat: Die Sportler der UdSSR sind nicht so gut, wie die Propaganda es vorgibt und die Weltmacht-Hybris es vorschreibt: Die Leichtathleten stehen hinter den Amerikanern und den „DDR"-Athleten zurück, im Schwimmen sind die Amerikaner vorn, im Kunstturnen die Chinesen. Ein totalitärer Staat verträgt so etwas nicht. Er ist entweder der erste, oder er geht erst garnicht hin.

Wichtiger scheinen jedoch die politischen Gründe für die Entscheidung zu sein. Die USA hatten zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland und anderen westlichen Ländern die Spiele in Moskau 1980 boykottiert, weil man mit einem Land, das ein Jahr vorher den Nachbarn Afghanistan überfallen hatte, nicht frisch, fromm und frei ein sportliches Friedensfest feiern kann. Nach sowjetischem Selbstverständnis durfte die Retourkutsche nicht ausbleiben, zumal da die folgenden Spiele ausgerechnet in den USA stattfinden sollten. So vernahmen wir seit Beginn der Vorbereitungen für Los Angeles die mahlenden Geräusche der sowjetischen Propaganda: In der Metropole des amerikanischen Westens sei „die Luft schlecht" und „die Kriminalität gefährlich". Die Sicherheit für die sowjetischen Sportler sei nicht gewährleistet.

Die Entscheidung Moskaus, die Spiele in den USA durch einen mit Scheingründen drapierten Rache-Boykott zu bedenken, war programmiert. Die Sorge Moskaus, daß es während der Spiele zur spektakulären Flucht von Sportlern kommen würde, ist nicht von der Hand zu weisen. Wann hat ein Sowjetmensch schon einmal die Gelegenheit, eigene Wege zu gehen? Was hätte sich in den anderen Mannschaften des Ostblocks ereignet, wären diese nun nicht verpflichtet, Moskau in den Boykott zu folgen?

Die harte Linie der Sowjets zeichnet sich seit dem Amtsantritt Tschernenkos am 13. Februar ab. Seitdem wachsen die Eiszapfen, die wir mitten im Frühling auch in den deutsch-deutschen Beziehungen wahrnehmen, mit einer gewissen Zeitverzögerung, aber auf Geheiß des neuen Herrn. Die Gegen-Olympiade in Sofia ist sicher, weil sie längst vorbereitet worden ist. Mitte April sagte der sowjetische Sportminister Gramow noch vollmundig: „Wir werden die Spiele in Los Angeles nicht boykottieren" – aber das war nur ein Ablenkungsmanöver beim Rückzugsgefecht. Coubertin würde sein Haupt verhüllen, müßte er erleben, was seiner Idee angetan wird.

Die Bundesbank sagt strikt Nein zu Erhöhung der Mehrwertsteuer

Pöhl nennt Diskussion „beängstigend" / Gegen Netto-Entlastung um 20 Mrd. schon 1986

PETER GILLIES, Frankfurt

Die Deutsche Bundesbank sieht die aktuelle Debatte um die Steuerreform mit großer Sorge. Sie befürchtet, daß die Politiker zu Gefangenen ihrer Wünsche werden und damit die bisherigen Erfolge bei der Sanierung der Staatskasse aufs Spiel setzen. Scharf lehnt die Zentralbank den Plan einer Mehrwertsteuererhöhung ab. Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl nannte die Diskussion im Gespräch mit Journalisten „beängstigend".

Obgleich auch die Notenbank die Notwendigkeit einer Steuerentlastung nicht bestreitet, sieht sie doch die „so mühsam errungenen, aber eindrucksvollen Erfolge" der Haushaltskonsolidierung gefährdet, wenn sich jene Kräfte durchsetzen sollten, die schon 1986 ein Paket von 20 oder mehr Milliarden Mark an Steuerentlastungen und Familienhilfen schnüren wollen. Diese Summe gehe „zu weit" und lasse sich ohne Schaden für die Konsolidierung nicht verwirklichen, meinten Pöhl und Mitglieder des Bundesbank-Direktoriums in dem Gespräch in Frankfurt.

Damit stärkt die unabhängige Bundesbank die Position des Bundesfinanzministers, der eine Nettoentlastung um rund 20 Milliarden Mark schon 1986 für nicht vertretbar hält. Allenfalls sollte der „von uns hochgeschätzte Finanzminister" ein Volumen von zehn bis 14 Milliarden Mark anpeilen. Die Bundesbank befürchtet jedoch, daß die Politiker „vom Ankündigungs-Karussell nicht mehr herunterkommen".

Entgegen Stoltenbergs Vorschlag hält die Zentralbank jedoch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder anderer Abgaben, um damit die Steuerentlastungen und die Familienhilfen zu finanzieren, für völlig ungeeignet. „Vor dieser Kompensation müssen wir dringend warnen", sagte Pöhl. Schon vor der letzten Erhöhung der Mehrwertsteuer, die diese Regierung vornahm, habe die Notenbank „leider nicht laut genug gewarnt". Am Beispiel der jüngsten Mehrwertsteuererhöhung in Österreich hätten sich die fatalen Folgen gezeigt: kräftige Preissteigerungen und höhere Zinsen seien die Folge gewesen; zudem sei der Schilling-Kurs unter Druck geraten.

Die Berechnungen, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 14 auf 15 Prozentpunkte ergäben verläßliche Mehreinnahmen, seien „rein fiktiv und irreal", ergänzte Vizepräsident Helmut Schlesinger. Dabei würden nicht nur die Inflationswirkungen übersehen, sondern auch die Tatsache, daß der Staat selbst Mehrwertsteuern zahlen müsse. Zudem sei diese Steuer eine Einladung in die Schattenwirtschaft. Pöhl: „Man kann sein Geld nicht schneller verdienen als durch Einsparen der Mehrwertsteuer."

Ganze Kanäle der Wirtschaft hätten sich bereits auf „Geschäfte ohne Rechnung" eingespielt, worunter die Bundesbank-Manager nicht nur die herkömmliche Schwarzarbeit, sondern auch die Praxis bestimmter Kleinbetriebe verstehen. Hier erlägen die Politiker einer „ganz großen Illusion".

Auch eine Inkaufnahme höherer Neuverschuldung schon jetzt für 1986 und die folgenden Jahre, um das Steuerpaket damit teilweise zu finanzieren, ist in den Augen der Bundesbank schädlich für die Finanzpolitik. Die Konjunkturlage, deren Risiken eher unterbewertet seien, sei für 1986 gar nicht abzusehen. Einen dann möglichen Abschwung schon jetzt als Rechtfertigung für höhere Staatsschulden heranzuziehen – wie Graf Lambsdorff es tut – stößt ebenfalls auf Widerstand bei der Bundesbank.

Libyen: Raketen-Angriff auf die Kaserne Khadhafis

Aktivitäten der Opposition in Libyen nehmen zu

DW. Tripolis / Bonn

Eine bewaffnete Gruppe hat in der libyschen Hauptstadt Tripolis gestern die Kaserne angegriffen, in der Staatschef Muammar Al Khadhafi wohnt. Es ist nicht bekannt, ob sich Khadhafi zum Zeitpunkt der Beschießung in der Kaserne aufhielt. Dies berichteten mehrere westliche Nachrichtenagenturen übereinstimmend aus Tripolis. In Bonn wurde von gut unterrichteter Seite bestätigt, daß gestern früh in Tripolis ein Haus von bewaffneten Männern beschossen worden sei.

Nach Schilderungen westlicher Diplomaten griff ein etwa 15köpfiges Kommando den Bereich der scharf bewachten Aziziia-Kaserne mit Raketen und automatischen Waffen an, in der Khadhafi gewöhnlich wohnt. Die ersten Schüsse seien in den Morgenstunden gefallen, das Feuer habe noch bis zum späten Nachmittag angehalten. Gegenüber der Nachrichtenagentur AP erklärten westliche Diplomaten aus Tripolis, man habe gehört, daß die Grenzen geschlossen und die Straßen zum Flughafen gesperrt worden seien. Der französischen Rundfunk berichtete am Abend, daß alle Rebellen von khadhafitreuen Kräften überwältigt worden seien.

Das Regime Khadhafis, das am 1. September 1969 durch einen Putsch an die Macht gekommen war, war in letzter Zeit zunehmend in außen- und innenpolitische Bedrängnis geraten. Grund waren vor allem eine expansive Außenpolitik Tripolis' gegenüber der Nachbarstaaten sowie die Unterstützung von Terrororganisationen auf der ganzen Welt und der Versuch, durch Repression jegliche Opposition in Libyen unmöglich zu machen.

Die Tötung einer britischen Polizistin durch Schüsse aus dem libyschen „Volksbüro" in London am 17. April bewies die zunehmende Unsicherheit des libyschen Regimes. Am Tage zuvor waren in Tripolis zwei Studenten wegen „Verrates" öffentlich hingerichtet worden. Die Demonstration vor dem libyschen „Volksbüro" in London richtete sich gegen diese Exekutionen.

Als gefährlichster Gegner Khadhafis gilt Mohamed Magarief, der Generalsekretär der „Nationalen Heilsfront". Magarief fordert den Umsturz Khadhafis und die Einführung einer parlamentarischen Demokratie. Die Radiosendungen der „Heilsfront" sollen in Libyen große Resonanz finden. Der Angriff eines libyschen Bombers vom Typ Tu-22 auf die Rundfunkstation Omdurman wird als Versuch Khadhafis gewertet, diese Radiosendungen gewaltsam zum Schweigen zu bringen. Die Rundfunksendungen und die Aktionen der libyschen Opposition gingen weiter. So wurde am 25. März ein Armee-Depot bei Al Abyar gesprengt. Dabei wurden 200 Personen verwundet, mehrere Menschen starben. Nach Berichten westlicher Korrespondenten soll es auch in Zuara an der tunesischen Grenze zu Kundgebungen gegen Khadhafi gekommen sein. Libysche Oppositionelle erklärten vor Wochen, sie rechneten mit einem Aufstand gegen Khadhafis Regime.

Gesamtmetall sieht sich bestätigt

Umfrage: 59 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für das Angebot der Arbeitgeber

DW. Bonn

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall sieht in dem Ergebnis einer Umfrage der Infratest-Kommunikationsforschung seine Meinung bestätigt, daß die IG Metall-Mitglieder in den Urabstimmungen zwar ihre Solidarität mit den Gewerkschaften bekundet haben, aber unverändert große Bedenken gegen die 35-Stunden-Woche bestehen. Hätten die Mitglieder der IG Metall wählen können zwischen dem Angebotspaket der Arbeitgeber aus 3,3 Prozent mehr Lohn, Vorruhestand und bezahlte Freizeit bei flexibler Arbeitszeit einerseits und der Gewerkschaftsforderung nach stufenweiser Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich andererseits, dann wäre die IG Metall-Forderung eindeutig abgelehnt worden, erklärte Gesamtmetall gestern.

Das Institut ermittelte, daß 59 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder in der Metallindustrie dem Arbeitgeberangebot den Vorzug geben und nur 38 Prozent für stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich sind (drei Prozent machten keine Angaben). In den Unternehmen mit weniger als 1 000 Beschäftigten sprachen sich nach den Infra-Zahlen 68 Prozent für die Arbeitgeberofferte aus. Bei den nichtorganisierten Arbeitern ist die Zustimmung zum Arbeitgebervorschlag mit 82 Prozent überwältigend groß. Infrateest Kommunikationsforschung unternahm die Umfrage vom 24. April bis zum 4. Mai, also auch in der Zeit der Urabstimmungen in Nordwürttemberg/Nordbaden, in der Metallindustrie des gesamten Bundesgebietes.

Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Dieter Kirchner sagte dazu, das Umfrageergebnis zeige ein klares Mandat der Gewerkschaftsmitglieder für den Vorstand der IG Metall, durch Verhandlungen über das Paket aus Lohnerhöhung, Vorruhestand und flexiblen Arbeitszeiten zu einem Ergebnis und damit zur Beendigung des Tarifkonfliktes zu kommen. Kirchner bekräftigte, daß Gesamtmetall weder vor, noch während, noch nach einem Streik die Regelarbeitszeit von 40 Wochenstunden generell unterschreiten werde.

Von der gestern eingeleiteten Urabstimmung unter den hessischen Metallarbeitnehmern meldete die Gewerkschaft einen „regelrechten Ansturm" auf die Abstimmungslokale. Die IG Metall war zuversichtlich, daß die für einen Streik erforderliche Mehrheit zustandekommen werde.

Seite 2: Kampfpose

Spenden: Viele Verfahren eingestellt

Praxis der Bonner Staatsanwaltschaft nimmt der Koalition Argumente für Amnestie

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Argumentation der Koalition, durch ein Amnestiegesetz für Steuersünder bei Parteispenden müßten vor allem Mittelständler und Freiberufliche vor einer ungerechtfertigten Strafverfolgung geschützt werden, hat durch detaillierte Zahlenangaben der Bonner Staatsanwaltschaft über die bisherige Verfahrenspraxis an Überzeugungskraft verloren. Außerdem ergibt sich daraus, daß nicht nur Spender, sondern auch eine Reihe maßgeblicher Politiker der FDP und der CDU/CSU von dem Amnestiegesetz profitieren würden.

Bei der Staatsanwaltschaft Bonn waren, wie ihr Pressesprecher Wilhelm gestern der WELT bestätigte, Ende April 1805 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit Parteispenden registriert, die sich gegen „Unternehmen" richteten und die - jedes für sich - eine unterschiedliche Anzahl von Beschuldigten zum Gegenstand hatten. Von diesen Verfahren sind 391 an Staatsanwaltschaften außerhalb Nordrhein-Westfalens abgegeben worden. Von den rund 1400 Verfahren, die bei der Anklagebehörde in Bonn verblieben sind, hat die Staatsanwaltschaft 254 eingestellt, weil sie den Parteispendern ein „Unrechtsbewußtsein" nicht nachweisen konnte. Weitere 452 wurden mit Zustimmung des Gerichts wegen „Geringfügigkeit" eingestellt. Es handelte sich dabei um Fälle, in denen bis zu 5000 Mark gespendet worden waren.

Insgesamt 10 Verfahren wurden unter der Auflage, ein Bußgeld zu zahlen, mit Zustimmung des Gerichts und der Betroffenen eingestellt. Nach den Worten von Oberstaatsanwalt Wilhelm sind es Fälle, in denen die hinterzogene Steuersumme bis zu 30 000 Mark betragen habe, also die Spenden etwa bei 60 000 Mark gelegen haben. Die Geldbußen bewegten sich zwischen 50 und 70 Prozent der hinterzogenen Steuern. Wer also, um ein Beispiel zu nennen, 20 000 Mark Steuern hinterzogen hatte, mußte ein Bußgeld von etwa 12 000 Mark zahlen, dann wurde das Gerichtsverfahren eingestellt.

● Fortsetzung Seite 12

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kampfpose

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Wenn die gewerkschaftlich organisierten Metaller zur Urabstimmung gehen, werden sie nur gefragt, ob sie bereit sind, für die Ausgangsforderung der IG Metall – also für die Maximalforderung – notfalls zu streiken. So war es im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden, so ist es jetzt in Hessen. Die Maximalforderung heißt: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Viel interessanter wäre es, wenn die Gewerkschaftsmitglieder darüber abstimmen könnten, was sie lieber hätten, den Streik für die Kampfparole ihrer Gewerkschaft oder die Annahme des auf dem Tisch liegenden Angebots der Arbeitgeber.

Folgt man einer Infratest-Umfrage, so steht die Antwort der Metall-Arbeitnehmer insgesamt, aber auch der Gewerkschafter unter ihnen fest: große Mehrheit für Annahme des in der Tat lukrativen Angebots der Arbeitgeber. Also stellt sich die Frage, ob es zu einem Streik kommt, der zwar durch ordnungsgemäße Urabstimmungen legitimiert ist, den aber die betroffenen Arbeitnehmer, ja, sogar die Mitglieder der IG Metall eigentlich nicht wollen. Anders gefragt: Verkehren die Urabstimmungen die wirkliche Meinung der Arbeitnehmer in ihr Gegenteil?

Aus der Sicht der Gewerkschaft hat es durchaus Sinn, bei der Urabstimmung zur Maximalforderung zurückzukehren; denn es gilt, aus der günstigsten Ausgangsposition heraus den Erzwingungsstreik anzusetzen, mit dem Ziel, den Arbeitgebern den im Sinn der IG Metall bestmöglichen Tarifvertrag abzutrotzen. Auch die abstimmenden Metaller wissen, daß am Ende eines Streiks nicht die komplette 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchgesetzt sein wird, sondern ein Kompromiß. Demnach richtet sich die Urabstimmung gar nicht auf ein konkret fixiertes Tarifergebnis, sondern allein darauf, die Verhandlungsposition der Gewerkschaft zu stärken, und sei es mit einem Streik.

Daraus ist zu folgern, daß Urabstimmungen eine Kampfpose darstellen, die keine Auskunft über die präzisen Sachvorstellungen der Abstimmenden gibt. Im Extremfall kann es sein, daß die betroffenen Arbeitnehmer das Angebot der Arbeitgeber akzeptabel finden, aber dennoch aus Solidarität mit ihrer Gewerkschaft die Kampfpose einnehmen. Das ist wohl die aktuelle Situation. Die Gewerkschaft gerät in eine schizophrene Lage: Sie mobilisiert eine Minderheit, um sich von ihr zu Kampfmaßnahmen legitimieren zu lassen, welche die große Mehrheit nicht will. Welche Gewerkschaft wäre stark genug, die bessere Einsicht zu bestreiken? Das könnte nicht lange gutgehen.

Mitgefangen, mitgehangen

Von August Graf Kageneck

Immer wilder schlingert das französische Regierungsschiff unter den Brechern politischer und wirtschaftlicher Niederlagen. Immer lauter grollt die Meuterei an Bord. Die Krise im lothringischen Stahlrevier, im Schiffbau und in den Kohlenbecken entzieht der Linkskoalition den letzten Boden an Vertrauen. Man braucht für diesen Tatbestand keine Meinungsumfragen heranzuziehen. Die Ergebnisse der Nachwahlen seit 1983 liefern schlüssigere Beweise. Eine Wählerkonsultation nach der anderen – zuletzt am Sonntag im Raum Paris – geht für die Linke verloren, bringt einen Triumph für die bürgerliche Seite.

Hauptleidtragende des Fiaskos ist, zur grimmigen Freude der Sozialisten, die Kommunistische Partei. Ihre Kritik an der Wirtschaftspolitik des Sozialisten Delors, die in Wahrheit auf den Staatschef Mitterrand zielt, schlägt hier nicht zu Buche. Sie verhinderte nicht, daß seit zwölf Monaten in der roten Bannmeile von Paris die Hälfte der kommunistischen Bastionen gefallen sind. Die Wähler glauben offenbar nicht, daß es die „Partei der Arbeiter“ besser machen könnte. Sie machen keinen Unterschied mehr zwischen Sozialisten und Kommunisten, zumal da die Kommunisten ja die Entscheidungen der Sozialisten mittragen. Es ist die gesamte Linke, der die Wähler ihre Enttäuschung heimzahlen. In Raten zunächst – vor der großen Abrechnung von 1986.

Für KPF-Chef Georges Marchais ist dies eine bittere Erkenntnis. War die Taktik falsch, auf dem sozialistischen Dampfer mitzufahren und gleichzeitig gegen den Kapitän zu meutern, so bleibt nur der Abgang von Bord. Was aber, wenn die KP-Wähler den „Verrat“ noch ärger bestrafen? Laokoon-Marchais wird sich noch eine Zeitlang winden müssen.

Schwier läßt lernen

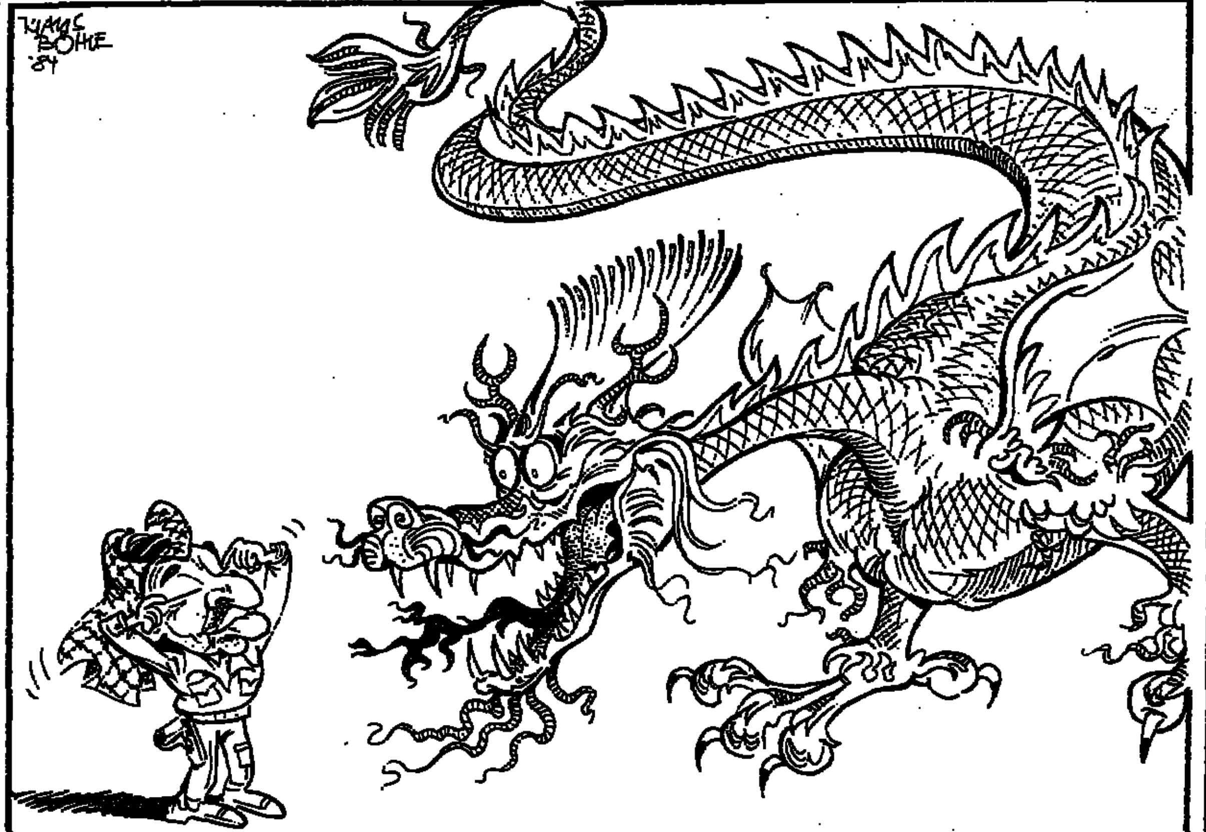
Von Wilm Herlyn

Der ehemalige Schulrat und jetzige Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Hans Schwier, zeigt entweder bemerkenswerten Mut zur Rechtschaffenheit oder bemerkenswerten Instinkt für das, was sich im Volk zusammenbraut. Kaum im Amt, stoppte Schwier abrupt die Vorbereitungen für eine neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Sekundarstufe I, die sein Vorgänger noch in Gang gesetzt hatte. Sie hätte das Leistungsniveau noch tiefer gesenkt und zielte mit ihren gleichmacherischen Tendenzen auf eine Aushöhlung des Gymnasiums.

Es blieb nicht Schwiers einzige Tat wider die jahrelange Nivellierungs- und Politisierungstendenz in den Schulen. Er hat entgegen wütenden Protesten aus den Reihen der Lehrergewerkschaft GEW öffentlich gegen eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für Lehrer Stellung genommen. Er hat die einseitig auf Parteipropaganda zugunsten der SPD ausgerichtete Schulpostille „S wie Schule“ eingestellt. Er hat eine Rechtsverordnung erlassen, nach der Kernfächer bis zur Reifeprüfung Pflicht bleiben und ein Ausweichen auf leichtere Fächerkombinationen unmöglich gemacht wird.

Und nun hat er gestern die Versetzungsordnung verschärft. Ein Schüler kann nicht mehr in die gymnasiale Oberstufe aufsteigen, wenn er eine Fünf in einem der Hauptfächer nicht durch ein Befriedigend in einem anderen Hauptfach ausgleicht.

Abitur, so scheint es, soll also wieder ein Ausweis von Leistung und Leistungsbereitschaft sein. Lange genug haben Wirtschafts- und Universitätskreise über die unzulängliche Ausbildung der angehenden Mitarbeiter bzw. Studenten geklagt. Es mag Stimmen geben, die Schwiers Vorgehen mit den Kommunalwahlen am 30. September und den Landtagswahlen des 11. Mai 1985 in Verbindung bringen. Und wenn schon – Hauptsache, die Schule wird tatsächlich wieder zur Schule der Nation, um Brandts durchaus frivole Sentenz von 1969 einmal ernstnehmend zu zitieren. Lange genug war Schule etwas, was Wirtschaft wie auch Universitäten vielfach durch Extrakurse auszugleichen hatten.



Einem Drachen schöne Augen machend　　ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Mord und Sensibilität

Von Enno v. Loewenstern

Für den sensiblen jungen Mann müsse das Urteil deprimierend sein, befand eine Zeitung. Eine andere vermutete gar das Schlimmste: es habe wohl „der Gedanke der staatlichen Vergeltung im Vordergrund gestanden.“ Und der Sekretär eines Komitees für Grundrechte und Demokratie sprach von einem „terroristischen Urteil“, das einen „das Gruseln“ lehre. Wer ist das sensible Vergeltungsopfer – ein sonst unbescholtener Bürger wie der Bonner Oberbürgermeister Daniels, der soeben 8000 DM Strafe für die Aquisition von Parteispenden bezahlt hat? Keineswegs. Das Oberlandesgericht Stuttgart hat einen Terroristen namens Peter Jürgen Boock zu dreimal Lebenslänglich verurteilt.

Die Erregung wird auch nicht damit begründet, daß seine Schuld nicht erwiesen sei. Das Blatt, das die Sensibilität des Jünglings rühmte, stand nicht an, zu bestätigen: „Alles in allem überzeugend waren die Gründe, die das Gericht für seine Ansicht vortrug, Boock sei an führender Stelle an schlimmsten Verbrechen beteiligt gewesen und versuche nun, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen.“ Boock hat an der Ermordung Jürgen Pontos und Hanns Martin Schleyers sowie von dessen Begleitbeamten mitgewirkt. Daß er zuletzt einige Einsicht gezeigt hat, ändert nichts an der Rechtslage. Das müßte bekannt sein in einem Land, wo an jeder Straßenecke Demonstranten daran erinnern, daß das Leben Vorrang habe, vor der Rüstung, vor dem Profit, vor was immer.

Für manche sensiblen Kritiker freilich hatte das Leben dort keinen Vorrang, wo es um ein besseres Leben ging. Die erstaunlichste Variante war die sogar von Leuten mit Professorentitel vorgetragene Lehre, die Terroristen seien Feinde des Staates, also habe man sie als Kriegsgefangene zu behandeln und gegebenenfalls auf Regierungsebene mit ihren Anführern zu verhandeln; das schloß natürlich eine „Bestrafung wie gewöhnliche Verbrecher“ aus. Ansonsten pflegte man sie als Verzweifelte darzustellen, deren Kampf gegen unser unmenschliches System zumindest verständlich, wenn nicht sogar gerechtfertigt sei.

Die hohe Zeit der Terror-Verbrechen ist gottlob hinter uns, aber das Wohlwollen lebt fort und äußert sich jetzt mehr utilitaristisch: Man solle doch die anderen Täter zum „Aussteigen“ ermutigen, indem man die schon ergriffenen Aussteiger milde behandelt; überdies könnte Milde auch die „autonomen Gruppen“ von heute ansprechen, die sich dem Kampf gegen das Nullbock-System verschrieben haben und Anschläge planen.

Nun war Boock in der Tat allenfalls ein „Aussteiger“, also eben nicht ein reuiger Täter, der alles getan hätte, was – wenn schon nichts mehr zur Wiedergutmachung seiner Verbrechen getan werden konnte – wenigstens zur Verhinderung weiterer Straftaten hätte beitragen können. Aus sechs Morden aber kann man nicht aussteigen wie aus einer Straßenbahn, wie der Vorsitzende Richter treffend sagte. Überdies gibt es, von der Rechtslage einmal abgesehen, ohnehin keinen Hinweis dafür, daß die Terrorszene nur darauf wartet, alle Morde und sonstigen Verbrechen abzubuchen wie eine steuerliche Abschreibung und in das böse System zurückzukehren, wenn die Justuz verspricht, aus ihrer Pflicht auszusteigen. Schlechthin kurios aber ist die Spekulation, daß die heute sich bildenden „revolutionären Zellen“ oder ähnlichen Grüppchen ihre geplanten Anschläge gerade deshalb aufgeben könnten, weil man sie wissen läßt: Ihr könnt nach Belieben Verbrechen begehen, denn sobald ihr es euch anders überlegt, dürft ihr mit Milde rechnen.



Aus Mord-Schuld einfach aussteigen? – Szene des Schleyer-Überfalls　　FOTO: DPA

Auch daß die Verbrechen einige Jahre zurückliegen, ist so wenig ein Grund, sie ungesühnt zu lassen, wie bei den noch weiter zurückliegenden Morden jener Leute, die auch einmal gegen „das System“ antraten und immerhin eine Republik zu zerstören vermochten. Es ist auch kein Grund, sie zu vergessen, weil sie scheiterten. Wenn Terrorbanden in der dritten Welt kritisiert werden, hört man den Einwand, daß ihre bloße Existenz sie rechtfertige. Denn wenn die Zustände nicht undemokratisch und böse wären, so gäbe es diese „Volkserhebungen“ nicht. Wo aber sind die Zustände nach dieser Lehre so demokratisch und gut, daß es dergleichen nicht gibt? In der Bundesrepublik gab es die Mörderbanden mit denselben Zielen (und demselben sozialen Querschnitt der Täter aus der Soziologenklasse) wie etwa in Kolumbien, und es gibt es sie noch. Wenn sie scheitern, liegt das nicht am sozialen Netz, nicht an mildtätigen Gerichtsurteilen für Aussteiger und schon gar nicht an etwaigen tapferen Bekenntnissen unserer selbsternannten Liberalen zum demokratischen Rechtsstaat, sondern daran, daß es diesen letzteren nicht gelungen ist, die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats außer Funktion zu setzen.

Schließlich aber läßt dies nur noch komplizenhafte Bohren, ob es nicht doch etwas milder gehe, gerade die Frage nach der Sensibilität der Täter außer acht, nämlich eben da, wo es um Einsicht und Reue und die Bereitschaft wenigstens zur Sühne geht. Wer nach exemplarischen Strafen nur je nach Mode zu rufen pflegt, bei Säureverklappung oder Parteispenden oder bei Vergewaltigung oder was gerade Straßenbewegungen bewegen mag, sollte nicht das Etikett der Liberalität oder Humanität beanspruchen. Des Menschen Schuld-Bewußtsein kann man ihm nicht nehmen, ohne ihm ein Stück seines Mensch-Seins zu nehmen.

IM GESPRÄCH Febres Cordero

Reagan als Vorbild

Von Günter Friedländer

Von dem robusten Mann mit der weißen Mähne und dem dunklen Schnurrbart sagen die Bewunderer, daß er mit seinen 57 Jahren erfahren genug ist, um das Vertrauen der Sicherheit suchenden Ecuadorianer zu gewinnen, dennoch aber noch die Herzen der jungen Mädchen höher schlagen lassen könne. In der Tat genießt der erfolgreiche Ingenieur und Unternehmer Leon Febres Cordero, der als Kandidat einer konservativen Koalition in einer Stichwahl gegen den Sozialdemokraten Borja Ekuadors Präsidentschaft gewann, die Bewunderung all derer, die einen richtigen „Macho“ schätzen. Im Mittelpunkt seines eleganten Hauses in Guayaquil ist seine große Waffensammlung untergebracht. Hier gießt er auch die Kugeln für seine Pistolen. Er trägt stets eine im Gürtel, wenn er sein Haus verläßt. Gern läßt er sich auf seinem Pferd fotografieren, wie Ronald Reagan, der eines seiner Vorbilder ist.

„In aller Bescheidenheit“, meint er, „ich bin eher ein Reagan als ein Mitterrand.“ Sein Programm ist: „Eine starke Regierung, freie Wirtschaft ohne staatliche Einmischung, Rettung der Landwirtschaft, Respekt vor dem Gesetz, mehr Arbeitsplätze“ – für jeden etwas. Er glaubt an das Programm des Nobelpreisträgers Milton Friedman, verachtet aber die Chicago Boys, die es in Südamerika nicht anzuwenden wußten. Ein Grundfehler sei das Manipulieren der Währung, das auch Ekuador plagt: Ein Dollar ist offiziell 60,40 Sucres, auf dem freien Markt aber 88,55 Sucres wert. Er will den Sucre auf seinen wirklichen Wert fallen lassen, was dem Export der Bananen und der Krabben helfen würde.

Das südamerikanische Schicksal des Exils trug er in Kolumbien, dessen Betancur sein wahrer Held ist.



Arbeitet hart, wollte gewinnen, hat gewonnen: Febres Cordero　　FOTO: AP

Ohne Scham hat er Betancurs erfolgreiche Wahlparole „Si se puede“ (etwa: aber natürlich geht's) übernommen. Wie Betancur ist er kein klassischer Konservativer, aber die Konservativen benutzen sein Talent als Volkstribun, um an die Macht zu kommen. Er spricht die Sprache des Volkes, wenn er etwa sagt: „Unser Land ist vollkommen ruiniert. Außer unseren Fingernägeln blieb uns nichts mehr zu Knabbern.“ Und er würzt seine Reden mit einer ganz kleinen Dosis Antiamerikanismus, denn das gehört heute zum politischen guten Ton; er will aber Ekuador aus der Gruppe der blockfreien Länder herausführen.

Febres sagte während des Wahlkampfes: „Ich arbeite hart, bin ehrlich und fähiger (als mein Gegner), und ich will gewinnen.“ Nun steht er vor einer neuen Aufgabe: die siegreiche Koalition im Parlament zusammenzuhalten, in dem seine eigene Partei nur 16 der 71 Sitze einnimmt. Das wird nicht immer einfach sein.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung schreibt zu den Wahlen in El Salvador:

Es gibt zwei Gewinner in diesen Wahlen, die anders sind als die anderen. Das ist weder Duarte noch ist es d'Aubuisson. Der erste unumstrittene Sieger ist das salvadorianische Volk. Es hat trotz Drucks, Drohungen und Gefahren durch die castro-marxistischen Guerilla, trotz des Durcheinanders eines Wahlsystems, das für ein Land zu umständlich ist, das nicht an freie Wahlen gewöhnt ist, mutig und massiv und mit einem Glauben an die Demokratie gewählt, der Bewunderung und Achtung verdient. Der zweite Sieger ist Ronald Reagan. Er hat versprochen, daß es nicht unmöglich sei, in einem verbündeten Land, das unter dem Schutz Amerikas steht, dieses Namens würdige Wahlen zu organisieren.

TAGESANZEIGER

Über die „DDR“-Wahlen heißt es in dem Zürcher Blatt:

Viele westliche Beobachter fragen sich jeweils, warum die Staats- und Parteiführung überhaupt „wählen läßt“, wenn doch das Ergebnis ohnedies feststeht. Diese Frage zeugt jedoch von einem falschen Verständnis von der Funktion des Urnenganges. In der DDR geht es nicht darum, an der Urne für oder gegen bestimmte Programme, Personen und Politiken zu entscheiden. Die Wahl hat eine ganz andere Bedeutung, nämlich jene einer „gesellschaftlichen Aktion“, wie der offizielle Ausdruck lautet. Übersetzt und interpretiert bedeutet dies, daß der Urnengang nichts anderes soll als Auskunft geben, wieweit die Parteikader zur Mobilisierung der Bevölkerung fähig sind und wieweit die Bürgerinnen und Bürger diesen Bemühungen Folge leisten.

Fuldaer Zeitung

Hier heißt es zur Berliner Blockade 1949:

In dieser Woche sind es 35 Jahre her, daß die Blockade West-Berlins beendet wurde – eigentlich keine richtige Jubiläumszahl, dennoch handelt es sich um ein Datum, das des Erinnerns wert ist... Die Berliner werden den Dank für die „Rosinenbomber“ nicht vergessen. Jeder, der die Zeit miterlebt oder nur davon gehört hat, sollte emotionslos nachdenken über eine derart historische Geste der Nächstenliebe. Es wäre ungerecht, was leider oft versucht wird, solche Gefühle mit lautem Geschrei der Straße zu übertönen. Denn auch heute noch garantieren die Vereinigten Staaten wie in jenen 322 Tagen unsere Sicherheit.

Westfälische Nachrichten

Zur Frage der Sozialstationen schreibt die Münsteraner Zeitung:

Die Kosten für Pflege in Heimen reißt Löcher in das soziale Netz, da sie für den einzelnen unbezahlbar werden. Die Klagen der Kommunen und der Landschaftsverbände über die überdurchschnittlich steigenden Sozialhilfekosten haben hier ihren guten Grund. Wer die Arbeit der Sozialstationen ausweiten will, muß den Trägern, meist den freien Wohlfahrtsverbänden, die Mittel dafür zur Verfügung stellen. Sonst droht der offengelassene Eigenanteil die Träger in den finanziellen Ruin zu treiben. Das alte Spiel um die Verlagerung der Kosten auf den, der sich am wenigsten wehren kann, ist einfach unehrlich.

Vom öffentlichen Korridor, der zum Ballsaal wurde

Ist die Aufblähung des öffentlichen Dienstes wirklich unaufhaltsam? / Von Peter Gillies

Lieb und teuer ist er uns, der Staatsdienst. Unter seinem Dach arbeiten mehr als 4,5 Millionen Menschen. Allein die Kernmannschaft der öffentlichen Verwaltung – Bahn, Post und andere ausgenommen – wuchs in zwei Jahrzehnten um gut achtzig Prozent. Jeder fünfte Arbeitnehmer steht heute in öffentlichem Sold, die Personalausgaben haben sich von 1961 bis 1982 versiebenfacht. Die Beamtendichte in der Bundesrepublik hat Weltniveau. Über die Effizienz des Staatsapparates gibt es viele Untersuchungen und noch mehr Mutmaßungen, wenige davon schmeichelhaft.

Seit dem Aufblühen der Tempelverwaltungen Sumeriens – lange ehe sich Parkinson Gedanken darüber machte, daß die Zahl der britischen Admiräle umso stärker stieg, je weniger Schiffe die Flotte hatte – bemühen sich alle Staaten, das Gesetz der steten Aufblähung der Staatstätigkeit zu bestätigen. Gelungen ist es ihnen, wenn auch die Bundesrepublik vom Zustand beispielsweise Dänemarks, wo es bereits doppelt soviel Staatsdiener wie Industriebeschäftigte gibt, noch um einiges entfernt ist.

Der Weg ist gesäumt von Sprüchen vom „Recht auf Glück und Geborgenheit“, vom „privaten Reichtum und der öffentlichen Armut“ (in Wirklichkeit ist es genau umgekehrt), von der „sozial organisierten Nachbarschaft“, vom ausweitungsbedürftigen öffentlichen Korridor (der schon längst ein Ballsaal geworden ist) oder von der Lebensqualität, die herzustellen nicht einzelne, wohl aber Kollektive vermögen. Die meisten dieser Wegweisungen stammen aus Parteiprogrammen der SPD, aber auch die CDU hat ihren Anteil daran.

Nun braucht jeder Staat einen Apparat, der Steuern und Abgaben erhebt, Straßen baut und darauf Sicherheit gewährleistet. Aber wer an die Versiebenfachung der Personalkosten denkt, wird schwerlich behaupten, unser Wohlbefinden habe sich ebenfalls versiebenfacht. Daraus ergibt sich spiegelbildlich eine riesige Leistungsreserve, die wir zwar besolden, aber nicht rentabel nutzen. Darauf freilich wird erwidert, daß Rentabilität ein ungeeigneter Maßstab zur Beurteilung staatlicher Dienstleistungen sei. In der Tat wurde die Frage nach dem Verhältnis von Kosten zu Leistungen politisch nie gestellt. Unwidersprochen zog der Staat Aufgaben an sich, die unter dem Druck von Wettbewerb weit kostengünstiger erbracht werden könnten. Theater, deren Subventionen umso kräftiger stiegen, je mehr Zuschauer ausblieben, staatliche Müllabfuhr oder Flußbaggerei, Regulierung des Wohnungs- oder Agrarmarktes, Berater und Kommissionen – alles von der Illusion geschaffen, das Kollektiv könne erzeugen, was seine Mitglieder zu erzeugen unfähig sind.

Aber auch die klassischen Bereiche wie Justiz, Polizei oder Bundeswehr, Bildungs- oder Gesundheitswesen bergen riesige Rationalisierungsreserven. Doch das Fehlen des Leistungsprinzips und von Wettbewerb und Kostenrechnung lassen sie weiter schlummern. Das Wachstum von Bürokratie und Paragraphendschungel wird zwar angelegentlich kritisiert, aber im Einzelfall wird denn doch die Einstellung zusätzlicher Kräfte als die humane Lösung gepriesen, weil eben ein Sozialstaatler von Schrot und Korn nicht Ruhe gibt, bis neben jedem Bürger ein Staatsdiener steht, der ihm zur Mündigkeit verhilft.

Nun wird behauptet, die Stellenvermehrung im öffentlichen Dienst, die Umkehr von Stellenkegeln und die oftmals feinsinnigen Methoden der Selbstbedienung, das Zulagenunwesen, das Planstellendenken ohne Arbeitsplatzrisiko oder die Leistungsferne seien der unvermeidliche Preis eines wohl- bis überorganierten Staatswesens – und schließlich stelle man doch auch in der Privatwirtschaft bürokratische Auswüchse fest. Aber das beantwortet nicht die Frage, ob ein moderner Staat nicht auch mit, sagen wir, drei statt mit 4,5 Millionen Dienern ordentlich verwaltet werden kann. Dabei brächte die damit verbundene Effizienzsteigerung mehr Wohlfahrt und mehr Wohlstand, nicht zuletzt auch weniger Steuern und mehr produktive Arbeitsplätze. Und der Hinweis auf private Bürokratien geht deswegen fehl, weil diese aus privatem Gewinn und nicht aus öffentlichen Kassen finanziert werden.

Aber es wäre unredlich, das Elend der Bürokratie zum Haß auf Staatsdiener zu verkürzen. Sie tun nach Kräften ihre Pflicht; und alle wurden sie berufen, weil die Bürger es so wollten – oder weil Politiker den Bürgern einzureden verstanden, daß sie es so wollten. Auf dem Weg der kollektiven Beglükkung innezuhalten, gar umzukehren, erfordert eigene Anstrengungen und sperrige Fragen. Nur wenn die Familie wieder für ihre Mitglieder in guten wie in schlechten Tagen sorgt, die Eltern für ihre Kinder und umgekehrt, die Familien für ihre Wohnungen, jedermann vor allem für seine eigenen Belange, erst dann brauchen wir weniger Sozial-, Jugend-, Wohnungs- und anderlei Behörden. Doch die Frage wird nicht gestellt, und so stellt man sich ihr nicht.

„Wie wir leben? Wir leben nicht, wir gehen zugrunde“

Die Lage des Ehepaars Sacharow scheint sich in diesen Tagen zugespitzt zu haben. Seit Professor Sacharows Deportation nach Gorki im Januar 1980 ist jetzt offenbar die kritischste Phase erreicht. Sie betrifft in erster Linie Jelena Bonner, die Frau Andrej Sacharows. Sie war am 15. April telegraphisch nach Gorki gerufen worden, wo sich ihr Mann, Berichten zufolge, einer dringend notwendigen Operation unterziehen mußte. Frau Sacharows Rückkehr nach Moskau war für den 2. Mai vorgesehen, sie traf dort aber nicht ein. Vielmehr soll ihre Moskauer Wohnung vom KGB versiegelt worden sein. Freunde der Sacharows in der UdSSR sind telefonisch nicht zu erreichen. Die Nachrichtenagentur Tass veröffentlichte eine obskure Meldung, derzufolge Frau Bonner mit Hilfe amerikanischer Diplomaten geplant habe, in die US-Botschaft zu gelangen. Dieses „Komplott“ sei vereitelt worden. Über den Verbleib Jelena Bonner ist nichts bekannt. Es wird befürchtet, daß sie entweder verhaftet wurde oder an der Rückreise aus Gorki gehindert wird, so daß sie dort die Verbannung ihres Mannes teilen muß. Nachstehender Bericht ist die letzte Verlautbarung Jelena Bonners, die Ende März den Westen erreichte.

Von JELENA BONNER

Besonders schwer, einfach katastrophal, war für uns das letzte Jahr. In dem Jahr hat man uns fast umgebracht. Am 25. April hatte ich einen Herzinfarkt, wahrscheinlich schon den zweiten. Der erste schwere Herzanfall war im November 1982, und nach der Durchsuchung vom November im Zug hat sich der Anfall wiederholt. Im April hatte ich einen ausgedehnten Vorderwandinfarkt mit Beteiligung des basalen Abschnittes. Ich brauchte und brauche eine stationäre Krankenhausbehandlung und einen Sanatoriumsaufenthalt. Ich bestand darauf, zusammen mit Andrej Dmitriewitsch in das Krankenhaus der Akademie der Wissenschaften eingewiesen zu werden. Ich setzte es durch, daß die Akademie ihm ein Ärztekonsolium schickte, das zu dem Ergebnis kam, daß er ärztlich behandelt und in ein Krankenhaus eingewiesen werden müsse.

Das Untersuchungsergebnis, daß wir krank sind, vergrößerte jedoch nur den Zorn der nicht-medizinischen Organe. Der Präsident der Akademie sagte in einem Interview mit „Newsweek“ nicht, daß es sich bei Sacharow um eine Erkrankung des Herzens und der Gefäße und anderer Krankheiten handle, sondern er sagte, daß Sacharow ein seelisch kranken Mann sei. Dies wiederholte das Staatsoberhaupt im Gespräch mit amerikanischen Senatoren.

Vier Mitglieder der Akademie beschuldigten Sacharow in ihrem Artikel, daß er den Westen zu einem Krieg gegen die UdSSR aufrufe. Sie verschweigen aber, daß der Aufsatz Sacharows „Die Gefahr eines Nuklearkrieges“ heißt und daß darin erörtert wird, wie nach seiner Meinung der Frieden zu erhalten sei. Es ergoß sich eine Flut beschimpfender, abscheulicher und schrecklicher Briefe über Sacharow. Auf der Straße kam es zu Tumulten; es hätte nicht viel gefehlt und man hätte Sacharow geschlagen. Man drohte ihn umzubringen. Gleichzeitig erschienen schmutzige antisemitische Veröffentlichungen über mich. Auch mich pöbelte man im Zug und auf dem Bahnhof an. Das alles war schrecklich, und ich bedauerte die Menschen, die so vertrauensvoll waren. Darum wandte ich mich an das Gericht. Eine Antwort erhielt ich nicht, doch ist es möglich, daß als Antwort eine Veröffentlichung in der Nummer zehn der Zeitschrift „Der Mensch und das Gesetz“ gemeint ist, in der man mich direkt beschuldigt, daß ich eine Provokateurin sei und mich in den Diensten der CIA und der zionistischen und Freimauerer-Spionage befände und die ganze Verantwortung für die Tätigkeit Sacharows für den Frieden und die Menschenrechte trage.

Wie wir unter diesen Umständen leben? Schlecht. Entsetzlich. Wir leben nicht, wir gehen zugrunde. Am 16. Oktober hatte ich eine erneute Herzattacke; das EKG vom 14. November zeigte eine Verschlechterung. Unsere Isolation ist fast perfekt, meine in Moskau und Sacharows in Gorki. Seit Mai haben wir einen Milizposten vor der Tür. Alle Besucher werden kontrolliert und notiert, Ausländer abgewiesen. Wir befinden uns in einem seltsamen Arrest und sind überzeugt, daß man uns umbringen will. Im Augenblick tut man das mehr mit mir als mit Sacharow, denn hat man sich erst meiner entledigt, dann wird die Staatsmacht versuchen, der Welt Sacharow als reumütigen Sünder darzustellen. Oder man wird so tun, als habe es einen Sacharow niemals gegeben. Sacharow wird in dem Sammelband nicht mehr erwähnt, in dem sowjetische Wissenschaftler vorgestellt werden, die in internationale wissenschaftliche Gesellschaften aufgenommen wurden. Sein Name fehlt auch in dem soeben erschienenen Buch „Physik“. Unser Land hat beträchtliche Erfahrungen darin, Geschichte so darzustellen, wie sie im Augenblick benötigt wird, und nicht so, wie sie wirklich war.

Andrej Dmitriewitsch hat im Laufe der letzten zehn Jahre viele Einladungen ins Ausland bekommen. In jüngster Zeit erhielt er Einladungen zur ärztlichen Behandlung aus der Schweiz und von Kollegen aus Österreich, der Bundesrepublik Deutschland, den USA und anderen Ländern. 1982 kam eine Einladung des norwegischen Storting im Namen des norwegischen Volkes. Sacharow hat diese Einladung angenommen. Es war für ihn ein schwerer und ernster Entschluß. Ich hoffe, daß diejenigen, die Sacharow einladen, die Einladungen ebenso ernst nehmen und das ganze Ausmaß der Verantwortung erkennen, die sie damit für Sacharows Schicksal auf sich nehmen. Deshalb möchte ich an das Gute glauben. Ich weiß, daß das Erreichen dieses Zieles großer und langer Anstrengungen bedarf.

Vor einem Jahre reichte ich ein Gesuch für eine Ausreise nach Italien ein, da für mich eine weitere Augenoperation notwendig geworden ist. Ich habe keine Antwort bekommmen, doch geht es jetzt nicht so sehr um die Behandlung der Augen, als um die sehr viel dringendere und lebensnotwendigere Operation des Herzens. Am 10. November hat sich Sacharow an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet Andropow mit der Bitte um eine Ausreisegenehmigung für micht gewandt. Bisher sind wir ohne Antwort, aber ich meine, daß es zur Genehmigung der Ausreise nicht nur unserer Standhaftigkeit und Entschlossenheit, sondern der Unterstützung unserer Freunde in der ganzen Welt bedarf...

Man könnte mich fragen, ob ich nicht fürchte, Sacharow für einige Monate allein zu lassen? Natürlich fürchte ich dieses. Doch in der jetzt entstandenen Situation, in der wir die Hoffnung auf ärztliche Hilfe aufgegeben haben, bleibt uns kein anderer Ausweg.



Das Ehepaar Sacharow im Februar 1980 in Gorki FOTO: DPA



Das „Pick up“ darf den Stern nicht tragen, der den getunten Daimler aus der eigenen Schmiede in Untertürckheim ziert FOTOS: LEHMANN / KOLLMANN

Autokosmetik zum Grenzlos-Tarif

Das Geschäft blüht, Geld spielt keine Rolle. Immer mehr „getunte“ Autos rollen auf deutschen Straßen. Nicht nur zur Freude der Autofirmen, die ihre Fahrzeuge oft nicht wiedererkennen. Daimler Benz produziert deswegen ein eigenes Kraftpaket.

Von HEINZ HORRMANN

Technische Detailpräzision fehlte völlig bei der Auftragserteilung. „Mein Daimler soll“, so brachte der Landwirt Kurt Baumüller aus dem Erftkreis seine Wünsche auf einen Nenner, „der schnellste 190er werden, der je zugelassen wurde und die Karosserieform muß einmalig sein.“ Für den Preis von 74 000 Mark bekam er von der Veredlungs-Firma seinen blütenweißen Autotraum.

In der Bannmeile des Bonner Parlaments drängt sich ein Pulk älterer Herren im Beamtengrau um ein männliches Lustobjekt, einen von der Firma Lorinser verfeinerten Mercedes 500 SEL, der durch breitere Kotflügel, „Wespentaille“, raffinierte Spoiler und breite Rennfelgen erotisch verfremdet wurde. Nur das dezente Antrazit des 150 000 Mark-Modells paßte noch in die biedere Politikerlandschaft.

Zwei Beispiele für die ständig wachsende Lust der deutschen Autofahrer, ihre Autos zu veredeln und damit noch teurer zu machen. Unter dem Begriff Tuning wird in der Fachsprache sowohl die kosmetische Karosserie-Operation, als auch die Kraftkur für den Motor und die für den Betrachter unsichtbare Verbesserung am Fahrwerk bezeichnet.

Das Geschäft ist fast so alt wie das Auto selbst. Schon für Fords T-Modell gab es Bausätze, mit denen die Motorleistung gesteigert werden konnte. Die Branche freilich hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Ganz ohne Zweifel waren die Fahrzeuge der 50er und 60er Jahre, was ihre Fahrqualität angeht, himmelweit vom heutigen Standard entfernt. Nachträgliche Präparationen konnten damals eine sinnvolle Sache sein. Mehrheitlich verzierten aber vor allem jugendliche Fahrer kleine Modelle mit allerlei Zusatzausrüstung und die Serienautos, die eine technische hochwertige Bearbeitung erfuhren, brachten für den Alltagsbetrieb bereits genügend technische Qualität von Haus aus mit: die kleinen BMW, Alfa Romeo, und die ersten Golf-Modelle. Völlig ausgespart wurden lange Zeit die Audis, weil sie zu bürgerlich bieder waren und die noblen Daimler Benz-Fahrzeuge, an die sich keiner so recht herantraute.

In den letzten Jahren, vor allem nach der Präsentation des 190-Kompakttyps, sind Mercedes-Fahrzeuge zu den meist veredelten deutschen Autos geworden. Damit wurde die Tuning-Wandlung von den Bastelstuben zu finanzkräftigen Unternehmen mit Filialbetrieben endgültig vollzogen. Fast ein Dutzend „Veredler“ bearbeiteten nach eigenen Vorstellungen die noblen Karossen aus Untertürckheim.

In der Stuttgarter Firmenleitung beobachtete man die Entwicklung mit gemischten Gefühlen. „Wir haben unseren Segen gegeben, wenn am Ende ein Mercedes nach unseren Qualitätsnormen auf den Rädern stand“, befanden die Herren aus der Firmenzentrale.

Wer aber die Produkte der schwäbischen Edelschmiede zu sehr verfremdete, durfte den Kunden den Wagen nicht mehr mit dem weltberühmten Stern ausliefern. Ein Hamburger Betrieb befestigte daraufhin ein Phantasiezeichen von gleicher Größe am Kühler. Den plastikverpackten Stern legte man dem Kunden ins Handschuhfach. Er brauchte dann nur mit einem Handgriff zu wechseln.

Da wurde beispielsweise ein sogenanntes Pick-up-Fahrzeug auf der Basis des 50er Coupés entworfen. Allein die Umbaukosten betragen 70 000 Mark. Das Endprodukt sieht ausgefallen und nicht einmal schlecht aus: es fehlt halt nur die typische Mercedes-Linie. Darum rollt dieses Mobil ohne Stern vom Werkshof.

Preise wie auf dem Immobilienmarkt

Für ganz schnelle Kombi-Freunde hat der Autoveredler Zender das gleiche Basismodell umgebaut. Einschließlich einer geteilten Sitzbank im Fond und einem komplett ausgeschlagenen Heckteil beläuft sich die Rechnung zusätzlich zum nicht geringen Kaufpreis auf noch einmal runde 50 000 Mark. Das Fahrzeug mit zusätzlicher Lederinneneinrichtung und vielen Extras war mit einer Summe, wie dem Immobilienmarkt entliehen, ausgezeichnet: 178 000 Mark.

Rund 50 Unternehmen in der Bundesrepublik beschäftigen sich mit den verschiedensten Marken, machen sie „schöner und windschnittiger“, wie es in Werbebroschüren heißt, objektiv aber auch oft aerodynamisch schlechter oder schlichtweg protzig.

Wie das manchmal aussieht, läßt sich am Beispiel der Felgen aufzeigen (drei von vier BMW- oder Mercedes-fahrer wählen sportliche Leichtmetallfelgen, Dienstfahrzeuge einmal ausgenommen). Auf der letzten IAA wurde ein Satz dieser Räder, 24 Karat vergoldet angeboten, für 8000 Mark plus Mehrwertsteuer. Ein Dutzend Autofahrer bestellten gleich an Ort und Stelle.

Für Sozialpsychologen sind diese Kunden vom gleichen Motiv beseelt wie die Auftraggeber, die ihre Biedermann-Autos in Perlmutt lakkieren lassen: Sie wollen um jeden Preis einen Hauch von Exklusivität ergattern.

Eine zweite Kundengruppe läßt sich von der Tuning-Branche den Wunsch nach einem „Wolf im maßgeschneiderten Schafspelz“ verwirklichen. Porsche-Technik beispielsweise und die ungezügelte Kraft dieser kernigen Sportwagen werden in die kleinen Karosserien des Golf transplantiert. Zwölfmal hat allein der Tuner Artz diese Kombination verkauft, nicht für die Rennstrecke, sondern für den Alltagsbetrieb.

Der Psychologe Professor Scheuch aus Köln glaubt hier eine Art „Supermann-Syndrom“ zu erkennen. Verwandlungsmöglichkeit auf der Autobahn. Wenn er will, zeigt er allen das Heck und weidet sich beim Vorbeifahren an den ungläubigen Blikken in den Luxuslimousinen.

Viel Geld verdienen Kfz-Spezialisten auch mit der dritten Gruppe. Die Individualisten, die nicht soviel Wert auf Fahrleistungen legen, sondern sich optisch aus der breiten Masse abheben wollen, investieren zigtausend Mark, um den Wagen Glanz und Glamour zu verleihen. Ob sich freilich das ganze Heer der Auftraggeber in dieses Psychologen-Schema einpassen läßt, bleibt dahingestellt.

Wie auch immer: das Geschäft wurde zur Goldgrube. Und weil es so gut läuft, auf der anderen Seite die Produkte für Experten mit hohen Ansprüchen aber oft nicht befriedigend sind, entwickelte Daimler Benz eine eigene „getunte Werksversion“ des 190 E Kompaktmodells. Auch hier wurden die Kotflügel und die untere Abschlußpartie verbreitert, sportliche Reifen aufgezogen und Front- und Heckspoiler angebracht. Das aber sind nur Äußerlichkeiten, die diesen Mercedes kraftstrotzend und extrem sportlich wirken lassen.

Daimler Benz Dipl.-Ing. Frank Knothe von der Daimler Benz-Entwicklung erläutert: „Unter dem Blech wurde bis ins kleinste Detail hochkarätige Technik installiert, zwar sportlich orientiert, aber seriös und ausschließlich funktionell.“

Spitze im Sprint und im Preis

Vor allem die Sicherheitselemente Bremsen, Fahrwerk, Lenkung paßte man der gewaltigen Leistung des Vierventil-Einspritz-Triebwerks (2,3 Liter Hubraum) mit 185 PS an. 7,5 Sekunden benötigt die Sportvariante aus Untertürckheim für den Sprint von 0 auf 100 Kilometer. Fast 240 km/h ist die Endgeschwindigkeit der viertürigen Limousine. Das sportlich dynamische Produkt, das unter der branchenunüblichen langen Zahlenkombination 190 E 2,3-16 vorgestellt wurde, katapultierte sich zwangsläufig auch dynamisch in der Preisliste nach oben. Nur ein paar verschämte Mark blieb man in der Grundausführung unter der 50 000 Mark-Grenze. Mit ABS-System, Airbag, Schiebedach und einigen anderen Kleinigkeiten kostet der Sport-Mercedes gleich 60 000 Mark.

Unumstritten war die Entwicklung dieses Typs im Management des Stuttgarter Unternehmens nicht. Die Diskussion machte zwei Meinungen deutlich. Die Konservativen glaubten, daß dieses Modell nicht so recht in die Firmen-Philosophie passe. Mehrheitlich aber folgte man der Überlegung, daß der Solidität der Produktpalette ein Schuß sportlicher Dynamik guttue. In beiden Lagern erkannte man aber vor allem die Marktlücke. So gab der Gesamtvorstand seinen Segen zur vielleicht weltweit besten Serienlimousine, die je produziert wurde.

Damit genügend Aufmerksamkeit erzeugt wird, und man die angestrebte jährliche Stückzahl von 8000 Einheiten auch über einen längeren Zeitraum an den Kunden bringt, setzte man das Auto mit großen Aktionen in Szene. Nach 50 000 Kilometer langer Weltrekordfahrt in Italien (Durchschnittstempo von 247 km/h) pilotieren Formel-I-Piloten bei einem Show-Rennen zur Nürburgring-Premiere die ersten 20 Edelrenner mit dem Stern.

In der Schulpolitik von NRW weht ein neuer, frischer Wind

Kultusminister Hans Schwier (SPD) erschwert den Zugang zur Oberstufe

WILM HERLYN, Düsseldorf

Volksweisheit ist, daß neue Besen gut kehren. Sprich in diesem Fall: Neue Minister räumen auf – wie der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier, der sein schweres Amt im vergangenen Herbst von Jürgen Girgensohn übernommen hat. Fortan weht in der Schulpolitik des bevölkerungsreichsten Bundeslandes ein anderer, ein frischer Wind. Wollte Girgensohn noch das Niveau in allen Stufen absenken, um so auf die Bildungsebene der Gesamtschule zu kommen und damit den Übergang vom herkömmlichen System zu erleichtern, so läßt Schwier keine Chance ungenutzt, die Anforderungen an die Schüler wieder zu erhöhen.

„Ganz normale Sache"

Gestern ließ er lapidar mitteilen: „Als Folge der im März erlassenen neuen Rechtsverordnung für die gymnasiale Oberstufe werden die Leistungsanforderungen beim Übergang in die Sekundarstufe II in allen Schulformen erhöht." Auf eine solche schnelle Reaktion der Ministerialbürokratie war kaum jemand vorbereitet – am allerwenigsten die Funktionäre der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Sie schimpfen lauthals, Schwier habe „in aller Heimlichkeit" eine Verordnung ausgearbeitet, die die Übergänge zum Gymnasium noch schwerer mache. Dies diene nicht der angestrebten „notwendigen Integration" der verschiedenen Schulformen. Im Ministerium selbst schüttelt man darüber nur den Kopf. Dort heißt es jetzt: „Diese Versetzungsordnung ist eine ganz normale Sache" und „natürlich müssen wir die Zügel anziehen, denn in Baden-Württemberg, dem Konkurrenz-Bundesland für NRW, ist das alles schon lange Teil der Versetzungsordnung."

Schwier erklärte nun in Düsseldorf, in Zukunft – und zwar vom 1. August an – sollen nur Schüler in die gymnasiale Oberstufe aufgenommen werden, die die Leistungsanforderungen des Abiturs voraussichtlich auch erfüllen werden. Der Minister sagte: „Es kann doch nicht angehen, bis zum Abschluß der Klasse 10, im Gymnasium beispielsweise, weiter so zu tun, als habe sich nichts verändert, um dann die Schüler in der Jahrgangsstufe 11 mit erhöhten Anforderungen zu konfrontieren."

Im Gymnasium kann nun der Schüler dann in die jeweils höhere Klasse versetzt werden, wenn er in einem der Fächer Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache und zweite Fremdsprache mangelhafte Leistungen aufweist und in den übrigen genannten Fächern nur ein Ausreichend erhalten hat. Bei diesen Leistungen erhält er aber nach der Klasse 10 nur noch die Fachoberschulreife. In die gymnasiale Oberstufe kommt der Schüler nur noch, wenn er mangelhafte Leistungen in einem der Hauptfächer durch mindestens befriedigende Leistungen in einem anderen dieser Fächer ausgleichen kann. In der Folge dieser Leistungserhöhung werden auch die Anforderungen an die Gesamtschüler erhöht. Die neue Rechtsverordnung sieht vor, Gesamtschüler nur dann in die 11. Jahrgangstufe zu versetzen, wenn sie mindestens drei Erweiterungskurse – davon zwei in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch – bestanden haben. Entsprechende Regelungen gelten auch für Haupt- und Realschüler, die in die gymnasiale Oberstufe überwechseln wollen.

Sichergestellt wird mit der neuen, stärker leistungsorientierten Verordnung auch, daß die Abschlüsse an den bislang 55 NRW-Gesamtschulen bundesweit anerkannt werden können. Zum ersten Mal bekannte ein sozialdemokratischer Bildungspolitiker in diesem Zusammenhang, es habe in den Gesamtschulen Fehlentwicklungen gegeben.

Zurück zu den Noten

Schwier nämlich erklärte: „Zweifellos vorhandene Fehlentwicklungen in den einzelnen Gesamtschulen konnten nicht mit der notwendigen Härte kritisiert werden, weil jede Kritik an einer Gesamtschule von den politischen Gegnern sofort auf übertriebene Weise aufgebauscht worden wäre. Vor diesem Hintergrund wurde es immer schwieriger, Fehlentwicklungen zu korrigieren."

Bekannt wurde gestern in Düsseldorf zudem, daß Schwier auch die umstrittene achtstufige Bewertungsskala an den Gesamtschulen abschaffen will. Sie soll durch das traditionelle Notensystem von Eins bis Sechs ersetzt werden. Diese Regelung aber ist in der SPD-Regierungsfraktion noch umstritten und soll morgen in dem zuständigen Arbeitskreis noch einmal erörtert werden. Mit der gestern veröffentlichten Verordnung hat Schwier die Auflage des Parlaments vollzogen, das im vergangenen September einstimmig eine „behutsame Weiterentwicklung der Sekundarstufe II" gefordert hatte.

Seite 2: Schwier läßt lernen

Erziehungszeit anrechnen: Diskussion auf CDU-Parteitag

GISELA REINERS, Bonn

In der Union verstärkt sich der Ruf nach Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung im Rentenrecht. Zusammen mit einem Erziehungsgeld soll dies im Rahmen der Steuerreform den Familienlastenausgleich verbessern. Auf Empfehlung der Antragskommission wird sich der CDU-Parteitag in diesen Tagen in Stuttgart damit befassen. Auf Antrag der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) wurde die Forderung aufgenommen, daß vor allem „die bereits mehrfach beschlossene Einführung eines Erziehungsgeldes sowie die Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht verwirklicht werden" müßten.

Zeiten der Kindererziehung, im Gespräch ist ein Jahr pro Kind, werden als fiktive Beitragszeiten angerechnet und damit ebenso behandelt, als wäre die Mutter in dem Jahr erwerbstätig gewesen. Als Bewertung stehen zwei Möglichkeiten zur Diskussion: entweder mit 75 oder mit 100 Prozent des Durchschnittsentgelts aller Versicherten. Das würde die monatliche Rente um 24 bzw. 31,50 Mark verbessern. Die Anrechnung soll für Frauen oder Männer gelten, deren Kinder nach Inkrafttreten des Gesetzes geboren werden, und für Frauen, die nach der Neuregelung rentenberechtigt werden. Sie wird also – falls sie Gesetz wird – nicht für Frauen gelten, die dann schon Rente beziehen. Das würde zu teuer.

Die Anrechnung würde den Bund jährlich 3,4 bzw. 4,5 Milliarden Mark kosten, je nachdem, ob mit 75 oder 100 Prozent bewertet wird. Die Einbeziehung schon laufender Frauenrenten würde zusätzlich 4,5 bis 5, bzw. 6 bis 6,7 Milliarden Mark erfordern.

Professoren plädieren für mehr Wettbewerb an Hochschulen

WRK-Konferenz in Hannover: Leistungen müssen transparenter gemacht werden

PETER PHILIPPS, Hannover

Von der Einführung privater Hochschulen erwarten die Präsidenten und Rektoren der Universität in der Bundesrepublik Deutschland keine Verbesserung der auch von ihnen anerkannten, angesichts der reichhaltigen finanziellen und personellen Ausstattung unbefriedigenden Qualität von Forschung und Lehre. In der Diskussion auf der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) in Hannover bekamen deshalb drei Aspekte immer mehr Gewicht, unter denen ein erwünschter, die Qualität fördernder Wettbewerb im deutschen Universitätsbereich erörtert wird:

Die Hochschulen sollten mehr Autonomie in der Verwaltung und Verteilung ihrer vom Staat und von Drittmittelgebern zugewiesenen Mittel erhalten; sie brauchten die Möglichkeit, sich stärker ihre Studenten selbst auswählen zu können; und die unterschiedliche fachliche Reputation von Universitäten müsse als stimulierendes Wettbewerbsinstrument zum Tragen kommen.

Beispiel Amerika

Gerade diese Frage hatte der Kölner Professor Peter Graf Kielmansegg bereits am ersten Tag der WRK-Tagung vehement in die Debatte eingeführt: Die „Bequemlichkeitskonvention", daß man die Leistungsprofile von Fakultäten in Fachbereiche nicht vergleiche oder gar noch öffentlich bekanntmache, müsse „außer Kraft gesetzt werden". Leistungstransparenz werde nämlich zweierlei Wirkung entfalten: Sobald es durch veröffentlichte Reputation eine Rangordnung gebe, werde automatisch ein Leistungswettbewerb eintreten. Zugleich entstünden die Voraussetzungen dafür, daß die Nachfrage nach Studienplätzen und nach Hochschulabsolventen „sich am Rang der Ausbildungssituation orientieren". Er verwies auf das amerikanische Beispiel, das zum Leistungswettbewerb offenbar auch noch eine andere als die derzeitige Motivation der Lehrenden und Forschenden an den deutschen Universitäten hinzukommen müsse. Der Göttinger Philologe Günther Patzig griff dies auf mit der Bemerkung, daß es bei dem „Problem, warum trotz noch immer eindrucksvoller Begabungen unter den Studenten bei uns etwas mit der Forschung nicht ganz in Ordnung zu sein scheint, auch um Fragen der inneren Einstellung oder der Mentalität zu gehen" scheine.

Er berichtete von einer Ferienakademie der Studienstiftung, bei dem alle Dozenten den Eindruck hatten, man habe arbeiten können „wie in guten alten Zeiten. Es war, als ob man sonst an der Universität sozusagen mit angezogener Handbremse fahren muß." Denn unter Studienstiftlern fürchte keiner, „die übrigen Teilnehmer eines Seminars durch überlegene Kompetenz zu beeindrucken". An der Universität hingegen habe sich teilweise eine Mentalität entwickelt, die „nach utilitaristischen Prinzipien" die Anerkennung des Überdurchschnittlichen als „moralisch bedenklich" verurteile.

Die Zulassung von Studenten unter eigener Verantwortlichkeit durch die Universitäten und eine Bildung von Forschungsschwerpunkten höherer Qualität innerhalb der einzelnen Fachbereiche ließen sich als Qualitätsstimulans nach Patzigs Ansicht „fast kostenneutral" verwirklichen. Zusätzliche Mittel seien allerdings erforderlich, wenn man – orientiert am amerikanischen Beispiel – auch die Dozenten-Studenten-Relation verbessern wolle. Aber ein gangbarer Weg sei hier beispielsweise, Professoren für die Dauer ihrer Förderung durch das Heisenberg-Programm in solchen Forschungsschwerpunkten anzusiedeln.

Beispiel Japan

Um die eigene Situation noch besser reflektieren zu können, hatten sich die deutschen Hochschulleiter Gäste eingeladen, die über die Situation im Ausland berichteten. Besonders interessiert wartete man naturgemäß auf eine Beschreibung aus dem Land der aufgehenden Sonne und Erfolge, aus Japan. Professor Ryuichi Hiramo, Präsident der Universität Tokio, zeigte, daß in seiner Heimat die Diskussion – zumindest partiell – der Deutschen gegenläufig sich zu entwickeln scheint: Die Forderung nach Auflösung der Differenzierung von Hochschulen, nach „Demokratisierung" spiele eine erhebliche Rolle.

Zwar absolvierten mehr als 80 Prozent eines Jahrgangs in Japan die Obergymnasien und mehr als 25 Prozent immatrikulierten sich an den Hochschulen. Doch durch die dem Studienbeginn vorgeschalteten zwei zentralisierten Aufnahmeprüfungen ergäben sich starke Rangunterschiede innerhalb des Hochschulsystems. Es habe sich eine richtige „Prüfungsindustrie" entwickelt, die die Schüler über Vorbereitungsschulen nach dem Abschluß des Obergymnasiums auf die Aufnahmeprüfungen vorbereite.

Moskaus Politik mit Düsenjägern

Sowjetische Flugmanöver im Berliner Luftkorridor in den letzten Monaten verfünffacht

F. DIEDERICHS, Berlin

Vor dem Hintergrund der am 12. und 13. Mai stattfindenden Feiern zum 35. Jahrestag des Endes der Berlin– Blockade haben die Störmanöver sowjetischer Düsenjäger in den vergangenen Wochen besonders drastisch die sensible und geographische Situation der Stadt herausgestellt. Derart massiv und spürbar waren Belästigungen durch nächtliche Überschallflüge von in der „DDR" stationierten MIG 21 in den vergangenen Jahren nicht mehr vorgekommen.

Alliierte Beobachter meldeten aus der mit Amerikanern, Briten, Franzosen und Sowjets besetzten alliierten Luftsicherheitszentrale im Westberliner Bezirk Schöneberg, das Verhalten der Moskauer Kontroller sei zunehmend von Aggressivität geprägt. Die Zusammenarbeit in dieser, neben dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis, letzten gemeinsamen Institution der vier Siegermächte von 1945 wird, besonders seit Beginn dieses Jahres, vom Verhalten der Sowjets überschattet, deren Vertreter die Westalliierten entgegen den vertraglichen Vereinbarungen des Alliierten Kontrollrates immer häufiger vor vollendete Tatsachen stellen: Stets werden Zivilmaschinen in den Luftkorridoren neue Ausweichkurse befohlen, wenn in der „DDR" stationierte Kampfflugzeuge bei Manövern die Luftkorridore kreuzen.

Registrierte die der Luftsicherheitszentrale unterstellte und im amerikanischen Militärflughafen ansässige Fluglotsen-Zentrale noch im vergangenen Jahr höchstens vier bis fünf Sowjet-Manöver pro Monat in den Luftkorridoren, so schnellte die Zahl in den letzten Monaten auf 20 bis 25 „Manöver" hoch.

Die damit verbundenen Turbulenzen weisen Parallelen zu Ereignissen auf, die seit 1945 nachhaltig demonstrierten, wie die Sowjets mit militärischen Aktionen Einfluß auf tagespolitische Ereignisse zu nehmen versuchten. Im März 1968, als der Deutsche Bundestag eine parlamentarische Arbeitswoche in der Berliner Kongreßhalle abhielt, donnerten Sowjetjäger ohne Ankündigung im Tiefflug über die Tagungsstätte im Tiergarten. Experten halten es noch heute für möglich, daß die sensible Betonkonstruktion der Kongreßhalle schon damals darunter litt und möglicherweise dies zum Einsturz der „Hutkrempe" im Mai 1980 beigetragen hat. Damals starb ein junger Rundfunkreporter unter den Betontrümmern.

Alle Formen von Beschwerden stießen bisher auf taube Ohren bei den Sowjets. Täglich werden die drei Luftkorridore von mehr als 140 Flugzeugen passiert, die im Jahr über vier Millionen Passagiere, rund 9 Millionen Kilogramm Fracht und 10 Millionen Kilogramm Luftpost befördern.

Noch wenige Wochen vor Beginn der neuerlichen sowjetischen Luft-Eskapaden demonstrierten die Sieger von 1945 durchaus Eintracht. Anfang März dieses Jahres besuchte eine Abordnung hochrangiger sowjetischer Luftwaffen-Offiziere aus dem Hauptquartier der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" in Wünsdorf („DDR") südlich von Ost-Berlin das der Luftsicherheitszentrale unterstellte Fluglotsenzentrum im Militärflughafen Tempelhof.

Dieses „Berlin Air Route Traffic Control Center" war kürzlich mit einer der modernsten Radaranlagen der Welt ausgerüstet worden, mit der sämtliche Flugbewegungen in den drei Luftkorridoren und in der Luftkontrollzone Berlin registriert werden. Diese Radaranlage hat in den vergangenen Wochen jede Annäherung sowjetischer Militärmaschinen an alliierte Zivilflugzeuge dokumentiert – eine Kontrollmöglichkeit, die auch den Sowjets ständig zur Verfügung steht und deshalb als unwiderlegbarer Zeuge den Protesten der Alliierten dient.

Interesse Chinas an Ausrüstung

ms. Bonn

Die chinesische Regierung ist daran interessiert, Fahrzeuge und Funkgeräte für ihre Polizei aus der Bundesrepublik Deutschland zu beziehen. Insgesamt werden der chinesischen Polizei rund 1,2 Millionen Mann zugerechnet. Der Wunsch der Chinesen, der nach Bonn übermittelt worden ist, wird ein Hauptgesprächsthema beim bevorstehenden Besuch von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) in Peking sein. Zimmermann beginnt diese Reise am Sonntag und wird nach fünftägigem Aufenthalt in der Volksrepublik noch eine Zwischenstation in Singapur einlegen. Die Reise des Bundesinnenministers ist mit Bundeskanzler Helmut Kohl, der in diesem Herbst nach Peking fahren wird, abgestimmt. Ob auch Interesse am Kauf deutscher Waffen, beispielsweise Maschinenpistolen, besteht, ist bislang nicht abzusehen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

SPD bastelt an weiteren Angeboten

Hessische Grüne wollen am 19./20. Mai über die „Zugeständnisse" abstimmen

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Landesvorstand und Fraktion der hessischen SPD sind erneut zu Beratungen hinter verschlossenen Türen zusammengekommen, um über weitere Zugeständnisse an die hessischen Grünen zu entscheiden. Aller Voraussicht nach kommt den Beschlüssen entscheidende Bedeutung für das endgültige Zustandekommen des rot-grünen Bündnisses in Hessen zu. Die Grünen wollen bereits auf einer Landesmitgliederversammlung am 19./20. Mai in Lollar bei Gießen darüber abstimmen, ob die Zugeständnisse der SPD als Grundlage für eine „kontinuierliche Zusammenarbeit" ausreichen.

Die SPD, die für die Wiederwahl ihres Landesvorsitzenden Holger Börner als Ministerpräsident mindestens 56 Stimmen braucht, ist auf diese Zusammenarbeit angewiesen; sie stellt im Landtag nur 51 Abgeordnete. Börner hat Koalitionen mit anderen Parteien ausgeschlossen, will aber mit einem von den Grünen tolerierten Minderheitskabinett ein „Gegengewicht" gegen die „Wende-Regierung" in Bonn bilden.

Die Grünen, die im Hessischen Landtag sieben Mandate halten, haben ihre Bereitschaft zur Tolerierung Börners von einer „Neuorientierung" der gesamten Landespolitik abhängig gemacht. Dafür sind in monatelangen Verhandlungen zwischen SPD und Grünen Rahmenbedingungen ausgehandelt worden, die von einer grünen Landesmitgliederversammlung im Januar grundsätzlich abgesegnet wurden. Seitdem geht es um die konkreten Weichenstellungen der Politik im Haushaltsplan für 1984.

Die Grünen wollen dem Etatentwurf Börners nur bei Berücksichtigung konkreter Forderungen im Bereich der Müllentsorgung, des Straßenbaus, der Stützung mittel- und kleinbäuerlicher Betriebe, der Ausländerpolitik, des Lärmschutzes am Frankfurter Flughafen und des Gefängnisbaus zustimmen. Nach ersten, zum Teil graduellen Zugeständnissen der SPD in einer Vorstands- und Fraktionsklausur Anfang April geht es jetzt um die noch strittigen Bereiche Müllentsorgung sowie Straßen- und Gefängnisbau.

Bei der Müllentsorgung konzentriert sich der Streit auf die Grube Messel bei Darmstadt und die bereits im Bau befindliche Sondermülldeponie in Mainhausen. Nach den Vorstellungen der Grünen soll die Fossilienfundstätte Messel vor der auch nur teilweisen Verfüllung mit Hausmüll bewahrt werden. In Mainhausen verlangen sie den Verzicht auf die Lagerung von Gift- und Sondermüll im Grundwasserbereich und schlagen als Alternative die Errichtung einer Hochdeponie nach amerikanischem Vorbild vor.

Beim Straßenbau bestehen die Grünen auf dem vom Ministerpräsidenten schriftlich zugesagten Verzicht auf das Mittel des Sofortvollzuges. Über strittige Projekte müsse jeweils in Einzelverhandlungen Einvernehmen erzielt werden.

Diese Forderung hat in den vergangenen Tagen deshalb an Brisanz gewonnen, weil der geschäftsführende Wirtschafts- und Finanzminister Heribert Reitz angekündigt hat, beim Bau der Umgehungsstraße von Eltville trotz Börners Zusage vom Sofortvollzug Gebrauch machen zu wollen. Begründung: Der soeben vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof bestätigte Sofortvollzug sei schon vor Börners Zusage verfügt und lediglich durch Anfechtung verzögert worden.

Die Grünen haben inzwischen erklärt, mit einem solchen Minister könnten sie nicht zusammenarbeiten. Schützenhilfe kam von den Jusos, die Reitz vorwarfen, die Zusammenarbeit beider Parteien mit Sofortvollzügen und „administrativen Nadelstichen" zu „torpedieren".

SPD legte Konzept für Abrüstung vor

AP, Bonn

Die SPD hat gestern ein neues umfassendes abrüstungspolitisches Angebot des Westens bei den Stockholmer Verhandlungen gefordert und dazu neue Akzente und Schwerpunkte vorgeschlagen. Die NATO-Staaten wurden ersucht, sich zusätzlich zu den Vorschlägen von Genf und Wien zu einem Gewaltverzichtsabkommen mit den Staaten des Warschauer Paktes bereit zu erklären und die neuesten Vorschläge Moskaus positiv zu beantworten. Ferner sollen sie neue Verhandlungen für ein Verbot von Anti-Satelliten-Waffen anbieten.

Nach Ansicht der SPD sollte der Westen auch auf die Initiative des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi eingehen und zu einem Stationierungsstopp für Atomraketen bereit sein, falls die Raketenverhandlungen wiederaufgenommen würden. Realistisch wäre dabei die Zusammenlegung der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen und Interkontinentalraketen. Auch Verhandlungen über eine von atomaren Gefechtsfeldwaffen freie Zone von je 150 km beiderseits der Grenze in Deutschland und über panzerfreie Zonen sollte der Westen zustimmen, hieß es in dem SPD-Konzept, das vom außenpolitischen Sprecher Karsten Voigt und vom Abrüstungsexperten Hermann Scheer in Bonn vorgelegt wurde.

Für Frauen in der Bundeswehr

dpa, Bonn

Der Deutsche Bundeswehr-Verband hat sich für die Aufnahme von Frauen in die Bundeswehr ausgesprochen. Sein Vorsitzender Heinz Volland stellte auf einer Pressekonferenz gestern in Bonn jedoch klar, daß seine Organisation keine Wehrpflicht für Frauen fordere. Es käme aber einem Berufsverbot gleich, wenn man Frauen, die freiwillig Soldat sein wollten, diesen Berufszweig weiterhin versperren würde. Die Öffnung der Streitkräfte für freiwillig dienende Frauen bedeute vielmehr auch einen weiteren Schritt zur Gleichberechtigung. Volland wies darauf hin, daß in den meisten Armeen der Welt Frauen dienten. In der Bundeswehr könnten sie etwa im Fernmeldedienst, als Kraftfahrer, in Logistik und Versorgung oder als Lehrpersonal tätig sein.

Unesco durch Wechsel an der Spitze noch zu retten

Ändert sich nichts, treten Washington und London aus

MANFRED NEUBER, Bonn

Der Streit um die Unesco spitzt sich auf die Person ihres Generaldirektors zu. Wenn die UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur überleben will, muß sie sich von dem selbstherrlichen Amadou Mahtar M'Bow trennen. Mit dieser Einschätzung wird der Exekutivausschuß der Unesco bei seiner Beratung heute in der Pariser Zentrale konfrontiert.

M'Bow steht im Kreuzfeuer westlicher Kritik an der Unesco. Ihm werden die politische Einseitigkeit dieser Unterorganisation der Vereinten Nationen, eine maßlose Ausgabenpolitik und Vetternwirtschaft vorgeworfen. Der Senegalese weist die Vorwürfe mit dem Hinweis zurück, alle Entscheidungen bei der Unesco würden im Konsensus getroffen.

Erstmals im Jahre 1974 auf den Posten des Generaldirektors berufen, wurde M'Bow 1980 für eine zweite Amtszeit von sechs Jahren wiedergewählt. Er kann sich auf die Mehrheit der Mitgliedstaaten aus der Dritten Welt stützen. Seit kurzem läßt er keine Gelegenheit aus, seine Entschlossenheit zu bekunden, allen Forderungen nach seinem Rücktritt zu widerstreben.

Nachdem die Vereinigten Staaten ihren Austritt aus der Unesco zum 31. Dezember angekündigt haben, bestehen Berater Präsident Reagans darauf, diesen Entschluß nur dann zu überprüfen, wenn M'Bow in der Zwischenzeit an der Spitze dieses UN-Organs abgelöst wird. Großbritannien macht seinen Verbleib in der Unesco ebenso wie die USA von durchgreifenden Änderungen in der Arbeitsweise abhängig.

Finanzielle Folgen

Ein Austritt beider Länder würde die Unesco finanziell hart treffen: Washington bestreitet rund 25 Prozent des Budgets (374,4 Millionen Dollar im Haushaltszeitraum von 24 Monaten), London steuert 4,6 Prozent bei. Andere westliche Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland (8,4 Prozent Beitrag) könnten sich dem angelsächsischen Vorgehen anschließen, falls es nicht zu einer gütlichen Regelung kommt.

In der Unesco-Zentrale gibt man sich keinen Illusionen darüber hin, daß arabische Erdölstaaten oder der Ostblock mit höheren Zahlungen einspringen würden. Auch ließe sich der Ausfall des US-Anteils nicht durch höhere Umlagen bei den überwiegend finanzschwachen Mitgliedern eintreiben. Ebensowenig könnte die Unesco das Loch in ihrem Etat durch kommerzielle Anleihen stopfen.

Die Unesco gibt mehr als die Hälfte ihrer Mittel für Verwaltungskosten aus. Kein Wunder: 2 428 ihrer 3 380 festangestellten Mitarbeiter sitzen in Paris, während nur 952 draußen in der Welt tätig sind. Beim UNO-Entwicklungsprogramm ist die Relation umgekehrt, auf je vier Helfer draußen kommt nur ein Bürokrat in der New Yorker Zentrale.

Keine Überschneidungen

Mit der Rückendeckung der 101 Staaten der Blockfreien-Bewegung, die M'Bow in zwei verschiedenen Gremien unlängst ihr Vertrauen aussprachen, konnte der Generaldirektor zur Gegenoffensive übergehen. „Die Unesco ist kein Schlachtfeld", hielt er den USA vor; die Kritiker sollten nicht „mit der Faust auf den Tisch hauen", sondern über Verbesserungen der Unesco-Arbeit reden.

Die britischen Vorschläge, die im vorigen Monat mit der verklausulierten Austrittsdrohung in Paris eingingen, liegen dem Exekutivausschuß in der nächsten Woche zur Erörterung vor. London will eine Rückbesinnung auf die ursprünglichen Ziele der Unesco in der Erziehung, der Wissenschaft und Kultur und eine Abkehr von den ideologisch orientierten Programmen für die Palästinenser und gegen die Apartheid.

Großbritannien möchte künftig auch sicherstellen, daß sich die Arbeit der Unesco nicht mit den Vorhaben anderer Organisationen der Vereinten Nationen überschneidet. In der britischen Interpellation heißt es klipp und klar: „Vor allem fragen wir uns, ob alle Unesco-Vorhaben ihr Geld wert sind." Damit wird offenbar auf die von der Unesco betriebene „Weltinformationsordnung" angespielt, die im Westen als Gefahr für die Presse- und Meinungsfreiheit erachtet wird.

Das Vorhaben, die Haushaltsführung der Unesco durch Rechnungsprüfer des amerikanischen Kongresses untersuchen zu lassen, erfuhr im vorigen Monat durch einen mysteriösen Brand in der Pariser Unesco-Zentrale eine erhebliche Beeinträchtigung. Dieser Vorfall bestärkte in den USA die Anhänger der Kampagne „UNO raus aus den USA, und USA raus aus der UNO".

Mit der Umbildung des Senats fackelte Dohnanyi nicht lange

Alfons Pawelczyk wird Zweiter Bürgermeister / Rolf Lange neuer Innensenator

UWE BAHNSEN, Hamburg

Mit einer Eile, die schließlich zur Hektik wurde, hat Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi rund eineinhalb Jahre nach der letzten Bürgerschaftswahl seine sozialdemokratische Landesregierung innerhalb von drei mehr oder weniger turbulenten Tagen innerparteilicher Verhandlungen umgebildet. Mit der neuen, von ihm selbst als schlagkräftiger beurteilten Mannschaft („Ich habe mir das Beste gesucht, was ich finden konnte") will der Regierungschef in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode die Voraussetzungen für jenes große Ziel schaffen, das er gemeinsam mit den Spitzengenossen in der SPD-Führung der Hansestadt unter allen Umständen erreichen will: die Verteidigung der absoluten Mehrheit „mit Zähnen und Klauen, um nicht wieder wie im Herbst 1983 diese zermürbenden Tolerierungsgespräche mit der GAL führen zu müssen" – so ein Landesvorstandsmitglied über den Hintergrund der Senatsumbildung, bei der Fraktionschef Henning Voscherau und der Landesvorsitzende Ortwin Runde dem Bürgermeister assistierten.

Diese drei Politiker, die das traditionelle „eiserne Dreieck" sozialdemokratischer Staatsmacht in Hamburg bilden, entschieden sich für die folgenden Veränderungen im Senat: Neuer Stellvertreter Dohnanyis als Zweiter Bürgermeister wird der bisherige Innensenator Alfons Pawelczyk, der zugleich die Vertretung Hamburgs beim Bund übernimmt. Die bisherige Bürgermeisterin und Gesundheitssenatorin Helga Elstner, bislang das dienstälteste Senatsmitglied, scheidet auf eigenen Wunsch aus. Nachfolger Pawelczyks als Innensenator wird der bisherige Leiter des Bezirksamtes Wandsbek, der 42jährige Diplompolitologe Rolf Lange. Die Gesundheitsbehörde übernimmt die bisherige Bundessenatorin Christine Maring. Neuer Finanzsenator wird der Altonaer SPD-Bundestagsabgeordnete und Steuerexperte Horst Gebrecht (47). Für den im Sommer ausscheidenden parteilosen Wissenschaftssenator Professor Hansjörg Sinn tritt der ebenfalls parteilose Professor Klaus Michael Meyer-Abich (48) in den Senat ein. Sinn hatte ihn als seinen Nachfolger vorgeschlagen. Meyer-Abich, Diplomphysiker und früherer Mitarbeiter des Philosophen und Atomphysikers Carl Friedrich von Weizsäcker, ist seit 1974 Leiter der interdisziplinären „Arbeitsgruppe Umwelt, Gesellschaft, Energie" der Universität Essen und gilt als Kritiker der Kernenergie.

Den Entschluß, seine Senatsriege im Sommer umzubilden, hatte Dohnanyi schon vor Monaten gefaßt und damals unter dem Gesichtspunkt vorbereitet, der politische „Aufhänger" dafür werde das Ausscheiden Sinns sein. Der Rücktritt des Finanzsenators Jörg König, der nach einem Schützenfest unter Alkoholeinwirkung seinen Dienstwagen an einer Autobahn-Leitplanke ramponierte und anschließend die Polizei und die Öffentlichkeit zunächst anflunkerte, brachte Dohnanyi unter Handlungsdruck. Angesichts dieser Umstände entschloß sich der Regierungschef zur Eile, um Führungsfähigkeit zu demonstrieren und zugleich zu verhindern, daß noch wochenlang in der Regierungspartei Positionen aufgebaut würden, die dem Bürgermeister die Hände gebunden hätten.



Alfons Pawelczyk FOTO: WEREK

Die mit Abstand wichtigste der jetzt getroffenen Personalentscheidungen betrifft Alfons Pawelczyk. Dohnanyi war seit geraumer Zeit entschlossen, seine Arbeitsüberlastung als Regierungschef eines Bundeslandes und Oberbürgermeister einer Großkommune zu reduzieren und einen Teil dem Zweiten Bürgermeister zu übertragen, der bislang eher eine politisch-protokollarische Funktion hat. Nachdem Helga Elstner diese zusätzlichen Aufgaben nicht übernehmen mochte, war Dohnanyi über eine entsprechende Zusage Pawelczyks hocherfreut. Der 51jährige Innensenator (seit 1980), vorher SPD-Bundestagsabgeordneter und Abrüstungsexperte, glaubt die wesentlichen Struktur- und Reformentscheidungen im Sicherheitsapparat der Hansestadt auf den Weg gebracht zu haben, und zeigte wenig Lust, noch länger „oberster Polizist und Feuerwehrmann" des Stadtstaates zu sein. Ihn zog es seit geraumer Zeit zurück auf das Bonner Parkett mit der Möglichkeit, in der Außen- und Sicherheitspolitik wieder sozialdemokratische Flagge zu zeigen. Was die Opposition bislang auf diesem Gebiet vorzuweisen hatte, vermochte bei ihm statt Begeisterung nur wehmütige Betrachtungen auszulösen.

Dohnanyi wiederum paßte Pawelczyks Drang nach Bonn vorzüglich ins Konzept, weil er mit Sorge beobachtete, wie das ohnehin lädierte „Image" Hamburgs nun auch in der Bundeshauptstadt mit einer eher lethargischen Vertretung hanseatischer Interessen einherging. Pawelczyk, ein energischer und ökonomischer Arbeiter, soll das ändern. Um ihn jedoch zugleich in die Lage zu versetzen, Dohnanyi zu entlasten und auch die eigene Machtbasis in Hamburg zu behalten, wurde ihm außer der Funktion des Zweiten Bürgermeisters auch das Senatsamt für den Verwaltungsdienst zugesprochen – die wichtigste Querschnittsbehörde der Hansestadt. Damit ist Pawelczyk nicht nur der oberste Personalchef für die rund 114 000 Staatsdiener der Hansestadt, sondern zugleich auch der für die gesamte Behördenorganisation zuständige Senator. Wer auf diesem Klavier zu spielen versteht, ist mehr noch als der Finanzsenator, der politisch und nervlich zerrieben werden kann, der „starke Mann" im Senat. Das war Pawelczyk schon als Innensenator. Er wird es auch in seinem neuen Amt bleiben. Die Innenbehörde übergibt er mit Rolf Lange einem seiner engsten Vertrauten aus der Wandsbeker SPD, seiner Bastion in der Partei. Dort schlägt das Herz stramm Mitte-rechts.

Papua-Neuguinea: Papst-Messe im Dschungel

dpa / UPI / DW. Mount Hagen

Papst Johannes Paul II. hat gestern im entlegenen Hochland von Papua-Neuguinea eine Messe für annähernd 200 000 Gläubige zelebriert. Der Gottesdienst auf dem Golfplatz in Mount Hagen hatte zahlreiche Einheimische mit bemalten Gesichtern und Zehntausende von Zuschauern angelockt, von denen einige mehrtägige Fußmärsche hinter sich hatten.

Nur zwölf Prozent der mehr als 500 katholischen Priester Papua-Neuguineas sind Einheimische. Der zuständige Erzbischof George Bernardiung ist Amerikaner, ein anderer Bischof ist der aus Schlesien stammende Wilhelm Würtz. Fast jeder fünfte Bewohner Papua-Neuguineas bekennt sich zum katholischen Glauben. Am gleichen Tag wollte Johannes Paul auch für die Kranken beten und eine an die Bischofskonferenz von Papua-Neuguinea und die Salomonen-Inseln gerichtete Ansprache halten.

Unterdessen werden in Thailand unter Leitung des Oberbefehlshabers der Armee strengste Sicherheitsvorkehrungen für den bevorstehenden Papst-Besuch getroffen. Johannes Paul II. wird morgen zu einem zweitägigen Besuch in das buddhistische Königreich eintreffen.

Luftangriff gegen Busher?

DW. Beirut

Irakische Jagdbomber haben, wie aus zuverlässiger Quelle in der iranischen Hauptstadt Teheran bekannt wurde, das im Bau befindliche persische Kernkraftwerk südöstlich von Busher mit „Exocet"-Raketen beschossen. Der irakische Angriff, der am 24. März stattfand, wurde von Super-Etendard-Maschinen ausgeführt, die Paris erst unlängst an Bagdad geliefert hatte. Welcher Schaden bei dem irakischen Luftangriff entstand, wird von persischen Stellen geheimgehalten.

Busher war in den vergangenen Wochen in die Schlagzeilen geraten, nachdem deutsche Techniker die Möglichkeit einer Vollendung des Kernkraftwerkbaus vor Ort untersucht hatten. Daraufhin war in amerikanischen Presseberichten die Möglichkeit angedeutet worden, Iran versuche sich auf diesem Wege spaltbares Material für Kernwaffen zu beschaffen (WELT v. 2. Mai).

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Häftling aus Spandau

In der WELT vom 28. April 1984 wird berichtet, daß Wolf Rüdiger Heß erklärt hat, das Friedensangebot seines Vaters an die Engländer sei kein Scheinangebot gewesen. Merkwürdigerweise wird aber sein Inhalt seit Jahrzehnten verschwiegen.

Der Inhalt ergibt sich jedoch aus den eigenen Worten von Rudolf Heß in seiner Vernehmung vom 9. Juni 1941 durch Lord Simon. Die Richtigkeit der Aussage ist niemals bestritten worden. Der Text ist mir seit dem Nürnberger IMT-Prozeß bekannt. Die amtliche deutsche Übersetzung lautet unter anderem:

F.: Können Sie mir sagen oder wollen Sie mir sagen, ob Sie mit oder ohne Kenntnis des Führers hierhergekommen sind?

A.: Ohne seine Kenntnis. Absolut. (Der Protokollführer vermerkte hinter dieser Antwort ein „Lachen" von Rudolf Heß.)

F.: ... Wenn Sie, Herr Heß, wie Sie gesagt haben, ohne Autorisation, Zustimmung oder Kenntnis des Führers gekommen sind, dann erzählen Sie mir doch einmal zunächst etwas über die Friedensbedingungen. Wird denn der Standpunkt, den Sie mir vortragen wollen, auch von anderen Leuten eingenommen? Gibt es in Deutschland wichtige Personen, die den Standpunkt vertreten, den ich anhören soll?

A.: Die Ideen sind Ideen des Führers. Und die sind ausschlaggebend – einzig und allein. ... Ich habe nur ganz selten in meinem Leben ein Ehrenwort gegeben, weil ich es für eine zu heilige Sache halte. In diesem Falle gebe ich mein Ehrenwort, daß dieses, was ich hier niedergeschrieben habe, das ist, was mir der Führer in mehreren Gesprächen gesagt hat. (Heß las sodann aus einem vorbereiteten Memorandum vor. Als Grundlage für eine Verständigung zwischen England und Deutschland sollte eine Teilung der Interessensphären dienen. Deutschlands Interessensphäre sollte Kontinentaleuropa sein; Englands Interessenspähre sollte das englische Weltreich sein.) Das gesamte Vernehmungsprotokoll ist noch umfangreicher. Hier sind die wesentlichen Fragen und Antworten wiedergegeben.

Über die Frage, ob Hitler von dem Englandflug von Rudolf Heß gewußt hat, äußerte sich der Gauleiter der Auslandsorganisation der NSDAP, Ernst Wilhelm Bohle, in Nürnberg in einer eidlichen Erklärung: Sämtliche Indizien sprechen für die Kenntnis Hitlers von dem bevorstehenden Flug nach England. Heß, der Bohle nahestand, hatte bei diesem vor dem Flug mehrfach englischen Unterricht genommen.

Dr. Robert M. W. Kempner,
fr. Stellv. US-Hauptankläger in Nürnberg

*

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

in dem in der Ausgabe der WELT vom 25. April über Rudolf Heß erschienenen Artikel wird von Herrn Bernt Conrad die Auffassung vertreten, daß die drei westlichen Gewahrsamsmächte „lieber heute als morgen" Rudolf Heß freilassen würden, aber stets aufs neue auf das unnachgiebige Nein der vierten Gewahrsamsmacht, der Sowjetunion, stoßen würden.

Dieser Ansicht kann ich nicht beipflichten. Ich bin vielmehr der Überzeugung, daß auch die drei westlichen Gewahrsamsmächte im Grunde kein Interesse an der Freilassung von Rudolf Heß haben und sich nur zu bereitwillig hinter der intransigenten Haltung der Sowjetunion verschanzen.

Nach zuverlässigen Informationen ist in den vertraulichen Abmachungen, die die Gewahrsamsmächte im Jahre 1946 oder 1947 über die Verwaltung des Gefängnisses in Berlin-Spandau geschlossen haben, ein Passus enthalten, nach dem das Gefängnis aufzulösen ist, wenn sich auch nur eine der Gewahrsamsmächte – aus welchen Gründen auch immer – von der Verwaltung des Gefängnisses zurückzieht. In diesem Fall ist das Gefängnis aufzulösen und der noch im Gefängnis befindliche Häftling der Gewahrsamsmacht auszuliefern, die ihn im Jahre 1945 nach Nürnberg gebracht hat.

Selbst wenn aber eine solche Vereinbarung nicht getroffen worden wäre, könnte sich jede der vier Gewahrsamsmächte unter den heutigen politischen und völkerrechtlichen Bedingungen jederzeit von der gemeinsamen Verwaltung des Gefängnisses zurückziehen. Rudolf Heß wurde in Nürnberg von der Anklage freigesprochen, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Er wurde, wie in dem erwähnten Artikel von Bernt Conrad zutreffend ausgeführt wird, wegen der Beteiligung an der Planung, Vorbereitung und Führung eines Angriffskriegs verurteilt.

Tatsächlich hat es aber bei Ausbruch des Krieges im Jahre 1939 keinen Satz des Völkerrechts gegeben, nach dem ein Staatsoberhaupt, Minister, General oder anderer staatlicher Organträger wegen einer solchen Handlung persönlich und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden konnte. Einen solchen Rechtssatz gibt es auch heute noch nicht. Auch die Praxis der Staaten ist in dieser Frage völlig eindeutig. Bei keinem der zahlreichen seit 1949 geführten Kriege wurde auch nur erwogen, die für diese Kriege verantwortlichen Staatsmänner vor ein internationales Strafgericht zu stellen.

Rudolf Heß wird seit nunmehr 43 Jahren ohne Rechtsgrund gefangengehalten. Dies erfüllt nach dem Recht aller zivilisierten Nationen den Tatbestand eines Verbrechens. Kein Staat ist aber an Verträge oder Abkommen gebunden, deren Zweck und Ziel die Begehung eines Verbrechens ist.

Ich kann auch nicht der Baronin Young, Staatsministerin im britischen Außenministerium, beipflichten, die vor einigen Tagen meinte, daß die Freilassung von Rudolf Heß durch die Westmächte „äußerst schwerwiegende Folgen für Berlin als Ganzes haben könnte". Wenn die Sowjetunion etwas gegen Berlin unternehmen will, dann wird sie immer irgendeinen Vorwand finden, wie sie auch im Jahre 1948 für die Blockade Berlins völlig fadenscheinige Gründe ins Feld geführt hat.

Ganz sicher aber wird sie nicht die Freilassung von Rudolf Heß, eines 90 Jahre alten Greises nach einer Haft von 43 Jahren zum Anlaß nehmen, Maßnahmen gegen Berlin zu ergreifen. Das wäre äußerst unklug und sie würde sich damit der Verachtung der ganzen freien westlichen Welt aussetzen. Außerdem müßte sie damit rechnen, daß dann eine weltweite Auseinandersetzung über die Beteiligung der Sowjetunion an der Planung, Vorbereitung und Führung des Krieges gegen Polen im Jahre 1939 und um das geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. 8. 1939 in Gang käme.

Die Sowjetunion bestreitet auch heute noch die Existenz dieses Geheimvertrages und sie hat sicher kein Interesse daran, daß um diesen Vertrag eine weltweite Auseinandersetzung beginnt. Dieser Geheimvertrag sah bekanntlich die Aufteilung von sechs zwischen Deutschland und der Sowjetunion gelegenen Ländern vor, darunter auch die Polens. Hinsichtlich Polens wurde entlang der Flüsse Narew, Weichsel und San eine Demarkationslinie vereinbart und außerdem bestimmt: „Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen."

In Vollzug dieses „gemeinsamen Plans" – um in der Sprache des IMT zu reden – hat dann bekanntlich die Rote Armee nach zeitlicher Abstimmung mit dem OKW am 17. September 1939 die polnische Ostgrenze überschritten und den östlich der vereinbarten Demarkationslinie gelegenen Teil Polens besetzt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Alfred Seidl, MdL, München

Ungleiches Maß

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Wirtschaftsglosse „Bonner Hilfe für Korf?" (25. April 84) verdient den Beifall aller, die den Abbau sinnloser Subventionen wünschen. Es ist tatsächlich nicht einzusehen, daß an Arbedsaarstahl an die Milliarde grenzende Subventionen gezahlt werden, während auch Luxemburg für diese Aktiengesellschaft mitverantwortlich ist, und man zur gleichen Zeit einen ursprünglich gut fundierten, beinahe-mittelständischen Betrieb einfach verkommen läßt.

Schade, daß Sie in WELT der WIRTSCHAFT keinen Platz für reportageartige Berichte haben. Es wäre sicher lohnend, einmal etwas ausführlich nicht nur über die jetzigen Badischen Stahlwerke AG zu berichten, sondern auch über die Entstehung dieses kleinen, leistungsfähigen Unternehmens und seines klugen Gründers Korf zu berichten, der die Überlegenheit der großen Stahlwerke an Ruhr und Saar nicht fürchtete, solange auf dem Stahlmarkt die freie Marktwirtschaft funktionierte. Die Subventionen an die Anderen haben ihn zugrundegerichtet. Aber glücklicherweise noch nicht ganz.

Mit hoffnungsvollen Grüßen!
R. Schmidt, Berlin 33

Wort des Tages

» Die Zeit geht immer vorwärts. Tu einen Schritt zurück, das kann im Raum gelingen und in allem, was ihm ähnlich ist: in der Zeit niemals. Im großen und kleinen betrügt man sich leicht über diese merkwürdige Tatsache. «

Theodor Haecker, dt. Kulturphilosoph (1879 – 1945)

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Eine ungewöhnliche Auszeichnung wurde dem Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madrid, **Dieter Koniecki**, zuteil: König **Juan Carlos** verlieh ihm die Offiziersklasse des Zivilen Verdienstordens für seine „Verdienste um Spanien". Die Auszeichnung überreicht heute Spaniens Botschafter **Eduardo Foncillas** in Bonn Koniecki. Mit dieser Ehrung wird seine Mitarbeit beim Aufbau der spanischen Gewerkschaften gewürdigt. Zu einer Zeit, als nach dem Zusammenbruch der Franco-Ära die kommunistischen Comisiones **Obreras** drauf und dran waren, den staatlichen Gewerkschaftsapparat zu übernehmen. 1931 in Bunzlau in Schlesien geboren, gehörte Dieter Koniecki zu den Gründern des Liberalen Studentenbundes der Freien Universität Berlin. Nach Ost-Berlin gelockt und von dort gefesselt nach Prag geschleppt, wurde er sechs Jahre eingesperrt, bis 1966 durch diplomatische Demarchen seine Freilassung nach Bonn erreicht werden konnte.

*

Für Ihre Verdienste im Natur- und Artenschutz sind ein Wissenschaftler, zwei engagierte Laien und drei Jugendgruppen mit dem Bruno-A.-Schubert-Preis ausgezeichnet worden. Frankfurts Oberbürgermeister **Walter Wallmann** überreichte den mit insgesamt 100 000 Mark dotierten Preis in der ersten Kategorie an Professor **Berndt Heydemann**, Ökologe an der Universität Kiel, für seine Bemühungen um die Erhaltung des Wattenmeeres. Der Preis in der zweiten Kategorie ging an die Laien **Günter Peter**, für seine Berichte über das illegale und grausame Abschlachten von Meeresschildkröten in Ostasien und **Josef Koller** für seine Arbeit über das Dachauer Moos nördlich von München. Der Preis in der dritten Kategorie ging an die Jugendgruppe des Vereins „Jordsand", an die Jugendlichen im Deutschen Unterwasserklub Hamburg und die Jugendlichen einer Frankfurter Waldjugendgruppe.

GEBURTSTAG

„Musik eines echten Ergriffenen, Barock in der Form, hochkontrapunktisch im Gewebe uneingeschränkt tonal" stellte eine Kritik über eine Aufführung von **Reinhard Schwarz-Schillings** „Partita für Orchester" fest. Der in Berlin lebende Komponist feiert heute seinen 80. Geburtstag. Das vielfältige Schaffen Schwarz-Schillings, der sich mit der abendländischen Musiktradition in einer musikalischen Sprache der Gegenwart auseinandergesetzt und dabei die Tonalität mit ihrem Grundgesetz von Spannung und Lösung nicht verlassen hat, umfaßt Orchester- und Orgelstücke, Vokalkompositionen und Kammermusik. Geboren in Hannover studierte er Komposition bei **Walter Braunfels** in München, war dann Schüler von **Heinrich Kaminski** und erhielt 1938 eine Berufung als Kompositionslehrer an die Berliner Hochschule für Musik. Der Musiker war dort seit 1955 als Professor und von 1969 bis zu seiner Emeritierung 1971 als Abteilungsleiter für Komposition tätig.

MILITÄR

Der Kommandeur der Pionierschule/Fachschule des Heeres für Bautechnik, Brigadegeneral **Hartmut Dybilasz**, München, tritt Ende September in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Dipl.-Ing. **Roland Zedler**, zur Zeit stellvertretender Kommandeur 6. Panzergrenadierdivision in Neumünster. Für ihn kommt dann Brigadegeneral **Otto Biemann**, Kommandeur Luftlandebrigade 25, Calw. Dessen Nachfolger wird Oberst i. G. **Godehard Schell**, Referatsleiter im Verteidigungsministerium.

Der jetzige Amtschef des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr in Bergisch Gladbach, Brigadegeneral **Adrian Freiherr von Oer**, geht im Herbst dieses Jahres ebenfalls in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Flottillenadmiral **Elmar Schmähling**, der zur Zeit in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen tätig ist und vorher Amtschef des Amtes für die Sicherheit der Bundeswehr (MAD) war.

Auch Brigadegeneral **Johann Gärtner**, Unterabteilungsleiter im Verteidigungsministerium, tritt in den Ruhestand. Ihm folgt Oberst i. G. **Bruno Mielke**, der auf der Hardthöhe ein Referat leitet. In Pension geht Flottillenadmiral **Gustav Bartholomäus**, Amtschef des Personalstammamtes der Bundeswehr in Köln. Sein Nachfolger wird Oberst **Hans-Joachim Müller**, Kommandeur Panzergrenadierbrigade 10, Weiden. Ihm folgt Oberst i. G. **Jürgen Reichardt**, Leiter Informations- und Pressestab im Bundesverteidigungsministerium.

Brigadegeneral **Wolfgang Beilike**, Abteilungsleiter im Heeresamt in Köln, geht ebenfalls in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Oberst **Wolfgang Estorf**, Kommandeur Panzergrenadierbrigade 7, Hamburg-Fischbek. Für ihn kommt Oberst i. G. **Hartmut Bagger**, Fachgruppenleiter an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese.

ERNENNUNG

Mabolia Inengo Tra Bwato, der Botschafter von Zaire, übergab Bundespräsident **Karl Carstens** sein Beglaubigungsschreiben. Der Diplomat aus Kinshasa, Jahrgang 1932, studierte in Belgien Geschichte und Rundfunkwesen. Zunächst war er als Lehrer tätig, wurde Schuldirektor und Schulrat und schließlich Programmdirektor des Senders „Tele Star". Er übernahm den Vorsitz der Lehrergewerkschaft Kongos, wurde Mitglied der Reform-Kommission für Unterrichtspläne in Zaire und übernahm schließlich in der Regierung das Amt des Generalsekretärs in der Planungskommission für Erziehungswesen. Von 1969 bis 1976 war er stellvertretender Minister, dann Minister für Erziehung. 1976 ging er als Botschafter nach Kanada. 1978 war er für zwei Jahre Gouverneur von Ober-Zaire. 1980 wurde er Gouverneur der Stadt Kinshasa. Im gleichen Jahr ging er als Botschafter nach Lissabon, 1983 als Botschafter nach Marokko.

THEATER

Ein kompetenter Gast bescheinigte dem Altonaer Theater für Kinder in Hamburg eine gelungene Inszenierung. **Wolfgang Wagner**, der Leiter der Bayreuther Festspiele und Enkel des Komponisten **Richard Wagner**, besuchte eine Aufführung „Wagner für Anfänger". Der 1. Teil des „Ring der Nibelungen" ist dabei in einer eineinhalbstündigen Vorstellung in Szene gesetzt worden mit der Absicht, auch Kinder (aber nicht nur Kinder) an das Werk Richard Wagners auf einfache Weise heranzuführen. Für **Uwe Deeken**, den Leiter des Theaters für Kinder, ist dieses aber nicht der erste Versuch, Werke großer Meister für das jüngere Publikum darzustellen. Mit großem Erfolg liefen schon „Die Zauberflöte", „Der Freischütz" und „Zar und Zimmermann".

Panamas Wahlen brachten bisher vor allem viel Verwirrung und Schüsse

Wachsende Furcht vor einer Intervention der Militärs / Washington wartet ab

WERNER THOMAS, Panama City

Arnulfo Arias erklärte sich zum Sieger und befürchtete Straßenkämpfe, wenn die Wahlkommission zu einem anderen Ergebnis kommen sollte. Wenige Stunden später fielen die ersten Schüsse, es gab Schlägereien, Steine flogen durch die Luft und Autos gingen in Flammen auf. Ein Mann wurde getötet, mehrere Dutzend Personen erlitten Verletzungen.

Zwei Tage nach den Präsidentschaftswahlen herrscht in der mittelamerikanischen Republik Panama Konfusion. Die Furcht ist weit verbreitet, daß die spannungsgeladene Atmosphäre weitere Zwischenfälle auslösen kann, die schließlich zu einer Intervention der Streitkräfte führen können.

Der Tag nach dem Urnengang hatte mit widersprüchlichen Erklärungen der beiden Rivalen Arias und Nicola Ardito Barletta begonnen. Arias, 82, der prominenteste Oppositionsführer, feierte bei einer Pressekonferenz bereits seinen Triumph. „Das Volk stimmte für einen Wechsel", sagte er und versprach: „Wir werden großzügig im Sieg und verantwortungsbewußt in der Regierung sein." Für den Fall, daß er „betrogen" werde, warnte der greise Politiker: „Gewalt ist möglich. Das Volk wird auf die Straßen gehen." Er betonte jedoch: „Ich wünsche kein Blutvergießen."

Kurze Zeit später verkündete der Regierungskandidat Ardito Barletta, 45, auf einer Pressekonferenz, er führe nach letzten Auszählungen. Er zeigte sich optimistisch: „Wir haben eine gute Chance, zu gewinnen." Er rechne mit einem „knappen Sieg".

Viele Bürger Panamas haben diesen Wahlen mit einem Gefühl der Nervosität entgegengeblickt. Die Möglichkeit politischer Turbulenzen lag immer in der Luft, seit Arnulfo Arias seine Kandidatur verkündete.

Der greise Zahnarzt, den seine Anhänger als „letzten Caudillo Lateinamerikas" bezeichnen, ist für die Militärs ein rotes Tuch. Arias hält einen einsamen Rekord: Er war bereits dreimal (1941, 1951, 1968) zum Präsidenten gewählt und jedesmal gestürzt worden. Auch diesmal befürchtet der populistische Politiker eine Intervention der Streitkräfte, obgleich der General Manuel Antonio Noriega, der Kommandeur, „strikte Neutralität" versicherte. Ein Parlaments-Kandidat der Arias-Koalition drohte letzte Woche: „Wenn sie nicht alle Stimmen zählen, müssen sie die Toten zählen." Ein anderer „Arnulfista" rief bei einer Wahlversammlung: „Schärft die Machetes."

Auch neutrale Beobachter fanden die im Parlamentsgebäude vorgenommenen Auszählungen ziemlich langsam. Je länger die Nation auf das offizielle Ergebnis wartete, desto mehr Menschen versammelten sich vor diesem Gebäude – und bei den Arias-Anhängern verdichtete sich der Verdacht betrügerischer Manöver. Später fielen dann die ersten Schüsse, die Auszählung wurde vorerst unterbrochen.

Diese Wahlen sind von der US-Botschaft aufmerksam verfolgt worden: Durch Panama fließt ein strategisch wichtiger Kanal, dessen Kontrolle die Amerikaner im Jahr 1990 aufgeben. Dann befinden sich in dem Land nach wie vor militärische Stützpunkte der USA mit 9000 Soldaten, die angesichts der explosiven Mittelamerikasituation große Bedeutung haben.

Der Wahlkampf war jedoch weitgehend frei von antiamerikanischen Tiraden. Arias und Ardito Barletta, ein ehemaliger Planungsminister und Weltbankbeamter, bekannten sich auf ihren Kundgebungen sogar ausdrücklich als Freunde der Vereinigten Staaten und plädierten für noch bessere Beziehungen. Und die Amerikaner hatten den Streitkräfte signalisiert, eine Einmischung in den Wahlprozeß könne ein Ende der Militärhilfe bedeuten. (SAD)

Duarte gegen direkte US-Intervention

dpa/AFP/DW. San Salvador

José Napoleon Duarte, der Kandidat der Christlich-Demokratischen Partei für die Präsidentschaft San Salvadors, der sich selbst zum Wahlsieger erklärt hatte, will „niemals" eine direkte militärische Intervention der Vereinigten Staaten in seinem Lande dulden. Auf einer Pressekonferenz sagte der Politiker, die 55 amerikanischen Militärberater, die sich bereits in El Salvador aufhalten, seien jedoch in ihrer gegenwärtigen Tätigkeit weiterhin willkommen. Duarte hat die Staaten der westlichen Welt, vor allem die USA, aufgefordert, seinem Land mehr Finanz- und Militärhilfe zukommen zu lassen. Damit könne vermieden werden, daß sich El Salvador in ein neues Nicaragua verwandle, sagte er.

Nach Angaben von Duarte erzielte er nach Auszählung von 94 Prozent der Stimmen einen Anteil von 55 Prozent, während sein Kontrahent Roberto d'Aubuisson von der rechtsgerichteten Arena-Partei 45 Prozent der Stimmen erhielt.

Der voraussichtliche Sieg Duartes ist in Washington mit Befriedigung aufgenommen worden. Ein Sprecher des Weißen Hauses sagte, man sei bereits „befriedigt über die Art und Weise, wie die Wahlen vonstatten gingen". Präsident Reagan scheint entschlossen zu sein, die Hilfe für El Salvador zu erhöhen.

Arabische Staaten bemühen sich um verstärkte Präsenz in Afrika

Riad will die Erfolge Israels neutralisieren / Moscheebauten als Mittel der Politik

JÜRGEN LIMINSKI, Beirut

Saudi-Arabien und einige kleinere Staaten der Golfregion verstärken ihre Anstrengungen, um die Erfolge der israelischen Diplomatie in Afrika zu neutralisieren und, wo immer es möglich ist, afrikanische Staaten gegen Israel aufzubringen. In diesem Sinn werden seit einigen Monaten beachtliche finanzielle Mittel eingesetzt, die meist unter der Auflage für Entwicklungsprojekte verwandt werden, daß die Nehmerländer politische Erklärungen gegen Israel abgeben oder sich diplomatisch von Jerusalem abwenden.

So haben der Präsident von Kenia, Arap Moi, und der Vorsitzende des Rates der Vereinigten Arabischen Emirate (UAE), Scheich Sayed bin Sultan al Nachjan, nach einem dreitägigen offiziellen Staatsbesuch in Kenia ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, wonach ein „dauerhafter Friede im Mittleren Orient" nur möglich sei, wenn die „unaufhebbaren und unveräußerlichen Ansprüche und Rechte des palästinensischen Volkes berücksichtigt" würden, „die Palästinenser einen eigenen Staat unter der Führung der PLO" errichten und Israel sich „bedingungslos aus allen besetzten arabischen Gebieten" zurückziehen würde.

Strategisches Ziel

Diese exemplarische Erklärung geht deutlich über den Plan von Fez hinaus und wirft ein erhellendes Licht auf die Intentionen der arabischen Diplomatie. Als Gegenleistung erhielt Kenia Zusagen für Wirtschaftshilfe und eine neue Schulanlage für 1200 Hochschüler. Die Kosten für die Anlage mit Bibliothek, sechs Werkshallen, vier Laboratorien und einer großen Aula belaufen sich auf umgerechnet 17 Millionen Mark.

Die „Khaleej Times" in Dubai bezeichnete den Besuch als „überaus erfolgreich". Sie hob besonders die Worte des Scheichs hervor, der die arabische und afrikanische Welt als glückliche Ergänzung pries. „Wenn Araber und Afrikaner vereint wären", so die halbamtliche Zeitung, „würden alle Länder dieser Welt ihre Hilfe brauchen." Und: „Es ist klar, daß dieser Besuch stattfand, um diesem strategischem Ziel mehr Substanz zu verleihen."

In diesem Sinn wurden auch religiöse Gemeinsamkeiten zwischen den Emiraten und Kenia hervorgehoben. Scheich Sayed besuchte das Islamische Institut in Mombasa, das Präsident Arap Moi möglichst rasch auf den Stand einer Islamischen Universität gehoben sehen möchte.

Saudi-Arabien seinerseits bemüht sich verstärkt in West- und Mittelafrika um arabisch-afrikanische Solidarität. So wurde Kamerun ein Kredit von umgerechnet rund 50 Millionen Mark für ein Eisenbahn-Projekt gewährt. Damit erhöht sich die Kreditsumme Riads für Kamerun auf knapp 180 Millionen Mark. Ebenfalls für den Ausbau der Infrastruktur spendeten die Saudis Guinea zunächst 25, dann weitere 55 Millionen Mark. Die Kreditbedingungen machen aus solchen Geldern nahezu Geschenke. Der wirkliche Preis besteht meist in der Erlaubnis, in den afrikanischen Ländern Moscheen bauen und anti-israelische Propaganda betreiben zu dürfen. In teilweise islamisierten Ländern wie Senegal stoßen die Saudis dabei oft auf bereitwillige Partner. Senegal erhielt übrigens im März ein Darlehen über rund 40 Millionen Mark für „Wasserversorgungsprojekte". Gleichzeitig wurde der Bau von zwei neuen Moscheen in Angriff genommen.

Ungleiche Maßstäbe

Nach offiziellen Angaben haben die Saudis in den letzten Jahren umgerechnet 1,8 Milliarden Mark für die Errichtung und Renovierung von Moscheen außerhalb Saudi-Arbiens investiert. Da die arabischen Länder schon aus innenpolitischen Gründen sich religiös motivierte Baumaßnahmen nicht aus der Hand nehmen lassen, gehen politische Beobachter davon aus, daß es sich bei der genannten Zahl um Moscheebauten in Afrika handelt. Insgesamt, so der saudische Finanz- und Wirtschaftsminister Mohammed Ali Abai, hat Riad muslimischen Ländern seit 1972 finanzielle Wirtschaftshilfe in Höhe von 85 Milliarden Mark zukommen lassen.

Die jüngsten saudischen Hilfskredite für afrikanische Länder sind umso bemerkenswerter, als der saudische Haushalt Einkommensdefizite von 17 Prozent für das Fiskaljahr 83/84 verzeichnet und Riad sich entschlossen hat, sich in der Ausgabenpolitik große Strenge aufzuerlegen. In diesem Sinn ist auch die Wirtschaftshilfe für Jordanien zum Beispiel um die Hälfte auf umgerechnet 1,6 Milliarden Mark gekürzt worden. Von Beschränkung jedoch will man bei Waffenkäufen im Westen und diplomatischen Offensiven in Afrika nichts wissen.

Benelux: Parteien müssen sich selbst finanzieren

Mandatsträger geben einen gewissen Prozentsatz ab

BODO RADKE, Brüssel

In den Benelux-Ländern gilt als Faustregel, daß sich die politischen Parteien aus den Beiträgen ihrer Mitglieder selbst finanzieren müssen. Als selbstverständlich gilt zudem, daß Mandatsträger wie Bürgermeister, Minister oder Abgeordnete einen gewissen Prozentsatz ihrer Bezüge an den Kassenwart jener Partei überweisen, der sie ihren Posten zu verdanken haben.

In Belgien kommt hinzu, daß nicht nur die Sozialisten, sondern auch die Christdemokraten und sogar die Liberal-Konservativen jeweils eng mit Gewerkschaftsverbänden ihrer politischen Richtung verbunden sind. In schöner Regelmäßigkeit tauchen Gerüchte auf, daß die Beiträge von Mitgliedern der jeweiligen Arbeitnehmer-Organisationen nicht nur zur Finanzierung des Durchsetzens rein gewerkschaftlicher Forderungen dienen. So manche beachtliche Summe soll auch schon auf Konten der nahestehenden Partei weitergeleitet worden sein.

Das Thema „Parteienfinanzierung" findet in den Benelux-Ländern kaum eine Rolle in der öffentlichen Diskussion. Als selbstverständlich wird allgemein akzeptiert, daß es nicht die Aufgabe der größeren Parteien sein kann, in erster Linie hehren ethischen Zielsetzungen nachzustreben. Das überläßt man einflußlosen Splittergruppen. Die größeren Parteien sollen die Interessen jener Bevölkerungsgruppen vertreten, aus denen sie hauptsächlich ihre Wählerstimmen beziehen.

Besonders ausgeprägt ist diese Einstellung in Belgien. Dort machen die mit den Christdemokraten in der Regierungskoalition zusammenarbeitenden Liberal-Konservativen kein Hehl daraus, daß sie im politischen Kampf zunächst stets an das Wohlergehen der Wirtschaft, der Banken und der Angehörigen freier Berufe denken. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums haben die Sozialisten nie versucht, sich als „Volkspartei" zu profilieren. Sie bekämpfen eben wie früher die „kapitalistischen Ausbeuter" und singen auf ihren Parteiversammlungen wie eh und je mit erhobener Faust die „Internationale".

Allerdings: So recht ernst nimmt das niemand. Das gehört nun einmal zur politischen Folklore im gemeinsamen Königreich der Flamen und Wallonen. Dazu gehört ebenfalls, daß niemand genau wissen will, welche Interessengruppe welcher Partei auf welchen Kanälen finanziell unter die Arme greift.

Auch in den Niederlanden wird seit der Rückkehr der Liberal-Konservativen in die Regierungsverantwortung – zusammen mit den Christdemokraten – offener als früher über das Wechselspiel zwischen Interessengruppen und den ihren Zwecken dienlichen Parteien gesprochen. Hinzu kommt, daß in Holland Spitzenpolitiker viel häufiger als ihre Kollegen in der Bundesrepublik Deutschland vor Betreten der politischen Bühne praktische Erfahrungen in Wirtschaftsunternehmen oder Berufsverbänden jeglicher Art gesammelt haben.

Die Redensart „Wer gut schmiert, der gut fährt" erweckt im alten Händlervolk der Holländer ebensowenig Ressentiment-geladene Aufregung wie bei den Belgiern und den Luxemburgern. (SAD)

Schwedische Parteien „betteln" nicht bei Firmen

R. GATERMANN, Stockholm

Schwedische Unternehmen haben keine Möglichkeit, Zahlungen an politische Parteien oder ideelle Vereinigungen steuerlich abzusetzen. Als vor ein paar Jahren in der Öffentlichkeit die Zuwendungen der Wirtschaft, insbesondere an die nicht-sozialistischen Parteien, heftig debattiert wurden, faßten die Parteien zwei Beschlüsse.

Einmal erklärten sie, weitgehend auf Gelder der Wirtschaft verzichten zu wollen. Man könne zwar niemanden daran hindern, eine Partei finanziell zu unterstützen. Aber man werde nicht „betteln gehen". Zum anderen kamen sie dem in Vorbereitung befindlichen Gesetz zur öffentlichen Darlegung der Parteienfinanzierung zuvor. Sie beschlossen nämlich, sich gegenseitig ihre Geschäftsberichte vorzulegen. Der Gesetzentwurf wurde damit zurückgezogen.

Die schwedischen Parteien sind weitgehend von staatlichen Zuschüssen abhängig: dem Mandats- und dem Kanzleizuschuß. Für jeden der 349 Abgeordneten des Reichstages werden aus der Staatskasse jährlich umgerechnet rund 52 000 Mark gezahlt. Darüber hinaus erhält jede Partei einmal einen Basisbetrag für die Kanzleiarbeit von umgerechnet einer Million Mark pro Jahr sowie pro Mandat noch einmal 3800 Mark. Die Regierungspartei muß sich hier mit 2550 Mark begnügen, weil man bei ihr davon ausgeht, daß sie bei ihrer Parteiarbeit auch die Regierungskanzlei mit beansprucht. Die Beträge werden in unregelmäßigen Abständen angehoben, zuletzt im Frühjahr 1982.

Als weitere Finanzierungsquellen - außer Mitgliedsbeiträgen und Staatszuschuß - bedienen sich die Parteien gern der Lotterie.

Die polnische Jugend zeigt Jaruzelski die kalte Schulter. Schüler klagen an

KP-Funktionäre werden in den Schulen ausgepfiffen / Partei gibt Probleme zu

JOACHIM G. GÖRLICH, Bonn

„Es ist höchste Zeit, an der Erziehungsfront mit einer Offensive zu beginnen!" Mit diesen Worten leitete der polnische Partei- und Regierungschef General Jaruzelski eben jene Offensive ein, deren Ziel es sein soll, die offene Aggressivität bei der Jugend zu überwinden und sie wieder an die kommunistische Partei heranzuführen – selbst nach Meinung von Parteigenossen ein fast aussichtsloses Unterfangen.

Der Korrespondent der New Yorker US-Polenzeitschrift „Life of Polonia" berichtete jetzt dazu, daß KP-Funktionäre, die während dieser „Offensive" ideologische Vorträge vor der Gymnasialjugend halten, von dieser zunehmend ausgepfiffen und ausgebuht werden. Die Warschauer Zeitung „Polityka" beklagt, daß dies auch renommierten Künstlern auf der Bühne geschieht, die mit der KP und ihren Unterorganisationen kooperieren.

Das regierungsnahe „Institut für Jugendmeinungsforschung" fand bei einer Umfrage unter Schülern zwischen 14 und 16 Jahren heraus, daß 87,2 Prozent die Kommunisten für die Lage in Polen verantwortlich machen. Durchschnittlich 85 Prozent betrachten die Kirche und die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" als eigentliche politische Kraft des Landes. Leszek Miller, Leiter der Jugendabteilung beim ZK der Partei, gab bekannt, daß in den vergangenen drei Jahren 40 Prozent der Pfadfinder und 20 Prozent der Mitglieder des sozialistischen Jugendverbandes ZMS ihre Organisationen verlassen haben. Nur elf Prozent der Polen, die jünger sind als 30 Jahre, gehörten der KP an, obwohl sie 50 Prozent der Bevölkerung stellen. „Niemals in der Parteigeschichte war diese Zahl so gering", sagte Miller. Er bezeichnete die Lage als „sehr bedrohlich".

Der Literat und KP-Abgeordnete Wilhelm Szewczyk beklagte in der Kattowitzer „Panorama", daß ein Hochschulstudium Arbeiter- und Bauernkinder nicht mehr reize, weil Akademiker zu wenig verdienten. Die „Polityka" sekundierte ihm: Oftmals verdiene ein Uni-Hausmeister mehr als ein Hochschullehrer. Szewczyk und die Zeitung wiesen darauf hin, daß die Zahl der „Aussteiger" unter den Hochschulabsolventen ständig zunimmt: Junge Ärzte, Architekten, Ingenieure und andere Akademiker werden selbständige Taxifahrer, Tierfarmer, Kleinunternehmer, Händler usw. Bei einer Umfrage erklärten 40 Prozent der Hochschulabsolventen zudem, daß sie der freien Wirtschaft den Vorzug gäben.

Dem Regierungsorgan „Rzeczpospolita" vertrauten bei einer Schülerumfrage 62 Prozent an, daß sich „ehrliche Arbeit" in der Staatswirtschaft nicht mehr lohne. „Cleverneß bringt mehr ein."

Die Jugend setze anscheinend dort mit ihrer Opposition an, wo die „Solidarität" aufhören mußte, bemerkte das Organ der amerikanisch-polnischen Industrie- und Handelskammer „Life of Polonia". Wie Pilze aus dem Boden schießen Schüler-Selbstlernzirkel, in denen ideologiefrei polnische Geschichte und Literatur gepaukt wird. Jaruzelski sieht das Übel vornehmlich bei den Lehrern,und er setzt unter ihnen die Säuberungen fort. Im Schnellverfahren werden neue „Pädagogen" herangebildet, nach dem Muster der 50er Jahre. Das Ergebnis ist bekannt.

Kritik der KPF an Staatsrat und Sozialisten wird zur Provokation

Verleumdungskampagnen der Kommunisten gefährden Zusammenhalt der Koalition

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Niederlage der kommunistischen Kandidatin Therese Gutman bei einer Nachwahl in Noisy-le-Grand bei Paris am Sonntag wird ein politisch-juristisches Nachspiel haben. Die Entrüstung der KPF über diesen neuen Verlust einer ihrer Bastionen im ehemals „roten" Pariser Gürtel und vor allem über die Art, wie er zustande kam, ist auf ihrem Höhepunkt angelangt. Die Kommunisten behaupten, Opfer einer „Manipulation" und von ihren sozialistischen Partner im Stich gelassen worden zu sein.

Die Spannungen zwischen Kommunisten und Sozialisten haben ein Ausmaß angenommen, das den Bestand der Regierungskoalition ernsthaft gefährdet. Auch im Inneren der sozialistischen Partei meldet sich immer mehr Protest gegen eine „Politik, die den kommunistischen Partner zum Bruch treiben muß". Gemeint ist die Politik des sozialistischen Wirtschaftsministers Jacques Delors, die ohne Rücksicht auf eventuelle Popularitätsverlust der politischen Parteien die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit Frankreichs auf den Weltmärkten durch rigorose Sparmaßnahmen im Auge hat.

Noisy-le-Grand war der achte Pariser Vorort von mehr als 30 000 Einwohnern, den die kommunistische Partei seit den Kommunalwahlen vom März 1983 verloren hat. Verloren, weil die Ergebnisse der ursprünglichen Wahl von den Oppositionsparteien angefochten und daraufhin vom „Staatsrat", der höchsten richterlichen Instanz des Staates, aufgrund erwiesenen Wahlbetrugs der Kommunisten annulliert worden waren. In manchen Fällen waren die Wahlen in so eklatanter Weise gefälscht worden, daß die Verantwortlichen, sämtlich kommunistische Funktionäre, wegen Betrugs vor ein ordentliches Gericht gestellt werden sollen. Bei den insgesamt 700 vom Staatsrat angefochenen Ergebnissen von Gemeinde- oder Kreiswahlen seit 1982 trifft dies in 32 Fällen zu.

Hiergegen hat nun die KPF eine systematische Verleumdungskampagne gegen den Staatsrat und seine 80 laut Verfassung streng unabhängigen Räte ausgelöst. Ihr Partei-Organ „Humanité" wirft dem Rat Parteilichkeit und antikommunistische Entscheidungsfindung vor. Der Rat sei „ein Hort der Reaktion" geblieben, an dem die Reformen vorübergegangen seien.

Die Zeitung bedient sich sogar früherer kommunistischer Kritiken aus den vierziger Jahren, in denen die Staatsräte als eine „traditionell antidemokratische, eng mit der Finanz-Oligarchie verbundene Kaste" bezeichnet wurden. Besonders zornig reagierte „Humanité" auf die inzwischen erfolgte Annullierung der Gemeindewahl-Ergebnisse der Stadt Thionville in Lothringen. Sie scheut sich nicht, dies als ein „Komplott" zu bezeichnen. Hiergegen hat Justizminister Badinter in der Kammer feierlich protestiert. In Thionville, einer alten kommunistischen Zitadelle im lothringischen Stahlrevier, muß am 20. Mai noch einmal gewählt werden, in einer Atmosphäre äußerster sozialer Agitationen gegen die Sanierungspläne der Regierung für die Stahlindustrie.

Die kommunistische Attacke gegen den Staatsrat ist im Elysee-Palais und in der Sozialistischen Partei mit Befremden aufgenommen worden. Sie wird als Versuch gewertet, die Einrichtungen der 5. Republik und den Staat zu destabilisieren. Präsident Mitterrand hat nach dem ihm zustehenden Recht einen seiner engsten Vertrauten zum stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden ernannt. Präsident ist, in Personalunion, Premierminister Mauroy. Mehrere sozialistische Minister wie Laurent Fabius und Jacques Delors sowie Mitterrands wirtschaftlicher Berater Jacques Attali haben ihre politische Karriere als Staatsräte begonnen.

Die Affäre kann also das Verhältnis zwischen den beiden Regierungsparteien nur zusätzlich vergiften. Hinzu kommt, daß es bei den durch kommunistische Urnen-Manipulationen ausgelösten Nachwahlen in den Gemeinden immer schwieriger wird, gemeinsame Listen der Linken aufzustellen. Sozialisten fürchten zunehmend um ihren guten Ruf bei den Wählern, wenn sie sich mit Kommunisten auf eine Wahlunion einlassen. Das aber macht wieder die Kommunisten wild. Die Reaktion auf diese Desunion zeichnet sich immer deutlicher ab: Die Linkswähler bleiben den Urnen fern.

Widerstand in der Partei und Misere der Wirtschaft setzen Gonzalez zu

Spanische Zeitschrift: Was ist mit Felipe los? / Die Grenzen pragmatischer Politik

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Verluste der Sozialisten bei den jüngsten Landtagswahlen in Katalonien mußte die Regierung Gonzalez alarmieren. Schließlich erlitt sie nach den baskischen Wahlen bereits die zweite Schlappe in den anderthalb Jahren ihrer Amtszeit. Und das keineswegs nur, weil die Sozialisten in beiden Ländern gegen den Strom des regionalen Nationalismus schwammen.

Der Stimmenverlust drückt vielmehr eine allgemeine Unzufriedenheit aus, die Reaktion der Wähler auf die wirtschaftliche Talfahrt. Gegen die steigende Arbeitslosigkeit, die zur Zeit 18,5 Prozent beträgt und noch steigt. Gegen die Politik der ständigen Geldverknappung helfen die Erfolge im Kampf gegen die Inflation wenig.

Generalstreiks und schließlich teure Zugeständnisse an die Gewerkschaften verwässern und verzögern den dringend notwendigen Plan zur Sanierung der Industrie. Auch er wird von neuen Massenentlassungen begleitet. Beunruhigt blicken auch die Unternehmer um sich. Gonzalez wiederholtes Bekenntnis zur Marktwirtschaft allein genügt nicht, das Vertrauen zu beleben, das die Wirtschaft braucht, wenn sie investieren soll. Selbst die gut verdienende Exportindustrie hält ihr Kapital zurück. Damit verringern sich die Chancen einer Besserung auf dem Arbeitsmarkt.

In dieser Situation mußte die Bedeutung der parlamentarischen Opposition ganz von alleine steigen. Während Umfragen einen potentiellen Wählerverlust der Sozialistischen Partei (PSOE) von 46,1 auf 43,6 Prozent anzeigen, stieg die liberal-konservative Volksallianz von 25,3 Prozent auf 31,5 Prozent.

Noch mehr Sorge aber mußte Felipe Gonzalez der Widerstand und die Unzufriedenheit in den Reihen der Regierungspartei selbst bereiten. Die Kritik der „sozialistischen Linken", wie sich dieser Parteiflügel nennt, an der „kapitalistischen" Wirtschaftspolitik des Regierungsflügels, an der NATO-Mitgliedschaft und an dem „Autoritarismus" organisierte sich bereits als interne Oppositionsgruppe für den Parteitag im Dezember.

Jetzt meldet sich eine zweite parteiinterne Oppositionsgruppe zu Wort, die Radikalen der „sozialistischen Strömung". An ihrer Spitze steht niemand anders als der Vizepräsident der Partei und stellvertretende Regierungschef Alfonso Guerra. Beide Gruppen können mit je 25 Prozent Stimmanteil im Parteikongreß rechnen und den Regierungskurs nach links verschieben.

Auch dies mußte auf die Dauer den Regierungs- und Parteichef Felipe Gonzalez ermüden. Vorübergehend schien es, als ob sein andalusisches Temperament dem doppelten Druck von innen und außen nicht mehr lange standhalten würde. Wie sein Vorgänger Adolfo Suarez, der seinem Sturz seinerzeit tatenlos entgegentrieb, schien sich auch Gonzalez im Moncloa-Palast, seinem Regierungs- und Wohnsitz, verkriechen zu wollen. „Was ist mit Felipe los?", fragte das an sich wohlwollende Magazin „Cambio 16". Schon hörte man Gerüchte über einen angegriffenen Gesundheitszustand des erst 42 Jahre alten Kabinettschef. Besucher bemerkten davon allerdings nichts.

Außenpolitische Erfolge des geschickten Mittlers in Mittelamerika helfen Gonzalez nicht über die immer neuen Hindernisse auf dem Weg in die Europäische Gemeinschaft hinweg. Die EG aber bedeutet für Spanien nichts weniger als das ersehnte Ende der Jahrhunderte währenden Isolierung von Europa.

Um die europäische Integration zu erreichen, änderte Gonzalez den Anti-NATO-Kurs, den er einst als Oppositionspolitiker verfolgte. In der Regierung schlug er auch hier den pragmatischen Weg der Vernunft ein. Wie er jetzt bei seinem offiziellen Besuch in Kopenhagen sagte, wird er die versprochene Volksbefragung über den Verbleib Spaniens in der NATO mit dem Vertrauensvotum für seine Regierung verbinden – ein aufgrund der kaum zu erwartenden Erholung der Wirtschaft ein riskantes Manöver.

Immerhin läßt diese Ankündigung erkennen, daß sich Felipe Gonzalez aus seiner selbstgewählten Isolierung herausreißen will. Eine Wahlrede in Katalonien, mehrere Pressekonferenzen und Fernsehauftritte lassen dies erkennen. Gab es einen Schwächezustand, so zeigt der kontakt- und gesprächsfreudige Regierungschef seine Fähigkeit, sie zu überwinden. Allerdings jetzt, erst anderthalb Jahre nach Regierungsantritt, sagt das noch nicht viel. Die Opposition stößt nach, von links und rechts und aus den eigenen Reihen. (SAD)

Glanz und Elend des deutschen Fernsehspiels

Autoren am Leitseil

Das deutsche Fernsehspiel steckt wieder einmal in der Krise. Gunther Witte, Leiter der Programmgruppe Fernsehspiel beim WDR: „Es ist zwischen alle Stühle geraten!" Die Ursachen sind komplex, die Symptome augenfällig. Akuter Mangel an versierten, dramaturgisch sattelfesten und in der Themenwahl universellen Autoren hat die Programmsparte allzusehr zum Tummelfeld engagierter, oft verkrampfter Sozialdiagnostiker werden lassen.

Ein Beispiel für die penetrante Machtergreifung der Soziographen ist der Programmzeitraum zwischen 20. Mai und 6. Juni. Dem SWF-Film „Tod in der Waschstraße" (20. 5.) folgt am 22. 5. „Kerbels Flucht" (ZDF), das Psychogramm einer zugrunde gehenden „progressiven Zweierbeziehung", am 23. 5. „Kraftprobe" (ARD), eine Sozialstudie an einer freiheitsdurstigen Fünfzehnjährigen, und am 6. 6. „Mitten ins Herz" von Doris Dörrie (ARD), die feministengeprägte Aufarbeitung des Themas Emanzipation. Das wird Zuschauer kosten.

Dabei war es gerade der „engagierte" neue deutsche Film, der dem Fernsehen vor Jahren die Talente entzog. Die kreativen Autoren- und Regietalente, in den Sechzigern aufgepäppelt von Mutter Fernsehen (Dr. Hans Prescher, Fernsehspiel-Chef des Hessischen Rundfunks: „Der deutsche Film fand damals praktisch im Fernsehen statt!"), liefen in Serie vom Bildschirm zur Leinwand über. Einen der Gründe dafür sieht Witte in der frustrierenden, Spontaneität verhindernden Überorganisation des Produktionsapparates Fernsehen. Und Franz Josef Wild, Leiter des „Programmbereichs Spiel" beim Bayerischen Rundfunk, ortet die größere Anziehungskraft für junge Talente ohnehin beim Film: „Die haben den Ehrgeiz, im Kino gespielt zu werden und ihren Namen groß auf einer Plakatwand zu sehen. Der Naturalismus des Originalschauplatzes, geboten vom Kinofilm, ist ihnen wichtiger als der Originalschauplatz des menschlichen Gesichts!"

Witte ist hier allerdings etwas optimistischer. „Dem deutschen Film stehen entscheidende Veränderungen bevor", sagt er. „Die Zukunft wird wenigen geförderten Großproduktionen gehören, deren kommerzielle Erfolge sicher zu kalkulieren sind! Das Gros der Filmemacher wird dabei auf der Strecke bleiben. Durch diese veränderte Situation werden dem Fernsehen wieder stärker Autoren und Regisseure zugeführt werden!"

Rückverlagerung schöpferischen Potentials alleine kann jedoch nicht eine zehrende Krankheit stoppen, die tiefere Ursachen hat. Ein etablierter Fernsehspielautor „funktioniert" heute so: Die Redaktion macht einen Themenvorschlag, Gestaltung und Dramaturgie werden gemeinsam besprochen, der Autor setzt sich an die Maschine. In ständigem Kontakt mit dem Sender, also quasi am „Leitseil", entsteht das Drehbuch.

Geschichten von dichterischem Rang, die dann auch im Fernsehen Maßstäbe setzen, entstehen anders. Der schöpferische Vorgang vollzieht sich dort in heikler Klausur. Der Unterschied, gesteht Witte, mag dafür verantwortlich sein, daß Fernsehspiele von literarischer Einmaligkeit heute nur selten zustande kommen.

Ist Rettung aus der Krise von Autoren mit dichterischer Aussagekraft also kaum zu erwarten, kann qualitativer Auftrieb von anderer Seite kommen. Witte: „Wir müssen das journalistische Fernsehspiel mit Anspruch forcieren!" Dabei kann der Rubikon zwischen Fernsehspiel und Film getrost überschritten werden. Die Amerikaner haben mit Fernsehfilmen wie „The Day after" und „Achtung! Sondersendung!" da Marken gesetzt. Die Themen (zuschauerfreundliche Identifikationsgeschichten, aufgehängt an Problemen, die uns Tag für Tag bedrängender auf die Haut rücken!) liegen auf der Straße. Geniale Autoren und Regisseure – wie die US-Asse Marshall Herskovitz und Edward Zwick („Sondersendung") – leider nicht.

Fernsehspiel-Verantwortliche wie Witte sind bereit, mit Mut zum Risiko einer neuen Fernsehspiel-Generation die Gasse zu öffnen. Der Wind wird ihnen dabei oft genug ins Gesicht blasen. Doch davon darf sich nicht schrecken lassen, wer dem maroden deutschen Fernsehspiel eine Bluttransfusion verpassen möchte ...

H. H. KANNENBERG



Gunther Witte

KRITIK

Hut ab vor Piano-Paul

Also, es geht ja doch; nicht alles was da so unter dem Signet „Solo für Spaßvögel" angestrengt über den ARD-Schirm geflattert kommt, sind mediale Pleitegeier unter Deutschlands Kleinkunst-Azubis. Der Dr. Dietrich W. Paul, der Sprache und der Brille nach ein promovierter Mathematiker und steigfähiger Spaßvogel aus dem Zuständigkeitsbereich des WDR, ist eine solche Ausnahme.

Auch „Piano-Paul" geheißen, paßt er so überhaupt nicht in diesen muffig-lahmen Karton mit der Aufschrift „Spaßvogel"; so würde man einen Thomas Freitag oder einen Victor Borge ja auch nicht nennen. Der Däne scheint es dem TV-Debütanten vor allem angetan zu haben. Dietrich Paul nämlich ist ein Tastentüftler mit Tiefsinn, der von Bach über Mozart bis zu Scott Joplin so viel drauf hat, daß er dem Talkshow-Gottfried-Böttcher noch was an Boogie zeigen könnte. Aber statt nun die Großen nachzuspielen, macht Paul das lieber in deren „Idiom", so à la Borge, sucht sich dazu ein Motiv, hier: „Happy birthday to you", und nudelt das nach Strich und Faden quer durch die pianistische Musikhistorie.

So geht es also auch, läßt man also doch auch mal einen Musikclown rein, dessen Humor nicht unbedingt sich den nivellierenden Gesetzen des Massengeschmacks unterwirft – und das schon um 22.00 Uhr!

ALEXANDER SCHMITZ





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 WISO
10.35 Zitronenjette
Stück von Paul Möhring
Mit Gerda Gmelin, Henry Vahl u. a.
Regie: H. Kielmann
12.10 Report
13.00 heute

16.00 Tagesschau
16.10 Die Tempeltänzer von Bhutan
Film von Elisabeth Neylon
Diese Dokumentation berichtet über das Königreich Bhutan im Himalaja. Eindrucksvolle Bilder zeigen das Leben im Kloster, die Mönche bei ihren rituellen Handlungen und die Massentänze der Lamas auf dem Tempelvorplatz, die zu Ehren des Guru Rimpotsche in uralten Masken und Kostümen aufgeführt werden.
16.55 Null ist Spitze
3. Teil: Erbsen mit Vanillesauce
Jack hat wieder eine Vision, diesmal von einer riesigen Blase am Himmel. Großmutter und Mr. Bagthorpe drehen durch. Oma spielt Bingo und stürzt dabei die ganze Spielhalle ins Chaos, während Mr. Bagthorpe von allen Konservendosen in der Speisekammer die Etiketten abreißt
17.20 Kein Tag wie jeder andere
Dreiteiliger Fernsehfilm von und mit Hans-Georg Ullrich und Detlef Gumm (1)
Robert und Ragna unternehmen eine große Radtour, jeden Tag legen sie bis zu 20 Kilometer Wegstrecke zurück. Was die beiden auf ihrer abenteuerlichen Reise am Mainufer alles erleben, schildert dieser dreiteilige Film.
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
Regionalprogramm West:
18.00 Hier und Heute
18.25 Mr. Merlin
Völkerverständigung
Mit Merlins Hilfe freundet sich Zac mit einer hübschen Turnerin an, die aus ihrem Leben voller Disziplin ausbrechen möchte
19.00 Albert Einstein
Letzte Folge: Ein Platz neben Don Quichote
20.00 Tagesschau
20.15 Die vier im Jeep
Schweizer Spielfilm von 1951
Mit Viveca Lindfors, Ralph Meeker, Michael Medwin
Regie: Leopold Lindtberg
21.45 Brennpunkt
Thema: Begnadigung in eigener Sache – Der Versuch der Bonner Koalition, sich durch ein Amnestie-Gesetz in Sachen Parteispenden selbst zu begnadigen, stößt auf Widerstand, auch in den eigenen Reihen. Die Sendung fragt nach der Moral und den Auswirkungen dieser Unternehmung.
Moderation: Gerd Ruge
22.30 Tagesthemen
23.00 Fußball-UEFA-Pokal
RSC – Anderlecht – Tottenham Hotspur
1. Endspiel
23.45 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Mit Nadel und Faden
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kompass
Ein Lexikon mit Bildern und Berichten
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Stevie Woods und Jennifer Rush
17.50 Bret Maverick
Die Erleuchteten
Die Sekte der „Erleuchteten" will unter der Leitung von Everest Sinclair in der Nähe von Sweetwater einen Stadtstaat aufbauen, um dort nach ihren eigenen Gesetzen zu leben. Sinclair kauft von dem Bankier Crow die Hypotheken belasteter Grundstücke auf und vertreibt durch Kündigung der Hypotheken die Siedler von ihrem Landbesitz.
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
anschließend Parteien zur Europawahl
19.30 Na, sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
20.15 Kennzeichen D
Themen: Der Mann hinter dem Stacheldraht – Porträt eines Offiziers der Grenztruppen der „DDR" / Familie werden ist nicht schwer, Familie sein dagegen sehr – Katholische Kirche, Familienvervände und Mütter klagen: so haben wir uns kinderfreundliche Politik nach der Wende nicht vorgestellt. Müssen sich deutsche Eltern Kinder ersparen? / Betriebsrat unerwünscht – Noch immer verweigern Betriebe ihren Arbeitnehmern die Wahl eines Betriebsrats / Mz-Motorrad made in „h" Zone – Zum ersten Mal trafen sich Motorrad-Fans aus ganz Europa in der Bundesrepublik - auf Feuerstühlen aus der „DDR", Marke mz.
Moderation Giselher Suhr
21.00 Der Denver-Clan
Sieben Tage Frist
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
22.10 exclusiv
22.55 Verbotene Hilfe
Von Liliane Targownik
Über die Bürger einer Stadt spannt sich ein unsichtbares Netz aus Beobachtung, Registrierung und Maßregelung. Eine orwellsche Atmosphäre, doch nach außen wird nicht viel sichtbar. Das Bild der Stadt scheint nach außen hin intakt, eigentlich fast normal; sie wird nur durch Angst und Mißtrauen unbewohnbar.
0.15 heute

III.

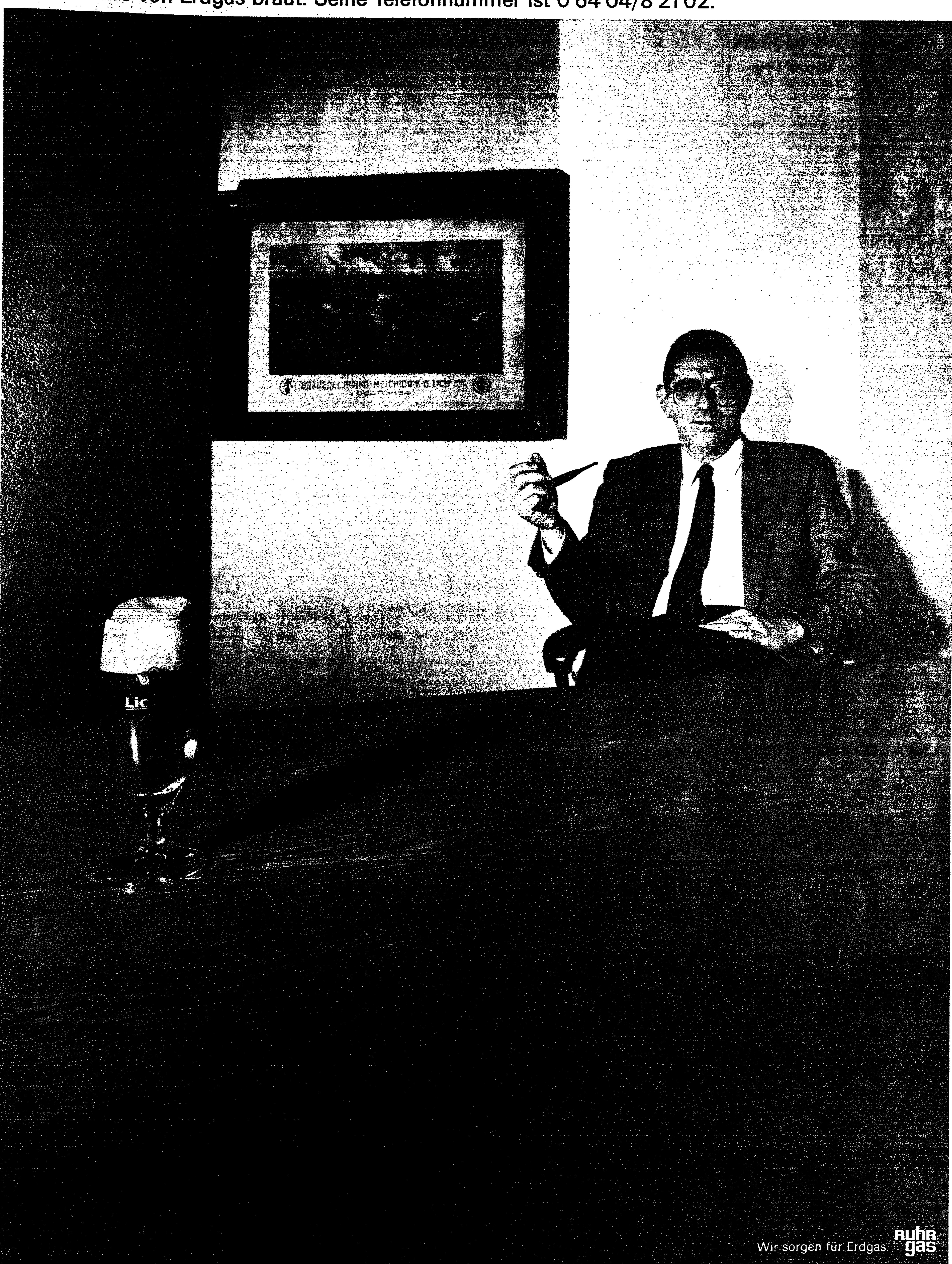
WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung
Gesang: Karel Gott
Musik: Die Spotniks
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitness
Der Trimm-Trab-Wegweiser / Sportschuhe im Test / Zweirad-Krimi / Hausmusik ist wieder „in"
Moderation: Dieter Stobbe und Lothar Scheller
22.15 Der General starb im Morgengrauen
Amerikanischer Spielfilm (1936)
Mit Gary Cooper, Madeleine Carroll u. a.
Regie: Lewis Milestone
O'Hara, ein amerikanischer Glücksritter, soll den Kampf gegen General Yang aufnehmen, der mit seiner Privatarmee China in Angst und Schrecken versetzt.
23.50 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Welt des Dschungelbuches (6)
Leoparden jagen am Wasserloch
Film von Jan Lindblad
19.15 Praktische Tips
19.30 Landwirtschaft heute
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Die Weltwirtschaftskrise (4)
21.45 Der General starb im Morgengrauen
23.20 Letzte Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Egmating
20.20 Georg Lohmeier erzählt ... über Sympathien
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Der Spion (4)
22.30 Z. E. N.
22.35 So entstand Europas christliche Demokratie
23.20 Rundschau
23.25 News of the Week

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
Mit: Level 42. Aus einem Konzert in der Zeche Bochum
20.15 Die Bilder wahr machen
Peer Raben – Musik zu Filmen
21.00 Mutter Küsters Fahrt zum Himmel
Deutscher Spielfilm aus dem Jahre 1975
Regie: Rainer Werner Fassbinder
22.55 Zwanzig Jahre europäische Weltraumorganisation Esa – Reportage aus europäischen Weltraumzentren

Hans-Heinz Ihring, Brauerei-Geschäftsführer in Lich, sagt heute allen Brauereien, warum er sein Bier mit Hilfe von Erdgas braut. Seine Telefonnummer ist 0 64 04/8 21 02.



Oder schreiben Sie an RUHRGAS AG, Postfach 10 32 52, 4300 Essen. Dann bekommen Sie die Broschüre „Humane Arbeitswelt, humaner Arbeitsplatz".

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

● Direktverkäufer
● Direktverkaufsorganisationen

Suchen Sie ein neues Programm?

Wir können Ihnen einen „Edelstein" bieten

Abnehmer: Private, Büros, Praxen, Banken, Heime und Krankenhäuser
Programm: Ständig aktualisiert
Katalog: Spitzenqualität
Provision: o. k.

Angeb. u. T 6318 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Scheidung droht?

... mit der Folge von erheblichen Vermögensschäden und eventueller Existenzgefährdung? Wir helfen mit bewährten Verfahren und sichern Sie vor

Vermögensschäden!

Anfragen, die streng vertraulich behandelt werden, unter M 6489 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsleute! Ihr zweites Bein.

Als Verlagsvermittler erzielen Sie neben Ihrem Geschäft pro Jahr einen Umsatz von ca. DM 248 000,–.
Sie verdienen dabei ca. DM 130 000,–.
Voraussetzungen: Kleines Büro, wöchentlich ca. 5–6 Stunden Zeit, etwas Organisationstalent, sowie Eigenkapital in Höhe von 15 000 DM.
Ihr bisheriger Beruf spielt keine Rolle, da über Video vermittelt wird. Zum Aufbau einer Vertriebsorganisation suchen wir nur Führungskräfte, die gewillt sind, Geld zu verdienen.
Zuschriften mit Tel.-Angabe unter S 6317 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zum Vertrieb von Spezialitäten für naturgemäße Ernährung – hohes Marktvolumen – suchen wir Mitarbeiter/innen auf KG-Gesellschafter-Basis, als selbständige

Leiter einer Verkaufsagentur

Sie sollten in der Lage sein, Versandhändler anzuwerben und zu betreuen. Die Tätigkeit bringt sehr hohen Gewinn vom Wohnsitz aus. Nur ausführliche schriftliche Bewerbungen an:
IFC-BIO 2000, Maistr. 31, 8 München 2

Investieren Sie in Mexiko und genießen Sie Ihren Gewinn mühelos

In der Stadt Mexiko öffnet die erste und einzige Schule im Land ihre Türen für die Lehre von Zahnhygienikern und -pflegerinnen und sucht:
- Ideenaustausch bezüglich UNTERRICHT, VERWALTUNG und ORGANISATION
- Gründung einer Aktiengesellschaft mit deutschen Aktionären.

Deutsche Kontaktadresse:
ADOLF AUMÜLLER
Jasperallee 16
3300 BRAUNSCHWEIG
Tel. 05 31 / 33 90 31

Dr. René H. Contreras Colin
Laguna de Guzmán 112
Mexiko 11320, D. F.
MEXIKO

Exportprofi

(Marktmanagement) für Nahen Mittl. Osten sowie Südostasien und Afrika, sucht Konatkt zu deutschen mittelständischen Unternehmen (Investitionen + Konsumgüter) zu einer kooperativen Zusammenarb.: Erschließung neuer Märkte, Mehrverk. i. bestehend. Märkten, Export, Aus- u. Aufbau etc.
Zuschr. erb. u. C 65 265 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Suche für lukrative Geschäftserweiterung

Teilhaber

evtl. nur finanzielle Beteiligung oder kaufm. Mitarbeit, für den Raum Norddeutschland. Branche: Industrie-Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.
Ang. erb. u. U 6319 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Welcher

Sanitärhersteller

ist interessiert an der Verwirklichung einer neuen Idee.
Ang. u. D 6482 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Universitätsmantel (USA)

mit allen akademischen Privilegien u. a. sof. zu verk. VHB 180 000 DM, amtlich registriert und juristisch anerkannt.
Anfragen unter Tel. 02 61 / 2 79 78

Indien

Brauchen Sie Unterstutzung in lfd. Geschäften. Abwicklungsschwierigkeiten (Im./Exp.)? Dt. Exportkfm. hilft Ihnen. Eig. Büro in N. Delhi. Selbst ganzen Juni in Indien.
P. Mühlhausen
29 Rue Melingue, F - 75019 Paris.
Tel. 208.11.02, Telex 211 754 sonic f

Beteiligung an exklusiven

Saunaclub

zu vergeben.
Angeb. unt. M 6313 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Suche namhaften

Sportschuhhersteller

der interessiert ist, eine neue Idee auf dem Spiel- und Freizeitsektor zu verwirklichen.
Ang. erb. u. W 6321 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geschäft mit Indien

Haben Sie die Hann.-Messe besucht? Dann haben Sie auch die Leistungsfähigk. d. indischen Industrie kennengelernt. Wir suchen Kontakte zu den deutschen mittelständischen Unternehmen, die ernstes Interesse haben, mit uns in Indien erfolgreich tätig zu sein.
Zuschr. u. B 6524 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

EIN RESTPOSTEN AN FEINEN SPIRITUOSEN

Edelkorn, Weinbrand, Rum etc. steht ganz oder auch teilweise vom Produzenten zum sofortigen Verkauf. Es handelt sich um eine sehr bekannte Qualitätsmarke aus dem norddeutschen Raum, deren Produktion ausgelaufen ist. Das Volumen besteht aus ca. 120 000 Flaschen in gängiger Größenordnung.
Freundliche Kontaktaufnahme erbeten unter V 6320 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Frankreich

Lager Normandie

Moderne Lagerhalle in Honfleur, ca. 4000 m² – auch teilweise zu vermieten. Geschultes Personal f. Import/Export/Verteilung/Verzollung. Wasser, Straße, Gleisanschluß. Seriöse Referenzen. Franz./deutsches Management.
Zuschriften unter E 6108 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Postfachmitbenützeradresse in Zürich

für Versandfirmen und Privatpersonen. Ihre Post wird durch uns zuverlässig an Sie weitergeleitet.
IVM, Abt. Tras, Postfach, CH-8942 Zürich

DRINGEND GESUCHT

von einer unabhängigen internat. Kauforganisation, die Höchstpreise zahlt und sof. Entscheidungen trifft über d. Erwerb v. Lagerbeständen hochwert. Geschenkartikel: Aufgegebene, i. Überfluß vorhandene od. liquidierte Serien. Geschenkartikel/Neuheiten a. d. Sektor Schreibmaterial/Bürobedarf/Büroausstattungen o. ä. sind unsere Spezialität.
Rufen Sie uns doch gleich an:
Martin Abramson/Andrea Conrad
Tel. 00 44 / 61 / 8 34 / 37 79
Telex: 6 65 534 RONMAR
Post. Anschrift: R.M.S. Wholesalers International, 9 Chapel Walks, Manchester M2–1HH/England

Spezialist

f. schwierige Kurieraufträge u. andere Problemaufgaben im In- u. Ausland, nur anspruchsv. Einsätze erwünscht, die entspr. professionelles Vorgehen erfordern.
Zuschriften unter K 5641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Übernehme Repräsentanz u. Beratung von Geschäftsbeziehungen u. -kontakten im In- und Ausland in nahezu sämtl. Branchen. Dabei findet eine langjährige Auslandserfahrung ihre vorteilhafte Berücksichtigung. Geschäftsbeziehungen lassen sich somit leichter und für beide Parteien zufriedener herstellen und fortsetzen.
Angebote und Anfragen unter N 6314 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihre Sekretärin in Mannheim

Telefon- (m. eigenem Anschluß), Post-, Schreib- u. Büroservice, Werbung usw., Teletex
Edeltraud Horne, Postfach 11 14, 68 Mannheim 1, Tel. 06 21 / 10 22 75

Internationale Firmengruppe sucht Zusammenarbeit für den Vertrieb ihrer in Deutschland bereits bekannten, hochqualifizierten Sicherheitsprodukte. Kauf, Beteiligung, Kooperation möglich.
Angebote erbitten wir an die von uns beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unter P 6315 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslieferungslager/ Kundendienst/ Montage/Reparatur

mit ca. 300 m² Lagerraum, Gabelstapler/Fuhrpark, nahe BAB-Abfahrt Uni-Bremen, von solidem Ingenieurbüro im Maschinen- und Apparatebau, Elektrik, Hydraulik, Pneumatik, Anlagenbau, geboten.
Kontaktaufnahme unter FS-Nr. 2 45 230 oder Tel. 04 21 / 2 79 97/8.

Konkurs unabwendbar?

Nehmen Sie Kontakt mit Ihrem neuen Geschäftsführer auf.
Zuschriften unter G 6441 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welcher namhafte

Autolackhersteller

ist interessiert an der Verwirklichung einer neuen Idee.
Ang. u. Y 6499 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Vertriebs- u. praxiserfahrenes Team sucht in-/ausl.

Hersteller von Naturasphalt

Zuschr. erb. u. PP 47 985 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

STELLENGESUCHE

Kaufm. Führungskraft / Controller

47 Jahre, Betriebswirt, langjährige Erfahrung in den Bereichen des modernen Controlling, Vertriebssteuerung, Unternehmensplanung, Organisation, Kostenrechnung, EDV und Managementinformationssysteme sowie der kaufm. Verwaltung, sucht herausfordernde Aufgabe im Rahmen einer Führungsposition.

Kontaktaufnahme erbeten unter V 6474 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Langjährige Geschäftsleitungssekretärin

unabhängig, belastbar, Kenntnisse in 3 Fremdsprachen, mehrjähr. Arbeitsaufenthalt im außereurop. Ausland, sucht auf vergleichb. od. höh. Ebene neue Tätigkeit, bei der ihre Bereitschaft zu Einsatz, Leistung und Verantwortungsübernahme gefordert wird.
Aussagefähige Angebote bitte unter M 6092 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche als kinderlose Wwe., Mitte 30, examinierte Erzieherin, m. mehrjähriger Erfahrung in leitenden Positionen, eine Aufgabe – auch berufsfremd –, bei der Sie von meinen Erfahrungen profitieren können und ich meine Kenntnisse im Umgang m. Menschen im Organisieren sowie im hauswirtschaftl. und künstlerischen Bereich anwenden kann. Englisch-/Französich-Kenntnisse und Führerschein vorhanden. Zeitl. bin ich ungebunden u. hoffe auf neue Ziele, mit deren ich mich – möglichst in NRW – identifizieren möchte. Zuschriften unter E 6439 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Leiter Vertrieb

Technisch orientierter Industriekaufmann, 42 Jahre, mit langjähriger Erfahrung im Vertrieb erklärungsbedürftiger Industrieprodukte, 4 Jahre USA, sucht neue anspruchsvolle Aufgabe.
Zuschriften unter A 6501 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt, 35 Jahre, technisches Verständnis, Kreativität, konzeptionelle Vorgehensweise, Initiative und Ausdauer, Organisations- und Koordinationsfähigkeit, außergewöhnliche Allround-

Führungspersönlichkeit

sucht herausfordernde Aufgabe als

Geschäftsführer

Marketing und Vertrieb

Niederlassungsleiter oder Marketingleiter.

Zeit Zeit in mittelständischem Unternehmen verantwortlich für Marketing und Vertrieb, Personal, Controlling, Materialwirtschaft, EDV.
Zuschriften erbeten unter P 6491 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gelernter

Eisenwaren-Großhändler

37 J., sucht entsprechende Außendiensttätigkeit, an Handelsvertretung interessiert, Wohnort verkehrsgünstig an A 27 zw. Bremen–Bremerhaven gelegen.
Angebote erbeten unter U 6473 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hauswirtschaftsleiterin/ Hausdame

mittleren Alters, unabhängig, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, in ungekündigter Stellung in größerer Kurklinik einer Badestadt tätig, wünscht sich zu verändern. Erfahren im Führen von Personal. Vertraut mit allen Fragen der Organisation u. Serviceleitung. Auch kleinerer Wirkungskreis oder Tätigkeit im entsprechenden privaten Rahmen von Interesse. Angebote erb. unt. Y 6477 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Pens. Krim.-Beamter sucht attraktiven Job. Angeb. erb. u. W 6475 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hausverwalter

sucht nach Vereinbarung Ehepaar, Ende 30, ohne Kinder, neuen Wirkungskreis in Südfrankr./ Spanien, evtl. Italien.
Zuschr. erb. u. Chiffre-Nr. 43 017 an Zetwede Ann.-Exp., Postf. 2509, 7850 Lörrach.

Einrichtungsverkaufsberaterin

abschlußsicher, gute Branchenkenntn., ortsungebunden, sucht Stelle in der Möbelbranche. Angebote erbeten unter S 6493 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

39, engineering degree

(aeronautic school), French speaking nationality, fluent English, good command in German, Spanish. Successful experience at senior management level with background in NC machines tools and optics electronics industry. Seeks position of managing director of a foreign subsidiary in or out of France for high technology products. Write No. 29 724 to Centrale d'Annonces, 121 Rue de Réaumur, 75002 PARIS, France.

Geschäftsführer Marketing/Vertrieb Markenartikel

Ich bin 50, Dipl.-Kfm., und suche zum 1. April 1985 – evtl. früher – die Führungsaufgabe auf GL-Ebene, die den Höhepunkt meiner Karriere bilden soll.
Die Summe meiner breiten nationalen und internationalen Erfahrungen: Food, OTC, Körper- und Haushaltspflege. Nachweisbare Erfolge. Gute Kontakte zu den Spitzen des deutschen Handels.

Angebote erbeten unter K 6487 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dame mit Herzensbildung

48, ev., symphat. Erscheinung, warmherzig, m. viels. Begabung u. gutem Organisationstalent, eig. Pkw, Nichtr. (3 erw. selbst. Kinder), sucht z. Herbst 84 Wirkungskreis in christl. eingest. Umgebung m. kl. sep. freundl. Zuhause, Großraum Ffm. bevorzugt.
Ernstgem. Angebote unter H 6442 an WELT-Verlag, Postfach 10 64 08, 4300 Essen

Werksleiter der Nahrungs- und Genußmittelindustrie

(Betriebswirt grad., Kaufmann) sucht neuen Wirkungskreis. Durch 17jährige Tätigkeit in der Getränkeindustrie Erfahrung und Kenntnisse auf den Gebieten Produktions- und Abfülltechnik, Investitionen, Planung und Organisation, Personalführung, Einkauf, Lager- und Versandwesen, Disposition, Arbeit mit EDV, Warenkenntnisse Lebensmittel, Kenntnisse im Arbeits- und Sozialrecht.
Zuschriften erbeten unter C 6481 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Allein-Geschäftsführer

(41) eines internationalen Konzerns sucht aufgrund privater Veränderung neuen Wirkungskreis, vorzugsweise Raum Hamburg.

Fachliche Qualifikation:

Mehrere Jahre Berufserfahrung in einem RZ-Service-Betrieb und Software-Haus, wie z. B.
- Betriebssystemplanung (Systemauswahl und -generierung) RZ-Organisation
- Auswahl von Hard- und Software
- Verantwortlich für den gesamten RZ-Ablauf
- Planung, Durchführung und Koordination von Dienstleistungen
- Kalkulation
- Kosten- und Ergebniskontrolle

Unternehmerische Qualifikation:
- Umsatzverantwortung 5 Mio. DM bei 20 Mitarbeitern
- Mehrjährige Erfahrung in der Mitarbeiterführung und Motivation
- Praxis- und zielorientiert
- Kooperativ
- Abwicklung aller administrativen und organisatorischen Vorgänge in den Niederlassungen innerhalb der BRD
- Offen für neue Technologien

Nehmen Sie bitte Kontakt auf unter T 6472 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

In meinem Unternehmen rentiert sich der

Verkaufsleiter

noch nicht. Sagen Sie. Rentiert sich vielleicht der Teilzeit-Verkaufsleiter? Ich habe 2–3 Wochen p. Mon. Zeit für Ihr Unternehmen. Zeit für Ihre Kunden; Zeit für Führung und Motivation Ihrer Mitarbeiter im Innen- und Außendienst. Verkaufen und Verkaufsleitung sind seit über 15 Jahren mein Metier. Hinzu kommen 10 Jahre Praxis in Verkaufs- und Führungstraining. Ich bevorzuge Norddeutschland. Interessant für Sie? Über die für Sie günstigen Konditionen müssen wir reden.
Angebote erb. unter S 6471 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Reisender von Format

39 Jahre, 17 Jahre im Außendienst, 7 Jahre Papier-Büro-EH, wünscht sich zu verändern. Raum Bremen–Norddeutschland. Angeb. erb. u. Z 6478 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Tätige Teilhaberschaft

i. Raum Frankfurt/M., sucht Spedit.-Kfm., Mitte 40, verh., mit über 15jähr. erfolgr. Praxis i. Vertrieb spedit. Dienstleistg. Angestrebt wird Kooperation mit erfahrenem Partner als

Immobilien-Makler

Angebote erb. u. X 6322 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Franzose, 29 J.

Wirtschaftsstudium in Deutschl. u. Frankr., Studienschwerp.: Rechnungs-, Prüfungsw., Finanzwirt, StR., 3jähr. Berufserf. i. Rechnungsw. in Frankr., Fremdsprach. Deutsch u. Engl., sucht Anstellung.
Angebote erb. u. L 6488 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt, 31 J., Studium in England, Frankreich, nach bisheriger Tätigkeit in der Revision suche ich neue Aufgaben in der

Auslandsrevision

Angebote erbeten unter N 6490 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kinderl. Ehepaar

D, 59/52, Hobbykoch, Butler, Hauswirtschafterin, zuverlässig, Engl.-Franz., sucht Dauerstellung in Ferienvilla. Bevorzugt Côte d'Azur.
Angebote erb. u. F 6484 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Immobilienkaufmann

38 J., z. Zt. selbst. im Raum HH, mobil, sucht Führungsposition im Immobilienbereich. Speziell gewerbliche Objekte.
Ihre Zuschrift bitte unter G 6485 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stelle für



Diplom-Kaufmann

Mitte 30, Erfahrung in internat. Institut und Industrie im Konsumgüter-, Pharmabereich. Beherrschung der Mafo-Instrumente und Methoden (quantitativ/qualitativ). Erfahren in der Erstellung und Darstellung von Marktanalysen, Prognosen für die Produktsteuerung, -planung. Analytische, strategische-konzeptionelle Denkweise; kooperativ aber auch selbständig mit engl. und span. (Grundlage) Sprachkenntnissen, EDV-Zusatzqualifikation: sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe in Industrie oder Handel

Auskünfte erteilt: Frau Schmidt
Fachvermittlungsdienst Nürnberg, Kontumazgarten 19, 8500 Nürnberg 80. ☎ 09 11 / 28 74 - 139, FS 6 22 120

Werksleiter/Betriebsleiter

43 Jahre, in ungekündigter Stellung, sucht neuen, verantwortungsvollen Wirkungskreis (Niedersachsen).

Ausbildung: Maschinenbau-Konstrukteur (Betr.-Ing.)
Maschinenbau-Meister
Praktischer Betriebswirt
MTM-Abschluß
Kunststofftechnik

Zur Zeit verantwortlich für die gesamte Werksleitung.

Angebote erbeten unter H 6486 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Are you looking for a bilingual professional for interfacing with your American business ...

... here is your man!

Maschinenbau-Ingenieur (Dipl.-Ing.), Deutscher, Wohnsitz in USA, langjährige und vielseitige Auslandserfahrung als Ingenieur, Manager und Consultant in Projekt- und Fertigungsplanung, Fabrikplanung und Implementierung von Multi-Million-Dollar-Projekten im Kunststoff- und Druckgußbau, schweren Baumaschinen, elektronischer Fertigung und Flugzeugbau.

Zuschriften erbeten unter E 6483 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt grad., 38 J., sucht neuen Wirkungskreis i. d. Bauindustrie. Sachgeb.: Finanz- u. Rechnungsw., Controlling, Revision. Zuschr. u. Z 6522 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ingenieur Elektrotechnik

sucht ab 1. Okt. neuen Wirkungskreis in Wien. 45 Jahre, langj. Erfahrung als Produktleiter Vertrieb in Elektro- und Nachrichtentechnik. Angeb. erb. u. A 6479 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kraftwerksbau

Oberbauleiter in ungekündigter Stellung sucht neuen verantwortlichen Tätigkeitsbereich im In- bzw. Ausland.
Dipl.-Ing. mit langjähriger Erfahrung im Bau- und Inbetriebnahme von konventionellen Großkraftwerken.
Zuschriften erb. u. B 6480 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

GRIECHENLAND

Grieche, mit Wirtschaftsstudium, Kenner des griechischen Marktes, mit einschlägigen Erfahrungen auf dem Gebiet Marketing, Vertrieb, Organisation sucht neue, anspruchsvolle Führungsaufgabe. Ang. erb. u. X 6476 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

STELLENANGEBOTE

Stellvertr. Personalleiter

Wir sind ein erfolgreiches Industrieunternehmen und stellen technische Gebrauchsgüter her. Unser Firmensitz befindet sich im Nordwesten von Hamburg. Im Zuge weiterer Aufwärtsentwicklung wollen wir unsere Personalaktivitäten intensivieren; die Qualifikation unserer Mitarbeiter sichert unsere Zukunft.

Um den Anforderungen einer modernen Personalarbeit gewachsen zu sein, sollte unser neuer Personalfachmann nach seiner Ausbildung auf betriebswirtschaftlichem Gebiet einige Jahre praktische Erfahrungen im industriellen Personalwesen gesammelt haben. Er muß die Lohn- und Gehaltsabrechnung unter Einsatz der EDV beherrschen und in der Lage sein, personelle Alltagsprobleme schnell zu erfassen und pragmatisch zu lösen. Des weiteren erwarten wir von ihm, daß er konzeptionelle Aufgaben geschickt in Angriff nehmen und bewältigen kann. Bei Verhandlungen mit der Arbeitnehmervertretung wird er den Personalleiter unterstützen. Geschicktes Durchsetzungsvermögen und der Blick für richtige, schnell zu treffende Entscheidungen werden ihm rasch im Kollegenkreis und bei Mitarbeitern Anerkennung verschaffen.

Den neuen Stelleninhaber erwarten ein sicherer und angenehmer Arbeitsplatz sowie ein gutes Betriebsklima. Die Dotierung wird ihn sicherlich zufriedenstellen. Interessenten werden gebeten, ihre aussagefähige Bewerbung mit Lichtbild und Angabe der Einkommenserwartung an die von uns beauftragte Personalagentur zu senden. Sperrvermerke werden strikt beachtet.



M·A·W·PERSONAL·MARKETING
Beratungsgesellschaft m.b.H.
Wiesenhof, D-2000 Tangstedt

Unsere Marken machen Märkte

Gruppenleiter Materialdisposition

Für unser modernes Werk in Düsseldorf suchen wir einen Mitarbeiter, der aufgrund seiner Ausbildung oder seines beruflichen Werdegangs dem kaufmännischen wie technischen Bereich gegenüber aufgeschlossen ist.

Das Augabengebiet konzentriert sich im wesentlichen auf:
Disposition aller erforderlichen Produktionsmaterialien entsprechend dem Produktionsplan, wobei Sie als „verlängerter Arm" unseres zentralen Einkaufs selbständig mit unseren Lieferanten verhandeln.

Die Aufgabe erfordert ein hohes Maß an Durchsetzungsvermögen und Flexibilität sowie Führungsqualität für die Motivation der Ihnen unterstellten Mitarbeiter.

Um dieser vielseitigen und interessanten Aufgabe gerecht zu werden, setzen wir voraus, daß Sie Ihr Können in dieser oder ähnlicher Funktion bereits bewiesen haben und mit den Problemen der Fertigungssteuerung in der Konsumgüter-Industrie vertraut sind.

Ebenso sind Erfahrungen in der EDV-Anwendung (online-system) und (zumindest) englische Grundkenntnisse erforderlich.

Wir erwarten Ihre ausführlichen Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Zeugniskopien, Lichtbild und Ist-Einkommen), die Sie bitte an unsere Personalabteilung richten.

LINGNER + FISCHER GMBH
Am Trippelsberg 100
Postfach 13 05 20
4000 Düsseldorf 13 (Holthausen)

FINANZBERATER GESUCHT

Wir sind eine Investmentgesellschaft mit Sitz in Dallas (Texas). Wir haben uns auf Erwerb, Entwicklung, Verwaltung und Verkauf von Immobilien spezialisiert, wie z. B.:
- 250 Villen an einem Seeufer (Bau und Verkauf),
- 108 luxuriöse Wohnhäuser (Bau und Verkauf),
- ein Bürohaus mit einer Fläche von mehr als 60 000 m² (Bau und Verwaltung),
- eine Beteiligung an einer Siedlung (Bau und Verkauf) mit 3000 Einfamilienhäusern

In unserem Besitz befindet sich außerdem eine TV-Produktionsfirma, mit Sitz in Dallas (Texas) und Hollywood (Kalifornien). Eine unserer Sendungen wird in den ganzen USA ausgestrahlt.

Wir bieten eine Beteiligung oder einen Handelsvertrag für einen Anlageberater mit einer Kundschaft, die mehrere Millionen US-$ investieren kann (oder vereint, ab 15 000 US-$).

Unsere Gesellschaft ist selber finanziell an allen Projekten unserer Anleger beteiligt.

Wenn Sie auf der Suche nach einem reichhaltigen Angebot an Investitionsmöglichkeiten für Ihre Kunden – bei denen auch Ihr Gewinn gesichert ist – sind, nehmen Sie Kontakt auf mit Herrn Pierre JABES, der sich am 10. und 11. Mai 1984 im Hotel „Vier Jahreszeiten" in Hamburg befindet.

Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41, 6000 Frankfurt 11

Programmierte Karriere

Sprechen Sie Cobol? Arbeiten Sie gern ganz auf sich gestellt? Haben Sie eine kaufmännische Ausbildung und möglichst auch ein betriebswirtschaftliches Studium? EDV-Erfahrung im Umgang mit Betriebssystemen und Datenfernübertragung? Gute Englisch-Kenntnisse? Wenn Sie dann auch noch zu reisen bereit sind, finden Sie als EDV-Spezialist eine verantwortungsvolle Aufgabe in einem weltweit operierenden, der Schiffahrt eng verbundenen Handelsunternehmen.
Dies ist eines von vielen Interessanten Stellenangeboten am Samstag, 12. Mai, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Hansen-Group international

Im Auftrag unserer Beteiligungsgesellschaft in Lagos/Nigeria suchen wir einen

Managing Director

Die Gesellschaft besteht seit 30 Jahren und beschäftigt einschl. Zweigstelle ca. 100 Mitarbeiter. U. a. vertritt sie KSB und PCI.

Erforderlich sind akquisitorische Fähigkeiten für Wasserversorgungsprojekte und organisatorische Fähigkeiten zur Überwachung der Niederlassung und Werkstätten. Weiterhin sind englische Sprachkenntnisse und Führungsqualitäten selbstverständlich.

Eine Bewerbung erbitten wir mit den zur Beurteilung erforderlichen Unterlagen an

Jos. Hansen & Soehne Außenhandelsgesellschaft mbH.
Mönckebergstraße 10, 2000 Hamburg 1
Telefon 0 40 / 3 34 82 53



STAND●PUNKT / Das kategorische Nein

Ein altes Sprichwort besagt, daß man das Fell des Bären nicht zerlegen sollte, bevor man ihn nicht erlegt hat. So gesehen: Heute bereits als sicher vorauszusetzen, daß es am 26. Mai, dem letzen Bundesliga-Spieltag, tatsächlich zu einem entscheidenden Spiel um die deutsche Meisterschaft zwischen dem derzeitigen Tabellenführer VFB Stuttgart und Titelverteidiger HSV kommen wird, kann sehr wohl mit einer Enttäuschung enden. Denn immerhin: Beide Teams haben bis zu ihrem mit Spannung erwarteten Duell noch je zwei Spiele zu absolvieren . Und wie gesagt, man soll das Fell des Bären nicht zerlegen . . .

Andererseits ist es durchaus legitim, sich auf eine Endspielkonstellation einzurichten. Die beiden großen Fernsehanstalten ARD und ZDF haben es getan. Heribert Fassbender, WDR-Sportchef, sagte zur WELT: „Es wäre eine tolle Sache und sicherlich im Sinne der Millionenkundschaft draußen an den Bildschirmen, wenn wir das womögliche Finale live übertragen könnten. Wir sind dazu bereit." In gleicher Weise äußerte sich ZDF-Sportchef Dieter Kürten, freilich mit der Einschränkung, daß die ARD-Konkurrenz bei einer Live-Übertragung Priorität besäße. Aber: Der Wunsche beider Herren, und der fast aller Fußballfans, wird nicht in Erfüllung gehen – wenn es dabei bleiben sollte, was Dr. Wilfried Gerhardt, Generalsekretär des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), gegenüber der WELT erklärte: „Wir werden keine Live-Übertragung genehmigen."

Natürlich, die Gründe, die Gerhardt dagegen vorbrachte, sind nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Das Stuttgarter Neckar-Stadion ist bereits ausverkauft, und die Zuschauer haben die Tickets unter der Voraussetzung erworben, daß die normale Samstagnachmittagsanstoßzeit gilt – 15.30 Uhr. Bei einer Live-Übertragung aber müßte später angepfiffen werden, denkbar wäre 18.00 oder auch 20.00 Uhr, denn selbstverständlich kann der DFB nicht zulassen, daß das Stuttgarter Spiel den anderen Bundesliga-Begegnungen Zuschauer wegnimmt. Gerhardt: „Bei einer späteren Anstoßzeit würden viele der von weit her anreisenden Kartenbesitzer verprellt, und es gäbe auch organisatorische Schwierigkeiten." Mag sein, und dennoch bleibt das DFB-Nein unverständlich, weil die Verhältnismäßigkeit der Zahlen hier nicht mehr stimmt: Millionen auszusperren, weil man möglicherweise ein paar tausend Leuten auf die Füße treten müßte, dafür fehlt das rechte Verständnis.

BERND WEBER

UEFA-POKAL

Angst vor den Fans

sid, Brüssel

Belgiens Hauptstadt Brüssel zittert heute vor den Rowdies unter den gut 8000 englischen Fußball-Fans, die Tottenham Hotspur zum Final-Hinspiel um den UEFA-Pokal(20.00 Uhr) beim Titelverteidiger RSC Anderlecht begleiten. Über 1000 Polizisten sollen sich um die Engländer kümmern.

Die belgischen Ordnungskräfte haben den Halbfinal-Auftritt von Nottingham Forest noch in unangenehmer Einnerung. Mit etwa 25 Verletzten und 50 Festnahmen hinterließen die Nottingham-Fans zwar eine relativ harmlose Bilanz des Schreckens, doch für heute haben Tottenhams berüchtigte Gangs „The Animals" und „The Pirates" ihr Kommen angesagt. Schon beim Verlassen der Kanalfähren in Ostende sollen die Schlachtenbummler aus London in Empfang genommen und durch einen Sicherheits-Kordon von etwa 200 Polizisten bis ins Stadion geleitet werden.

Noch am Montag, also nur 48 Stunden vor dem ersten Finale (Rückspiel am 23.Mai in London), mußten die Engländer, bei denen die Nationalspieler Clemence, Hoddle, Mabbutt und Ardiles ohnehin ausfallen, noch zum Punktspiel in Southampton antreten. Tottenham verlor mit zehn Ersatzspielern (nur Libero Miller spielte) 0:5 und muß nun mit einer Geldstrafe in Höhe von umgerechnet rund 40 000 Mark rechnen. Eine Regel des Liga-Verbandes besagt, daß die Vereine in jedem Spiel ihre stärkste Formation aufzubieten haben, es sei denn, sie können dem Verband eine plausible Erklärung geben.

Die Engländer wollen gegen eine etwaige Geldbuße keine Berufung einlegen. Manager Keith Burkinshaw sagt: „Das hätte so viel Sinn wie das Spucken in den Wind. Unser Fußball wird von alten Tröpfen verwaltet, die sich an veraltete Regeln klammern, um die eigenen Klubs angeblich zu schützen." Selbst sein Anderlechter Kollege Paul van Himst bezeichnete die Ansetzung des Punktspiels am Montag als „Witz".

Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) wird heute abend in Ausschnitten in der Zeit von 23.00–23.45 Uhr vom ersten Finale in Anderlecht berichten.

AMATEUR-URTEIL

Glück für Gütersloh

sid/dpa, Gütersloh

Am Heidewald-Stadion in Gütersloh wurde gestern bis zum frühen Morgen Freibier ausgeschenkt: Der FC Gütersloh, Spitzenreiter der Amateur-Oberliga Westfalen, war im sogenannten „Netto-Liga-Prozeß" vor dem Bundesgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) trotz seiner zweifelsfreien Verstöße gegen das Amateuer-Statut ebenso mit einer Geldstrafe (10 000 Mark) davongekommen wie die beiden Ex-Profis Volker Graul (15 000 Mark) und Roland Peitsch (5000 Mark).

„Ein weises Urteil", befand Güterslohs Rechtsbeistand Dr. Reinhard Rauball (Dortmund), „wegen der Unzulänglichkeit der Bestimmungen wurde nicht ein Verein zum Prügelknaben für alle gemacht. Trotzdem wissen nun alle Klubs, daß so geübte Praxis Unrecht ist. Zum dritten wurde der Statutengeber in die Pflicht genommen, Bestimmungen zu schaffen, die den aktuellen Erfordernissen gerecht werden."

Die Tatsachen waren bekannt: Güterslohs ehemaliger Mäzen Heinrich Steinkamp hatte Graul 15 000 Mark netto pro Monat und Peitsch 65 000 Mark netto pro Saison gezahlt, damit die Ex-Profis für Gütersloh spielten. Ohne eine Änderung der Grundregeln kein Grundsatz-Urteil! Dementsprechend verzichtete das DFB-Bundesgericht unter Vorsitz von Georg-Adolf Schnarr darauf, ein Exempel am Beispiel Gütersloh zu statuieren, nachdem Steinkamp das Spielen für Gütersloh mit Geld honoriert hatte.

„Wir wissen, daß Zahlungen im Amateur-Fußball durchaus üblich sind. Da die Grenzen zwischen Amateur- und Berufs-Fußballspielern nicht mehr eindeutig zu ziehen sind, wird der Satzungsgeber nun aufgefordert, praxisnahe und zeitgemäße Regeln zu schaffen", sagte Schnarr.

„Das kann natürlich keineswegs die Wende zur totalen Kommerzialisierung bedeuten", erklärte Götz Eilers. Der DFB-Justitiar erwartet nach der Empfehlung des Bundesgerichts für den nächsten DFB-Bundestag die Vorlage geeigneter Abgrenzungskriterien. Es wird also in nicht allzu ferner Zukunft der Amateur-Fußballspieler mit Steuerkarte kommen.

DFB-POKAL

Schalke ohne Olaf Thon?

sid, München

Die Rückkehr in die Fußball-Bundesliga gilt drei Spieltage vor Abschluß der Zweitliga-Saison noch nicht endgültig als gesichert, doch Schalke 04 löst wieder Begeisterung bei den Fans aus. Der FC Bayern München erlebt vor dem heutigen Wiederholungsspiel (20.00 Uhr) im Halbfinale um den deutschen Vereinspokal ein sehr starkes Interesse. Mit 50 000 Zuschauern rechnet Bayern-Manager Uli Hoeneß.

Den Mann aber, der mit drei Toren (das letzte Tor gelang in der Schlußminute der Verlängerung) eine Neuauflage nach dem 6:6 erst ermöglichte, werden die Besucher im Münchner Olympiastadion möglicherweise nicht bewundern können. Denn Schalke 04 bangt um den Einsatz des 18 Jahre alten Olaf Thon. Beim 2:0 am letzten Sonntag beim Meisterschaftsspiel bei Wattenscheid 09 erlitt Thon durch ungelöschten Kalk auf der Seitenlinie Verbrennungen an den Oberschenkeln. Ebenfalls betroffen ist Mittelfeldspieler Michael Opitz, der sich am Rücken verbrannte. Schalke-Trainer Diethelm Ferner: „Ich gehe zwar im Moment davon aus, daß sie spielen werden. Endgültiges läßt sich erst kurz vor Spielbeginn sagen. Mit Sicherheit sind beide durch die Verletzungen stark behindert." Auf Jochen Abel (Muskelzerrung) und Klaus Täuber (Gelbe Karte) muß Ferner auf jeden Fall verzichten.

Auf den Schultern der Münchner lastet nach dem Ausscheiden im Kampf um die deutsche Meisterschaft nun im Pokal ein besonderer Erfolgsdruck. Trainer Udo Lattek: „Meine Mannschaft hat den Schock nach der 1:2-Niederlage in Hamburg gut überwunden, und ich bin deshalb zuversichtlich, daß sie die große Nervenbelastung verkraftet. Die Aussprache vor dem Hamburg-Spiel war sehr wichtig, die Moral in der Mannschaft stimmt." Den Einzug ins Pokalfinale am 31. Mai in Frankfurt gegen Borussia Mönchengladbach, der den Bayern mit 5000 Mark honoriert wird, soll die gleiche Mannschaft schaffen, die in der zweiten Halbzeit den Hamburgern so viele Schwierigkeiten bereitete. Dieter Hoeneß und Bernd Martin sind also von Beginn an dabei.

MOTORSPORT / Leitet die Familie Thatcher die Formel-1-Firma Lotus?

Neue Gerüchte: Chapman ist nicht tot, er lebt in Brasilien

DANIEL HAUSER, Bonn

Es war am 12. Februar 1983, 12 Uhr mittags, als Maurice Arthur Ponsonby Wood, der Bischof von Norwich, die Totenmesse für den schottischen Rennwagen-Konstrukteur Colin Chapman las. Doch wessen Leichnam befindet sich auf dem Kirchhof von East Carlton Village, gleich neben dem Chapman-Landsitz East Carlton Manor? Ein schier unglaubliches Gerücht kursiert seit dem Großen Preis von Südafrika in Kyalami hartnäckig in der Boxengasse der Formel 1: Colin Chapman, der Gründer der englischen Sportwagen-Firma Lotus, sei nicht tot, sondern lebe inkognito in Brasilien.

In Formel-1-Kreisen wird erzählt, Chapman habe sich wegen seiner geschäftlichen Verwicklungen in die Riesenpleite des Amerikaners John Z. DeLorean dorthin abgesetzt. Die Verwicklungen, die es nach dem vielleicht fraglichen Tod Chapmans um seine Person und um seine Firma gibt, sind ebenso beträchtlich wie merkwürdig. Die englischen Finanzbehörden hatten Lotus auf eine Steuerrückzahlung von umgerechnet rund 320 Millionen Mark verklagt. Das entspricht in etwa jener Summe, die zuvor die damalige englische Labour-Regierung dem amerikanischen Sportwagen-Hersteller John Z. DeLorean für dessen inzwischen pleite gegangene Firma im nordirischen Dunmurry als Subventionen zuschoß. DeLoraine, in Los Angeles wegen angeblichen Kokain- Besitzes im Werte von 24 Millionen Dollar vor Gericht, soll Chapmans Geschäftspartner gewesen sein.

Am 4. Mai 1984 gab ein Londoner Gericht der Berufung des Hauses Lotus statt, die 320 Millionen nicht zahlen zu müssen. Es waren nicht die üblichen hauptberuflichen Finanz- und Steuerexperten, die dieses Urteil fällten, sondern – was nach englischem Recht möglich ist – Laienrichter. Die satirische Zeitschrift „Privat Eye" fragte: „Wollte man Dreck unter den Teppich kehren?" Sie spielte wohl darauf an, das zu den treibenden Kräften bei Lotus derzeit Dennis Thatcher, der Mann der englischen Premierministerin Margaret Thatcher und dessen Sohn Mark gehören.

Außerdem habe es eine direkte Geschäftsverbindung zwischen John Z. DeLorean und Colin Chapman gegeben. Das behauptet jedenfalls die 60jährige Marie-Denise Juhan, die sich nach eigener Aussage um eine panamesische Scheinfirma Chapmans kümmert, die aber im Handelsregister Panamas nicht eingetragen ist. Colin Chapman soll für die Konstruktion des DeLorean-Sportautos das Honorar von 17,8 Millionen Dollar erhalten haben. Nach Auskunft englischer und amerikanischer Gerichte sind davon 8,5 Millionen Dollar über Banken in Zürich, Amsterdam und New York wieder auf die DeLorean-Konten zurückgeflossen. Übrigens nach Chapmans Beerdigung. Aber sowohl die Firmensprecher von Lotus als auch die Chapman-Witwe Hazel behaupten übereinstimmend: „Wir wissen nichts von dieser Geschäftsverbindung. Wir wissen nichts von diesem Honorar." Wer hat nun 8,5 Millionen Dollar über Chapman-Konten im Ausland bewegt und wo sind die restlichen 9,3 Millionen Dollar verblieben? Befindet sich dieses Geld bei der von Chapman in Genf gegründeten Briefkastenfirma GPD oder wird es von Madame Juhan in Panama kontrolliert, um es peu a peu dem angeblich in Brasilien lebenden Chapman zufließen zu lassen?

Denn in der Formel 1 hält sich hartnäckig das Gerücht, Chapman befände sich keinesfalls als Leichnam auf dem Kirchhof von East Carlton Village, sondern erfreue sich in Südamerika bester Gesundheit. Der Mann, der einst als der genialste Kontrukteur der Formel 1 galt und dessen Fahrer Jim Clark, Graham Hill, Jochen Rindt, Emerson Fittipaldi und Mario Andretti Weltmeister waren, hatte seine ehedem eigenen Aktienpakete zum großen Teil verkauft. Eigner sind nun hauptsächlich Firmen in Liechtenstein und Panama. Da stellt sich die Frage: Von wem wird Lotus heutzutage wirklich kontrolliert und geführt? Von der Familie Thatcher, von Marie-Denise Juhan, von Hazel Chapman?

Nach Chapmans Tod im Dezember 1982 erklärte ein Lotus-Firmensprecher: „Tödlicher Herzanfall." Der untersuchende Kriminalinspektor Reeve hingegen sagte: „Herzanfall? Keine Ahnung, woher die das haben. Wir haben nie vom Herztod gesprochen." Die Angelegenheit ist ebenso undurchsichtig, wie die angeblichen Geschäfte zwischen Colin Chapman und John Z. DeLorean, der als ehemaliger Vize-Präsident von General Motors bei einem Schuldspruch mit 72 Jahren Freiheitsstrafe rechnen muß.

Was bleibt unter dem Strich? Laut Testamentsvollstrecker hinterließ Chapman ein Netto-Gesamtvermögen von 1,298 Millionen englische Pfund.

NÜRBURGRING

Eröffnung: Furcht vor einem Chaos

sid, Düsseldorf

Der größte Ansturm auf die Eifel seit Jahrzehnten bringt die Polizei ins Schwitzen: Für die Eröffnung des neuen Nürburgrings am Samstag (12.Mai, Beginn 13.00 Uhr) wurden 40 000 Eintrittskarten im Vorverkauf abgesetzt, Experten erwarten rund 100 000 Zuschauer. Bisher verteilte sich das Publikum an der 22,8 Kilometer langen Nordschleife. Da die neue Strecke nur 4,5 Kilometer lang ist, sagt Einsatzleiter Polizeirat Lothar Funk: „Jetzt müssen die Zuschauer wesentlich kompakter untergebracht werden, und wir müssen damit erst einmal Erfahrungen sammeln."

Alle Plätze auf der alten Haupttribüne sowie auf den sich in südliche Richtung daran anschließenden Tribünen sind ausverkauft. Den mit roten Hinweistafeln versehenen Parkplatz-Bereich in diesem Raum bittet die Polizei deshalb gar nicht erst anzufahren. Die Zuschauer sollten sich vielmehr auf den Raum Müllenbach (grün und blau) sowie den Bereich zwischen neuer und alter Strecke (orange) konzentrieren.

Vier Möglichkeiten gibt es für die Anfahrt: Von Norden und aus dem Ruhrgebiet sowie dem Großraum Düsseldorf/Köln empfiehlt die Polizei die Anfahrt über die Autobahn A 61, das Autobahn-Kreuz Bliesheim und die A 1 über Euskirchen und Blankenheim. Von Süden und Osten kommende Zuschauer sollten entweder über die A 61 und die Abfahrt Wehr fahren, oder vom Kreuz Koblenz in Richtung Trier über die Abfahrt Ulmen. Zu meiden ist auf jeden Fall das Ahrtal über Altena und Adenau.

SPORT-NACHRICHTEN

Wattenscheid: Diebe gefaßt

Wattenscheid (sid) – Die Wattenscheider Kriminalpolizei hat drei 14 Jahre alte Jugendliche festgenommen, die in die Geschäftsstelle des Fußball-Zweitligaklubs Wattenscheid 09 eingebrochen hatten und dabei 1800 Mark sowie zehn Tribünenkarten gestohlen hatten. Ein ahnungsloser Besucher des Heimspiels gegen Schalke 04 (0:2) hatte von den Tätern eine der gestohlenen Karten gekauft und damit bei einer Verlosung gewonnen.

Lizenzen vergeben

Oberhausen (sid) – Die beiden Fußball-Zweitligaklubs Rot-Weiß Oberhausen und Hertha BSC Berlin werden für die nächste Saison die Lizenz vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) erhalten. Berlin muß aber eine Sicherheit der Liquidität über eine Bank nachweisen, Oberhausen muß sich mit dem Finanzamt über die Zahlung alter Steuerschulden einig werden.

Schäfer zu Uerdingen

Krefeld (sid) – Fußball-Bundesligaklub Bayer 05 Uerdingen hat mit dem Solinger Zweitligaspieler Wolfgang Schäfer Einigung über einen Zwei-Jahresvertrag erzielt. Schäfer liegt mit 20 Treffern in der Torschützenliste auf Platz drei.

Einigung mit Schweden

Malmö (sid) – Der Wechsel des schwedischen Nationalstürmers Thomas Sunesson (25) vom Malmö FF zum Fußball-Bundesligaklub 1.FC Kaiserslautern ist so gut wie perfekt. Die Ablösesumme für den Schweden soll 350 000 Mark betragen.

Erlaubnis gegeben

Frankfurt (sid) – Die Interimstrainer Gerd Roggensack und Hermann Nuber dürfen die Fußball-Bundesligaklubs Arminia Bielefeld und Kickers Offenbach mit Erlaubnis des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) bis zum Saisonende betreuen, obwohl ihnen die dazu notwendige Lizenz fehlt. Diese Ausnahme-Genehmigung traf der Liga-Ausschuß des DFB.

Stuttgart: Keine Freigabe

Stuttgart (dpa) – Der VfB Stuttgart will im Hinblick auf das möglicherweise entscheidende Spiel am 26. Mai in Stuttgart um die deutsche Fußball-Meisterschaft seine Spieler Buchwald sowie Bernd und Karl-Heinz Förster nicht für das Länderspiel am 22. Mai in Zürich gegen Italien freigeben. Die Stuttgarter vermuten eine Wettbewerbsverzerrung, da Hamburg mit Wolfgang Rolff nur einen Spieler abstellen muß.

ZAHLEN

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Arsenal – West Ham 3:3, Aston Villa – Everton 0:2, Liverpool – Coventry 5:0, Luton Town – Stoke City 0:1, Manchester United – Ipswich 1:2, Norwich – Birmingham 1:1, Nottingham – Watford 5:1, Queens Park – West Bromwich Albion 1:1, Southampton – Tottenham 5:0, Sunderland – Notts County 0:0, Wolverhampton – Leicester 1:0. Tabellenspitze: 1. Liverpool 78 Punkte, 2. Manchester United 73.

HOCKEY

Europameisterschaft, Damen, auf dem Feld in Lille (Frankreich): Vierter Spieltag, Gruppe A: UdSSR – Österreich 11:0, Holland – Schottland 3:1, Belgien – Italien 1:1.

TENNIS

78. Internationale Deutsche Meisterschaften von Deutschland in Hamburg, Herren, erste Runde: Glickstein (Israel) – Schwaier (Deutschland) 6:2, 6:3, Günthardt (Schweiz) – Popp (Deutschland) 6:2,6:4, Sundstrom (Schweden) – Jelen (Deutschland) 6:0, 6:4, Keretic (Deutschland) – Edberg (Schweden) 7:6, 6:4.

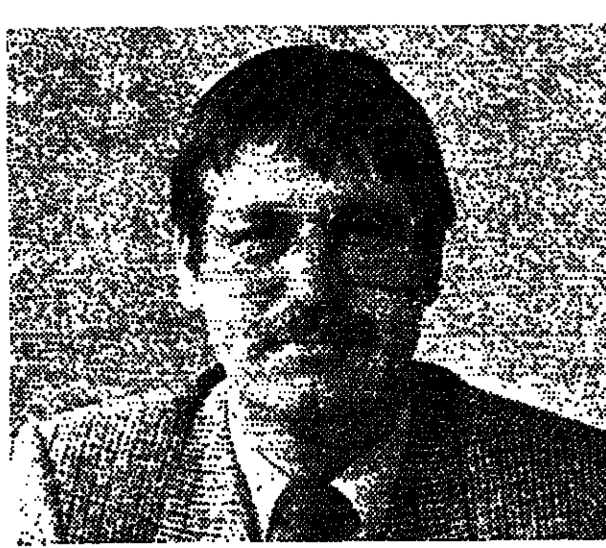
SEGELN

Weltmeisterschaft, Flying-Dutchman-Klasse vor La Rochelle, erste Wettfahrt: 1.Bouet/Gandolphe (Frankreich), . . . 3. Batzill/Wende (Deutschland).

GEWINNQUOTEN

Lotto, Klasse 1: 1 425 993,70 Mark, 2: 203 713,30, 3: 10 137,30, 4: 129,60, 5: 9,50. – **Elferwette:** Klasse 1: 318 411,70, 2: 4 245,40, 3: 201,30. – „6 aus 45": Klasse 1: 233 005,80, 2: 77 668,60, 3: 2 240,40, 4: 57,80, 5: 6,00. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 151,70, 2: 53,30. – Rennen B: 1: 841,50, 2: 257,10. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 54 706,80. (Ohne Gewähr).





„Der Parteitag in Stuttgart wird die geplante Amnestie unterstützen“

WELT-Interview mit CDU-Generalsekretär Heiner Geißler / Gegen die Kriminalisierung von Spendern

DW. Bonn

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat in einem WELT-Interview die Auffassung geäußert, daß der heute in Stuttgart beginnende Bundesparteitag der CDU die geplante Amnestie für Steuersünder bei Parteispenden unterstützt. In der Steuerpolitik bekannte sich Geißler im wesentlichen zu den Positionen von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg. Mit dem CDU-Generalsekretär sprach Manfred Schell.

WELT: Die geplante Amnestie für Steuersünder bei Parteispenden wird zu einem Streitthema auf dem CDU-Bundesparteitag in Stuttgart. Mit welchem Votum der Delegierten rechnen Sie?

Geißler: Ich rechne damit, daß der Parteitag, das Parteipräsidium und die Landesvorsitzenden dieses Vorhaben unterstützen. Es geht dabei ausschließlich darum, daß für Bürger, die ohne Unrechtsbewußtsein und in gutem Glauben Spenden an eine politische Partei gegeben haben, Gesetze zur Anwendung kommen, die für sie die mildeste Konsequenz haben. Nachdem der Gesetzgeber 1983 Spenden für die politischen Parteien als staatspolitisch förderungswürdig anerkannt hat und dieser Grundsatz in Zukunft gilt, muß er konsequenterweise auch für diese Bürger Geltung haben, die den Parteien früher Spenden gegeben haben.

WELT: Es ist der Vorwurf erhoben worden, durch das Vorgehen der Koalition werde das Rechtsempfinden vieler Bürger verletzt . . .

Geißler: Ich glaube, daß diejenigen, die sich in ihrem Rechtsempfinden verletzt fühlen, über den eigentlichen Sachverhalt nicht richtig aufgeklärt sind. Es ist über viele Jahre hindurch auch durch Verschulden des Gesetzgebers eine Rechtsunsicherheit darüber entstanden, ob Spenden an politische Parteien steuerbegünstigt sind oder nicht. Viele Bürger haben Spenden an staatsbürgerliche Vereinigungen gegeben mit der Maßgabe, daß sie den Parteien zugute kommen. Die Finanzämter haben bei den Betriebsprüfungen, also in der Praxis, diese Spenden anerkannt. Wenn hinterher die Staatsanwaltschaft zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen eine andere Rechtsauffassung entwickelt hat, dann kann dies nicht zu Lasten der Bürger gehen, die im guten Glauben gehandelt haben und die nie mit dem Recht in Konflikt gekommen sind. Ich halte es für unmöglich, daß diese Bürger im nachhinein wegen einer Änderung der Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft kriminalisiert werden.

WELT: Aber es stellt sich die Frage, warum Sie die Amnestie dann nicht bei der Neuordnung der Parteienfinanzierung 1983 beschlossen haben?

Geißler: Man konnte davon ausgehen, daß aufgrund der Änderung der Parteienfinanzierung, bei der die Parteien als staatspolitisch förderungswürdig anerkannt worden sind, die Staatsanwaltschaft entsprechend handeln und die Ermittlungsverfahren einstellen würden. Aber die Staatsanwaltschaft vor allem in Nordrhein-Westfalen wendet hier eine einseitige Gesetzesauslegung zuungunsten der Bürger an, indem sie sagt, dieser Grundsatz des milderen Rechts gelte nicht für Zeitgesetze, also zum Beispiel für Steuergesetze. Ich bin aber der Meinung, daß auch eine Strafverfolgungsbehörde die Pflicht hat, die Gesetze zugunsten der Bürger auszulegen. Im übrigen bin ich der Auffassung, daß die Staatsanwaltschaft, anstatt unschuldige Bürger zu verfolgen, sich darauf konzentrieren sollte, die wirklichen Verbrecher zu fangen. In Nordrhein-Westfalen gab es 1983 über 600 000 Diebstähle mit einem Schaden von fast einer Milliarde Mark. Die Aufklärungsquote liegt bei 24 Prozent. Die Staatsanwaltschaften sollten sich darauf konzentrieren, die wirklichen Verbrecher zu fangen und nicht Tausende von unschuldigen Bürgern mit Ermittlungsverfahren zu überziehen.

Heiner Geißler

WELT: Die SPD hat angekündigt, sie werde mit allen rechtlichen Mitteln versuchen, Ihre Absicht zunichte zu machen . . .

Geißler: Wir brauchen keine Besorgnis zu haben. Der Gesetzentwurf ist verfassungsrechtlich einwandfrei. Im übrigen sollte die SPD nicht verschweigen, daß sie schon 1981 Straffreiheit im Zusammenhang mit diesen Vorgängen schaffen wollte.

WELT: Wer hat jetzt den Anstoß für den Gesetzentwurf gegeben?

Geißler: Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Staatsanwaltschaften den Grundsatz des milderen Rechts nicht anwenden, haben wir im CDU-Präsidium intern mit dieser Diskussion begonnen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es auch Aufgabe des Gesetzgebers ist, Tausenden von Bürgern Rechtsschutz zu gewähren. Im übrigen handelt es sich dabei ja nicht um Großverdiener, sondern auch um Handwerker und Mittelständler, die ihre Spenden in gutem Glauben gegeben haben. Auch die FDP und die CSU tragen diesen Schritt mit.

WELT: Das Schwerpunktthema des CDU-Parteitages soll die Wirtschafts- und Steuerpolitik sein. Rechnen Sie damit, daß die Delegierten den Handlungsspielraum der Politiker in Bonn einengen werden?

Geißler: Es gibt Anträge zur Steuerpolitik, aber natürlich kann ein Parteitag nicht in Einzelheiten eine Steuerreform beschließen. Die vorliegenden Anträge müssen auf dem Hintergrund des Diskussionsstandes, wie er sich momentan in der Koalition darstellt, bewertet werden.

WELT: Stellen Sie bitte einmal die Grundzüge der Steuerreform dar.

Geißler: Ich unterstütze den Plan von Gerhard Stoltenberg, eine Steuerentlastung von über 20 Milliarden Mark durchzuführen. Die Entlastung der Familien in der Größenordnung von 5,2 Milliarden Mark ist ein wichtiger Bestandteil.

WELT: Wo soll dies zum Ausdruck kommen?

Geißler: Die Entlastung wird Kinderfreibeträge von 2 400 Mark pro Kind ermöglichen. Das ist ab der Proportionalzone aufwärts mindestens 44 Mark pro Kind im Monat. Wir müssen darüber hinaus für die Familien, die ein geringeres Einkommen haben als 36 000 Mark das Kindergeld auch in der Höhe von mindestens 44 Mark anheben, damit niemand benachteiligt wird. Das würde bedeuten, daß das Kindergeld für das erste Kind praktisch verdoppelt und die 100 Mark Kindergeld für das zweite Kind um die 44 Mark ergänzt werden. Eine Familie mit zwei Kindern würde somit einen Familienlastenausgleich pro Monat von mindestens 238 Mark erhalten. Wir werden außerdem das Mutterschaftsgeld für alle einführen und es als Erziehungsgeld in Höhe von 600 Mark pro Monat auszahlen.

WELT: Wie wird die Reform finanziert, ist die Mehrwertsteuererhöhung noch aktuell?

Geißler: Auch hier stimme ich dem Bundesfinanzminister zu, der sagt, wir müssen eine seriöse und solide Haushalts- und Finanzpolitik ermöglichen. Nach meiner Meinung kann die Steuersenkung und der familienpolitische Teil durch die Zurückgabe der heimlichen Steuererhöhungen, durch den Abbau von Steuerprivilegien und die Erhöhung einiger Steuern, zum Beispiel bei der Versicherungs- und der Lotteriesteuer finanziert werden. Eine Erhöhung der Verbrauchssteuern wäre dafür nicht notwendig.

WELT: Also keine Erhöhung der Mehrwertsteuer?

Geißler: Es hat wenig Sinn, die Situation der Familien zu verbessern und dies mit einer Steuer zu finanzieren, die von den Familien mit Kindern aufgebracht werden muß. Aber ich bin der Auffassung, daß zum Beispiel eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,5 Prozent durchaus in Frage kommen kann, um Mehrausgaben aufgrund der Verpflichtungen in der EG zu finanzieren. Dies wäre zumindest besser als ein unsolider Bundeshaushalt. Aber lieber wäre mir natürlich, wenn wir auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, gleich für welche Ausgaben man sie heranziehen müßte, verzichten könnten. Aber darüber werden wir Mitte Mai sprechen. Dieser Diskussion in der Koalition kann und will ich nicht vorgreifen.

Spendenaffäre: Viele Verfahren wurden inzwischen eingestellt

● Fortsetzung von Seite 1

Unabhängig davon wurden von der Staatsanwaltschaft Bonn 10 Strafbefehle beantragt. Dazu gehörte auch der gegen den Bonner Oberbürgermeister Hans Daniels in Höhe von 8 000 Mark, den dieser sofort bezahlte, obwohl er von der Rechtmäßigkeit seines Handelns nach wie vor überzeugt ist. Aber Daniels wollte nicht in den Verdacht kommen, er verfolge jetzt in der Amnestiediskussion Eigeninteressen (WELT v. 8. 5.). Die übrigen 9 Strafbefehle richten sich allesamt gegen Spender aus der nordrhein-westfälischen Industrie. Alle Betroffenen haben dagegen Einspruch eingelegt. In diesen Fällen würde es somit, unterstellt, das Amnestiegesetz wird nicht realisiert, zu einer Hauptverhandlung kommen.

Anhängig sind jetzt noch in Bonn 648 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung. Es sei damit zu rechnen, so sagte Wilhelm, daß „einige“ von ihnen demnächst eingestellt würden, und zwar aus unterschiedlichsten Gründen, sei es, weil ein Verschulden nicht nachgewiesen werden könne, oder wegen Geringfügigkeit.

„Aber mit Sicherheit sind die Fälle darunter, die von den Voraussetzungen, unter denen sonst wegen Geringfügigkeit eingestellt wird, nicht ausgehen“, sagte Wilhelm. Hier gehe es um Großspenden. Zu diesen Verfahren, die jetzt noch anhängig seien, gehörten auch all jene, die sich - mit Ausnahme von Daniels - auch gegen Politiker richteten.

Ausdrücklich bestätigte die Staatsanwaltschaft in diesem Zusammenhang Verfahren gegen den FDP-Bundestagsabgeordneten Hans H. Gattermann, den Vorsitzenden des Bundestagsfinanzausschusses, und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff sowie gegen folgende Unionspolitiker: die Parlamentarischen Staatssekretäre Vogt (Arbeitsministerium) und Waffenschmidt (Innenministerium), CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep, den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Adolf Müller (Remscheid), den CDU-Mittelstandsexperten und Wirtschaftssprecher Hansheinz Hauser (Krefeld) und den Bundestagsabgeordneten Alfons Müller (Wesseling). Außerdem wurden die Namen der CSU-Politiker Zimmermann (Bundesinnenminister) und Karl-Heinz Spilker (Schatzmeister der Christlich-Sozialen Union) genannt. Wilhelm sagte, die Liste der Politiker, die in Verfahren einbezogen seien, sei damit aber noch nicht komplett. Namen nannte er jedoch nicht. Allerdings bestätigte er, daß keine SPD-Politiker davon betroffen seien.

Die lebhafte Diskussion über den Plan der Koalition, ein Amnestiegesetz zu beschließen, hielt gestern an. Bundeskanzler Kohl will heute auf dem CDU-Bundesparteitag in Stuttgart dazu Stellung nehmen. In der gestrigen Kabinettssitzung war darüber nicht mehr gesprochen worden. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat in einem WELT-Interview die Entscheidung der Koalition nachdrücklich verteidigt.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, sprach in einer Fernsehwerbesendung der SPD zur Europawahl von einem schlimmen „Anschlag auf unseren Rechtsstaat - wahrscheinlich der dreisteste seit Gründung der Bundesrepublik“. Er wisse, daß alle Parteien in der Vergangenheit bei Spendenwerbung mit dem Steuerrecht „in Konflikt gekommen sind, in einigen Fällen leider auch die meine; aber für diese Verstöße müssen die Betroffenen geradestehen, ebenso wie jeder Bürger; da darf es für Politiker keine Sonderrechte geben“. Von der SPD wurde inzwischen eine bundesweite Kampagne gegen die Koalitionspläne angekündigt.

Der CSU-Landesgruppenvorsitzende Theo Waigel verteidigte demgegenüber das Vorhaben. Im Münchner Presseclub sagte Waigel, er sei sich im klaren darüber, daß das Vorgehen der Koalition „uns politisch, wählermäßig nichts nützt“. Die Parteien dürften aber „nicht so opportunistisch“ sein, sich nur nach der Stimmenzahl zu richten und „die, die im guten Glauben geholfen haben, im Regen stehen zu lassen“.

KVAE: Alte Substanz in Moskaus neuer Vorlage

GATERMANN/DW. Stockholm

Die zweite Phase der Konferenz über Zusammenarbeit und Abrüstung in Europa (KVAE) begann mit der überraschenden Vorlage eines sowjetischen Konferenzdokuments. Es besteht aus sechs Punkten, die weitgehend frühere Forderungen Moskaus enthalten. Neu ist jedoch die erklärte Bereitschaft, jetzt auch über konkrete vertrauensbildende Maßnahmen wie die zahlenmäßige Begrenzung von Manövern, deren vorherige Ankündigung und den erweiterten Austausch von Manöver-Beobachtern sowie eine „angemessene Form der Verifikation“ zu verhandeln.

Am Vorabend der neuen KVAE-Verhandlungsrunde hatten die Warschauer-Pakt-Staaten der NATO erneut einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen. Der in Ungarns Hauptstadt den Botschaften der NATO-Länder übergebene „Budapester Appell“ enthält im Gegensatz zu der Erklärung der Außenminister des Warschauer Pakts vom 20. März nicht mehr die Forderung an den Westen, vor weiteren Abrüstungsverhandlungen die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa rückgängig zu machen. Stattdessen wird die Möglichkeit angedeutet, auf der KVAE über einen Nichtangriffspakt zu diskutieren.

In Stockholm erklärte der sowjetische Delegationsleiter Oleg Grinewskij vor Journalisten, daß sein Land nun nicht mehr nur auf die Diskussion politischer Maßnahmen poche, sondern auch zu parallelen politischen und militärischen Verhandlungen bereit sei. Die sechs Punkte der Sowjetunion beginnen mit dem Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen, was jeder Kernwaffen-Staat einseitig deklarieren könnte oder die Form einer internationalen Vereinbarung annehmen könnte.

Sowjets nicht zu den Spielen nach Los Angeles

■ Fortsetzung von Seite 1

Sowjets eine „Rote Olympiade“ als Gegenstück zu den offiziellen Sommerspielen. Diese Veranstaltung würde in Sofia stattfinden, aber erst unmittelbar vor Beginn der Spiele in Los Angeles bekanntgegeben werden. Die Sowjetunion hatte bisher stets auf eine Sitzung ihres olympischen Komitees am 26. Mai verwiesen, bei der die endgültige Entscheidung über die Teilnahme in Los Angeles gefällt werden sollte.

Die sowjetische Entscheidung zugunsten einer Gegenolympiade soll bereits vor Monaten gefallen sein, wahrscheinlich bereits beim Machtantritt von Konstantin Tschernenko im Februar. „Aber“ – so der Londoner „The Standard“ – „die Russen sahen sich dann dem Problem einer Rebellion osteuropäischer Partner gegenüber. Diese Länder brauchen die „Brot und Spiele“ - Politik, um mit olympischen Medaillengewinnen die Aufmerksamkeit der Menschen von realen Problemen abzulenken.

Bei der Diskussion um die Teilnahme an den Sommerspielen haben die Sowjets das Wort „Boykott“ bisher stets vermieden und erklärt, die UdSSR beteilige sich niemals an Boykotten oder ähnlich politisch motivierten Aktionen. Die Möglichkeit eines Fernbleiben der UdSSR tauchte erstmals am 10. April auf, als sich das sowjetische NOK offiziell über die amerikanischen Vorbereitungen beklagte und die Auffassung vertrat, die Sicherheit seiner Sportler sei nicht gewährleistet. Am 25. April trafen sich sowjetische und amerikanische Sportfunktionäre in Lausanne, um die sowjetischen Vorwürfe zu erörtern. Der sowjetische NOK-Vorsitzende Gramow sagte damals, bei dem Treffen habe es Fortschritte gegeben und die UdSSR sei fest entschlossen, an den Spielen teilzunehmen, vorausgesetzt, „daß die olympische Charta befolgt wird.“

Unmut über Hamm-Brücher wächst in der FDP weiter

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bei den Freien Demokraten hat sich innerhalb weniger Tage mit Hildegard Hamm-Brücher ein zweites Bundestagsmitglied öffentlich für ein Ausscheiden der FDP aus dem Bonner Regierungsbündnis ausgesprochen. Frau Hamm-Brüchers Forderung löste in der Parteizentrale erheblichen Unmut aus.

Die FDP-Politikerin hatte im WDR verlangt, die Freien Demokraten sollten ihre Regierungsämter niederlegen. Sie sollten eine Minderheitsregierung der CDU/CSU nur noch von Fall zu Fall unterstützen. Mit einer ähnlichen Äußerung hatte erst Ende April ihr ebenfalls aus Bayern stammender Kollege Josef Grünbeck eine Kontroverse ausgelöst. Grünbeck: „Ich würde es nicht mehr tragisch nehmen, wenn wir aus der Regierung ausschieden.“

Frau Hamm-Brücher meinte in der Sendung, die wenigen FDP-Führungspersönlichkeiten seien durch ständige Regierungsverantwortung verschlissen, es gebe große Ermüdungserscheinungen. Sie stellte die Frage, was wichtiger sei, eine Koalitionsbeteiligung oder das liberale Selbstverständnis.

Zu dem von ihr jetzt öffentlich gemachten Vorstoß meinte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dieter-Julius Cronenberg, dies sei „der sicherste Weg“, um notwendigen Einfluß preiszugeben und zu einer „unerträglichen großen Koalition“ zu kommen. Hildegard Hamm-Brücher solle aus ihrem „persönlichen Frust“ kein Problem für Partei und Fraktion machen. Der nordrhein-westfälische FDP-Chef, Staatsminister Jürgen Möllemann, meinte, es sei tragisch, daß die einst sehr verdienstvolle Liberale jetzt so deutlich die von ihr bei anderen diagnostizierten Verschleißerscheinungen zeige.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korres[...]

Korrespondent für Tec[...]

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geltel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

[...] Tel. (0 20 54) 10 11, [...] Telex 8 579 104 [...] 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Telefon (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Schmaler Grat

Wb. – AEG-Chef Heinz Dürr kommt in diesem Jahr nicht mit leeren Händen zu seinen Aktionären. Zwar ist die Ernte, die der einstmals so stolze Elektrokonzern im vergangenen Jahr eingefahren hat, immer noch recht kümmerlich, vergleicht man sie mit den Ergebnissen der Konkurrenz oder den längst vergessenen besseren Zeiten des eigenen Hauses. Und so ganz makellos mag der Gewinn – schon fast ein Fremdwort für die AEG-Eigner – auch noch nicht schimmern.

Schließlich war erst ein Vergleich vonnöten, um den geschrumpften Riesen zu Lasten vieler anderer wieder auf die Beine zu bringen. Dennoch: Mit einem Plus von 37 Millionen Mark wurde das selbstgesteckte Ziel des ausgeglichenen Abschlusses sichtbar übertroffen, und der Vorstand kann gewiß sein, daß nach Jahren der regelmäßigen Prügel für die Verfehlungen der Vorgänger nun endlich wieder einmal ein paar Streicheleinheiten winken.

Ein Grund, die Hände in den Schoß zu legen, ist das noch längst nicht. Zwar war es ein eindrucksvoller Kraftakt, in einem Jahr (wenn auch gut vorbereitet schon durch die Sanierungsarbeit der Vorjahre) das laufende Ergebnis – wohlgemerkt ohne die Extrakosten der Sanierung – um fast eine Milliarde Mark zu verbessern.

Doch immer noch ist der Grat sehr schmal, auf dem sich das Unternehmen bewegt. Was nun noch ansteht, hat Dürr selbst am besten formuliert: „Wir müssen hart daran arbeiten, jetzt ein normales Unternehmen daraus zu machen!"

Statistik

Mk. – Einzelne Monatsergebnisse in der Statistik sollten nicht überinterpretiert werden. Aus dem enttäuschenden Auftragseingang und der gesunkenen Produktion im März kann daher noch nicht das Ende des Aufschwungs herausgelesen werden. Dazu hat es in den vergangenen Wochen auch zu viele positive Signale aus den Unternehmen gegeben. Und so bietet das Bundeswirtschaftsministerium in seiner Interpretation in der Regel auch einen Zwei-Monats-Vergleich an, um Zufälligkeiten besser auszugleichen. Jetzt aber wird ein Quartals-Vergleich offeriert – wie bereits ab und zu im vergangenen Jahr, wenn es opportun erschien. Dieses soll jetzt zum Ende eines Vierteljahres Usus werden. Nur: Der Quartals-Vergleich spiegelt noch einen Anstieg, im Zwei-Monats-Vergleich, der fehlt, hätte jedoch eine Stagnation beziehungsweise ein Rückgang von Nachfrage und Produktion ausgewiesen werden müssen. Der Verdacht eines Tricks wird nicht dementiert. Unnötigerweise gerät damit die Konjunktur ins Gerede, wozu noch kein Anlaß besteht.

KONJUNKTUR / ZAW-Präsident: Wende im Marketing-Denken

Die Werbewirtschaft rechnet auch künftig mit steigenden Ausgaben

HANNA GIESKES, Bonn

„Wir gehen von einem dauerhaften Aufschwung der Werbewirtschaft aus." Helmut Sihler, Präsident im Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW), rechnet bei den Werbeaufwendungen in diesem Jahr mit einem Zuwachs zwischen fünf und sechs Prozent. Das vergangene Jahr habe den Medien Werbeumsätze von 14,2 Milliarden Mark gebracht, 5,5 Prozent mehr als 1982, berichtete Sihler gestern in Bonn, „und damit sind unsere Erwartungen übertroffen worden".

Der ZAW-Präsident stützt seine Zuversicht – „natürlich muß auch die volkswirtschaftliche Gutwetterfront anhalten" – auf die Ergebnisse einer Umfrage unter den 42 Mitgliedsverbänden des Zentralausschusses. Über zwei Drittel von ihnen rechneten jetzt mit einem deutlichen Aufschwung der Konjunktur, und keiner sei mehr auf sinkende Werbeausgaben eingestellt: „Entsprechend positiv sind die Erwartungen bei der Entwicklung der Werbeumsätze."

Sihler, im Hauptberuf Vorsitzender der Zentralgeschäftsführung der Henkel KGaA, Düsseldorf, baut aber auch auf eine „zaghafte Wende im Marketing-Denken der Unternehmen", die er selbst beobachte: „Offenbar setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß Werbepausen gefährlich und teuer werden." Während die werbungtreibende Wirtschaft ihre Etats jahrelang an der ökonomischen Gesamtentwicklung orientiert habe – „sank das Bruttosozialprodukt, folgten die Werbeumsätze" –, richte man die Werbeausgaben immer häufiger an den Unternehmenszielen aus. „Das ist neu" und für Sihler der Grund, warum die Werbewirtschaft ohne Einbußen durch die letzte Rezession gekommen ist.

Die Zuversicht des ZAW-Präsidenten schließt auch die „Neuen Medien" ein. „Der Werbekuchen wird mit Sicherheit größer werden", meint er, gibt aber gleichzeitig zu bedenken, daß es lange dauern werde, „bis Kabelfernsehen und Btx über das Versuchsstadium hinaus sind". Er glaubt nicht, daß die neuen den traditionellen Medien „das Brot wegnehmen".

Die alljährlich von ZAW veröffentlichte Übersicht über die Werbeumsätze der Medien leidet in diesem Jahr daran, daß Tages-, Wochen- und Sonntagszeitschriften aus erhebungstechnischen Gründen ihre Daten dem Dachverband nicht rechtzeitig zuleiten konnten. Sicher ist dennoch, daß die Tageszeitungen nach wie vor der mit Abstand größte Werbeträger sind. Ihre Werbeumsätze lagen 1982 bei 5,3 Milliarden Mark; der Zuwachs im vergangenen Jahr wird im ZAW auf rund fünf Prozent geschätzt.

„Gewinner" mit einem Zuwachs um 14,5 Prozent auf 1,7 Milliarden Mark war die Direktwerbung – dies allerdings nur auf Grund der Portoerhöhung vom Juli 1982. An zweiter Stelle der Prozentgewinner steht die Außenwerbung mit einem Plus bei den Werbeeinnahmen von zehn Prozent. Dies sei, so heißt es in der ZAW-Übersicht, ein „außerordentliches Ergebnis", denn 1982 und 1981 habe die Außenwerbung jeweils Rückgänge hinnehmen müssen. Die dritte Position mit einer Zuwachsrate von 6,3 Prozent wird von der Adreßbuchwerbung eingenommen, die schon in den vergangenen Jahren ständig zugelegt hatte.

Die Publikumszeitschriften – nach den Tageszeitungen mit Werbeumsätzen von 2,5 Milliarden Mark der zweitgrößte Werbeträger – kamen auf einen Zuwachs von 4,1 Prozent. Die Entwicklung sei allerdings sehr unterschiedlich verlaufen, heißt es, denn teilweise hätten Massenblätter Anzeigen verloren, während einige Zielgruppenzeitschriften deutlich Gewinne verbuchen konnten. Die Hörfunkwerbung steigerte ihre Werbeeinnahmen um 3,5 Prozent auf 511,6 Millionen Mark, die Fernsehwerbung legte um drei Prozent auf 1,3 Milliarden Mark zu. Diese vergleichsweise bescheidene Rate stammt ausschließlich aus Preiserhöhungen, denn ein Mengenwachstum ist wegen der staatsvertraglich eingeschränkten Werbesendezeit nicht möglich: Die Sender sind immer ausgebucht.

Am Arbeitsmarkt für Werbeberufe hat der ZAW erstmals wieder eine Belebung festgestellt.

WIRTSCHAFTSLAGE

Entwicklung blieb im März hinter Erwartungen zurück

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die konjunkturelle Entwicklung blieb im März erheblich hinter den Erwartungen zurück. Sowohl der Auftragseingang bei der Industrie als auch die Produktion liegen nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums saisonbereinigt um jeweils vier Prozent unter dem Stand des Vormonats. Allerdings waren die Februar-Zahlen nachträglich nach oben korrigiert worden. Die Nachfrage aus dem In- und Ausland schwächte sich gleichermaßen ab.

Nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums kommt die Entwicklung der Industriegüternachfrage allerdings besser im Quartals-Vergleich (erstes Vierteljahr 1984 gegenüber dem letzten Quartal 1983) zum Ausdruck. Danach stieg das Auftragsvolumen um zwei Prozent. Die Inlandsbestellungen expandierten um drei Prozent, wobei das Investitionsgütergewerbe sogar einen Zuwachs von 6,5 Prozent meldete. Dagegen ging die Inlandsnachfrage beim Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe um ein Prozent zurück, bei Verbrauchsgütern stagnierte sie.

Unverändert gegenüber dem vierten Quartal 1983 blieb auch die Auslandsnachfrage. Dabei konnten die Hersteller von Verbrauchsgütern und Investitionsgütern um 8,5 und 2 Prozent höhere Aufträge hereinholen. Die Nachfrage des Auslands nach Grundstoff- und Produktionsgütern sank um 4 Prozent.

Den Stand des entsprechenden Vorjahreszeitraums übertrafen die Bestellungen beim Verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal real um 8,5 Prozent. Dabei lagen die Bestellungen aus dem Inland um 5, die aus dem Ausland um 14,5 Prozent höher. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe kommt auf ein Plus von 13, die Hersteller von Investitions- und Verbrauchsgütern auf 6,5 und 7 Prozent.

Zu dem Rückgang der Produktion merkt das Ministerium an, daß die März-Daten in der Regel später noch nach oben korrigiert werden. Für die Bautätigkeit wird sogar eine Abnahme um 9,5 Prozent konstatiert.

Demgegenüber signalisiert der Quartals-Vergleich noch ein Plus bei der Ausbringung des Produzierenden Gewerbes von saisonbereinigt einem halben Prozent. Dabei wurde für das Verarbeitende Gewerbe ein Zuwachs von einem Prozent registriert. Der Verbrauchsgüterbereich meldet sogar einen um drei Prozent höheren Ausstoß, während er bei den Investitionsgüterherstellern um 1,5 Prozent und im Grundstoff- und Produktionsgütersektor um ein Prozent stieg. Die Bautätigkeit schwächte sich bei diesem Vergleich um 0,5 Prozent ab.

Das entsprechende Vorjahresniveau wurde im Produzierenden Gewerbe im ersten Quartal um 5,5 Prozent übertroffen. Dabei wurde lediglich im Bergbau ein Rückgang, und zwar um 2,5 Prozent, verzeichnet. An der Spitze lag der Grundstoffbereich mit acht Prozent.

Staat und Außenhandel

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Was würde ein Besuch von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher im Iran der Exportwirtschaft bringen? Über die Antworten – zumeist wurde auf rund drei Milliarden Mark getippt – wurde zwar gelächelt und geschmunzelt. Aber: Der Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelskammer in Teheran hatte den „Wert" einer deutschen Industrie-Delegation, die vor einem Jahr zusammen mit dem Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, das Land besucht hatte, auf rund zwei Milliarden Mark veranschlagt.

Exporte in dieser Größenordnung wären wohl nicht möglich gewesen, wenn die Reisenden nicht für einen entsprechenden good will gesorgt hätten. Dann hätte Teheran angesichts der kräftig steigenden deutschen Überschüsse schon früher die Daumenschrauben angezogen und die Einfuhr aus der Bundesrepublik unterbunden. Jetzt ist diese Lage eingetreten. Helfen kann, so Vertreter der deutsch-iranischen Wirtschaft, nur eine Reise des Ministers oder aber höhere Ölkäufe. Denn Teheran strebt eine gewisse Relation zwischen den Importen aus einem Land und seinen Öllieferungen dorthin an.

Japan steckte vor zwei Jahren in einer ähnlichen Situation. Aber eine Delegation von Vertretern der Regierung und der Wirtschaft brachte die Wende. Sie sagten höhere Ölkäufe zu. Seitdem floriert auch das japanische Export-Geschäft wieder, werden in jüngster Zeit sogar deutsche Anbieter aus ihren angestammten Positionen verdrängt. Höhere Öl-Importe lassen sich in der Bundesrepublik nicht einfach von oben verordnen.

Was nun? Die Antwort auf die generelle Frage, ob sich der Staat stärker im Außenhandel engagieren soll, möglichst noch als Käufer oder Verkäufer, ist eindeutig: Sie lautet schlicht nein. Zugleich werden dann lobenswerte Einzelfälle nachgeschoben, werden Initiativen von Ministerpräsidenten gewürdigt, die etwas auf den Weg gebracht haben, oder von Bundestagsabgeordneten, die den deutschen Wein-Export nach Taiwan angeregt haben.

Es wird auch das Klagelied angestimmt, der Auftrag sei der deutschen Wirtschaft nur entgangen, weil sich der Botschafter des Konkurrenten kräftiger engagiert hätte. Es wird auf den Einsatz von Entwicklungshilfegeldern zur Exportförderung oder von Subventionen bei der Finanzierung verwiesen.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß manchem zwar das Bekenntnis zum Freihandel leicht über die Lippen kommt, er aber froh wäre – und es eigentlich auch erwartet –, wenn die Sünden anderer möglichst mit gleicher Münze heimgezahlt würden. Die Proteste gegen die Erhöhung der Hermes-Gebühren paßt dazu. Auch hier besteht grundsätzliche Übereinstimmung darüber, daß sich dieses Instrument selber tragen, daß es nicht zu einer Subvention denaturieren soll.

Sicher, der Welthandel wird von staatlichen Einflüssen mitgeprägt. Bei den Staatshandelsländern ist dieses offenkundig, ähnlich sieht es auch in der Dritten Welt aus – der Iran ist nur ein Beispiel. Der sture Bilateralismus ist wieder in Mode gekommen, nicht nur in den USA. Andere Industrieländer haben in den letzten Jahren ihre Subventionen erhöht, was letztlich auch den Export begünstigt und den Import erschwert. Beflügelt hat dies die internationale Arbeitsteilung keineswegs.

Auch in der Bundesrepublik ist einiges geschehen – von der Mischfinanzierung mit Entwicklungshilfemitteln bisher zur flexibleren Handhabung des Hermes-Instrumentariums. Die deutsche Leistungsschau in Tokio, die ohne das staatliche Engagement nicht stattgefunden hätte, ist ein weiteres Beispiel.

Und in der EG stehen liberale Ideen auch nicht mehr sonderlich hoch im Kurs. Es wird nach einer gemeinsamen Industriepolitik zum Schutz junger Branchen gerufen, wobei der Hinweis auf die japanischen Erfolge noch das stärkste Argument ist.

Trotzdem: Dies kann nicht der Weg sein. Ein stärkeres Engagement des Staates hat erhebliche Konsequenzen. Es muß nicht nur auf den Agrarsektor verwiesen werden, um das zwangsläufige Ausbreiten zu demonstrieren. Die Dynamik erlahmt. Mehr noch: Der Welthandel wird immer mehr zu einer Konkurrenz von Staaten. Dieses liegt nicht im deutschen Interesse. Bisher ist die Bundesrepublik mit ihrem System gut gefahren, in der Regel sogar besser als andere.

AUF EIN WORT

»Dieselben Leute, die den Streik betreiben, werden uns schon bald den damit angerichteten Schaden als Beweis dafür vorhalten, daß das kapitalistische System bei der Lösung des Arbeitslosenproblems versagt.«

Ernst-Günter Plutte, Präsident von Gesamttextil. FOTO: SVEN SIMON

„Sonderangebote" nur begrenzt

dpa/VWD, Karlsruhe

Eine Firma handelt wettbewerbswidrig, wenn sie unter Herausstellung einer beträchtlichen Anzahl von Sparbeispielen den Verkauf von stückzahlmäßig nicht begrenzten Einzelwaren und Warengruppen ankündigt. Nach einem vom I. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) veröffentlichten Urteil weist der Verkauf ganzer Teile des Sortiments zu Sparpreisen nicht auf ein als üblich empfundenes Sonderangebot hin. Eine solche Ankündigung stelle eine unzulässige Sonderveranstaltung dar. Mit seiner Entscheidung hob der BGH ein anderslautendes Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Hamm auf und stellte eine erstinstanzliche Entscheidung des Landgerichts Bochum wieder her. Das Landgericht hatte die beklagte Firma zur Unterlassung einer derartigen Werbung verurteilt.

EG-AGRARMINISTER

Paris will Weinüberschüsse noch stärker reduzieren

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Überschüsse auf dem europäischen Weinmarkt nehmen immer bedrohlichere Ausmaße an. Nachdem die Gemeinschaft im laufenden Wirtschaftsjahr bereits 32 Mill. Hektoliter Tafelwein zu Alkohol destilliert hat (bei einer Gesamternte von 157 Mill. Hektoliter), sahen sich die Landwirtschaftsminister gestern mit einem französischen Antrag konfrontiert, weitere fünf Mill. Hektoliter aus dem Markt zu nehmen.

Dabei zeigte sich, daß die Vorausschätzungen über die Produktions- und Lagerentwicklung völlig durcheinandergeraten sind. Wegen falscher Ernteemeldungen aus Italien sei die Kommission bisher davon ausgegangen, daß im Wirtschaftsjahr 1983/84 nicht mehr als 16 Mill. Hektoliter Überschüsse entstehen würden. Entsprechend hatte sie auch im EG-Haushalt vorgesorgt. Statt der eingeplanten 588 Mill. Ecu (rd. 1,3 Mrd. DM) belaufen sich die Kosten der Marktordnung nun in Wirklichkeit bereits auf mehr eine Mrd. Ecu (2,25 Mrd. DM).

Da der Gemeinschaft das Geld ausgeht, weigerte sich die EG-Behörde bislang, dem französischen Antrag zu entsprechen. Auch im Rat waren die Ansichten geteilt, ob eine weitere Destillation zur Stützung der Weinpreise finanzierbar sei. Fünf Mill. Hektoliter würden rund 120 Mill. Ecu (269 Mill. DM) kosten.

Schwer tut sich die EG auch mit der Kontrolle der Olivenöl-Produktion. Der Rat beschäftigte sich gestern mit einem Vorschlag, zu diesem Zweck eine besondere Dienststelle ins Leben zu rufen, die unter Aufsicht der EG-Kommission stehen soll.

BERLIN

Lambsdorff registriert besseres Investitionsklima

PETER WEERTZ, Berlin

Mehr Zuversicht und eine größere wirtschaftliche Attraktivität der Stadt registrierte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nach einer Arbeitssitzung der Berlin-Beauftragten der deutschen Industrie. Deutlich verbessert haben sich nach Ansicht von Lambsdorff in Berlin das Innovations- und Investitionsklima. Weniger Klagen gebe es außerdem über den Facharbeitermangel und die Wohnungssituation. Es sei 1983 auch gelungen, 70 neue Betriebe mit 1500 Arbeitsplätzen anzusiedeln.

Schwierig sei jedoch die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Industrie verliere immer noch Arbeitsplätze. Erste Erfolge zeigten sich aber durch die Reform der Umsatzsteuer-Präferenz, die die Wertschöpfung der Betriebe verbessert habe. In der Auftragsvergabe für die Berliner Wirtschaft lobte der Minister die Stahlindustrie, die jährlich dem Unternehmen, das die größten Aufträge nach Berlin vergibt, mit dem „Goldenen Bär" auszeichnet. Diesem Beispiel will jetzt die Automobilindustrie folgen.

In Berlin gewinnt der konjunkturelle Fortschritt nach Angaben der Industrie- und Handelskammer an Intensität und Breite. Für 1984 rechnen 41 Prozent der Industrieunternehmen mit einem größeren Wachstum als im Vorjahr und die Hälfte erwartet einen gleichbleibenden Konjunkturverlauf. Nur sechs Prozent schätzen die Geschäftslage schlechter ein. Nach dem Stand der gegenwärtigen Planung wollen außerdem 40 Prozent der Industriefirmen mehr investieren. Jedes fünfte Unternehmen will darüber hinaus seine Mitarbeiterzahl erhöhen und nur noch jedes zehnte Unternehmen denkt an einen weiteren Abbau.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bauunternehmen erheben Einspruch gegen Bußgelder

Bonn (dpa/VWD) – 47 von insgesamt 83 Unternehmen der Bauwirtschaft haben Einspruch gegen die Bußgeldbescheide eingelegt, die im vergangenen Jahr wegen illegaler Baupreisabsprachen vom Bundeskartellamt, Berlin, erlassen worden waren. Die anderen 36 dieser Bescheide sind inzwischen rechtskräftig. Gegen zwei weitere Unternehmen wird noch ermittelt. Das geht aus einem Bericht hervor, den der Bundesfinanzminister jetzt dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorgelegt hat. Bisher wurden 56,5 Mill. DM Bußgelder verhängt, davon sind 16,6 Mill. DM rechtskräftig. Die Zahl der verbotenerweise abgesprochenen Bauobjekte betrug 235. Ihr Auftragsvolumen lag bei rund 1,5 Mrd. DM, wovon über eine halbe Milliarde DM Aufträge des Bundes waren.

Neues Rekorddefizit

Washington (AP) – Das Defizit der amerikanischen Handelsbilanz hat im ersten Quartal 1984 mit 25,8 Mrd. Dollar eine neue Rekordhöhe erreicht. Dies gab das US-Handelsministerium bekannt. Ursache der Verschlechterung der Handelsbilanz waren die fortwährende Überbewertung des Dollars und der Aufschwung der amerikanischen Inlandskonjunktur, der zu einem starken Importsog führte. Dem zwölfprozentigen Zuwachs der Einfuhren auf 79,9 Mrd. Dollar stand ein Anwachsen der Exporte von lediglich vier Prozent auf 54,1 Mrd. Dollar gegenüber. Im gesamten Jahr 1983 hatte das US-Handelsbilanzdefizit 61,1 Mrd. Dollar betragen.

Exportkontrolle gefordert

Genf (dpa/VWD) – Das Bemühen, die Kakaopreise auf dem Weltmarkt zu stabilisieren, steht im Mittelpunkt von Beratungen der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung (Unctad) in Genf. Vor den Vertretern von rund 70 Ländern sagte Unctad-Generalsekretär Gamani Corea, daß das am 30. September 1984 auslaufende Abkommen von 1980 sein Ziel nicht erreicht hat, den Weltmarktpreis über dem vereinbarten Mindestkurs zu halten. Corea hält die zusätzliche Einführung von Exportkontrollen für notwendig, um das Problem des Überangebots zu lösen.

Promotionszeit diskutiert

Essen (Bm) – Einmütig abgelehnt haben die Delegierten des Verbandes angestellter Akademiker und Leitender Angestellter der chemischen Industrie (VAA) auf ihrer Jahrestagung in Frankfurt die Forderung des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie, Promotionszeiten künftig gehaltlich nur noch in beschränktem Umfang anzuerkennen. Mit dieser Forderung, die Eingangsgehälter der Naturwissenschaftler zu kürzen, würden dem VAA zufolge die einseitige Abbau tariflicher Rechte und eine gravierende Absenkung des Niveaus der Einstellungsgehälter zugemutet.

US-Zinsen steigen

New York (rtr) – Die Zinsen in den USA steigen schon wieder. Gestern kündigten drei Großbanken – Chase Manhattan Bank, Manufacturers Hanover Trust, Marine Midlands Banks – an, daß sie ihre Prime Rate, den Kreditzins für die besten Unternehmenskunden, mit sofortiger Wirkung von zwölf auf 12,5 Prozent erhöhen.

Investitionsbedarf wächst

Bonn (AP) – Verkehrsminister Werner Dollinger hält es für unerläßlich, die Investitionen für den Verkehrsbereich zu erhöhen. Beim Hauptverband der deutschen Bauindustrie wies er gestern darauf hin, daß nicht nur der Bedarf an Verkehrsleistungen immer weiter steigen werde, sondern auch der Unterhaltsbedarf besonders bei den Fernstraßen. Dollinger bezifferte nach einer Mitteilung seines Ministeriums die Summe der Investitionsmittel, die für die Fertigstellung laufender Projekte im Schienen-, Straßen-, Wasserstraßen- und öffentlichen Personennahverkehr auf 40 Mrd. DM. Für die Erhaltung der Bundesfernstraßen seien zur Zeit rund zwei Mrd. DM nötig, von etwa 4,8 Mrd. DM. Dollinger bezifferte auch die Investitionen der Bahn bis 1990 auf rund 40 Mrd. DM.

Schleswig-Holstein

Bonn (DW.) – Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH hat die Neuauflage der von ihr herausgegebenen Broschüre „Schleswig-Holsteins Industrie" vorgelegt. Die 184seitige Broschüre (deutsch englisch) soll Schleswig-Holstein und die Leistungsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Unternehmen weltweit bekannter machen. Etwa 600 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes bieten sich und ihre Produkte an.

Kooperation mit China

Bonn (dpa/VWD) – Die deutsch-chinesische Arbeitsgruppe Land- und Ernährungswirtschaft hat jetzt in Peking ein Protokoll über 102 Kooperationsprojekte der agrar- und ernährungswirtschaftlichen Zusammenarbeit verabschiedet. Wie das Bundesernährungsministerium mitteilte, liegt der Schwerpunkt bei 40 Einzelprojekten in der Ernährungswirtschaft, die von der Gewinnung und Verpackung von Bienenhonig bis zur Planung und Erstellung kompletter Anlagen für die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe reichen.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

GTZ: Ausbildungsförderung wird zu wenig ausgenützt

INGE ADHAM, Frankfurt

Deutsche mittelständische Unternehmen, die bereits in der Dritten Welt tätig sind oder dort Betriebsgründungen planen, nutzen nach Ansicht der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn, ein bereits seit 1980 bestehendes entwicklungspolitisches Förderungsinstrument der Bundesregierung „nicht im gewünschten Umfang": Mit 250 Mark pro Monat – in Ausnahmefällen sogar 400 Mark – pro Ausbildungsplatz fördert die GTZ Ausbildungsprogramme in Betrieben, die den mittel- und langfristigen Fachkräftebedarf eines oder mehrerer Unternehmen in einem Land der Dritten Welt decken und kontinuierlich fortgeführt werden. In der Regel wird die Unterstützung über fünf Jahre gewährt.

Bisher, so bedauert die GTZ in ihrer Erinnerung an diese Förderungsmaßnahme, rangierten eindeutig die Schwellenländer an der Spitze. Afrika, und damit eine Region mit besonders hilfsbedürftigen Ländern, sei dagegen eindeutig unterrepräsentiert bei dem in insgesamt 20 Ländern angebotenen Programm mit regionalen Schwerpunkten in Asien und Lateinamerika. Im vergangenen Jahr förderte die GTZ im Rahmen dieses Programms die Ausbildung heimischer Kräfte in 17 Unternehmen mit insgesamt 13,4 Millionen Mark; in diesem Jahr, so bedauert die GTZ, sind bisher erst fünf Anträge gestellt worden.

Insgesamt hat die GTZ im vergangenen Jahr gut 1,3 nach 1,4 Milliarden Mark neue Aufträge bekommen, davon unverändert 22 Prozent im Drittgeschäft, also auf fremde Rechnung, und 78 Prozent von der öffentlichen Hand.

SCHULDENKRISE / IWF untersucht mittelfristige Lösungsmöglichkeiten

Entwicklungsländer haben Chancen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Auslandsschulden der Entwicklungsländer ohne eigenes Erdöl haben sich nach einer Analyse des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 1973 bis 1983 auf 669 Milliarden Dollar mehr als verfünffacht, und sie werden 1984 weiter auf 711 Milliarden steigen. Die 25 größten Schuldnerländer, darunter auch vier Ölexporteure, drückt eine Schuldenlast von 607 Milliarden Dollar.

Unter welchen Bedingungen kann es den Entwicklungsländern 1985 bis 1990 gelingen, ihre Auslandsschulden wieder in ein erträgliches Verhältnis zur Exportkraft zu bringen, die Schuldendienstraten zu senken und eine nachhaltige Verbesserung ihrer Leistungsbilanzen sowie ein relativ befriedigendes Wachstum des Außenhandels sowie des Sozialprodukts zu erreichen? Diese Frage untersucht der IWF in seinem heute veröffentlichten „World Economic Outlook".

In einem optimistisch anmutenden „Grundszenario" nennt der IWF eine Reihe von Prämissen, die einen Ausweg aus der Schuldenkrise ermöglichen: Ein 3,25prozentiges Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten im Durchschnitt der Jahre 1985 bis 1990, ein 1988 bis 1990 um drei Prozentpunkte niedrigeres Zinsniveau als 1984, real stabiler Ölpreis, eine real gleichbleibende Kreditversorgung durch private Banken, stärker ausländische Direktinvestitionen und mit dem Import wachsende Handelsfinanzierungen, ferner weitere Anpassungsbemühungen der Entwicklungsländer und keine neuen protektionistischen Maßnahmen der Industrieländer.

Nach diesem Szenario wären folgende Entwicklungen möglich: Rückgang der Auslandsverschuldung von 150 Prozent der Exporterlöse im letzten Jahr auf 124 Prozent 1990, eine Verminderung der bis 1987 zunächst von 21,6 auf 24,4 Prozent steigenden Schuldendienstrate auf 21,3 Prozent im Jahre 1990 und ein reales Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 4,6 Prozent von 1985 bis 1990 nach nur zwei Prozent 1981/83.

Die Bemühungen vieler Entwicklungsländer, die Auslandsverschuldung wieder in den Griff zu bekommen und gleichzeitig ein angemessenes Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten, würden jedoch gefährdet, wenn es merkliche Abweichungen von den Annahmen in dem „Grundszenario" gebe.

Diese Warnung begründet der IWF mit den Ergebnissen anderer Szenarien, eines „pessimistischen", eines „Krisen-Szenarios" und eines „weak policies" Szenario (unzureichende Anpassungsbemühungen der Entwicklungsländer unterstellt), in denen alternative Entwicklungen durchgespielt werden.

NIGERIA

Sparhaushalt vorgelegt

WILHELM FURLER, London

Die nigerianische Militär-Regierung unter General Buhari hat kurz vor ihren wichtigen Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds über eine Kreditausweitung um bis zu 3,2 Mrd. Dollar einen drastischen Sparhaushalt eingebracht. Er folgt der von Lagos Ende April unerwartet eingeleiteten Währungsreform und sieht insbesondere erhebliche Kürzungen bei den Staatsausgaben vor. Investitionen der Regierungen sollen in diesem Jahr gegenüber dem vergangenen um immerhin 40 Prozent auf 13,9 Mrd. DM beschnitten werden, laufende Haushaltsausgaben um 17 Prozent auf 11,2 Mrd. DM. Um die internationale Kreditwürdigkeit des Landes zu verbessern, wurden von General Buhari etwa neun Mrd. DM zur Bedienung der Staatsschulden beiseitegestellt – doppelt so viel wie die alte Regierung.

Um die Verschuldungslage Nigerias weiter zu verbessern, werden vorerst alle neuen Ausgaben-Projekte gestoppt. Den Länder-Regierungen, die ausländischen Banken gegenwärtig rund elf Mrd. DM schulden, wird ab sofort der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten versperrt. Die Einfrierung der Löhne und Gehälter setzt sich fort. Die Zinsen werden um zwei auf gut zwölf Prozent angehoben. Steuerlichen Freibeträge der im Ausland arbeitenden Nigerianer werden von 50 auf 25 Prozent halbiert. Pflicht-Depositen für Einfuhren wurden abgeschafft, die Höchstsätze für Einfuhrzölle von 500 auf 200 Prozent gesenkt.

Das neue Budget für das Finanzjahr 1984 hat ein Volumen von 10,1 Mrd. Naira (36,8 Mrd. DM). Das ist geringfügig mehr als der Sparhaushalt (9,7 Mrd. Naira), den die letzte Zivilregierung zwei Tage vor ihrem Sturz eingebracht hatte. Die industrielle und landwirtschaftliche Erholung steht für Buhari absolut im Vordergrund.

VEREINIGUNG DEUTSCHER ELEKTRIZITÄTSWERKE / Die Stromwirtschaft wird 100 Jahre alt

Kernkraft ist ein heimischer Energieträger

HANS BAUMANN, Essen

Die elektrische Energie hat Geburtstag. Sie wird 100 Jahre alt. Unter diesem Datum steht der Jahresbericht 1983 der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Frankfurt. Die nüchternen verbalen Aussagen und das umfangreiche Zahlenwerk sind aufgelockert von darstellender Kunst aus jener Zeit, als Strom nicht zum Alltag gehörte, als die Arbeit noch Fron war, ehe die leitungsgebundene Kraft ins Haus kam und das Leben humaner machte. Ob Picasso, Menzel, van Gogh oder Degas, ihre Impressionen von Menschen, die unter der Mühe des Alltags stöhnen, sagen beredter als jedes Wort, welch reiche Gabe die Elektrizität für den Menschen war und ist. Damit einen „Geschäftsbericht" zu garnieren zeugt von Mut und Intelligenz.

„Die rund 100jährige Geschichte der öffentlichen Stromversorgung ist ein gerader Weg in die Emanzipation: Strom befreit die Menschen von den Mühen schwerer körperlicher Arbeit. Ohne Strom wäre der Fortschritt nicht denkbar, der seit der Jahrhundertwende die Arbeitszeit etwa um ein Drittel verkürzte und die Lebenserwartung verdoppelte", schreibt Peter von Siemens, Ehrenpräsident der Weltenergiekonferenz und Mitglied des Ehrenpräsidiums der Siemens AG im Jahresbericht der VDEW.

Der Anteil des Stroms am Endenergieverbrauch ist langfristig und weltweit bisher schon überproportional gestiegen. In der Bundesrepublik sank der Primärenergieverbrauch in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt um 0,5 Prozent jährlich, während der Stromverbrauch um 2,2 Prozent jährlich stieg. In den Entwicklungsländern lag der Zuwachs beim Strom sogar im Durchschnitt bei 9 Prozent pro Jahr. Das ist doppelt soviel wie das Wirtschaftswachstum.

Von Siemens verweist darauf, daß in den Entwicklungsländern 75 Prozent der Weltbevölkerung leben, auf sie entfielen aber nur 14 Prozent des Welt-Energieverbrauchs. Mangel herrsche in diesen Ländern an Kapital und Know-how, um die eigenen Energiereserven zu mobilisieren.

Der Jahresbericht hebt hervor, daß die Optimierung des Kraftwerksparks in Westdeutschland zu einer Primärenergiebilanz der öffentlichen Stromversorgung geführt habe, die energiepolitisch vorbildlich sei. An erster Stelle unter den Einsatzenergien für die Stromerzeugung stehe die Steinkohle mit gut 30 Prozent. Mit knapp 30 Prozent folge die Braunkohle. Wichtig für die Stromversorgung sei der Anteil der Kernenergie mit rund 20 Prozent, gefolgt von Wasserkraft mit 6 Prozent und Müll mit 1 Prozent. Öl habe nur noch einen Anteil von 3 Prozent an der Stromerzeugung, Gas werde mit rund 10 Prozent unter den Kesseln bleiben.

Damit basiert die deutsche Stromerzeugung zu 87 Prozent auf heimischen oder quasi heimischen Energieträgern. Die Kernenergie müsse wegen ihrer hohen Verfügbarkeit als heimische Energie gewertet werden. Zur Zeit verfügt die Bundesrepublik über rund 10 000 Tonnen Uran. Das ist ein Brennstoffvorrat, der den Betrieb sämtlicher Kernkraftwerke für mehr als fünf Jahre sichert. Die Möglichkeit der Wiederverwendung aufgearbeiteter Brennstoffe ist dabei noch nicht berücksichtigt worden.

Der Jahresbericht beschäftigt sich auch mit der Umweltproblematik und mit den Kosten, die damit auf die Elektrizitätswirtschaft und auf die Volkswirtschaft zukommen. Allein die Großfeuerungsanlagen-Verordnung wird die Volkswirtschaft mit mehreren Millionen Mark jährlich belasten.

DINERS CLUB / Zusammenarbeit mit KKB?

Aggressiveres Marketing

INGE ADHAM, Frankfurt

Diners Club will die führende Kreditkarte „für alle Verbraucher sein, die in Deutschland und im Ausland besonderen Wert auf individuelle Dienstleistungen legen", formuliert Paul Walsh, seit der Übernahme durch die Citicorp Geschäftsführer der Diners Club Deutschland GmbH, die Ziele der künftigen Geschäftspolitik. Vor allem sollen zusätzliche Service-Leistungen ausgeweitet werden und der ältesten deutschen Kartenorganisation gepaart mit „aggressiverem Marketing" einen größeren Anteil am auf rund 3 Millionen Kartenkunden geschätzten deutschen Marktpotential bringen.

Im vergangenen Jahr gewann Diners rund 20 000 neue Kunden dazu; die 210 000 Karteninhaber sorgten für einen um rund 9 Prozent auf gut 900 Mill. DM gestiegenen Umsatz mit dem „Plastikgeld", das nach wie vor überwiegend auf Reisen eingesetzt wird. Die Zahl der Vertragsunternehmen wuchs um gut ein Fünftel auf jetzt rund 30 000. Etwa 42 Prozent des deutschen Kartenumsatzes wird mit Fachgeschäften getätigt, 30 Prozent entfallen auf Hotels, 15 Prozent auf Fluggesellschaften und 13 Prozent auf Restaurants. „Unverändert niedrig" blieb mit 0,5 Prozent die Ausfallquote durch Kartenmißbrauch, auch mit der Fluktuationsrate von 5 Prozent schneide Diners im Branchenvergleich ausgesprochen gut ab.

In den USA hat Diners nach der Übernahme durch Citicorp zum Aufholen angesetzt, ein Vertrag mit der US-Regierung, der 300 000 beamtete Karteninhaber bringt, sei ein erster Schritt dazu, heißt es. Fragen nach einer möglichen Zusammenarbeit mit KKB, der Kosumentenkreditbank, die ebenfalls Citicorp gehört und der Citibank wehrte Walsh als noch verfrüht ab.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Keine Girmes-Dividende

Düsseldorf (J. G.) – Die Girmes-Werke AG, Oedt, hat 1983 zwar den Weltumsatz um 8,8 Prozent auf 546 Mill. DM gesteigert und ein positives Betriebsergebnis erzielt. Doch der Hauptversammlung am 27. Juni wird (ebenso wie erstmals für 1982) ein dividendenloser Abschluß mit dem Vorschlag vorgelegt, den Gewinn von „circa 4 Mill. DM" in die Rücklagen zu stellen.

Goldschmidt kauft Hansa

Essen (Bm.) – Die Hansa Textilchemie GmbH und den Chemie-Bereich der Hansawerke Luerman, Schütte GmbH & Co. KG, beide Bremen, sind von der Goldschmidt-Gruppe übernommen worden. Beide Firmen beschäftigen 65 Mitarbeiter und setzen rund 20 Mill. DM um. Jürgen Naujoks und Hans Rott wurden zu Geschäftsführern der Hansa Textilchemie GmbH bestellt.

Rheintuch arbeitet

Düsseldorf (Py.) – Nach monatelangen – oft unerfreulichen – Verhandlungen zwischen dem Konkursverwalter der Rheintuch AG, Mönchengladbach, und dem Geschäftsführer der Tuchfabrik Willy Schmitz, Friedhelm Schmitz, ist es jetzt zu einer einvernehmlichen Lösung gekommen: Schmitz, der seit Monaten in der Fabrik des einst namhaften und großen Tuchherstellers des gehobenen Genres (450 Mitarbeiter) produziert, hat mit einem Konsortium den gesamten Maschinenpark für 10 Mill. DM übernommen. Die gute Auftragslage bei Rheintuch sichert für die nächsten Monate Produktion und Arbeitsplätze. Das frühere hohe Umsatzvolumen wird nicht wieder angestrebt. Im 2. Halbjahr 1984 wird ein Teil der Arbeitskräfte, von Produktion und Maschinenpark in das Schmitz-Stammwerk (Kammgarn, Weberei, Färberei und Ausrüstung) verlagert.

Neues Werk

Braunschweig (AP) – Der japanische Elektrokonzern Toshiba hat jetzt in Braunschweig eine Filiale mit rund 100 Arbeitsplätzen in Betrieb genommen. Das Werk für Halbleiter, Computerteile und Mikrocompouter wurde mit einem Kostenaufwand von 32 Mill. DM fertiggestellt. Bis 1987/88 ist der Vollausbau des Betriebes mit dann über 300 Arbeitsplätzen vorgesehen.

Hoffmann's Stärke nicht zufrieden

hdt. Bad Salzuflen

Nicht befriedigend verlief die Geschäftsentwicklung 1983 bei der Hoffmann's Stärkefabriken AG, Bad Salzuflen. Die Umsatzerlöse bei der Muttergesellschaft gingen um 7,6 Prozent auf 89,1 (96,4) Mill. DM zurück, unter Einschluß der deutschen Töchter reduzierte sich der Konzernumsatz um 6,5 Prozent auf 108,8 (116,4) Mill. DM. Dabei konnte im Markenartikelgeschäft noch eine geringe Zuwachsrate von knapp 1 Prozent erzielt werden, die allerdings ebenfalls als unbefriedigend bezeichnet wird. Einbrüche gab es hier vor allem bei den älteren Produkten, während neue Artikel wie Aerosole, Haushaltstücher und Luftverbesserer erfreuliche Ergebnisse erzielten.

Entscheidend für die Geschäftsentwicklung erwies sich jedoch die Mitte 1983 erfolgte Einstellung der Produktion von Industriestärke auf Maisbasis. Dieser traditionelle Artikel konnte im Wettbewerb mit der preisgünstigeren Weizenstärke nicht mehr mithalten. Auch der Absatz der Maisstärke-Nebenprodukte geriet zunehmend unter Druck, da diese inzwischen ohne Einfuhrbelastung importiert werden können, während der Rohstoff Mais selbst mit einer hohen Abschöpfung belegt ist.

Die bisherige Entwicklung 1984 verlief im verbliebenen Markengeschäft nach Plan. Um dieses weiter auszubauen, wurde der Entwicklungsbereich verstärkt, ebenso aber auch der Erfahrungsaustausch mit der Airwick AG, Basel, Tochtergesellschaft der Ciba-Geigy AG, dem Mehrheitsaktionär von Hoffmann's.

Der Rückzug aus dem Industriegeschäft hatte 1983 nicht nur eine Reduzierung der Mitarbeiterzahl auf 501 (581) zur Folge, er führte auch zu einem Bilanzverlust von 1,27 (im Vorjahr Gewinn von 0,93) Mill. DM. Eine Dividendenzahlung auf das mit 11,6 Mill. DM unveränderte Stammkapital ist somit nicht möglich, sie hatte im Vorjahr noch 8 Prozent betragen.

THIMM / Wellpappenmarkt in einer schwierigen Phase

Ertrag ist unbefriedigend

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Auch die Thimm Verpackungswerke KG, Northeim, deren Umsatzrendite im Branchenvergleich immer günstig ausgesehen hatte, blieb 1983 von der schwierigen Situation des Wellpappenmarktes nicht verschont und mußte die ursprünglichen Ertragsprognosen revidieren. Klaus Thimm, geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens, spricht zwar von einem noch positiven Betriebsergebnis; gemessen am „Erwartungshorizont" sei das Ergebnis aber „absolut indiskutabel".

Wesentliche Ursache dafür waren die „explodierenden Rohstoffpreise", vor allem für Kraftliner, die weder im notwendigen Umfang noch schnell genug, an die Kunden weitergegeben werden konnten. Hinzu kamen belastende interne Maßnahmen, so daß die Bilanz nur ausgeglichen abgeschlossen werden konnte. Mit diesem Ergebnis, so Thimm, wären die meisten Unternehmen der Branche allerdings noch sehr zufrieden gewesen.

Nachdem im ersten Quartal die Preise bereits um 5 Prozent angehoben wurden, sollen bis zum Herbst zusätzliche Erhöhungen um insgesamt 10 Prozent durchgesetzt werden. Dies und eine weitere Steigerung der Produktion um gut 5 Prozent bei gleichzeitiger Verschiebung hin zum höherwertigen ThimmColor-Druckverfahren (Umsatzanteil 30 Prozent) werde im laufenden Jahr eine deutliche Verbesserung der Ertragsentwicklung bringen. Im Berichtsjahr erhöhte sich der Thimm-Umsatz um 7,4 Prozent auf 131 (122) Mill. DM. Stärker nahm die Produktion zu, nämlich um 7,9 Prozent auf 191 (177) Mill. qm.

Dem Ziel, den Anteil des Thimm-Color-Verfahrens (Mehrfarbendruck) gegenüber der konventionellen „braunen Ware" zu steigern, dient die Inbetriebnahme einer neuen Druckmaschine im Stammwerk, die 1986 ihre volle Kapazität (100 Mill. qm) erreichen soll. Einschließlich des Werks in Alzey wird Thimm dann über eine Jahreskapazität von 150 Mill. qm verfügen. Mittelfristig strebt Thimm für den Mehrfarbendruck einen Umsatzanteil von 50 Prozent an. Stärker Fuß fassen will das Unternehmen im benachbarten Ausland (Exportanteil 10 Prozent) durch die Gründung einer eigenen Vertriebsgesellschaft für den Benelux-Markt.

Für 1984 plant Thimm Investitionen von rund 4 (6,8) Mill. DM. Obwohl die Bilanzsumme kräftig auf 74 (64) Mill. DM stieg, verschlechterte sich die Eigenkapitalrelation geringfügig.

KIENBAUM / „Intelligentes Überwintern" in Brasilien

Große Chancen in USA

JAN BRECH, Hamburg

Es gibt nach wie vor große und interessante Freiräume auf den internationalen Märkten, die von deutschen Unternehmen stärker genutzt werden sollten. Diese Meinung hat der Vorsitzende der Geschäftsführung der Kienbaum Unternehmensgruppe, Gerhard Kienbaum, in Hamburg vertreten. An vielen Stellen fehle es noch immer an dem nötigen Mut, sich veränderten Bedingungen auf den Weltmärkten anzupassen.

Auf Grün stünden vor allem die Marktchancen in den USA, wo der Wirtschaftsaufschwung mit einem realen Wachstum von 8,3 Prozent im ersten Quartal 1984 die Experten erneut überrascht hat. Trotz protektionistischer Anklänge blieben die USA ein im wesentlichen offener und wachsender Markt. Bei der Dominanz des deutschen Exportgeschäfts übersehen nach Meinung von Joachim R. Bechtle, Geschäftsführer der Kienbaum International Inc., San Francisco, viele Firmen die Chancen, die die USA als Beschaffungsmarkt, vor allem im High-Technology-Bereich, bieten.

Im Gegensatz zu früheren Jahren suchten US-Firmen zur Marktbearbeitung im Ausland die Zusammenarbeit mit örtlichen Partnern. Für viele deutsche mittelständische Betriebe des traditionellen Maschinen- und Werkzeugbaus liege hier unausgeschöpftes Potential, sich in Jointventures mit einer amerikanischen Innovationsfirma ein zweites Bein aufzubauen.

Ganz anders bewertet Kienbaum die Situation in Brasilien. Bei einer Inflation von rund 230 Prozent und Zinssätzen von mehr als 30 Prozent sei das Finanzmanagement zur tragenden Säule des Krisenmanagements geworden. Viele Muttergesellschaften wählten zur Zeit den Weg des Rückzugs aus dem inflationsverhängten Dschungel, erklärt Ingo Plöges, Geschäftsführer der Kienbaum Consultores, São Paulo, wobei das „intelligente Überwintern" die bessere Lösung wäre. Auf dem riesigen brasilianischen Markt sei ein „Comeback" in besseren Zeiten außerordentlich schwierig.

Zur Entwicklung der Kienbaum-Gruppe heißt es in Hamburg, daß inzwischen 50 Prozent des Gesamtumsatzes von 60 Mill. DM aus Aktivitäten im Ausland stammten. Der Ausbau der Gruppe werde intensiv über Kooperationen mit einheimischen Partnern betrieben.

NAMEN

Rudolf Renner, Vorstandsmitglied der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, feiert am 11. Mai seinen 60. Geburtstag.

Heinz Seifert, bis 1974 in der Geschäftsführung der Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH tätig, begeht am 7. Mai seinen 75. Geburtstag.

Otto Braun, bis 1974 Vorstandssprecher und seitdem Mitglied des Aufsichtsrates der B. Braun Melsungen AG, vollendet heute sein 80. Lebensjahr.

Hans Kerschbaum, ehemaliges Vorstandsmitglied der Siemens AG, München, ist am 1. Mai im Alter von 81 Jahren gestorben.

VMF-STORK / Für das laufende Jahr soll wieder Dividende ausgeschüttet werden

Umstrukturierung ist abgeschlossen

HARALD POSNY, Amsterdam

„Wir müssen schnell wieder für die Anleger attraktiv werden", sagen F. O. J. Sickinghe, Vorstandsvorsitzender der Vereinigde maschinefabrieken Stork N. V., Amsterdam, und sein Stellvertreter A. Meijer. Und sie meinen die Wiederaufnahme der seit 1973 (14 Prozent je 100 hfl-Aktie) eingestellten Dividendenzahlung auf 120 (96) Mill. hfl. Grundkapital, wenn die HV am 25. Mai der Umwandlung eines (teuer) zu verzinsenden Darlehens in Aktienkapital zustimmt. Die übergroße Mehrheit des Grundkapitals liegt in Streubesitz, 20 Prozent davon in der Bundesrepublik.

Daß eine Dividendenzahlung bereits für 1984 möglich ist, dessen ist sich der VmF-Vorstand („Der Gewinn wird steigen") ziemlich sicher, wenn er sich auch auf eine Höhe noch nicht festlegen möchte. Ob Ausschüttung in der Nähe der früheren Beträge oder erst eine Einstiegs-Ausschüttung, das ist die Frage. Langfristig sei etwa eine Rendite von 20 bis 25 Prozent auf Grundkapital und Rücklagen (250 Mill. hfl) nötig, und das bedeutet 50 bis 60 Mill. hfl.

Fernab von solchen Zahlenspielen denkt der Vorstand „mehr über Innovationen nach und geht mit mehr Enthusiasmus an künftige Aufgaben als daß er das für ein Überleben notwendige Geld im Auge hat". Immerhin: Nach verlustreichen Jahren hat der größte Maschinenbaukonzern der Niederlande eine schmerzliche Umstrukturierung hinter sich gebracht. Von schweren Investitionsgütern und Maschinen – im Gefolge von Lohnexplosion und Energiekrise – ging die Kursänderung in Richtung auf den Markt leichter Investitionsgüter, industrieller Dienstleistungen und kompletter Prozeß-Systeme, häufig einschließlich der dazugehörigen Verbrauchsgüter.

Damit hat sich nach den Worten Meijers auch das Risikoprofil des Konzerns mit insgesamt 12 000 (13 500) Beschäftigten, davon 4300 (4800) außerhalb der Niederlande, positiv verändert. Der Umsatz wird auf (auch geographisch) verschiedenen Märkte erzielt, auf denen VmF wie im Bereich Textildruckmaschinen und Hühnerschlachtanlagen, aber auch Fleischverarbeitungsmaschinen Welt-marktanteile zwischen 50 und 60 Prozent besitzt. Der Umsatz verteilt sich außerdem zunehmend auf kleinere Auftraggeber. 90 Prozent des Umsatzes wird mit Aufträgen unter 5 Mill. hfl gemacht. Die Gesamtleistung stieg 1983 um 7,5 Prozent auf 1,86 Mrd. hfl, die Wertschöpfung stieg auf 1,10 (1,04) Mrd. hfl.

Der Auftragseingang – 71 Prozent davon aus dem Ausland – ging um 220 Mill. auf 1,82 Mrd. hfl zurück, der Auftragsbestand stieg (ohne die ausgeschiedene Bronswerk Kassel und Apparatebau) auf 1,25 (1,12) Mrd. hfl. Größte Unternehmensbereiche nach Auftragseingang sind die Montage (472 Mill. hfl) vor Nahrungsmittelmaschinen (396) und Industrieanlagen/Service (348 Mill. hfl). 1983 wurden 30 (33) Mill. hfl investiert, 1984 sollen es 60 Mill. hfl. werden.

Das konsolidierte Netto-Konzern-Ergebnis weist für 1983 wieder einen Gewinn von 9,9 (7,1) Mill. hfl (4,7 nach 3,6 Prozent des Eigenkapitals) aus. Darin sind 20 Mill. hfl Verlust (Bronswerk) enthalten. 1984 soll mit verbesserter Gewinnmarge aus Neuaufträgen der Gewinn höher ausfallen.

WIRTSCHAFT

BAUWIRTSCHAFT

Bald Einbruch im Südwesten?

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Eine Wende am Baumarkt hat nicht stattgefunden und sie wird auch auf absehbare Zeit nicht eintreten. So befürchtet die Landesvereinigung Bauwirtschaft in Baden-Württemberg beispielsweise für den Wohnungsbau, der derzeit noch vom Auftragsbestand des Jahres 1983 lebt, ab Jahresmitte einen drastischen Einbruch. Dieser Lokomotive drohe der Dampf auszugehen, denn Anschlußaufträge, die das durch das auslaufende Bauherrenmodell drohende Loch füllen könnten, seien nicht in Sicht.

Noch schlechter sieht es mit der Auftragslage und der Auslastung der anderen Sparten des Bauhauptgewerbes aus. In allen Bereichen sei das Preisgefüge nach wie vor ruinös und liege unter den Herstellkosten. Im Hinblick auf den öffentlichen Bau fordert die Bauwirtschaft Politiker und Verwaltungen auf, „wenigstens sämtliche Haushaltsmittel umgehend freizugeben und auszuschreiben, um sicherzustellen, daß alle Mittel auch verbaut werden können".

Der Umsatz des baden-württembergischen Bauhauptgewerbes verringerte sich in 1983 um 0,8 Prozent auf 18,2 Mrd. DM. Dabei kam der Wohnungsbau auf eine Umsatzzunahme von 6,1 Prozent auf 7,5 Mrd. DM und baute seinen Umsatzanteil auf 41,5 (38,8) Prozent aus. Zweistellige Minusraten gab es im landwirtschaftlichen Bau sowie im öffentlichen und Verkehrs-Bau.

Da sich die Eigenkapitaldecke drastisch verkleinert hat, konnte es nicht ausbleiben, daß die Zahl der Insolvenzen der Baubranche 1983 auf 181 (164) Unternehmen zunahm. Ein weiterer Anstieg wird befürchtet, wenngleich Ende vergangenen Jahres die Auftragsbestände (bis auf den öffentlichen Bau) über den Zahlen von Ende 1982 lagen. Der Beschäftigtenstand blieb mit rund 195 000 Mitarbeitern in etwa stabil.

Personal Computer für Steuerberater

ss. Bonn

Während des „Deutschen Steuerberatungskongresses 1984", der vom 7. bis 9. Mai in Bonn stattfindet, stellte die Deutsche Olivetti GmbH, Frankfurt, ihren neuen Personal Computer M 24/DVS vor. Dieser Kleincomputer wird für das Verbundsystem der Datenverarbeitungs-Genossenschaft für Steuerberater (Datev) eingesetzt und stellt ein Anwendersystem für die speziell auf die Anforderungen von Steuerberatern zugeschnittenen Programme dar.

Das Datev-Verbundsystem wurde entwickelt, um den rund 23 000 angeschlossenen Steuerberatern und deren etwa 950 000 mittelständischen Mandantenbetrieben die Nutzung neuester Datenverarbeitungstechniken zu ermöglichen. Seit 1966 arbeitet sie mit der Olivetti GmbH zusammen. Sowohl die spezifischen Anwendungsprogramme als auch der Personal Computer selbst kamen zur Hannover-Messe neu auf den Markt. Insgesamt umfaßt die Personal Computer-Familie von Olivetti damit vier Geräte.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Friedhelm Hölter, Inh. d. Fa. Carl Schmidt Einzelhandelsunternehmen in Büroeinrichtung u. -maschinen, Buch- u. Schreibwarenhandel sowie Bürobedarfsabholmarkt; **Aschaffenburg:** RAKU Ges. mbH f. Industrie-Montage u. Schweißarbeiten, Klingenberg; **Beckum:** Domina-Kleidung GmbH, Sendenhorst; **Bremen:** Francis D'Souza, Kaufmann, Alleininh. d. Fa. Francis D'Souza; **Bruchsal:** Johann Hausmann Tonmöbelfabrik GmbH, Kraichtal; **Clausthal-Zellerfeld:** Alfons Hepke, Straßen- u. Tiefbauges. mbH, Braunlage; **Cloppenburg:** Helmut Kläne, Bauunternehmer, Emstek; **Dortmund:** Heinrich Rüping, Elektromeister; **Düsseldorf:** MAY Dörrenberg GmbH; **Fürth/Bay.:** Hans Linsenmeyer, Heßdorf; **Hagen:** Ulrich Barkemeyer, handelnd u. Fa. Briefmarken-Etage; **Hamburg:** Color-Team GmbH – Druckvorlagenherstellung; Nachl. d. Klaus Karl Gustav Willi Boje; **Hann. Münden:** Heinrich Koppe KG, Innenausbau u. Möbelhandel; Weinhandel Wiltrudis Froböse GmbH; **Hannover:** Nachl. d. Else Ebeling; **Husum:** Wulff-Verwaltungsges. mbH, Schobüll; KG in Fa. Hans Wulff Maschinenfabrik u. Apparatebau GmbH & Co. Schobüll; **Karlsruhe:** Sylvia-Bekleidung GmbH; **Kehl:** Hullert GmbH Bauunternehmung, Carhy Cudiac N.W./Canada; **Lüdenscheid:** Ferdinand Ihne geb. Jerkovic, Halver; **Neustadt/Wstr.:** August Graf KH; **Niebüll:** Peter Gonnsen, Landmaschinen-Kaufmann, Mitinh. d. landtechnischen Schmiedebetriebes „Christian Gonnsen", Inh. Gebr. Gonnsen, Emmelsbüll-Horsbüll; Ralf Gonnsen, Landmaschinenmechaniker, Mitinh. d. landtechnischen Schmiedebetriebes „Christian Gonnsen", Inh. Gebr. Gonnsen, Emmelsbüll-Horsbüll; **Papenburg:** Maschinenfabrik Lathen GmbH, Lathen; **Passau:** Wolfgang Schymura, Regensburg; **Plön:** Wolfgang Friedrich Wilhelm Ulrich, Schönweide/Post Grebin; **Rendsburg:** Autohaus-Hademarschen Lummer GmbH, Hanerau-Hademarschen; **Salzgitter:** Albert Heinrich Willi Scharringhausen, Burgdorf; **Siegburg:** Fa. Josef Kuth, Inh. Josef Kuth, Niederkassel-Rheidt.

Vergleich eröffnet: Hechingen: Karl-Heinz Braun, Schreinermeister u. Möbelkaufmann.

Vergleich beantragt: Esslingen: Transit-Oel-Chemie Dr. Wolfgang Müller, Inh. Dr. Wolfgang Müller, Plochingen; **Hannover:** Werner Baugesellschaft mbH & Co. KG; **Tettnang:** Siegfried Stark, Friedrichshafen.

SIEMENS / Erfolgreiche Geschäftsentwicklung hielt an

Umsatz- und Auftragsplus

DANKWARD SEITZ, München

Eine recht erfolgreiche Entwicklung verzeichnete die Siemens AG, Berlin/München, im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 9.). In den ersten sechs Monaten konnten weltweit Aufträge über 26.0 Mrd. DM hereingeholt werden, womit fast der „ungewöhnlich hohe" Vergleichswert des Vorjahres (26.2 Mrd. DM) wieder erreicht wurde, heißt es in einem Zwischenbericht des Elektrokonzerns. Kräftig gewachsen sei der Bestelleingang vor allem in den Bereichen Bauelemente und Datenverarbeitung. Aber auch die übrigen Sparten hätten die Konjunkturbelebung in wichtigen Märkten gespürt.

Daß die Inlandsbestellungen mit 13,5 (14,1) Mrd. DM um 4 Prozent niedriger ausfielen, ist darauf zurückzuführen, daß in den ersten Monaten 1982/63 zwei Kernkraftwerksaufträge zu einem außergewöhnlichen Anstieg geführt hatten. Bereinigt um diese beiden Aufträge ergibt sich eine Zunahme von 13 Prozent. Der Auftragseingang aus dem Ausland erhöhte sich um 4 Prozent auf 12,5 Mrd. DM, wobei insbesondere auf dem US-Markt ein deutliches Plus zu verzeichnen gewesen sei.

Zufrieden kann man bei Siemens auch mit dem Weltumsatz und dem Unternehmenserfolg sein: Der Gewinn nach Steuern wird mit 410 (348) Mill. DM deutlich höher ausgewiesen, was einer Umsatzrendite von 2,0 (1,9) Prozent entspricht. Der Umsatz stieg weltweit um 7 Prozent auf 20.1 Mrd. DM. Dabei war die Entwicklung im Inland mit plus 10 Prozent auf 9.1 Mrd. DM besser als im Ausland, wo ein Zuwchs von 5 Prozent auf 11,0 Mrd. DM verzeichnet werden konnte. Überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen erzielten den Angaben zufolge die Unternehmensbereiche Bauelemente, Datentechnik und Medizinische Technik.

Da der Auftragseingang erheblich über dem Umsatz lag, erhöhte sich der Auftragsbestand per Ende März 1984 gegenüber dem Vorjahresniveau um 10 Prozent auf rund 63 Mrd. DM. Im Zusammenhang mit zwei Kraftwerksaufträgen, von denen ein Teil noch im laufenden Geschäftsjahr abgerechnet wird, stiegen die Vorräte auf fast 21 (18,1) Mrd. DM.

PROGRESS-WERK OBERKIRCH / Dividende erhöht

Bestes Betriebsergebnis

MARTIN FINK, Oberkirch

Ein gutes Geschäft mit Stanz- und Ziehteilen für die Automobilindustrie und ein florierender Export von mobilen und stationären Feld- und Spezialküchen verhalfen im Geschäftsjahr 1983 der Progress-Werk Oberkirch AG (PWO) im badischen Oberkirch zum besten Betriebsergebnis der Unternehmensgeschichte. Einschließlich der Zulieferteile für eine Reihe von weiteren Industriebranchen und des Programms von Bauverkleidungen aus Metall, stieg der Gesamtumsatz um knapp 29 Prozent auf 103 (80,4) Mill. DM.

Am Ergebnis, das durch einen Gewinn je Aktie von 13,60 (10,63) DM und einen Brutto-Cash-flow von 8,3 (6) Mill. DM gekennzeichnet ist, läßt das frühere Familienunternehmen, das 1978 an die Börse ging, die Aktionäre mit einer Dividendenaufstokkung auf 8 (7) DM je 50-DM-Aktie teilhaben. Die Hauptversammlung am 27. Juni hat ferner über die Schaffung eines genehmigten Kapitals von 2 Mill. DM zu beschließen. Aus dem noch bestehenden genehmigten Kapital von 1 Mill. DM wird im Juli oder August 1984 das Grundkapital von Inhaberaktien im Verhältnis sieben zu eins erhöht. Der Emissionskurs wird in den nächsten Wochen festgelegt und dürfte, so Vorstandsmitglied Karlheinz Linnenkohl, zwischen 120 und 150 DM liegen.

Auch im ersten Quartal 1984 hielt die starke Expansion an: Umsatz und Auftragseingang stiegen um knapp 40 Prozent. Die Ertragslage ist weiterhin „zufriedenstellend". Der Auftragsbestand per Ende März von 66 Mill. DM sichert eine „sehr gute" Kapazitätsauslastung bis zum Jahresende, an dem man einen Umsatz von mindestens 110 Mill. DM erwartet. Die Belegschaft ist 1983 auf 814 (746) Personen gewachsen.

Mit Investitionen von 8,7 (4,7) Mill. DM (bei Abschreibungen von 3,9 nach 3,2 Mill. DM) hat PWO vor allem modernste Maschinen angeschafft. Im laufenden Geschäftsjahr wird für rund 6 Mill. DM investiert. Aus dem ausgewiesenen Jahresüberschuß von 1,62 (1,11) Mill. DM gingen 0,5 (0,2) Mill. DM in die Rücklagen.

AEG / Voraussichtlich kein vorzeitiger Abschluß des Vergleichs – Sanierungsphase noch längst nicht beendet

Erstmals wieder Jahresüberschuß erwirtschaftet

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Daß die AEG-Telefunken AG, Frankfurt, in ihrem Weltabschluß für 1983 endlich wieder einen, wenn auch bescheidenen, Jahresüberschuß von 37 Mill. DM ausweisen kann, stimmt ihren Vorstandsvorsitzenden Heinz Dürr keineswegs euphorisch: „Wir sind zwar 1983 im steinigen Tal der Sanierung vorangekommen und sehen jetzt das Licht am Ende der Schlucht. Aber bis wir dahin kommen, ist es noch ein weiter Weg."

Immerhin kann der AEG-Chef mit kaum verstecktem Stolz darauf hinweisen, daß die Elektro-Gruppe erstmals seit eineinhalb Jahrzehnten wieder ein positives Ergebnis wirklich erwirtschaftet hat – ausgewiesen wurden in dieser Zeit mehrere. Besonders deutlich wird der Erfolg in der Gegenüberstellung mit den Vorjahresverlusten: 932 Mill. DM gingen 1982 allein im laufenden Geschäft verloren. Sie entsprechen in etwa den 37 Mill. DM Gewinn im neuen Abschluß, weil 200 (1982: 943) Mill. DM Sanierungsaufwand in der Erfolgsrechnung 1983 direkt durch außerordentliche Erträge (150 Mill. DM aus der erzwungenen Abgabe der AEG-Telefunken Nachrichtentechnik, der Rest aus dem Verkauf der Küchentochter Alno und einiger Grundstücke) kompensiert wurden. Etwa 80 bis 100 Mill. DM Zinsersparnis aus dem Vergleich wurden ebenfalls direkt gegen den Strukturaufwand aufgerechnet, so daß der Jahresüberschuß einem Betriebsergebnis entspricht.

Damit hat sich das laufende Ergebnis binnen eines Jahres um fast eine Mrd. DM verbessert. Beiträge dazu kamen aus allen Geschäftsbereichen, mit Ausnahme natürlich der im Frühjahr 1983 abgestoßenen Telefunken Rundfunk und Fernseh GmbH. Der Hausgerätebereich und die Büromaschinentochter Olympia schlossen zwar noch mit Verlusten ab, konnten diese aber deutlich reduzieren. Seit dem Herbst arbeitet die „Weiße Ware" sogar wieder mit schwarzen Zahlen, die auch 1984 überleben sollen.

Das erste Quartal des neuen Jahres hat den Aufwärtstrend bestätigt. Zwar blieben Umsatz und Auftragseingang mit 2,46 (2,62) und 2,58 Mrd. DM unter den Vorjahreswerten. Doch fiel das Ergebnis „deutlich besser" aus als vor Jahresfrist, und so soll auch 1984 mit einem positiven Gesamtergebnis abgeschlossen werden.

Da das Großreinemachen in der Konzernstruktur weitgehend abgeschlossen oder wenigstens in der Kostenrechnung berücksichtigt ist, wird vorerst kein neuer Anpassungsaufwand anfallen. Entlastung zeichnet sich auch bei den Auslandstöchtern ab, die 1983 noch zweistellige Millionenverluste eingefahren haben. Um sie zu bereinigen, wurden dreistellige Millionenbeträge ins Ausland transferiert, die den Jahresüberschuß des Inlandskonzerns auf 14 Mill. DM schmälerten.

Insgesamt beurteilt Dürr das Ergebnis 1983 mit „besser als erwartet", zumal hinter der Verbesserung bei einem Weltumsatz von 11,5 (11,6) Mrd. DM keine Expansion steht. An einen vorzeitigen Abschluß des Vergleichs – der „fahrplanmäßig" am 18. September mit der Zahlung von 300 Mill. DM Finanzverbindlichkeiten ansteht – sei aber nicht zu denken: „In einem Konzern wie dem unseren kann so viel passieren." Hauptziel neben der Ertragsverbesserung sei es nach wie vor, die Verschuldung weiter abzubauen. Schon 1983 wurden die Netto-Finanzschulden um 700 Mill. DM auf 1,7 Mrd. DM reduziert. Auch dieses Ziel hemmt Expansionsgelüste, die in der Vergangenheit einiges zur Malaise des Konzerns beigetragen hatten: „Wir machen nur solche Umsätze, die wir auch finanzieren können", postuliert Dürr.

Auch die Aktionäre sollen wohl erst dann wieder „angezapft" werden, wenn die AEG ihnen etwas zu bieten hat: „Über Kapitalmaßnahmen wird man zu gegebener Zeit nachdenken", meint Dürr und deutet an, daß diese Zeit wohl weder 1984 noch im folgenden Jahr gekommen sein wird. Dennoch wird der Vorstand erpicht sein, recht bald wieder „befriedigende Gewinne" vorzuzeigen – schließlich gilt es, einen Verlustvortrag von runden drei Mrd. DM noch innerhalb der Fünfjahresfrist steuerlich zu nutzen.

Keine Pause gibt es bei den Investitionen. Nachdem schon 1983 mit 383 Mill. DM 19 Prozent mehr in Sachanlagen investiert wurden als im Vorjahr, soll das Volumen in diesem Jahr noch einmal um 13 Prozent auf rund 430 Mill. DM wachsen. Hauptziel ist immer noch die Produktivitätssteigerung, bei der der Konzern 1983 mit einer realen Wertschöpfung von 72 000 DM je Mitarbeiter ein Plus von sieben Prozent vorweisen konnte. Damit verbunden war freilich auch ein weiterer Belegschaftsabbau auf 76 600 (87 200) Mitarbeiter, zu dem allerdings auch das Ausscheiden von Telefunken (3800 Mitarbeiter) beigetragen hat. Nachdem Ende März ein weltweiter Personalstand von 75 100 Mitarbeitern erreicht war, ist nun laut Dürr kein „wesentlicher Abbau" mehr nötig.

Besserer Ertrag bei Ost-Handelsbank

dpa/VWD, Frankfurt

Die Ost-West Handelsbank AG, Frankfurt, konnte ihren Ertrag im Geschäftsjahr 1983 erneut verbessern. Im Jahresbericht wird der Überschuß mit 1,84 (1,83) Mill. DM ausgewiesen. Er wurde nahezu vollständig den Rücklagen zugeführt. Der Schwerpunkt des Geschäfts liegt in der Abwicklung und Finanzierung des Außenhandels zwischen der Bundesrepublik und den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Aufgrund anhaltender Probleme einiger Schuldnerländer sei das Betriebsergebnis der voll im Besitz sowjetischer Kreditinstitute und Außenhandelsorganisationen befindlichen Bank zum größten Teil für die Risikovorsorge verwendet worden. Die Bilanzsumme stieg auf 1,87 (1,84) Mrd. DM, das Kreditvolumen erhöhte sich auf 1,66 Mrd. DM.

BANKHAUS AUFHÄUSER / Mit einem blauen Auge aus der SMH-Pleite

Erwartungen wurden übertroffen

DANKWARD SEITZ, München

Obwohl das erste Quartal 1984 „noch sehr gut" verlief, geht Rudolf Bayer, einer der vier Geschäftsinhaber des Münchner Bankhauses H. Aufhäuser, nicht davon aus, daß das erreichte Ertragsniveau bis zum Jahresende gehalten werden kann. Schon in den letzten Wochen seien im Kreditgeschäft die Zinsmargen geringer geworden; und dieser sich abzeichnende Trend werde trotz aller Bemühungen in den anderen Geschäftsbereichen nicht voll ausgeglichen werden können. Gute Wachstumschancen sieht er dabei vor allem in der in- und ausländischen Immobilienvermittlung (insbesondere Nordamerika), im Leasinggeschäft, in der Vermögensverwaltung und der Numismatik.

Ähnlich vorsichtig hatte sich Bayer schon zu Beginn des Geschäftsjahres 1983 geäußert, von dem er jetzt sagen muß, daß es „nach dem schon guten Jahr 1982 alle Erwartungen übertroffen" hat. Traditionell veröffentlicht die Privatbank keine Ertragszahlen, doch deutete Bayer an, daß das Betriebsergebnis „noch einmal wesentlich höher" ausgefallen ist, und der Gewinn um etwa 10 Prozent verbessert werden konnte. Trotz einer auf 2,54 (2,6) Prozent ermäßigten Zinsmarge sei der Zinsüberschuß „deutlich" und der Provisionsüberschuß wegen eines nahezu verdoppelten Ertrags im Wertpapierhandel insgesamt „erneut um 16,3 Prozent" gestiegen.

Höchststände erreichte das Bankhaus sowohl bei der Bilanzsumme mit 1,15 Mrd. DM (plus 7,8 Prozent) und beim Geschäftsvolumen mit 1,4 Mrd. DM (plus 5,6 Prozent). Im Jahresdurchschnitt, so Bayer, seien es sogar 10,4 und 8,3 Prozent gewesen.

Die Steigerung der Bilanzsumme beruht vor allem auf der Zunahme der Kundensichteinlagen um 18 Prozent auf 258 Mill. DM. Insgesamt erhöhten sich die Kundeneinlagen um 5,2 Prozent auf 646 Mill. DM und von Banken um 4,3 Prozent auf 353 Mill. DM.

Nennenswerte Ausfälle im Kreditgeschäft, dessen Volumen um 6,2 Prozent auf 870,3 Mill. DM zunahm, darunter 385,3 Mill. DM (plus 0,9 Prozent) an Kunden, hatte die Bank nach Angaben von Bayer nicht zu verkraften. Mit einem „blauen Auge" (etwa 1 Mill. DM) sei man aus der SMH-Pleite herausgekommen. Für alle erkennbaren Risiken habe man wiederum „in erheblichem Umfang" Vorsorge treffen können. Rund 5 Prozent des Kreditvolumens entfallen auf Länderrisiken, wovon aber nur ein Viertel in der oberen Risikoskala anzusiedeln seien.

CENTRALE CREDIT

Vorrang für Risikovorsorge

HARALD POSNY, Düsseldorf

Bei der mit 32 Filialen und Zweigstellen bundesweit tätigen Bankhaus Centrale Credit AG (CC-Bank), Mönchengladbach, hat die Entwicklung der Kundenforderungen 1983 nicht ganz den Erwartungen entsprochen. Das ganz überwiegend auf das Ratenkreditgeschäft mit privaten Kunden ausgerichtete Institut steigerte die gesamten Kundeneinlagen nur um 1,5 Prozent auf 681 Mill. DM.

Das Ratenkreditgeschäft allein wuchs dem Volumen nach nur um 1,2 Prozent, während jedoch die Neuausleihungen gegenüber dem Vorjahr um 8,1 Prozent stiegen. Das war fast völlig auf die verstärkte Nachfrage im zweiten Halbjahr zurückzuführen. Die Bank betont in ihrem Geschäftsbericht dabei die erhöhten Anforderungen an die Bonität der gewährten Kredite. Die durchschnittliche Laufzeit des Neugeschäfts stieg auf 40 (38) Monate bei rund 7000 (6650) DM Kreditsumme.

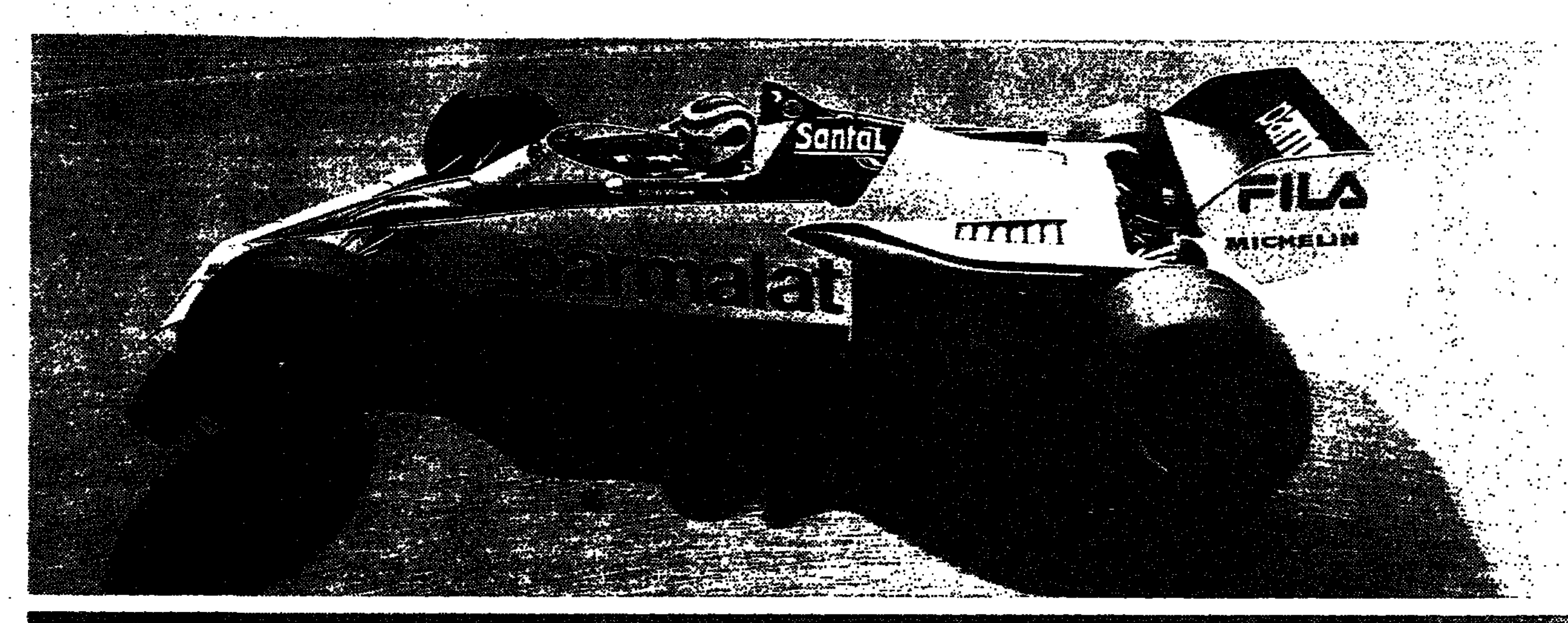
Bei gleichzeitiger Reduzierung der Bankeneinlagen von 252 auf 136 Mill. DM wurde das Passivgeschäft so ausgebaut, daß der Deckungsgrad der Debitoren durch die um 12 Prozent auf 637 Mill. DM gestiegenen Kundeneinlagen zum Jahresende nahezu 100 Prozent betrug. Bei den Kundeneinlagen wurde übers Jahr eine Umstrukturierung durch Verringerung kurzfristiger Termineinlagen und entsprechender Zuwächse im längerfristigen Anlagebereich (Sparbriefe und eigene Schuldverschreibungen) und bei den auf 162 (139) Mill. DM gestiegenen Spareinlagen erzielt. Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Banken schuf eine fristenkongruentere Refinanzierung, mit der das künftige Zinsänderungsrisiko gemindert werden soll.

Bei leicht verbesserter Zinsspanne erhöhte sich der Zinsüberschuß auf 64 (61) Mill. DM. Das Betriebsergebnis verbesserte sich auf 16,5 (12,8) Mill. DM. Gleichwohl wird die Alleinaktionärin, die Bank of America, für 1983 keine Dividende erhalten, nachdem sie für 1982 (erstmals seit 1979) 2 Mill. DM bekommen hatte. Das gesamte erwirtschaftete Ergebnis wird voll zur Aufstockung der Risikoreserven verwendet. Die Eigenmittel der Bank machen mit 40 (40) Mill. DM 4,5 Prozent der aufgrund des reduzierten Interbankgeschäfts verringerten Bilanzsumme von 881 Mill. DM aus.



Was macht ein dynamisches Unternehmen wie BMW, das es im Erste-Klasse-Sport bis zum Weltmeister gebracht hat?

Es steigert sich.





Neu: BMW M635CSi.

Die bestmögliche Synthese von technischer Unbescheidenheit und souveräner Zurückhaltung.

Wie erfolgreich BMW Technik im hochklassigen Motorsport ist, zeigt nicht zuletzt die jüngste Formel 1 Weltmeisterschaft.
Und daß BMW das lange Engagement im professionellen Sport bewußt nutzt, um innovative Ideen für die Serie zu fördern, zeigen eine Reihe von hervorragenden, extrem sportlichen BMW Automobilen – so zum Beispiel der BMW M1.
Der neue BMW M635CSi setzt diese Tradition fort und erweitert den Anspruch des M1 noch einmal: bei den Fahrleistungen vergleichbar, bei Fahrkultur und Raumkomfort weit überlegen.
Und besonders wichtig:
Die außerordentliche Dynamik verbindet sich mit einem in der Gruppe der Hochleistungs-Automobile neuen ästhetischen Äußeren:

Der M635CSi ist das Stärkste, was BMW an Understatement zu bieten hat.
Noch nie war es weniger auffällig, so auffallend anspruchsvoll zu sein.
Der M635CSi unterscheidet sich durch diesen souveränen Stil klar von jenen Hochleistungs-Alternativen, die vielen hinsichtlich der Seriosität des Auftritts nicht genügen konnten.

BMW M635CSi: Fahrvergnügen in Vollendung.
Wesentliche Basis für das einzigartige Fahrerlebnis im M635CSi ist das Triebwerk.
Der BMW 24-Ventiler galt bereits im M1 als hervorragendes Beispiel für äußerst verfeinerten Hochleistungs-Motorenbau.
Für den M635CSi wurde er noch einmal optimiert, in der Leistung gesteigert und durch eine innovative, komplette elektronische und damit auch umweltfreundliche Triebwerkssteuerung ergänzt.
Der M635CSi offeriert ambitionierten Könnern am Steuer sportliches Fahren in Dimensionen, die nur eine kleine Elite des internationalen Angebots sportlicher Automobile überhaupt erreicht.

Die technischen Daten in Kürze:
Hubraum 3453 cm³, 210 DIN kW (286 PS) bei 6500/min. Drehmoment 340 Nm bei 4500/min, Verdichtung 10,5:1, v_{max}: 255 km/h, Beschleunigung von 0 auf 100 km/h in 6,4 s, Verbrauch nach DIN 70 030:
bei 90 km/h 8,2 l, bei 120 km/h 10,2 l, im Stadtverkehr 16,5 l Super/100 km.

Hochleistung dieser Kategorie braucht beim Fahrwerk und bei der Kraftübertragung wie auch beim Bremssystem die Erfahrung aus dem Rennsport. BMW kann sie liefern.
Der BMW M635CSi ist selbstverständlich nicht einfach ein BMW Coupé mit einem neuen, leistungsfähigeren Motor – er ist ein auf einem viel höheren Leistungsniveau in jedem Detail neu abgestimmtes Hochleistungs-Automobil.
Das betrifft das deutlich stärkere 5-Gang-Sportgetriebe ebenso wie die spezielle Fahrwerksauslegung und die dem Leistungsvermögen entsprechend ausgelegte Bremsanlage inklusive des serienmäßigen Anti-Blockier-Systems.

Der BMW M635CSi hat die Kraft zum sportlichen Einsatz – aber auch die Kultur zum entspannten Reisen.
Er zeigt eindrucksvoll, daß ein Hochleistungs-Automobil keine Verzichtserklärung an Platz, Komfort, Alltagstauglichkeit und Service sein muß.
Im Gegensatz zu den Alternativen aus der Kategorie der Hochleistungs-Elite ist der M635CSi ein 2-plus-2-Sitzer, in dem auch einmal 2 Erwachsene auf der Rückbank mitreisen können. Er besitzt einen ausreichend großen Kofferraum und bietet ein kultiviertes Geräuschniveau.

Der neue BMW M635CSi – ein optimales Automobil für außergewöhnlich sportliche Individualisten, die zuviel erreicht haben, um noch Übertreibungen zu brauchen.
Probefahren wird empfohlen.

Die BMW Coupés.
Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.



TIEFKÜHLWIRTSCHAFT

Am Anfang stand der Karpfen-Versuch. Ein noch lebender Karpfen wurde in ein auf minus 20 Grad Celsius heruntergekühltes Solebad gelegt. Innerhalb weniger Minuten war der Fisch erstarrt. Anschließend wurde er in lauwarmes Süßwasser umgebettet. Nach kurzer Zeit schwamm er munter weiter. Für die Anhänger der Tiefkühlkost wurde damit – der Versuch stammt aus der Zeit um 1915 – der Vorteil des Tiefgefrierens demonstriert, nämlich die Erhaltung der Frische.

Und darauf kam es nicht nur damals an. Mit Fisch fing es in Dänemark an, weil nach Möglichkeiten gesucht wurde, die fangfrische Ware nicht nur im Hafen zu vermarkten, sondern auch in küstenfernen Städten. Wenn Fisch so konserviert werden kann, daß er nach längerer Zeit als „frisch" angesehen wird, dann gilt dieses wohl erst recht für Produkte, die nicht so empfindlich sind.

Mit dem Attribut Frische schlägt sich heute immer noch jeder herum, der mit Tiefkühlkost etwas zu tun hat. Die Wissenschaft wird bemüht nachzuweisen, daß der Nährstoffabbau bei „frischer" Ware erheblich weiter vorangeschritten sein kann als bei Tiefkost, wenn zwischen Ernte und Konsum genügend Zeit vergangen ist.

Vitamin C soll in bei minus 18 Grad Celsius tiefgefrorenen Brechbohnen nach neun Monaten noch zu 60 Prozent erhalten sein. Bei frischen Buschbohnen wird der Anteil nach zwei Tagen nur noch mit 60 Prozent angegeben. Wenn also tatsächlich gewährleistet ist, daß die Ware, die als Tiefkühlkost auf den Markt kommt, auch sofort nach der Ernte eingefroren wird, dann sticht der Vergleich. Doch gerade im Hinblick auf das Attribut Frische ist die Skepsis noch weit verbreitet.

Andere Eigenschaften sind dagegen unumstritten. Die Tiefkühlware ist saisonunabhängig, sie läßt sich leicht lagern. Die Vorbereitungszeit wird kürzer. Es gibt – außer der Verpackung – keinen Abfall mehr. Damit hat Tiefkühlkost ihre Chance. Und sie wurde auch genutzt. Kommt die Wirtschaft auf Touren, dürfte auch der Absatz von Tiefkühlkost wieder das alte Wachstumstempo erreichen. Vorteile zählen nämlich dann noch mehr.



Ein Kühltransporter. In solchen Fahrzeugen werden mit minus 18 Grad tiefgefrorene Lebensmittel befördert. FOTO: DIE WELT

KÄLTETECHNIK / Am Beispiel Supermarkt

Die Energiekosten stark nach unten gedrückt

Die Tiefkühlung (das „Einfrieren") von Lebensmitteln verlängert wesentlich deren Haltbarkeit bei nahezu unveränderter Qualität, aber nur, wenn eine geschlossene Tiefkühlkette von der Herstellung bis zum Verbrauch garantiert ist. Am Beispiel eines Supermarktes und seinen Tiefkühleinrichtungen soll die Bedeutung der Kältetechnik dargestellt werden.

Tiefkühlprodukte entstehen dadurch, daß frische Lebensmittel schockartig oder – je nach Warenart – auch allmählich Umgebungstemperaturen von bis zu minus 45° C für eine bestimmte Zeit ausgesetzt werden. Über Tiefkühllagerräume und Tiefkühlfahrzeuge gelangen die Erzeugnisse sodann in Einzelhandelsmärkte und über diese in die Hand des Verbrauchers.

Um das Tiefkühlgeschäft betreiben zu können, benötigt der Supermarkt Tiefkühleinrichtungen, im wesentlichen Tiefkühlmöbel mit dazugehörigen Kälteanlagen. Ein Teil dieser Anlagen (Kältekompressor mit Verflüssiger) ist üblicherweise in einem separaten Raum aufgestellt. Durch diese Anlage zirkuliert ein Kältemittel, das im sogenannten „Verdampfer" dem Warenraum des Möbels Wärme entzieht und damit die Ware kühlt.

Dieses Kältesystem, in dem der Zustand des Kältemittels abwechselnd gasförmig bzw. flüssig ist, muß absolut dicht sein. Bereits geringe Kältemittelverluste führen zu Leistungsminderung, unzureichenden Temperaturen, höherem Energieaufwand. Größere Verluste können zur Minderung der Warenqualität und schließlich zum Ausfall der Anlage führen.

Der Betreiber hat dafür zu sorgen, daß das Möbel regelmäßig gepflegt und gesäubert wird, daß Waren nicht über angebrachte Markierungen hinausragen und daß Temperaturen regelmäßig überprüft werden. Heute werden vornehmlich folgende Tiefkühlmöbel eingesetzt:

- Tiefkühlinseln mit großen Auslageflächen, großem Nutzraum und Zugänglichkeit von allen Seiten.
- Frontverglaste Tiefkühlschränke, die eine attraktive und übersichtliche Warenpräsentation gewährleisten.
- Kombinationen aus Truhe und verglastem Schrank als Tiefkühlset, wobei im unteren Teil die gängigen Produkte, im oberen Schrankteil Tiefkühlspezialitäten wirkungsvoll angeboten werden können.
- Kleinere Tiefkühlinseln für spezielle Angebote, besonders Speiseeis, die häufig mit einer eingebauten Kältemaschine ausgerüstet sind.

Darüber hinaus muß häufig ein Tiefkühllagerraum oder eine Tiefkühlzelle aus vorgefertigten Elementen zur Verfügung stehen. Aneinandergereiht sind in der Bundesrepublik mehr als 340 km Tiefkühlmöbel aufgestellt. Die jährlich in Supermärkten installierten Tiefkühlmöbel mit getrennt aufgestellter Kältemaschine, ohne Berücksichtigung der Kühlmöbel im Temperaturbereich über 0° C, benötigen elektrische Energie von jährlich ca. 120 000 MWh, was bei einem Preis von 200 DM/MWh Energiekosten von ca. 24 Mill. DM ausmacht.

Betriebswirtschaftlich gesehen sind Produkte solcher Hersteller im Vorteil, die geringen Kältebedarf durch optimale Abstimmung der Einzelfaktoren wie z. B. Isolierung, Luftführung, Luftgeschwindigkeiten haben. Lieferanten müssen optimale Lösungen für den Discountmarkt mit nur einem Tiefkühlmöbel und einer Kältemaschine, aber auch für den großen Verbrauchermarkt mit großem Angebot an Tiefkühlkost, zahlreichen Tiefkühlmöbeln und im Verbund arbeitenden Kälteerzeugungsanlagen anbieten können.

Bezogen auf die bereits erwähnten Energiekosten von ca. 24 Mill. DM bedeutet eine Reduzierung des Energieverbrauchs von 20 Prozent Kosteneinsparungen von jährlich etwa 4,8 Mill. DM, die durch zusätzliche energiesparende Maßnahmen bei Tiefkühlmöbeln realisiert werden können.

Durch geeignete Abdeckungen, die automatisch arbeiten, und durch darauf abgestimmte Regelsysteme lassen sich etwa bei Tiefkühlinseln Energiekosteneinsparungen von 25 Prozent erreichen. Abtauvorgänge und die Beheizung der Scheiben sowie Rahmen von Tiefkühlmöbeln zur Verhinderung von Kondensatbildung werden nur dann eingeleitet, wenn die Temperatur und die relative Luftfeuchtigkeit im Supermarkt dies erforderlich machen. Investitionen dafür amortisieren sich aber schon unter zwei Jahren.

Beim Einkauf von Tiefkühlkost erwartet der Verbraucher einwandfreie Qualität. Die Kältetechnik liefert dazu den wohl wichtigsten Beitrag.

BERNDT KRIEWALD

TIEFKÜHLMARKT / Rezession besser überstanden als andere Lebensmittelbereiche

Kalte Ware wieder heiß verkauft

Von H.-J. MAHNKE

Für den, der ein Bonmot liebt: Tiefkühlkost ist ein heißer Markt. Zwar ging mit der wirtschaftlichen Talfahrt auch die Zeit der zweistelligen Zuwachsraten zu Ende. Aber selbst die Rezession haben die Hersteller tiefgefrorener Lebensmittel besser überstanden und gemeistert als die anderer Bereiche. Früher als bei anderen Produkten setzte hier im vergangenen Jahr bereits wieder der Umschwung ein.

Die Folge: Übers Jahr gerechnet kletterte der Absatz von Tiefkühlkost mengenmäßig um fünf Prozent. Im Jahr zuvor wurde „nur" ein Plus von 2,1 Prozent registriert. Dieses war ein Jahr, in dem – zum Vergleich – die deutsche Ernährungsindustrie preisbereinigt einen Umsatzrückgang von 0,4 Prozent und der Lebensmitteleinzelhandel sogar einen von 2,5 Prozent verkraften mußte.

Mit 621 032 Tonnen übertraf der Absatz von Tiefkühlkost, und das ohne Geflügel und Speiseeis, erstmals 1983 die 600 000-Marke. 1982 wurden 591 621 Tonnen abgesetzt. Dazu kamen im vergangenen Jahr noch einmal 373 000 Tonnen gefrorenes oder tiefgefrorenes Geflügel. Dieses Produkt hat allerdings seinen Höhepunkt seit Jahren überschritten. Der Absatz war von 25 000 Tonnen 1960 auf 458 000 Tonnen 1972 nach oben geschnellt, seitdem ging es mit „kaltem" Geflügel bergab.

Anders bei der Tiefkühlkost. Hier zeigt die Absatz-Kurve kontinuierlich nach oben. Angefangen hatte es mit geringen Mengen. 1960 wurden erst 22 100 Tonnen Tiefkühlkost verkauft. 1970 waren es schon mehr als 200 000 Tonnen. Die Schwelle von 300 000 Tonnen wurde 1975 deutlich überschritten. 1978 wurde der Sprung über die 400 000-Marke geschafft und nur zwei Jahre später der über 500 000 Tonnen.

Noch etwas: Erstmals wurden mit 10,1 Kilogramm im vergangenen Jahr mehr als 10 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung in der Bundesrepublik konsumiert; im Jahr zuvor waren es 9,6 Kilogramm. Wird auch Geflügel mitgezählt, dann brachten es die Deutschen vom Baby bis zum Greis sogar auf 16,2 Kilogramm Gefrorenes.

Trotzdem: Bei Tiefkühlkost rangiert die Bundesrepublik in Europa am unteren Ende der Verbrauchsskala. Eindeutig an der Spitze lagen 1982, nach Angaben des Deutschen Tiefkühlinstituts in Köln, die Schweden mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 20,2 Kilogramm, gefolgt von den Briten mit 17,4 und den Dänen mit 15,3 Kilogramm. Dahinter rangierten die Niederländer mit 13,5, die Norweger mit 11,1 und die Schweizer mit 10,6 Kilogramm pro Kopf. Die Franzosen konsumierten 1982 mit 9,9 Kilogramm im Durchschnitt erstmals mehr als die Deutschen mit ihren 9,6 Kilogramm. Dahinter lagen nur noch die Finnen mit 7,5 und die Italiener mit 3,4 Kilogramm, wobei jenseits der Alpen die Steigerungsraten in den letzten Jahren besonders hoch waren. Generell gilt für Europa: Der Absatz von Tiefkühlware steigt rascher als der der gesamten Ernährungswirtschaft.

Dieser Vergleich zeigt aber auch noch etwas anderes: Die Chancen für Tiefkühlkost auf dem deutschen Markt sind noch lange nicht ausgereizt, das Potential ist noch erheblich. Damit sind auch für die nächsten Jahre erhebliche Steigerungsraten programmiert.

Zu der für die Tiefkühlbranche erfreulichen Entwicklung trug im vergangenen Jahr vor allem der Verkauf im Lebensmitteleinzelhandel bei. Hier stieg der Absatz um 5,9 Prozent von 303 114 auf 321 009 Tonnen. Mit diesem Ergebnis lag Tiefkühlkost im vergangenen Jahr – nach einer etwas enttäuschenden Entwicklung, wie das Deutsche Tiefkühlinstitut meint, in 1982 mit einem Zuwachs von nur 0,9 Prozent – wieder bei den stärksten Wachstumsgruppen des Lebensmittelsortiments. Mit Tiefkühlkost wurde im Lebensmitteleinzelhandel ein Umsatz von 2,142 Milliarden Mark erreicht.

Gute Entwicklung in allen Bereichen

Für den Großverbraucherbereich wurde eine Mengensteigerung von vier Prozent errechnet. Dieses ist zwar weniger als im Lebensmitteleinzelhandel, aber dieser Bereich war mit einem Plus von 3,3 Prozent besser über das Rezessionsjahr 1982 gekommen. Dieser, von der Abnehmer- und Anwenderstruktur her stark unterschiedliche Markt, nahm 1983 insgesamt 300 022 (1982: 288 507) Tonnen aus. Der Umsatzwert wird mit 1,539 Milliarden Mark angegeben.

Damit wurde über die beiden Absatzkanäle Lebensmitteleinzelhandel und Großverbraucher ein Gesamtumsatz von 3,681 Milliarden Mark mit Tiefkühlkost erzielt.

Die vergleichsweise gute Entwicklung tiefgefrorener Lebensmittel zieht sich durch alle Bereiche des Lebensmitteleinzelhandels. Selbst der Sortimentsbereich Gemüse wächst wieder. Er legte 1983 insgesamt um 3,8 Prozent zu. Bei Gemüse-Teilgerichten wurde sogar ein Plus von 9,5 Prozent registriert. An tiefgekühlten Fischprodukten wurden nach Angaben des Tiefkühlinstituts 3,3 Prozent mehr verkauft. Hier lagen die Fischzubereitungen mit einer Absatzsteigerung von 6,2 Prozent gut im Trend.

Bei den tiefgekühlten Kartoffelprodukten legten Pommes frites um 4,5 Prozent und Kartoffelspezialitäten um 17 Prozent zu. Auch tiefgefrorene Backwaren von ganzen Torten bis zum Kleingebäck brachten es auf einen Zuwachs von acht Prozent. Ein noch besseres Ergebnis erzielte das Angebot der Fertig- und Teilgerichte (wobei jene auf Basis von Gemüse und Fisch nicht mitgezählt wurden) mit einem Mengenzuwachs von 10,8 Prozent. Dabei lagen Pizzen mit einem Plus von 13,5 Prozent und die Eintöpfe mit 18,6 Prozent eindeutig an der Spitze.

Bei alldem muß berücksichtigt werden, daß sich die Verbraucher sowohl im Standardbereich als auch im höherwertigen Convenience-Bereich äußerst preisbewußt verhalten. Daher ist der Unterschied zwischen Mengen- und Wertwachstum nach Angaben des Tiefkühlinstituts äußerst gering. Das mengenmäßige Wachstum wird vor allem im hochwertigen Bereich, aber auch bei neuen Produkten aus dem Markenartikelbereich erzielt. Dagegen hat im Standardbereich eine Umverteilung aus dem Markenartikelsektor zugunsten von Handelsmarken oder markenlosen Produkten stattgefunden.

Auch im Großverbraucherbereich wächst die Tiefkühlkost in einen Markt, der insgesamt nicht mehr zulegt. Auch hier müssen andere Angebote zurückgedrängt werden. Die Zunahme des Absatzes von Tiefkühlkost muß zudem vor dem Hintergrund gesehen werden, daß der Verzehr außer Haus in den letzten Jahren zurückgegangen ist.

Erfreulich war die Absatzentwicklung im vergangenen Jahr bei den kombinierten Gerichten (Fertigmenüs) mit plus 9,5 Prozent. Diese Produktgruppe findet vor allem bei der Betriebsverpflegung in kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch im Sozialbereich im System „Essen auf Rädern" zunehmend Zuspruch. Die Gastronomie greift verstärkt auf tiefgefrorene Rohprodukte im Kartoffelbereich, aber auch auf Menükomponenten als Fertig- und Teilgerichte und Backwaren zurück.

83 Prozent der Haushalte verwenden Tiefkühlkost

Im großen und ganzen haben diese Argumente für die Tiefkühlkost auch ihren Wert für die privaten Haushalte. Dieses wird auch so gesehen, wie eine Umfrage des Emnid-Instituts zeigt. Danach verwenden 83 Prozent aller Haushalte tiefgefrorene Lebensmittel. 61 Prozent werden als Intensiv-Verwender eingestuft. Sie kaufen mindestens einmal im Monat – bis hin zu häufiger als einmal die Woche – tiefgefrorene Lebensmittel. Besonders regelmäßig konsumiert die Altersgruppezwischen 30 und 49 Jahren Tiefkühlkost. Und: Je größer der Haushalt ist, desto häufiger wird zur Tiefkühlkost gegriffen.

Der Vorteil von Tiefkühlkost – Qualität bei guter Bevorratungsmöglichkeit – wird besonders von Verbrauchern in kleinen und mittleren Orten geschätzt, die nicht auf ein dichtes Netz von unterschiedlichen Einzelhandelsgeschäften zurückgreifen können. So gelten 70 Prozent der Verbraucher in Orten bis zu 5000 Einwohnern als Tiefkühlkost-Intensiv-Verwender. Dieser Anteil nimmt in Städten mit 500 000 Einwohnern und mehr auf knapp 50 Prozent ab.

Jedenfalls muß sich heute niemand mehr wundern, wenn ihm Wild im Mai oder Rosenkohl im August präsentiert wird. Die Vielfalt im Tiefkühlangebot ist erheblich. Sicher, es gibt außerhalb der Saison auch frisches Obst und Gemüse aus anderen Ecken der Welt. Billig ist dies nicht. Zwar kann Tiefkühlkost nicht mit dem Attribut der Frische werben. Aber dafür wird der „Schutz der Inhaltsstoffe" herausgestrichen. Und darauf kommt es letztlich an.

„Frigocard" soll schnellere Fracht möglich machen

Die Ereignisse an der Brennergrenze vor wenigen Monaten haben es mehr als deutlich gezeigt: Auch innerhalb der EG verstärken sich die Hindernisse für den Transitverkehr. Dies hat auch und vor allem fatale Folgen für den temperaturgeführten Straßentransport. Diese von den technologisch-hygienischen Bedingungen her aufwendigste Transportart bietet der Gesellschaft lebenswichtige Dienstleistungen, die von keinem anderen Träger ausreichend ersetzt werden können.

Aus diesem Grund hat die „Transfrigoroute International", die 1955 gegründete Vereinigung der Kühltransportunternehmer, in der 26 Länder vertreten sind, auf ihrem letzten Kongreß in Venedig Ende April dieses Jahres erneut darauf gedrungen, die Beförderung leicht verderblicher Güter zu beschleunigen – und zwar mit Hilfe eines besonderen Dokuments, der sogenannten „Frigocard". Auch die Internationale Straßentransport Union (IRU) unterstützt diesen Vorstoß der Transfrigoroute International.

Die Situation heute: Kühlgut muß für die Lebensmittelmärkte frisch und schnell ohne die geringste Unterbrechung der Kühlkette ankommen. An den Grenzen jedoch führen Veterinär- und Zollbehörden zeitraubende Sonderkontrollen durch, da die Veterinärdienstzeit auf wenige Stunden begrenzt ist. Zudem erfolgen die entsprechenden Kontrollen nur formell durch Abstempelung ohne Beschau gegen hohe Gebühren. Tankkontrollbescheinigungen für die regelmäßige Reinigung der Kühlfahrzeuge erfüllen ebenfalls nicht ihren Zweck.

Die Einführung einer „Frigocard" würde also einen bedeutenden Fortschritt im Kühltransportwesen bedeuten. Hans-Joachim Hoffmann, Geschäftsführer von Transfrigoroute Deutschland: „Mit Hilfe der Frigocard soll eine zügige Haus-Haus-Beförderung gesichert werden. Verderbliche Güter gehören vom Erzeuger zum Verbraucher nur auf die schnellsten und qualitativ besten Transportmittel." Zu ihnen gehört auch der geschulte Fahrer. Speziell für ihn wurde eine „Fahrerfibel" aufgelegt, als eine erste Hilfe in der oft komplizierten Abwicklung des Transports und der Überwindung bürokratischer Hürden.

R. ZEWELL

NOTIZEN

Spezialmarkt mit Zukunft

Eureka (Emsdetten), einer der führenden Einrichter von Tiefkühlmärkten in Europa sieht „gute Chancen" für weitere Spezialmärkte für Tiefkühlkost in der Bundesrepublik. Die Tima Tiefkühlmarkt GmbH (Frankfurt), die im Herbst vergangenen Jahres in Egelsbach ein Pilotprojekt dieser Art gestartet hatte, ist jetzt bereits mit einem zweiten Nur-Tiefkühl-Markt im Frankfurter Hessen-Center vertreten.

Kräftig mitmischen

Aus dem Erfolg der bisher in der Bundesrepublik tätigen Tiefkühl-Heimdienste mit einem geschätzten Umsatz von 800 Millionen Mark (für 1983) hat nun auch der Branchenriese im Tiefkühl-Bereich, die Unilever-Tochter Langnese-Iglo (Hamburg) die Konsequenz gezogen. Mit seiner neuen Tochterfirma „FF Frei-Haus Tiefkühl-Service GmbH & Co KG" will der Marktführer in Kooperation mit dem Einzelhandel bereits in diesem Halbjahr, zumindest regional, kräftig mitmischen.

KÜHLHÄUSER / Kein besonderer Gewinn durch Interventionsware

Dienstleistungen nehmen zu

Die 108 gewerblichen Kühlhäuser in der Bundesrepublik verfügen über eine Kapazität von 3,647 Millionen Kubikmetern Kaltlagerraum. Dieses waren immerhin 5,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor und rund doppelt so viel wie vor zehn Jahren.

Durchschnittlich waren die Kühlhäuser im vergangenen Jahr zu mehr als 80 Prozent belegt; 1968 waren es 68 Prozent. Der monatliche Lagerbestand kletterte 1983 im Schnitt von 414 111 auf 522 776 Tonnen, was immerhin eine Zunahme von 26 Prozent bedeutete. Zuwächse wurden dabei vor allem bei Butter und Fleisch registriert, während es bei den Vorprodukten Rückgänge gab.

Hier wird ein Problem dieser Branche sichtbar. Nicht nur in der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, die Kühlhausunternehmen profitierten besonders von der EG-Agrarpolitik, die in wichtigen Teilen zu unverkäuflichen Überschüssen geführt hat, die dann eingelagert werden müssen. „Die Kühlhauswirtschaft stellt ihre Dienstleistungen auch für die Lagerung von EWG-Interventionsbeständen zur Verfügung, sie drängt von sich aus aber nicht auf mehr Interventionstätigkeit", betont Andreas Saft, der Geschäftsführer des Fachverbands der Kühlhäuser und Eisfabriken in Bonn auf Anfrage.

Kühlhaus-Unternehmen, die zu stark auf die Agrar-Überschüsse bauen, setzen sich erheblichen Problemen aus. Im längerfristigen Durchschnitt haben die Mengen an Butter oder Fleisch, die eingelagert werden mußten, zwar kräftig zugenommen. Kurzfristig gab es aber auch Veränderungen nach unten, schwankte die Ernte oder konnte sich die EG aufgrund gestiegener Weltmarktpreise einen höheren Export leisten.

Ein Beispiel dafür ist Butter: In der Bundesrepublik wurden 1980 von staatlichen Stellen rund 100 000 Tonnen Butter aufgekauft. 1981 sackte diese Menge fast auf Null. Inzwischen sind es wieder 200 000 Tonnen im Jahr. Und sollte der neue Kurs in der EG-Milchpolitik mit der Beschränkung der Garantiemenge für die Milchanlieferung und die Preissenkungen bei Butter tatsächlich das erhoffte Ergebnis bringen, dann wird in der EG zwar immer noch mehr Butter erzeugt, als verbraucht wird. Aber die Mengen, die eingelagert werden müssen, könnten sinken. Daher bemüht sich der größte Teil der Kühlhäuser darum, nicht zu sehr von Interventionsware abhängig zu werden.

Immerhin sind die Märkte der gefrorenen und tiefgefrorenen Produkte in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegen. Damit hat auch die Bedeutung der Lagerhaltung zum Ausgleich saisonaler und struktureller Schwankungen zugenommen. Denn die Kühlhauswirtschaft ist nun einmal ein Bindeglied zwischen Produzenten, Importeuren, Händlern und Verbrauchern. Eine geregelte Versorgung mit schnellverderblichen Nahrungsmitteln wäre ohne eine leistungsfähige und flächendeckende Kühlhauswirtschaft nicht denkbar. Diese ist in der Bundesrepublik vorhanden.

Allerdings können sich die Kühlhäuser nicht auf die reine Lagertätigkeit beschränken, sondern sie müssen sich auf die Kundenwünsche einstellen. Dazu haben sie in den letzten Jahren eine Reihe spezieller Dienstleistungen entwickelt. So können Kunden, die die Verteilung der Ware in die eigene Hand genommen haben, gewisse Arbeiten in den Kühlhäusern durchführen. Ihnen werden geeignete Räume zur Verfügung gestellt. Sie können sich dabei auch des Personals der Kühlhäuser bedienen oder die Laderampen nutzen. Oder die Kühlhäuser übernehmen die Ware des Kunden zur Lagerung, führen die Auslieferungen aus, stellen die Kommissionen zusammen und sorgen für den Transport. Darüber hinaus übernehmen die gewerblichen Kühlhäuser als Serviceleistung die Zoll-Lagerung und Zollabfertigung.

Bei der Zusammensetzung des Lagerbestandes in den deutschen Kühlhäusern spielte Butter im vergangenen Jahr eine dominierende Rolle. Im Jahresdurchschnitt entfielen rund 30 Prozent der eingelagerten Mengen auf dieses Produkt, im Jahr zuvor waren es 14,1 Prozent. Die Produktgruppe Tiefkühlkost hatte im selben Zeitraum einen Anteil von 18,5 Prozent an der gesamten Menge, die in deutschen Kühlhäusern lagerte. Im Jahr zuvor waren es noch 23,7 Prozent. Die monatliche Lagermenge belief sich im Schnitt auf 95 768 Tonnen. Dieses bedeutete nach wie vor Platz zwei in der Lagerstatistik, obwohl es 1982 noch 97 635 Tonnen waren.

Die durchschnittliche Lagerhaltung ist damit in den vergangenen zehn Jahren um rund 50 Prozent gestiegen. Die Lagerhaltung ist eine wesentliche Voraussetzung für die kontinuierliche Versorgung der Haushalte und der Großverbraucher.

Auf Fleisch und Innereien entfielen im vergangenen Jahr 17,8 Prozent der eingelagerten Mengen gegenüber 16,7 Prozent 1982. Auch hier lag der Hauptgrund darin, daß der Verbrauch mit der Produktion nicht Schritt hielt. So erhöhte sich die Erzeugung von Rindfleisch um 1,3 Prozent, während der Verbrauch in der Bundesrepublik um 1,6 Prozent sank. Die Interventionskäufe nahmen in der Bundesrepublik erstmals seit 1979 wieder zu. Verglichen mit 1982 stiegen die angekauften Mengen um gut 30 Prozent auf 71 500 Tonnen. Die deutschen Bestände wurden zum Jahresende 1983 mit 47 100 (20 300) Tonnen angegeben. Auftrieb hielt im vergangenen Jahr auch die Lagerhaltung von Schweinefleisch.

Der Anteil von Geflügel und Wild lag 1983 bei 5,1 (1982: 6,4) Prozent. Die Lagerung im Monatsdurchschnitt nahm leicht auf 26 380 Tonnen ab. Dieses lag vor allem daran, daß die Erzeugung von Geflügel zurückgenommen wurde und auch der Import sank. Auf Eiskrem entfiel im Jahresdurchschnitt noch 6,1 (7,6) Prozent der Gesamtlagerung. Die Produktion von industriell hergestelltem Eiskrem ist leicht gesunken.

Eine erhebliche Bedeutung haben nach wie vor die Vorprodukte Obst und Gemüse sowie Fisch, die zum Teil für die Weiterverarbeitung bestimmt sind. Auch hier wurden wegen der schlechteren Ernte oder geringeren Anlandungen leichte Rückgänge in der Lagerhaltung registriert.

H.-J. MAHNKE

GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG / Zuwachsraten bei Kantinen und „Essen auf Rädern"

So schmackhaft wie vom eigenen Herd

Kantine – nein danke. Das ist die Meinung so mancher Zeitgenossen. Also gehen sie mittags lieber in ein Hamburger-Lokal oder stellen sich gar an der Frittenbude an. Doch Kantinenessen muß durchaus nicht so sein, daß man es meidet. Den Beweis dafür liefern seit Jahren einige tausend Betriebe, deren Kantinen den Mitarbeitern komplette und abwechslungsreiche Menüs von gleichbleibender Qualität aus der Tiefkühltruhe anbieten.

Tiefkühlkost in der Betriebsverpflegung ist nämlich auf längere Sicht gesehen für viele Betriebe kostengünstiger als andere Verpflegsformen, da sie variabel und daher für verschiedenste Betriebsgrößen und ihre Ansprüche geeignet ist:

- Kantinen und Mensen mit über 500 Essen pro Tag betreiben meist konventionelle Küchen mit eigener Zubereitung und lediglich gefrorenem Rohwarenangebot.
- Tiefkühl-Mischküchen greifen bei Fleisch-, Fisch-, Gemüsegerichten, Eintöpfen und Schonkostmenüs auf das Tiefkühlangebot zurück, während sie Reis, Nudeln, Kartoffeln und Salate selbst zubereiten.
- Tiefkühl-Aufbereitungsküchen sind die Lösung für mittlere bis kleinere Kantinen. Betriebswirtschaftliche Analysen (UG Unternehmensberatung für Großverpfleger und Gastgewerbe GmbH, Düsseldorf 1983) haben nämlich gezeigt, daß Betriebe mit bis zu 300 Mahlzeiten pro Tag (das entspricht einer Betriebsgröße von 800 bis 1000 Beschäftigten) eine konventionelle Küche kaum mehr rationell führen können. Personal- und Kapitalkosten wären zu hoch. Spezialisten auf diesem Feld der Tiefkühlverpflegung haben für diese Betriebsgrößen Programme entwickelt, die nicht nur dem sich wandelnden Geschmack bei der Normalkost Rechnung tragen, sondern auch Basisdiät und Diabeteskost anbieten.

Das Sortiment der einzelnen Anbieter umfaßt bis zu 300 verschiedene Menüs: Es gibt Snacks, Hausmannskost, Gerichte der „gutbürgerlichen" und der „feinen" Küche sowie exotische Kreationen. Aktionswochen mit saisonalen Schwerpunkten bereichern das Gesamtangebot. Als besonders attraktiv hat sich das sogenannte „A-la-carte-System" einiger Hersteller erwiesen. Das funktioniert so: Die Mitarbeiter eines Betriebes können täglich unter 20 verschiedenen Gerichten wählen, deren Aufstellung mit Menüwahl-Karte auf einem Brett aushängt. Mit einer dieser Karten, die sie abgeben, können sie gleichzeitig die Essenszeit bestimmen. Eine halbe Stunde vorher wird dann in der Küche das bestellte Gericht erwärmt („regeneriert") und ausgegeben oder serviert. Ein Auszug aus dem Tagesangebot eines führenden Herstellers läßt die Bandbreite in der Menüwahl erkennen: Boeuf Stroganoff, Putenbrust, Rinderroulade, Scholle, Eintopf, gefüllte Eierpfannkuchen, Bami Goreng, Milchreis. Eine konventionelle Kantinen-Küche wäre hier wohl überfordert.

Bei Planung, Anlagenbeschaffung, Organisation und Einführung eines solchen Systems stehen die Hersteller den Betrieben beratend und helfend zur Seite. Investitionsaufwand für den Betrieb: Tiefkühllager und ein oder mehrere Aufwärmgeräte. Die Amortisation der Kosten ist oft schon nach einem Jahr erreicht, denn der personelle Aufwand für dieses System ist denkbar gering. Man geht von drei Personen für die Ausgabe von 300 Essen aus.

Hinter diesem System, das sich einfach anhört, steckt die langjährige Erfahrung der Hersteller in der Verarbeitung der Rohstoffe zu Tiefkühl-Fertigmenüs. Die Frische der Rohware ist oberstes Gebot. Unmittelbar nach der Ernte oder Herstellung geht sie in die Verarbeitung, wo sie vorbereitet und nach einem komplizierten Verfahren (Convenience) je nach Konsistenz mehr oder weniger vorgegart wird.

Betriebsverpflegung in Kantinen ist nur ein Standbein der Gemeinschaftsverpflegung. Die anderen sind Krankenhaus, Heim, Schule, Kindertagesstätte, „Essen auf Rädern" und die Gastronomie. Eine kleine Schar von Spezialherstellern teilen sich den Markt für Tiefkühlgemeinschaftsverpflegung auf: „Hansa" in Hiltern am Teutoburger Wald, „Apetito" in Rheine, beide mit einem geschätzten Umsatz zwischen 80 und 90 Mill. Mark, Hofmann in Schweigern (Baden) mit etwa 70 Mill. Mark (für Geschäftsjahr 1. 5. bis 30. 4. 1984) und Bressler in Lasbek bei Hamburg mit einem Umsatz von etwa 20 Mill. Mark.



Kantine: Es muß nicht immer Eintopf sein

FOTO: DARCHINGER

Die Hersteller von Tiefkühl-Fertigmenüs sehen sich nicht nur der harten Konkurrenz der sogenannten „Warmanbieter" – vor allem in der Betriebsverpflegung –, sondern auch starken Veränderungen in der Struktur des Marktes gegenüber. Die Bedeutung der einzelnen Abnehmer-Zielgruppen verschiebt sich nämlich zunehmend. Starke Einbrüche mußten vor allem im Bereich der Kindertagesstätten hingenommen werden. Ausschlaggebend dafür ist der Rückgang der Geburtenziffern. Probleme gab es für die meisten Hersteller im Absatzsektor Krankenhaus und Heim. Hier nehmen die Anbieter vorerst eine „Warteposition" (Hansa) ein.

Bei der Betriebsverpflegung werden in diesem Jahr bereits wieder „zweistellige Zuwachsraten" (Apetito) erwartet. Es sei denn, der Gesetzgeber will doch noch den steuerfreien Zuschuß von 1,50 Mark zum Kantinenessen streichen. Am stärksten ausweiten dürfte sich der Bereich „Essen auf Rädern". Denn wer die Alterspyramide in der Bundesrepublik betrachtet, wird erkennen: Hier wächst das größte Potential für Anbieter von tiefgekühlten Fertigmenüs heran, ob sie nun von den karitativen Organisationen als Wochenzusammenstellung in Schalen oder Beuteln den Senioren mit eigener Kühlbox in die Wohnung gebracht oder täglich an sie verteilt werden.

Als ein Feld mit Zuwachsraten könnte sich auch die Gastronomie entwickeln. Die Vorteile für sie: Personalintensive Reinigungs- und Portionierungsvorgänge werden vom Hersteller als Vorleistung erbracht. Abfall- und Schwundprobleme treten so gut wie nicht auf. Die Einkaufspreise sind längerfristig kalkulierbar. Die Produkte können saisonunabhängig geliefert werden und sind zudem noch lagerfähig. Damit kann das Mengengeschäft flexibler disponiert werden.

RUDOLF ZEWELL

Aktien teilweise erholt

Banken und Elektrowerte profitierten von Meinungskäufen

DW. - Obwohl der Aktienmarkt am Dienstag überwiegend mit negativen Fakten fertig zu werden hatte, war die Tendenz stabil. Daran vermochte weder der weiter gestiegene Dollar, noch die schlechteren Konjunkturzahlen oder die leicht anziehenden Zinsen etwas zu ändern. Auf der am Vortag ermäßigten Basis gab es vorsichtige Meinungskäufe, die sich zeitweise auf den Banken- und Elektrobereich konzentrierten. Bei Siemens regte der erstaunlich positive Bericht für die erste Hälfte des laufenden Geschäftsjahres an.

Bei den Porsche-Aktien kam es zu weiteren Verkäufen aus dem Kreis der Erstzeichner. Diese drückten den zunächst auf annähernd 1000 DM heraufgesetzten Kurs in die Nähe der Vortagsnotiz zurück. Von der besser werdenden Konjunktur der Elektroindustrie profitierten auch die holländischen Philips-Aktien und indirekt die Alldephi-Genußscheine, die sich jetzt auf 120 Prozent stellen. Durch die Ausgabe von Philips-Gratisaktien sind auch die Inhaber dieser Genußscheine bessergestellt worden. Am zweiten Tag bereitete der Bezugsrechtshandel bei Degussa ebenfalls keine Schwierigkeiten. Warenhauswerte leiden augenscheinlich unter Kaufoperationen einiger Großanleger, die sich von ihren konsumnahen Werten (auch Autoaktien) trennen.

Düsseldorf: Alexander erhöhten sich um 4 DM, DAT verbesserten sich um 3 DM auf 403 DM und Heinrich Lehmann zogen um 4 DM auf 195 DM an. Audi NSU sanken um 5 DM auf 265 DM, Küppersbusch verminderten sich um 5 DM auf 260 DM und Mauser gaben um 4 DM nach.

Frankfurt: Letztmalig gehandelt wurde das Bezugsrecht der Deutschen Bank (12 zu eins zu 250 DM) mit 10 DM leicht über Parität bei 350 000 Stück Umsatz. Von Nebenwerten blieben Stollwerck 470 DM minus 24 DM, Linde 384,20 DM minus 6,80 DM und Deutsche Conti Rückversicherung Inhaberaktien 2950 DM plus 100 DM.

Hamburg: HEW konnten sich bis 98,50 DM plus 0,50 DM erholen und NWK Vz. auf 180 DM plus 1 DM. Auch Phoenix Gummi wurden mit 140 DM plus 2 DM höher bewertet.

Auf der Minusseite standen Haller Meurer bei 184 DM minus 4 DM und Beiersdorf bei 341 DM minus 2 DM.

München: Audi NSU zogen um 1 DM auf 263 DM an, Diamalt AG verbessertensich um 2 DM auf 104 DM und Dywidag verbesserten sich um 5,50 DM auf 188 DM. Flachglas fielen um 9 DM auf 245 DM, Leonische Draht gaben um 2 DM auf 318 DM nach und Wanderer verminderten sich um 10 DM auf 280 DM.

Berlin: Rheinmetall lagen um 7 DM, Berthold und Orenstein um je 3 DM fester. Schering verbesserten sich um 2 DM und Herlitz St. um 1,80 DM. Scheidemandel wurden um 5 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: gut behauptet

WELT-Aktienindex: 152,8 (152,1)
WELT-Umsatzindex: 1764 (2541)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf

	8.5.	7.5.
AEG	101-1,7-2,5-1,5G	99
BASF	168-8,5-7,5-7	167,5
Bayer	173,5-3-2,7-2,9	172,5
Bayer. Hypo	298G-8-8G	297G
Bayer. Vbk.	333-2,5-4-3,5	331,5
BMW	395,5-5-5-2	396
Commerzb.	174,9-5-5,5	173,5G
Conti Gummi	130-29,5-9	129,5G
Daimler	583-2-1G	581G
Dt. Bank	384,5-4-6-4,5G	382,5
Dresdner Bk.	174,5-4-4,5G	173,5
DUB	252bG-1,5-1G	250G
GHH	148	147,5G
Harpener	298-7-6-8G	296G
Hoechst	185-2,5-2-2G	182,2
Hoesch	116,5-6-5,5-5,5	116G
Holzmann	425G-30G	424G
Horten	195G-5-6-6G	195G
Kali + Salz	197-6-9-8	195
Karstadt	271,5-70-68-68G	269G
Kaufhof	247,5-6,5-8-7,5G	247G
KHD	251,5-2-1G	251G
Klöckner-W	58,6-8,5-7,5-8,2	59,2
Linde	385-4	385G
Lufthansa St.	153-150,5G	153,5G
Lufthansa VA	146,3-5,5G	145G
Mannesmann	150-49,5-8,2-8,5	149,5
MAN	151,5-2	147G
Mercedes-H.	502,1-3-5-3G	503G
Metallges	242bG-2G	245G
Porsche	-	-
Preussag*	274,5-4G	274
RWE St.	163,7-3,5-3,2G	163G
RWE VA	162,5-2,3-2,3G	162G
Schering	350-49-9-8G	347
Siemens	401,5-400,2G	400G
Thyssen	84,8-4,9-4,5G	84,3
Veba	171,5-1,5-1G	170,5
VEW	121,5bG-1,8-1,5G	121G
VW	198,2-8,5-6-5,5	199G
Philips**	42,2-2	41,5
Royal D **	142-1,8-2-1,5	141
Unilever**	236-5G	235,5

Kurswert in 1000 DM

Optionshandel

Frankfurt: 8. 5. 84: 480 Optionen = 25 900 (32 800) Aktien, davon 118 Verkaufsoptionen = 6150 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-85/17,6, 7-90/14,6, 7-95/9,8, 7-100/5, 7-110/2,4, 10-95/11, 10-100/8,5, 10-110/5,9, BASF 7-170/6,85, 7-180/2,4, 10-170/10,4, Bayer 7-170/10, 7-178,3/3,2, 7-180/3,1, 10-180/8,2, 1-180/12, 1-190/7,5, Bekula 10-95/4,5, BMW 7-400/18,3, 10-410/18, Bay. Vereinsbank 10-360/4,4, Commerzbank 7-180/5,5, 7-190/2, 10-180/9,8, 10-190/5, 1-180/15, Conti 7-130/6,5—(,4-6,3, 7-140/2,4, 10-130/10, 1-140/10, Daimler 7-580/21,2, 7-600/12, Dt. Babcock Vz. 10-170/8,8, Deutsche Bank 7-400/5, Dresdner Bank 7-170/11, 7-180/4, 7-190/1, 10-170/13,6, 10-180/7,9, 10-190/4, 1-190/6, GHH St. 1-160/6, Hoechst 7-180/9, 7-190/3, 10-100/4, Hoesch 7-120/3,7, 10-120/6,4, 1-110/16,5, 1-120/8,4, Kloeckner 7-65/1,5, 10-55/10,2, 10-60/6, 10-65/4, 1-65/6,4, Mannesmann 7-150/4,9, 7-160/1,5, 10-150/9, 10-160/4, 1-160/7,4, Preussag 7-280/9, Siemens 7-420/5,5, 10-4230/9, Thyssen 7-85/3,9, 7-90/2, 10-85/7,2, 1-95/4,8 Veba 7-170/4,5, 10-180/5, VW 7-190/18, 7-200/9, 7-210/4,7, 7-220/1,4, 7-230/1, 10-200/15,1, 10-210/11, 10-220/6, 1-200/21,8, 1-220/11, 1-230/7,65, Chrysler 7-60/11, 7-70/4,4, 7-75/2,5, 10-70/7,6, Elf 7-80/8, 10-75/14,4, 10-85/6,1, IBM 10-310/25, Norsk Hydro 7-220/16, Philips 7-38,9/5,6, 7-43,9/2, 10-40/4,5, Royal Dutch 10-140/12, Sperry 7-110/7, 10-110/11, **Verkaufsoptionen:** AEG 7-95/2, 10-95/4, 10-100/8, 1-85/2,5, 1-95/5,4, BASF 7-160/1, Bayer 7-170/2,5, 1-95/5,4, BASF 7-160/1, Bayer 7-170/2,5, 1-95/5,4, BASF 7-160/1, Bayer 7-170/2,5, BMW 7-390/7, Commerzbank 7-180/4,6, 10-180/8, Conti 7-130/3,5, Daimler 7-570/12, Dt. Babcock St. 10-160/16, Deutsche Bank 1-370/7,6, Dresdner Bank 10-180/6,5, Harpener 1-280/6,4, Kloeckner 7-60/2,5, 7-70/11,6, 10-60/3,5, 10-70/12, 1-60/3,9, Lufthansa Vz. 7-160/11, Mannesmann 1-140/4, RWE Vz. 10-160/2, 1-160/3,4, Siemens 7-390/3,2, 1-390/10, Thyssen 7-85/3, VEBA 10-170/2,7, VEW 1-130/13,8, VW 7-190/2, 7-200/6,2, 7-220/20,5, 7-230/31,5, 10-190/3, 1-190/5,4, Chrysler 7-70/3,9, 1-70/7,5. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅞–11⅛	5¾–5⅞	3¼–3⅜
3 Monate	11⅛–11⅜	5⅞–6	3⅝–4⅛
6 Monate	11⅞–12⅛	5⅞–6⅛	4 –4½
12 Monate	12¼–12⅜	6¼–6½	4⅜–4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1620,00	1995,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1265,00	1524,75
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	661,30
1 £ Sovereign alt	244,00	300,96
1 £ Sovereign Elizabeth II.	233,00	288,42
20 belgische Franken	182,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	251,00	313,50
2 südafrikanische Rand	234,00	288,42
Krüger Rand, neu	1047,00	1233,48
Maple Leaf	1047,00	1233,48
Platin Noble Man	1067,00	1279,08
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	262,00	326,04
20 schweiz Franken „Vreneli"	197,00	248,52
20 franz. Franken „Napoléon"	191,00	241,68
100 österr. Kronen (Neuprägung)	965,00	1163,94
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	133,38
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	457,00	580,88
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	107,00	144,78

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

8. 5. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,7772	2,7852	2,7420	2,73	2,82
London1)	3,854	3,868	3,827	3,78	3,93
Dublin1)	3,065	3,079	3,018	2,96	3,11
Montreal3)	2,1430	2,1510	2,1170	2,09	2,19
Amsterd.	88,890	89,110	88,80	88,00	90,00
Zürich	121,660	121,880	121,76	120,00	122,75
Brüssel	4,917	4,937	4,851	4,74	4,94
Paris	32,520	32,680	32,040	31,75	33,50
Kopenh.	27,340	27,480	27,080	26,25	28,25
Oslo	35,420	35,550	34,840	34,50	36,25
Stockh.**)	34,130	34,290	33,82	33,25	35,00
Mailand2) **)	1,614	1,634	1,581	1,58	1,68
Wien	14,204	14,244	14,194	14,12	14,34
Madrid**)	1,783	1,793	1,737	1,76	1,88
Lissabon**)	1,985	2,005	1,910	1,85	2,45
Tokio	1,2136	1,2165	–	1,17	1,23
Helsinki	47,520	47,720	46,41	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,09	0,33
Athen*) **)	2,53	2,56	–	2,20	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5385	2,5435	–	2,48	2,59
Johannesbg.*)	2,1910	2,1960	–	[illegible]	[illegible]

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dol[illegible] 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtl[illegible] **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die bevorstehenden Auktionen des US-Schatzamtes führten am 8. 5. zu einer weiteren Befestigung des US-Daollar-Zinses um nochmals ¼ Prozentpunkt und sorgte dafür, daß Dollarkurse von 2,7840 in der Spitze heute am Devisenmarkt erzielt wurden. Die Bundesbank griff erstmals seit Tagen außerbörslich in das Marktgeschehen ein und verkaufte Dollar ohne jedoch einen Kursrückgang bewirken zu können. Die amtliche Notiz wurde mit 2,7812 festgestellt, auch hier trat die Bundesbank mit einem Verkauf von 30 Mill. Dollar in Erscheinung, gegen Geschäftsschluß reduzierte sich der Preis aufd 2,7790. Die spezielle deutsche Situation begünstigte besonders den Yen, der auf 1,2150 stieg und damit fast den bisherigen Jahreshöchstkurs von 1,2175 erreichte. Mit Ausnahme des Escudos waren alle amtlich notierten Währungen zumindest behauptet, die Mehrzahl wurde erneut höher notiert. US-Dollar in: Amsterdam 3,1230; Brüssel 56,43; Paris –; Mailand 1717,60; Wien 19,5930; Zürich 2,2842; Ir. Pfund/DM 3,072; Pfund/Dollar 1,3882; Pfund/DM 3,861.

Devisenterminmarkt

Die Befestigung der Dollar-Zinsen am Euromarkt setzte sich am 8. Mai weiter fort. Die Dollar-Abschläge per Termin notierten kräftig erweitert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,42/1,32	3,97/3,87	8,10/7,90
Pfund/Dollar	0,25/0,27	0,74/0,77	1,54/1,58
Pfund/DM	1,90/0,50	4,10/2,70	7,80/6,20
FF/DM	27/11	64/48	127/111

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8. 5.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,7–5,8 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55G-3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 8. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,72. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,80, Rendite 7,80.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Humanmedizin

1. vorklinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Aachen	Freiburg
2	Aachen	Ulm
3	FU Berlin	Erlangen
4	FU Berlin	Freiburg
5	FU Berlin	Heidelberg
6	FU Berlin	TU München
7	FU Berlin	Uni München
8	FU Berlin	Würzburg
9	Frankfurt	Hamburg
10	Frankfurt	Lübeck
11	Frankfurt	Uni Kiel
12	Frankfurt	Uni München
13	Frankfurt	Tübingen
14	Köln	Aachen
15	Köln	Münster
16	Marburg	Bonn
17	Marburg	Düsseldorf
18	Marburg	Köln
19	Münster	Freiburg
20	Münster	Heidelberg
21	Mainz	Düsseldorf
22	Mainz	Köln
23	Mainz	Münster

Humanmedizin

4. vorklinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Bonn	Hannover
2	Bonn	TU München
3	Bonn	Uni München
4	Bonn	Ulm
5	Bochum	Düsseldorf
6	Bochum	Frankfurt
7	Bochum	TU München
8	Bochum	Uni München
9	Bochum	Mainz
10	Bochum	Tübingen
11	FU Berlin	Bonn
12	FU Berlin	Hamburg
13	FU Berlin	Köln
14	FU Berlin	Mainz
15	FU Berlin	Tübingen
16	Düsseldorf	Bonn
17	Düsseldorf	Köln
18	Düsseldorf	Mainz
19	Essen	Freiburg
20	Essen	Heidelberg
21	Essen	Würzburg
22	Erlangen	Heidelberg
23	Erlangen	Mannheim
24	Erlangen	Mainz
25	Freiburg	Düsseldorf
26	Gießen	Aachen
27	Göttingen	Freiburg
28	Göttingen	Heidelberg
29	Göttingen	Köln
30	Göttingen	Uni München
31	Hannover	Mainz
32	Heidelberg	Uni München
33	Hamburg	Freiburg
34	Hamburg	Hannover
35	Hamburg	Uni München
36	Lübeck	FU Berlin
37	Lübeck	Erlangen
38	Lübeck	Göttingen
39	Lübeck	Köln
40	Lübeck	Uni München
41	Lübeck	Mainz
42	Köln	Münster
43	Köln	Uni München
44	Köln	Tübingen
45	Uni Kiel	Freiburg
46	Uni Kiel	Heidelberg
47	Uni Kiel	Hamburg
48	Uni Kiel	Marburg
49	Uni Kiel	Tübingen
50	Uni Kiel	Würzburg
51	Marburg	FU Berlin
52	Marburg	Heidelberg
53	Marburg	Hamburg
54	Marburg	Lübeck
55	Marburg	Uni München
56	Münster	Erlangen
57	TU München	Freiburg
58	Mainz	Freiburg
59	Mainz	Göttingen
60	Mainz	TU München
61	Saarbrücken	Erlangen
62	Saarbrücken	Freiburg
63	Saarbrücken	Heidelberg
64	Saarbr.	TU München
65	Saarbr.	Uni München
66	Saarbrücken	Tübingen
67	Würzburg	Bonn
68	Würzburg	Erlangen
69	Würzburg	Tübingen

Zahnmedizin

1. Semester

Nr.	von	nach
1	Frankfurt	Bonn
2	Hamburg	Münster
3	Mainz	Erlangen
4	Mainz	Ulm
5	Mainz	Würzburg

Rechtswissenschaften

1. Semester

Nr.	von	nach
1	Marburg	Bonn
2	Marburg	Köln
3	Passau	Bonn
4	Passau	Bochum
5	Passau	Hamburg
6	Passau	Köln
7	Regensburg	FU Berlin

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1984

Makler

Garantierte Rendite – in den USA steuerfrei –

Die Gesellschaft Horizons 2000 sucht Makler zur Vermittlung von Kapitalanlage in ihrem Argrarland-Nutzungsprogramm mit einer garantierten 50%igen Rendite des ursprünglichen investierten Kapitals am Ende des 5. Jahres.
Den Anlegern werden garantierte Depositenquittungen (C/DS) ausgestellt, die bei einer staatlichen US-Behörde versichert sind.
Außerdem ist über Generationen hinaus ein Jahreseinkommen von weit über 30% zu erwarten.
Ein Mitarbeiter einer angesehenen europäischen Auskunftei hat das Gelände besichtigt und günstig begutachtet.
Ein Direktor der Gesellschaft steht an folgenden Tagen zur persönlichen Besprechung zur Verfügung:

- Berlin 21./22. 5. Hotel Bristol
- Hamburg 23./24. 5. Hotel Vier Jahreszeiten
- Düsseldorf 25./26. 5. Hotel Breitenbacher Hof
- Frankfurt 28./29. 5. Hotel Intercontinental
- München 30./31. 5. Hotel Bayrischer Hof

Broschüre und Terminvereinbarung über:

Globe Plan S. A.
AV. Mon Repos 24, CH-1005 Lausanne/Schweiz, Telefon: 21 / 22 35 12
Telex: 25 185 – Mells CH

Flachdach - Werkhalle - Garage - Keller undicht?

Langzeitsanierung mit der patentierten Aquex-Flüssigfolie ©. Einfach aufstreichen – rollen – spritzen. Haftet auch auf feuchtem Untergrund, hochelastisch, wasserdicht, jedoch dampfdurchlässig, wetterbeständig, völlig nahtlos, vollflächig haftend.
Ihre Sicherheit durch unsere mehr als 20jährige Erfahrung.
Informationen direkt vom Hersteller.
HYDREX-CHEMIE GMBH
Friedhofstr. 26, D-7980 Ravensburg
Tel. 07 51 / 2 22 19, Telex 7 32 892

Erfolg-potenziert durch Deine Kraftzentrale Unterbewußtsein. Esoterik-Programm, unv. Info.-Mat.
Telefon 0 30 / 3 93 11 59

FERNSCHREIBER neu und gebr. mech. u. elektr. An- u. Verkauf. EUROSIGNAL neu u. gebr. An- und Verkauf. Wir nehmen Ihre alten Geräte in Zahlung. Fa. Dahlem, Pf. 12 53, 6670 St. Ingbert, Tel. 0 68 94 / 5 11 97, Tx. 4 429 435

FINANZANZEIGE

PROGRESS-WERK OBERKIRCH
Aktiengesellschaft 7602 Oberkirch-Stadelhofen

Einladung zur Hauptversammlung

Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der am
Mittwoch, dem 27. Juni 1984, 15.00 Uhr
im Saal des Hotels OBERE LINDE in Oberkirch stattfindenden Hauptversammlung ein.
Wegen Einzelheiten verweisen wir auf die Bekanntmachung im „Bundesanzeiger" Nr. 87 vom 9. Mai 1984.
Oberkirch-Stadelhofen, im Mai 1984 DER VORSTAND

Der Merrill Lynch-Konzern
Bilanzsumme 1983: Über 23 Mrd. US-$ · Über 4,2 Millionen Wertpapierkonten
Nahezu 600 Niederlassungen und Büros in 29 Ländern · Über 37 500 Mitarbeiter, ca. 10 000 Kundenberater

Wer Kapitalanlagen in den USA besitzt...

...sollte ICMA kennen.

Wenn Sie ein US-$-Einkommen aus Kapitalanlagen oder Verpflichtungen in US-$ haben, sollten Sie auf das ICMA-Konzept nicht verzichten.
ICMA – das International Cash Management Konto von Merrill Lynch, New York – ist das einzigartige Finanzdienstleistungsangebot der Zukunft. Bereits heute!
Welche Vorteile bietet Ihnen ICMA?

- **Sofortige Verfügbarkeit Ihres angelegten Kapitals*** Durch US-$-Schecks und eine Sonder-VISA-Karte können Sie sofort und weltweit über Ihr Kapital und Ihre Kreditlinie verfügen.
- **Tägliche Guthabenverzinsung** von z. Zt. über 9% p.a.
- **Ein Wertpapierkonto mit Beleihungsmöglichkeit**
- **Versicherung** US-$ 10 Mio Deckungssumme pro Kunde/Wertpapierkonto
- **Service** Auch nach Feierabend – täglich bis 22.00 Uhr
- **Kosten** Nur Kontoführungsgebühr von $ 50 p.a.
- **Professionelle Beratung** Schließlich sind wir bekannte Spezialisten für US-$-Investitionen und den US-Kapitalmarkt. Mit einem der besten Research-Teams an Wall Street.

*Minimum-Einlage ab $ 25.000

Merrill Lynch
Ein führendes Investmenthaus auf dem Finanz- und Kapitalmarkt USA.

Wenden Sie sich für weitere Informationen an das nächstgelegene Büro des deutschen Repräsentanten Merrill Lynch AG:
4000 Düsseldorf · Karl-Arnold-Platz 2 · Telefon 0211/4 58 10
6000 Frankfurt/Main · Ulmenstraße 30 · Telefon 0611/71 53 295
2000 Hamburg 1 · Paulstraße 3 · Telefon 040/32 14 91
8000 München 2 · Promenadeplatz 12 · Telefon 089/23 03 60
7000 Stuttgart 1 · Kronprinzstraße 14 · Telefon 0711/22 20 0

ICMA
Bitte senden Sie mit die ICMA-Broschüre. Bitte rufen Sie mich an am ... unter Tel. ...
Name ...
Straße ...
Ort ...

Expandierendes Lebensmittel- und Feinkostimport- und Veredelungsunternehmen sucht bundesweit

Vertriebsagenturen und Handelsvertreter

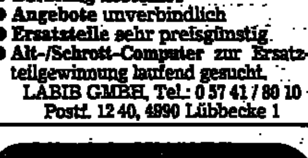
Kontaktaufnahme erbeten über
Schellmann-Unternehmensberatung
D-8809 Beckhofen a. d. H., Postfach

Prinz
Deutscher Hochadel m. dem Prädikat Königl. Hoheit, unverheiratet u. kinderlos, möchte solvente Persönlichkeit durch Adoption od. Heirat in seine Kreise aufnehmen. Zuschriften unter WS 55812 WELT am SONNTAG, Postfach, 2000 Hamburg 36

Gebraucht-Computer
- An- und Verkauf
- Beratung kostenlos
- Angebote unverbindlich
- Ersatzteile sehr preisgünstig
- Alt-/Schrott-Computer zur Ersatzteilgewinnung laufend gesucht.

LABIB GMBH, Tel.: 0 57 41 / 80 10
Postf. 12 40, 4990 Lübbecke 1

Handwerkliche Möbel aus massiver Eiche nach historischen Vorbildern



Unsere Ausstellung mit antiken und neuen Eichenmöbeln ist auch sonntags von 14-18 Uhr geöffnet (keine Beratung, kein Verkauf)!
Eichenmöbel Wilmsen
4400 Münster-Amelsbüren
Gewerbegebiet Mühlenfeld
Schadowstr., 02501/58088

Hotel Landhaus Höpen DAS EXCLUSIVE HEIDE-HOTEL
Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (je 45 Min.) Fragen Sie uns, wir informieren Sie gern.
Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik
3043 Schneverdingen (Lüneburger Heide)
Telefon 05193/1031 Telex 924153

AUKTION – DÄNEMARK
Alte maritime Geräte (Sextanten, Kompaß, Schiffsglocke, Laternen, Nebelhorn), Porzellan, Silber, Schmuck, alte Möbel u.v.a.m.
SONNABEND, d. 12. Mai, 10 Uhr (Vorbesichtigung 9–10 Uhr)
MOLTKE-LETH's AUKTIONER
Kochsgade 79, DK-5000 Odense C
Telefon 09 / 14 71 80

Ireland
For sale: Secluded lakeside house with 50 acres of land. Half mile from lake shore. Situated in picturesque north County Leitrim, Republic of Ireland. Tel. 071-7 41 87 evenings after 19.00 hours.

Wer Was Wo
Ein Wegweiser für WELT-Leser

ADRESSEN
6380 Bad Homburg, RMA Directmarketing, PF 21 44, Tel. 0 61 72 / 2 50 25

AIRTAXI
4000 Düsseldorf 30, EXECUTIVE – CHARTER TRAVEL AIR, Tel. 02 11 / 4 21 66 08 oder 0 40 / 5 00 02 33

AUSTRALIEN-IMMOBILIEN, KAPITALANLAGEN, INFORMATIONSBRIEF, DEPOTVERWALTUNG
Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20, 8520 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 3 10 51, und 136 Plantain Road, Shelter Park Old. 4128, Australien

AUTOLEASING
2000 Hamburg 50, Hansa-Automobil-Leasing GmbH, Ruhrstr. 63, Tel. 0 40 / 8 53 06 02

AUTO-KOMPLETT-REINIGUNG
CAR-CLEAN-SERVICE, die Gebrauchtwagen-Alternative, Tel. 0 23 65 / 1 79 42

BRIEFMARKEN – ANKAUF – VERKAUF
ANKAUFS-ZENTRALE FABER, 53 Bonn 3, Johannesstr. 35, Tel. 02 28 / 46 77 08

ELEKTRON. LADEN- / WAREN-DIEBSTAHLSCHUTZ
Tilly Alarm- und Sicherheitstechnik, 2 HH 50, Bernstorffstr. 151–153, Tel. 0 40 / 43 70 97, Tx. 2 173 440

EISKREM
CALIFORNIA ICE CREAM, 4712 Werne, Gördelerstr. 3, Tel. 0 23 89 / 80 23

FACHSCHULEN
8262 Altötting/Obb., Postfach 2 28, STAATL. ANERK. HOTELBERUFS-FACHSCHULE, Tel. 0 86 71 / 7 00 10

GESUNDHEIT
GISELA SCHÜTZ, NATURHEILMITTEL, PF 60, 6601 Klarenthal, Tel. 0 68 98 / 3 27 24, Katalog und Informationen gratis.

HAARAUSFALL
4600 Dortmund, HAAR-PRAXIS KLAASSEN, Deutschlands größte Praxis für Haar-Prothetik, Wiss-Str. 20, Tel. 02 31 / 52 74 74

INTERNATSBERATUNG
Information, Beratung u. Broschüre 83/84 (Schutzgebühr DM 20.–) über die besten deutschen und Schweizer Internate erhalten Eltern von der Euro-Internatsberatung, Tel. 0 89 / 4 48 72 82

INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN
3423 Bad Sachsa, Internats-Gymnasium Pädagogium, staatl. anerk. ab Klasse 5, Tel. 0 55 23 / 10 01
Institut Schloß Herdringen, Internat f. Jungen u. Mädchen, 5760 Arnsberg 1-Herdringen, Tel. 0 29 32 / 41 18–9
Internat Fredeburg, Hochsauerl., Jungen u. Mädchen, Gymnasium-Realsch.-Hauptsch., 5948 Schmallenberg 2, Tel. 0 29 74–3 48
4925 Kalletal, Schloß Varenholz, Ganztagsrealsch./Intern., Tel. 0 57 55 / 4 21
CH-9000 St. Gallen, Inst. Rosenberg f. Mädchen u. Jungen, Abitur im Haus
2252 St. Peter, Nordsee-Internat, Gymnasium und Realschule, Tel. 0 48 63 / 4 00
4531 Wersen, Private Schulen Krüger m. Internat, Tel. 0 54 04 / 20 24–25

KRAFTBETÄTIGTE TORANLAGEN/ROLLTORE
5064 Hoffnungsthal, TÜ + W, Grießmann GmbH, Notruf 0 22 05 / 52 25, Tel. 0 22 05 / 8 40 37–38, Telex 8 87 957
Technische Überprüfung und Wartung, sowie Nachrüstung nach UVV und ArbeitsStättenV., Erstabnahme von Toranlagen. „Ihr neutraler Partner"!

LEASING
806 Dachau, Münchner 55, AMSR Leasing-Factoring- u. Kreditvermittlg.
4150 Krefeld, GGA Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51 / 5 80 48–49
4150 Krefeld, DTL Deutsche Tischler-Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51 / 5 80 40

LEBENSMITTEL-NOTVORRAT BIS 15 J. HALTBAR
GRÄF-Handelsvertretung, Konzgenstr., 2870 Delmenhorst, Tel. 0 42 21 / 26 27

MOTORCARAVANS
7102 Weinsberg, Karosseriewerke Weinsberg GmbH, Postf. 11 69, Tel. 0 71 34 - 80 31

NATURGEMÄSSES LEBEN
Naturheilmittel – Ernährung – Biolog. Gartenpflege – Naturkosmetik.
NATÜRLICH LEBEN, Postf., 2112 Jesteburg, Tel. 0 41 83 / 34 30 02. Katalog gratis.

ORIENTTEPPICHE
STAR-ORIENTTEPPICH-LEASING KG, 4300 Essen, Huyssenallee 58–64, Tel. 02 01 / 22 34 44–45

SEEBESTATTUNGEN
2000 Hamburg 1, ERSTE DEUTSCHE REEDEREI, A. d. Alster 11, Tel. 0 40 / 2 80 20 80

SQUASH- UND FREIZEITANLAGENBAU
2100 Hamburg 90, SQUASH COURT SERVICE GMBH, Tel. 0 40 / 77 27 45–46

erscheint wöchentlich

50 gebr. Gabelstapler
Diesel/Elektro/Gas, in großer Auswahl ab Lager.
Reparatur – Kundendienst – Prüfbuchabnahme – Vermietung
Gabelstapler Finger GmbH
Handelsstraße 6 – Industriegebiet
5632 Wermelskirchen
Tel. 02196/ 10 68 – Telex 8 513 340

Kurierdienste
Europa, Asien, Übersee. Wir bringen Ihre Lieferung an jeden Ort der Welt. Strengste Diskretion selbstverständlich! Wir erledigen alles für Sie. Angebote unter T 5626 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wir lösen Ihr Transportproblem
Nah- und Fernumzüge, Europa, Ostblock, Übersee, Werttransporte, Kurierdienste, preisgünstig und schnell. Vertrauen Sie jahrelanger Erfahrung.
Western Trading GmbH
1000 Berlin 44, Lichtenrader Str. 16

P. K. bitte dringend bei
Hedwig melden!

BARGELD bis DM 100 000,– auf dem Postweg ohne Burgen. Trotz bestehender Verpflichtungen. Wir finanzieren alles und helfen immer. Schreiben Sie uns unt. S 5625 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Ihr Telefonkontakt
Tel. 02 01 / 42 19 30
f. jede Gelegenh.

Chance im Süden

Schmeckt Ihnen das Planen, Steuern, Koordinieren, Kontrollieren, Informieren und Motivieren in einer Führungsposition der Food-Markenartikelindustrie? Als Zentral-Verkaufsleiter Süd eines führenden deutschen Unternehmens werden Sie auch wichtige Kunden selbst betreuen und das gesamte Vertriebskonzept mit entwickeln und durchsetzen. Mehrere Jahre Branchenerfahrung sollten Sie mitbringen. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 12. Mai, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

FERIENHAUS NORDSEE
Im Nordseewohnpark mit großem Sportangebot, Seewasserhallenbad, Tennishalle, Disco, Kegelbahnen, Gastronomie.
MIETGARANTIE
Steuerl. abschreibbar. Bei Vermietung MWST.-Rückerstattung.
BERLINER BAU GMBH
Postfach 3423 · 4500 Osnabrück · Telefon (05 41) 6 30 16

Landgut Castelfalfi im Herzen der Toscana
In 30/60 Minuten von Florenz, San Gimignano, Siena, Viareggio, Pisa werden im Landgut Castelfalfi mit 1500 Hektar restaurierte Wohnungen im mittelalterlichen Borgo verkauft.
Golfplätze 18 Löcher, Jagdreserve, Fischgründe, Reitschule, Tennis, Schwimmbäder, Seen, Restaurants, Geschäfte, Bank.
Naturprodukte: Qualitätswein, Olivenöl, Milch, Fleich.
Auskünfte: CALFIN S.r.l. – Via Rasori 13 – Milano – Italien

Holland! Harderwyk: Luxusferien-Bungalow, 60 m², Wald- u. Meernähe, Tennispl., hfl 60 000 zzgl. K.
Tel. 00 31–20 / 13 59 01

Miami – Florida
1 luxuriöses möbliertes Appartement
zirka 90 m², mit Schwimmbad, Privathafen., Geschäften usw. an der Biscayne Bay.
Preis: 150 000,– US-Dollar. Wenden Sie sich bitte an:
VANTOUR s.a.r.l.
11 c, Avenue de la Porte-Neuve
L-Luxembourg
Telex: 12 37

TITISEE – Hochschwarzwald
Wohnpark Bärenhof, 2-Zimmer-ETW, 70 m², Küche, Bad, Balkon, Garage. Preis 182 000 DM.
Immobilienbüro Seger Öhringen
Tel. 0 79 41 / 82 50

Ost-Paraguay
254 ha, teils 4fach gedrähtet, wächst alles, kein Roggen (Winterfrucht), aber Sojabohnen, krankheitshalber zu verpachten o. zu verk.
Tel. 0 57 31 / 2 21 25 nach 19 Uhr

Praxisräume
f. Allgemeinarzt, Internist, Frauenarzt, Kinderarzt, Hautarzt
Zentral gel. Gemeinde im Sauerland, 12 000 EW; gr. Einzugsgebiet, variable Praxisgrößen, günstige Miete od. Kauf.
Zuschriften erb. unt. A 6501 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

VILLA IN RUHPOLDING
von Privat zu verkaufen
• bevorzugte, ruhige Wohnlage • aufwendig und wertbeständig gebaut • mit Hallenbad • Wintergarten • 2 offene Kamine • reine Wohnfläche ohne Nebenräume 350 qm • 150 qm Wohnterrasse • Doppelgarage • Gesamtgrundstücksfläche 1400 qm • VHB 1,35 Mio DM • Zuschriften u. A 6302 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

COSTA RICA
Wohnsitz auf ebenem Eckgrdst., 4800 m², beste ruh. Wohnlage, teilbar, 5 km außerh. v. San José, 1150 m ü. d. M., m. unverbaub. Blick auf nahegeleg. bewaldete Gebirgskette; Bungalow 210 m², voll einger., 3 Schlafzi., 2 Bäd., Eßzi., Wohnzi. m. Kamin, Küche u. Speisekammer, sep. Mädch.-Zi. m. Bad, Garage f. 2 Autos + überdacht. Terr. 30 m². Viele Bäume (Apfels., Ban., Mandar., Mangos, Zitronen u. a.), Orchideen usw. Klima sehr angenehm, weder Hzg. noch Klimaanl. erforderl. Wegen berufl. Veränder. abzugeb. US-$ 130 000,–. Probewohnen f. ernsthafte Interess.
Zuschr. u. T 6251 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

KIEL
ANLEGER + AUFTEILER
Mehrfamilienhäuser zu m²-Preisen von 975 bis 1140 DM bei 10- bis 11facher Netto-Jahresmiete zu verkaufen:

Altbau, 10 Whg., Wfl., ca. 410 m², Bauj. 1910, Gaszentralhzg., neue Fenst., Netto-Miete 38 800 DM p. a.
Kaufpreis 400 000 DM.

Altbau, 10 Whg., Wfl. ca. 406 m², Bauj. 1910, Gaszentralhzg., neue Kunststoffenster mit Isoliervergl., Netto-Miete 38 600 DM p. a.
Kaufpreis 420 000 DM.

Altbau, 10 Whg., Wfl. ca. 445 m², Bauj. 1908, Gaszentralhzg., neue Fenst., Netto-Miete 41 800 DM p. a.
Kaufpreis 450 000 DM.

Altbau, 10 Whg., Wfl. ca. 465 m², Bauj. 1910, Gaszentralhzg., neue Fenst., Netto-Miete 52 100 DM p. a.
Kaufpreis 530 000 DM.

Garanta RDM
Finanzierungs- und Grundstücksvermittlung
G. Bresse GmbH + Co. KG
Düppelstr. 74, 2300 Kiel
Tel. 04 31 / 8 10 51 / 52
Postfach 22 45

Bevor Sie in Schwierigkeiten kommen
oder auch sich mit dem Gedanken tragen, das Konkurs- bzw. Vergleichsverfahren zu beantragen, fragen Sie uns.
In der Regel lösen wir durch erfahrene Top-Manager die Probleme
- der Liquidität
- der Betriebswirtschaft und Organisation
- des Produkts und Vertriebs

Wir können Ihnen auch ein komplettes Krisenmanagement zur Verfügung stellen. Diskretion ist selbstverständlich.
Fides GmbH für Wirtschaftsberatung und Verwaltung, Westring 43, 4630 Bochum

Heidelberg
Vertriebspartner für den Verkauf von 40 Wohnungen
in Heidelberg im Erwerbermodell gesucht. Gesamtaufwand DM 2550/m², hohe Provision, Vertriebsgarantie erwünscht.
Offerte an Chiffre 24-303.629 Publicitas CH - 6901 Lugano

Hohe Kurschancen! Jetzt einsteigen
Deutsche Aktien-Vorbörseneinführung aus begrenztem Bestand zu günstigem Kurs freihändig zu verkaufen. Von DM 4000 bis DM 3 Mio. können erworben werden. Kursverdopplung bis zur Börseneinführung realistisch.
Tel. 0 52 21 / 5 40 90

Ingrid Maria Vahle · Vermögensberatung
Interessante Verzinsung
Zuschriften unter S 8214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wohn- u. Geschäftshaus
(Gaststätte) i. Sauerl., Autobahnnähe, i. Stadtzentr., DM 80 000 Miete p. a., KP DM 1,05 Mio.
Zuschr. erb. u. A 6523 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Bonn-Beuel-Süd:
Provisionsfrei, direkt vom Architekten/Bauherrn: Individuelle Eigentumswohnungen mit Galerie, 114 bzw. 72 m². Nur noch 2 frei, 3800 DM/m² zuzügl. Einstellplatz.
Telefon: 02 28 / 46 83 98 oder unter Z 6390 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leibrentenkapital 600 000 DM gesucht
Erstrangige Sicherheit auf 2-Mio.-Objekt. Zinsen 3% über Bundesbankdiskont. Angeb. erb. u. A 6391 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kenya – Strandhotel
50-Betten-Hotel, eigener Strand, Bar u. Restaurant, sehr gut eingeführt.
Deutscher Alleininhaber sucht wegen Umbau und Erweiterung einen solventen, stillen oder tätigen Teilhaber. Einlage 250 000 DM. Gute Rendite. Notarielle Abwicklung. Ernstgemeinte Zuschriften mit Kapitalnachweis werden vertraulich behandelt.
Zuschriften unter T 6384 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

LAGO MAGGIORE
Verk. ren.bedürft. Bauernhaus, ca. 13 500 m² Land u. Wald. Erhöhte ruhige Lage mit Seesicht und priv. Zufahrt, 4 Automin. von Luino. Preis 24 DM/m² evtl. Tausch m. kleinerer Liegenschaft in Umgebung.
Zuschr. an 24-303 477 Publicitas, 6901 Lugano/CH

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Berlin

Klimatisierte, massive Halle

für Fertigung und Lagerung

in Berlin-Lichterfelde-Süd zu vermieten.
Baujahr 1973
Stahlkonstruktion, ebenerdig,
Höhe 4 m, 1130 m²
Büro (inkl. Kantine) 600 m²

Anfragen erbeten an:
Verwaltung des ehemaligen Reichsbahnvermögens (Vorratsvermögen), in Berlin (West), 1 Berlin 61 Hallesches Ufer 74 76, Tel. (0 30) 26 00 23 86

Interessante Kapitalanlage in Essen
2 Parkhäuser mit 186 Pkw-Einstellplätzen (Einzelboxen) zu verkaufen. Mieten 50 bis 55 DM mtl. je Box. Sichere Einnahmen und überdurchschnittliche Verzinsung. Gesamtkaufpreis einschl. Grunderwerbsteuer und Notarkosten 1,6 Mio. DM provisionsfrei direkt vom Eigentümer. Finanzierung in Höhe von 1 350 000 DM kann übernommen werden, davon 750 000 DM öffentliche Mittel mit 0,5% Zinsen und 1% Tilgung, demnach als Eigenkapital 250 000 DM erforderlich. Aufwand je Einzelbox nur 8600 DM. Heutige Baukosten 15 000 bis 20 000 DM.
Anfragen nur von ernsthaften Selbstinteressenten erbeten unter X 6388 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hotel-Betriebs-GmbH
eines in 1981 erbauten 100-Betten-Hotelkomplexes mit Konferenzräumen in attraktivster Lage eines oberbayerischen Kur- und Ferienortes zu verkaufen.
Anfragen u. Angebote unter Z 6456 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bad Herrenalb, 2-Zi.-Whng. a. Kurparkzentr. 50 m² m. Garage, v. Priv. DM 165 000 DM zu verk. Zuschr. u. C 5039 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Ihr Büro in Nürnberg
- Neubauten 70–5.000 m²
- Eigen- u. Fremdobjekte
- Verkehrsgünstige Lagen
- Kurz- und langfristig

Vermietet provisionsfrei
KB Gesellsch. f. Kommunal- u. Industriebauten mbH
Fürther Str. 2, 85 Nürnberg 80
Telefon 0911/26 89 06

Schloßartiger Großbesitz
nur 5 Automin. zum Zentrum einer südd. Großstadt, 86 000 m² Parkgrundst., 8000 m² Gebäude-Nutzfläche, Bauj. 1956/78, geeignet als Nachsorgeklinik, Sanatorium, Altenheim u. a. Kaufpreis 15,1 Mio. DM.
immofinanz · 6900 Heidelberg RDM
Poststr. 28 · Tel. 06221/10846

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

Bundesanleihen

Leichter Druck auf die Renten

Der weiter gestiegene Dollar sowie leicht sinkende Notierungen für US-Bonds ließen die Unsicherheit am deutschen Rentenmarkt wachsen. Bei den öffentlichen Anleihen gab es Abschläge bis zu 0,20 Prozentpunkten. Auf der ermäßigten Basis zeigte sich einiges Anlageinteresse. Es macht deutlich, daß die Furcht vor einer Diskonterhöhung zur Stützung der schwächeren DM noch nicht sehr weit verbreitet sein kann. Von nennenswerten Ausländerkäufen kann nicht berichtet werden. Am Markt für Pfandbriefe gab es auf breiter Front wieder Renditeangleichungen.

	8. 5.	7. 5.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	92,5G	92,5G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	95,75G	95,75G
7 dgl. Pf 3	95,5bG	95bG
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
8½ dgl. KS 14	98G	98G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	124G	124G
5½ dgl. Pf 11	130G	130G
6 dgl. Pf 34	75bG	75bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
8½ dgl. Pf 10	81,75G	81,75G
6 dgl. KS 1	99,5G	99,5G

	8. 5.	7. 5.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	90,5G	90,5G
6 dgl. 47	79	79G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	101,25G	101,25G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 86	81,75	82G
6½ dgl. Pf 80	90,5G	90,7
8 dgl. Pf. 248	100,55	100,6G
9 dgl. KO 125	–	–
8 dgl. KO 175	101,5G	101,8G
9 dgl. KO 259	102,9G	103,3G

	8. 5.	7. 5.
M 5 Verbank Kbg. Pf 55	117,5G	117,6G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	100,35bG	100,4G
D 8 WestLB Pf 350	101,4bG	101,4G
6½ dgl. Pf 403	97,75G	97,75G
9½ dgl. Pf 1007	105,85G	105,85G
8 dgl. Pf 1015	99,25G	99,25G
7 dgl. KO 556	100,4G	100,4G
6½ dgl. KS 420	96,5G	96,5G
9½ dgl. KO 1301	105,15G	105,15G
8½ dgl. KS 1278	101,85G	101,85G
8 dgl. KS 1812	100,2G	100,2G
9½ dgl. KS 1520	102,25G	102,25G
8½ dgl. KS 679	94,35G	94,35G

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	8. 5.	7. 5.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82	82
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5G	100,5G
F 7½ Bataba Pf 104	100,9G	100,9G
9 dgl. Pf 106	103,6G	103,6G
10 dgl. Pf 108	107,9G	107,9G
7 dgl. KS 132	95,75G	95,75G
8 dgl. KS 155	99,35G	99,35G
9 dgl. KS 169	102,8G	102,8G

Bundesbahn

		8. 5.	7. 5.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,6	100,6
8¼ dgl. 76	9/84	100,65G	100,65
6 dgl. 78 III	11/84	100	100,05

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee zulegen konnte, kam es bei Kakao zu Abschlägen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	8. 5.	7. 5.
Mai	368,00	361,50
Juli	344,00	341,50
Sept.	344,25	343,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	8. 5.	7. 5.
St. Lawrence 1 CW	244,60	243,45
Amber Durum	234,30	233,85

Kakao New York ($/t)	8. 5.	7. 5.
Terminkontr. Mai	2545	2585
Juli	2550	2593
Sept.	2567	2605
Umsatz	4707	2239

Zucker New York (c/lb)	8. 5.	7. 5.
Kontrakt Nr. 11 Juli	5,60	5,62
Sept.	5,95	5,93
Okt.	6,17	6,17

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

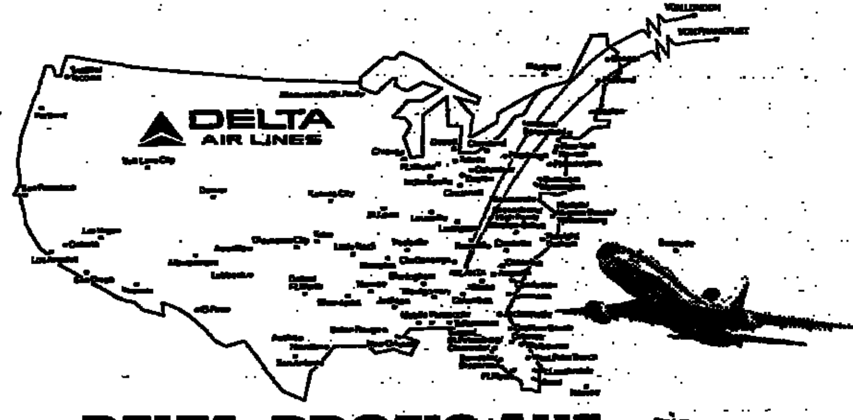
NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen





Anders als bei Tetzel

euch – An den kleinen Dingen zeigt es sich: Das Zeitalter der Zynik ist angebrochen. Früher schämte man sich, echt oder verheuchelt, wenn man bei einem Unrecht ertappt wurde. Das war, weil man wußte, daß man ohne Reue auf Dauer nicht miteinander leben kann. Betrug und Lüge hatten ihren Preis. An der Kasse saß Tetzel und kassierte nach dem himmlischen Bußgeldkatalog. Nach Verlassen des Schalterraums waren wir alle einander wieder gut.

Heute ist es anders. Und nicht nur unten, wo die finsteren Bösewichte nach unserem Beutel trachten, nicht nur bei den cleveren Jungmannen, die den Witwen ihr Erspartes abschwatzen, sondern auch ganz oben, wo die Minister sitzen.

Zum Beispiel dieser Bundesposthalter, der jüngst verfügt hat, die Briefkästen abends nicht mehr zu leeren. Was hört man aus seinem hohen Amte zu dieser einseitigen Vertragskürzung? Er schickt seinen Sprechreferenten aus, um uns dieses zu verkünden: Die Einsparung hat keinerlei nachteilige Wirkung, denn bisher sind die Briefe der Nachtleerung sowieso unbearbeitet liegengeblieben. Es fehlt nur, daß der besagte Sprecher dazu auch noch ätsch sagte.

Natürlich wird es weiter unten nicht anders praktiziert. Da hat ein Musikschuster einem anderen die Melodie geklaut und bei einem gutdotierten Wettbewerb einen Preis gewonnen. Sagte er: „'tschuldigung, soll nicht wieder vorkommen"? Nein, er ließ in sanftester Zynik verbreiten, so etwas komme vor, weil es auf der Welt grundsätzlich zu wenig Melodien gibt.

Kommt darauf ein dritter, nennt sich Medienmanager und druckt in seinem eigenen Pressedienst einen Zweizeiler von Erich Kästner ab. Setzt er den Namen des toten Poeten darunter, zwar honorarfrei, aber immerhin ehrlich? Nein, er setzt seinen eigenen Namen darunter. Es ist eben das Zeitalter der Zynik ausgebrochen, und niemand ist sicher vor dem öffentlichen oder privaten Betrug, vor Beutelschneiderei und Besitzanmaßung am hellichten Tage.

Emil Steinberger begann Deutschland-Tournee

Einer strickt Schläuche

Er habe die Nase voll von „Emil", verkündete Emil Steinberger; es sei höchste Zeit für ihn, etwas Neues zu machen. Deshalb werde der „Feuerabend" ganz bestimmt sein allerletztes Programm mit Emil sein.

Nun, manch ein Künstler ist niemals erfolgreicher gewesen als mit seinen alljährlichen Abschiedsvorstellungen. Tatsache ist, daß Steinberger mit dem „Feuerabend" seit nunmehr vier Jahren durch die Schweiz und jetzt auch durch die Bundesrepublik zieht. Premiere seiner Deutschland-Tournee war soeben in Karlsruhe; der zweite Abend führte ihn nach Recklinghausen, wo er im Rahmen der Ruhrfestspiele auftrat und wo wir ihn sahen.

Selbstverständlich ist die Bühne des Festspielhauses für einen „Kleinkünstler" wie Steinberger viel zu groß. Die zerknautschte Mimik, das spitzbübische Grinsen, die begriffsstutzige Grimasse kann man ab Reihe 10 nur noch ahnen. Das ist schade, denn gerade darauf kommt es an bei den schönen Katastrophen, die die armen Würstchen namens Emil durchstehen müssen.

Im Mittelpunkt des „Feuerabends" steht der Brandmeister Löscher, der Theaterwache schieben muß. Ihm zur Seite ein grantelnder Kollege, der stundenlang die Sicherheitsbestimmungen überprüft, und der Assistent Sprinkler, der das Publikum mit den Sicherheitsvorschriften vertraut macht. Manch eine Stewardeß könnte von diesem Katastrophenballett bei Ozeanflügen profitieren.

Im übrigen ist Sprinkler damit beschäftigt, seinem Chef zum Geburtstag einen selbstgestrickten Schlauch zu verfertigen. Innerhalb von Sekunden schafft Emil den Sprung vom diensteifrigen Löscher zum tumben Sprinkler und dann wieder zum penibien Nörgler, hat für jeden eine differenzierte Gangart im Repertoire, ein neues Gesicht in Reserve. Das sucht seinesgleichen.

Aus der „Rahmenhandlung" bricht Emil bald aus, schlüpft in weitere Figuren, wobei ihm eine Jacke, eine Brille, eine Mütze ausreichen, um den neuen Charakter voll darzustellen. Wenn er dann etwa die Mengenlehre nach Emils Gesetz erklärt, dann fragt man sich verwundert, warum Eltern und Kinder so große Schwierigkeiten mit diesem pädagogischen Humbug haben. Es leuchtet doch jedem ein, daß bei einer Menge P (Polizist) und einer Menge H (Hunde) die Schnittmenge Polizeihunde ergibt. Und bei wem, außer bei Emil, kann es zur folgenden Szene kommen: Ein Mann versucht einem befreundeten Brautpaar einen gereimten Hochzeitsgruß zu schicken. Weil ihm aber absolut nichts einfällt, bellt er schließlich seine Frau an: „Warum mußtest du die Leute denn auch kennenlernen?"

Doch, da war doch einer, bei dem es so etwas schon einmal gegeben hat. Emil versichert zwar, von Karl Valentin nichts gelesen zu haben, um sich nicht beeinflussen zu lassen, aber möglicherweise ist er seinem Vorsatz untreu geworden. Seine Komik ist jetzt oft ausgesprochen „valentinisch". Sie hat zweifellos mehr Volumen bekommen, verglichen mit früheren Sketchen. Vielleicht ist das der Weg, auf dem Emil weitergehen sollte. Aber er sollte dabei unbedingt Emil bleiben. RAINER NOLDEN

Feuerabend mit Schnittmenge: Der Kabarettist Emil Steinberger FOTO: JÜRGEN & THOMAS

Braunschweig: „Meistersinger" im neuen Theater

Als wär's die Residenz

Kaum Festlicheres läßt sich denken als das Vorspiel der „Meistersinger von Nürnberg" zur Einweihung eines neuen Opernhauses. Aber Folke Abenius, der Stockholmer Regisseur, hat der Versuchung widerstanden, zur Eröffnung des restaurierten Staatstheaters in Braunschweig eine volkstümelnd pompöse Festinszenierung dieser Oper einzurichten. Handlung wie Musik bleiben transparent, die Gestalten zeichnen sich scharf voneinander ab, das Bühnenbild bleibt nüchtern, zurückhaltend, bis zur Einfaltslosigkeit.

Das Theater, das einst die Uraufführungen von Goethes „Faust" und Lessings „Emilia Galotti" gesehen hatte, wurde im letzten Krieg zerstört, aber bald wieder aufgebaut. Jetzt erhielt es eine neue Innenausstattung, gingen die Restauratoren ans Werk. Der verkleinerte Zuschauerraum in Weiß, Rot und Gold hat etwas Heiteres, Intimes. Man glaubt sich fast in einem süddeutschen Residenztheater. Nur die Hofloge fehlt, in der Wagner an der Seite seines Königs dem großen Erfolg hätte beiwohnen können.

Der neue vergrößerte Orchestergraben faßt nun die ganze Wagner-Besetzung, die Bühne hat mehr Tiefe, so daß die große Menge des Volkes im Schlußbild sich nicht zu stark drängt, daß Bewegung inszeniert werden kann. Das schönste Bühnenbild (von Klaus Teepe) gilt dem ersten Akt in der Kirche. Man glaubt, alte Kirchenmusik zu hören, und der Kontrast zur neuen Harmonik wird, wie Carl Dahlhaus im Programmheft schreibt, zu einem Moment der Handlung und entspricht dem Gegensatz zwischen Hans Sachs und Beckmesser.

Der mißtrauische, schrullige, mekkernde, bis zur eigenen Karikatur sich bösartig gebende und doch Sympathie gewinnende Beckmesser (Erik Stumm) war hier vielleicht die Hauptgestalt. Sachs (Oskar Hillebrandt) dagegen ist der naiv Gute und Gutmütige, dessen jugendliche Schönheit von der Häßlichkeit dessen, der von Anfang an als Unterlegener dasteht, so stark absticht. Und wenn Sachs dann doch am Ende dieser humorvoll inszenierten Opernkomödie Beckmesser die Hand reicht, ist das hier nicht nur eine Geste der Versöhnung, sondern auch Ausdruck einer Tragödie: denn beide sind Unterlegene in ihrer Liebe zu Eva (Norma Sharp). Beckmesser ist der Betrogene und Zurückgewiesene, Hans Sachs der Verzichtende zu Gunsten des Junkers Stolzing (Heribert Steinbach).

Inszenierung und musikalische Konzeption des Dirigenten Heribert Esser stimmen überein: nicht das Tragische, Schwere wird hervorgehoben, sondern das Komödiantische, Leichte.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

Pygmalion, die Emanzipation und der Zweite Bildungsweg: L. Gilberts Film „Rita will es endlich wissen"

My Fair Lady, aber ohne Happy-End

Eine junge Frau begehrt auf. Sie will nicht länger jenes trostlose Leben führen, das ihre Herkunft aus dem Arbeitermilieu einer englischen Kleinstadt ihr gewissermaßen aufgedrängt hat, ein Alltagstrott voll dumpfer, trauriger Lieder, die abends im Pub an der Ecke von Menschen mit verhärmten Gesichtern gesungen werden. Am Tage versucht sie, mehr schlecht als recht, in einem Friseursalon ihre Kundinnen zu jenen Traumfrauen zu stilisieren, die sie so gerne wären. Doch der Job wird ihr zur Last. Rita, Ende zwanzig, seit Jahren in einer nicht gerade unglücklichen, aber doch ganz spannungslosen Ehe verankert, bricht aus, um noch einmal neu zu beginnen.

Sie meldet sich an der Universität Cambridge zu einem Abendkurs für Literatur an. Ihr Lehrer und Tutor wird Frank Bryant (Michael Caine), ein skurriler, resignierter Professor Mitte vierzig, der dem Whisky längst mehr zugetan ist als den Dichtern und dem die junge Frau mit ihrem Wissensdurst zunächst eher auf die Nerven fällt. Doch Rita macht verblüffende Fortschritte mit William Blake, mit Tschechow und Ibsen, mit Shakespeare und Shaw. Sie entdeckt das Theater und findet „Macbeth" eine „irre tolle Geschichte". „Dank Ihrer Hilfe", sagt sie ihrem Lehrer eines Tages, „fange ich endlich an, tief durchzuatmen." Von ihrem Mann läßt sie sich scheiden.



Zum ersten Mal meldet sie sich in einer Diskussion: Julie Walters als Rita in Lewis Gilberts Film FOTO. WARNER-COLUMBIA

„Rita will es endlich wissen", heißt dieser englische Film von Lewis Gilbert ein bißchen reißerisch in der deutschen Fassung. „Educating Rita" – so die Originalversion – war in England und Amerika ein Überraschungs-Hit. Die Hauptdarsteller Julie Walters und Michael Caine gewannen beide den British Academy Award und den amerikanischen „Golden Globe" der Auslandspresse, dazu je eine Oscar-Nominierung; eine weitere ging an den Dramatiker und Drehbuchautor Willy Russel, der das Stück 1980 im Auftrag der Royal Shakespeare Company geschrieben hat. Julie Walters brillierte als Rita schon zwei Jahre lang auf der Bühne des Londoner Warehouse Theatre. Im Film ist sie nicht weniger faszinierend: aufgedonnert und platinblond à la Marilyn Monroe am Anfang, auf hohen Hacken und im superkurzen Mini, dann immer schlichter und bescheidener werdend – mit natürlichen braunen Locken und ungeschminkt –, je mehr sie zu sich selber findet.

Es gibt viele Bezüge zu George Bernard Shaw in diesem Film, der schließlich nichts anderes als eine Pygmalion-Geschichte der achtziger Jahre erzählt. Er lebt, wie Shaws Stücke, von den spontanen, geistreichen Dialogen. Und natürlich von den schauspielerischen Leistungen der beiden Protagonisten. Alle übrigen Figuren bleiben vielleicht etwas zu sehr am Rande. Die Kamera verweilt fast exklusiv auf den Gesichtern von Rita und Frank, wenn sie sich gegenseitig ihre Lektionen in Sachen Leben geben.

Wahrscheinlich wäre das Ganze auch als Film ein gutes Konversationsstück geblieben, hätte Lewis Gilbert, bekannt bisher vor allem als Regisseur von Bond-Filmen wie „Moonraker" oder „Der Spion, der mich liebte", nicht zwischen die Soloparts seiner beiden Helden immer wieder Milieustudien geschnitten, die ganz vorzüglich sind: deftige Szenen aus Pubs und Bistros, aus Studenten-Discos und vom Campus von Cambridge. Meisterhaft fängt er das kleinbürgerlich-triste Ambiente von Ritas Zuhause ein und – nicht weniger deprimierend – das vor Phrasen geradezu berstende „intellektuelle" Milieu, in dem Frank verkehrt.

Julie Walters als Rita ist eine Eliza Doolittle, wie G. B. S. sie sah: eine neue Galatea, schnoddrig, direkt, ein bißchen vulgär, aber auch völlig unverbildet und von umwerfendem Charme. Michael Caine als desillusionierter Professor weicht dagegen erheblich von Shaw ab. Er ist viel gebrochener und schwieriger als der selbstverliebte Phonetiker Higgins, dessen Leidenschaft bekanntermaßen allein der Reinheit und dem Adel der englischen Sprache galt und der in Eliza hauptsächlich ein Versuchskaninchen für seine Sprachexperimente witterte.

Frank Bryant seinerseits, selber ein Schriftsteller, wenn auch keiner von Rang, möchte Rita nicht Bildung andressieren, sondern „ihre natürlichen Gaben kultivieren", getreu seiner Devise, die er oft genug in angetrunkenem Zustand seinen Studenten predigt: „Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Literatur gewinnt, aber doch Schaden nimmt an seiner Seele!" Solchen Schaden scheint Rita, die, ihrem gewohnten Milieu entrissen, oft nicht mehr genau weiß, wo sie wirklich hingehört, eine Zeitlang tatsächlich zu nehmen. Aber sie fängt sich schließlich und besteht ihr Universitätsexamen mit Glanz. Schlußapotheose – aber kein Happy-End!

Es ist nicht zuletzt eine Reverenz an den Dramatiker Shaw, wenn der Film dem romantischen Märchenschluß ausweicht, den der Zuschauer erwartet. Die erfolgreiche Emanzipation der Heldin wird nicht in den üblichen Hafen der Ehe zurückgenommen. „Unsere Einbildungskraft", meinte Shaw seinerzeit, „ist geschwächt durch die üble Abhängigkeit von der Massenware in Trödelläden, wo die Romantik ihre Vorräte an glücklichen Ausgängen verschleißt."

Im „Pygmalion" heiratet Eliza eben *nicht* – im Unterschied zu der berühmten Musical-Fassung – den verehrten Lehrer Higgins, sondern den jungen Aristokraten Freddy. Und bei Gilbert folgt Rita Frank *nicht* nach Australien, wohin er – nachdem er seinen Dekan im Suff beleidigt hat – für zwei Jahre strafversetzt worden ist. Sie begleitet ihn nur zum Flughafen. Eine erste und vorläufig gewiß auch letzte Umarmung. Rita und Frank begreifen, jeder für sich, wieviel sie einander verdanken. Aber ob ihre Wege sich jemals wieder kreuzen, bleibt offen.

„Educating Rita" ist ein Film, der den Charme der Intelligenz behutsam mit den Regungen des Herzens mischt, der Traurigkeit immer wieder mit Witz und Komik überspielt. Eine alte Geschichte? Wohl wahr. Aber glänzend neu erzählt.

DORIS BLUM

Kohouts „Das große Ahornbaumspiel" in Basel

Stasi-Spitzel unter sich

Das Basler Theater hat einen großen Erfolg zu verzeichnen, der sich international auswirken dürfte. Die Uraufführung des Stückes „Das große Ahornbaumspiel" ist auch eine mutige Tat. Geschrieben hat es Pavel Kohout, der in Wien lebende und am Burgtheater wirkende tschechische Emigrant. Es ist eine vehemente Satire auf die Zustände jenseits des Eisernen Vorhangs. Es könnte, so meint der Autor, in Prag, aber auch in Bukarest oder Sofia spielen, es ist höchst gesellschaftskritisch, freilich in einem anderen Sinn als dem, in dem das oft mißbrauchte Wort sonst auftaucht: nämlich gesellschaftskritisch gegen links.

Die Handlung spielt in den Büros eines östlichen Innenministeriums, genauer: in den Räumen des dort waltenden militärischen Geheimdienstes. Da mißtraut jeder jedem, da wird verdächtigt, bespitzelt und denunziert. Und alles nur, weil sich die Sicherheitsoffiziere so verdammt unsicher fühlen.

Eines Tages taucht ein alter Lehrer auf, Professor Farama, mit den Umgangsformen einer längst untergegangenen Zeit und einem unheimlichen Gedächtnis behaftet. Er glaubt, in einem der Offiziere einen ehemaligen Schüler entdeckt zu haben, der einst unter ihm das Abitur gemacht hat. Der aber leugnet verbissen, denn er hat sich immer als vaterloses Proletarierkind ausgegeben, um so schneller Karriere machen zu können. Sein Leugnen macht ihn verdächtig, für eine fremde Macht zu arbeiten. Er wird gefoltert und schließlich standrechtlich erschossen. Der Offizier, der das angeordnet hat, macht sich seinerseits verdächtig: er habe vorschnell gehandelt, um so vielleicht einen Zeugen eigener Missetaten aus dem Weg zu schaffen. Er wird verhaftet und erschießt sich. Und so geht es weiter, bis schließlich sogar die Innenministerin, die sowieso durch ihre erotischen Bedürfnisse und ihren luxuriösen Lebenswandel aus dem Rahmen fällt, umgebracht wird, nebst dem ihr ergebenen Staatssekretär.

Immer dazwischen der alte Professor, der in eine Art Schutzhaft genommen worden ist, zusammen mit seinem Lieblingspapagei, der ständig verhört wird und Geschichten erzählt, die niemanden klüger werden lassen, das Publikum eingeschlossen. Am Schluß ist einer der intrigierenden Offiziere, der ehemalige Oberleutnant Tatarescu, neuer Innenminister, und ein neuer, von ihm ernannter Untersuchungsrichter beginnt, den schon entlassenen Professor aufs neue zu verhören. Man darf vermuten, daß auch diesmal nichts herauskommen wird.

Der Titel des Stückes stammt von einem im Tschechenland populären Abzählspiel für Kinder. Der Professor veranstaltet es einmal mit den befremdeten Soldaten, Offizieren und Beamten des Sicherheitsdienstes, das sei nach seiner Meinung die beste Methode, die Wahrheit – welche Wahrheit? – herauszubringen. Hier wird Kohouts Satire leider zur Posse, die einige Striche vertrüge. Überhaupt wäre gegen Schluß – das Stück dauert fast drei Stunden – zu raffen. Es wiederholt sich alles immer wieder; freilich, es *muß* sich ja auch wiederholen.

Ein weiteres Problem der theatralischen Umsetzung ergibt sich daraus, daß das Stück ursprünglich ein Filmdrehbuch war. Was im Film ein simpler Schnitt ist, erfordert hier Vorhang, Blackout, jedenfalls Aufwand. Dennoch: Die vielen Szenen glaubhaft miteinander zu verbinden ist den Baselern gut gelungen, dank des Regisseurs Wolfgang Quetes, der glänzende Arbeit geleistet hat.

Gespielt wird ausgezeichnet – eine Ensembleleistung im besten Sinne des Wortes. Am stärksten wohl der Außenseiter, der alte, schuldig-unschuldige Professor von Friedrich Kutschera. Und der „Sieger" der Metzelei, der Oberleutnant Tatarescu, der immer sanfte und gerade dadurch so gefährliche Jürgen Rohe. Tosender Beifall. CURT RIESS

Recklinghausen: Bilder vom Wald aus 200 Jahren

Waldeslust statt Ökofrust

Die Deutschen haben nicht nur den Affen erfunden (wie ein russisches Sprichwort behauptet), sondern auch den Wald. Natürlich nicht den wirklichen, der heimische Flure und ferne Lande bedeckt, sondern den Wald als Synonym für verquere Gefühle, als Reizwort der Wirklichkeitsflucht. Der Teutoburger Wald ist so zu einem wahrhaft teutonischen stilisiert worden, und jene, die Wald und Flur zertrampeln, um ihre „Solidarität" mit einem gefährdeten Baum fernsehgerecht aufzubereiten, können auf eine ganze Ahnenreihe – meist naturfremder Städter – zurückblicken, die am warmen, holzscheitbeheizten Kamin vom Waldweben raunen und das Hohelied der ungebändigten Natur anstimmen.

Wenn sich die Ruhrfestspiele, schon immer dem „Progressiven" verpflichtet, Eichendorffs Zeile „Wer hat Dich, Du schöner Wald . . ." als Motto ihrer Kunstausstellung wählen, dann scheint ein weiteres Kapitel grün-grimmiger Waldexegese zu drohen. Doch die Wirklichkeit – der Kunst und der in der Kunsthalle Recklinghausen – belehrt schnell eines Besseren. Zwar ist es nicht so, daß der politische Zeigefinger bei den Vorbereitungen zu keiner Zeit eine Chance gehabt hätte. Der Katalog präludiert das Thema schließlich bedeutungsschwer mit Brecht und Marcuse, mit Wilhelm Liebknecht, Ernst Bloch und Georg Lukács. Auch Ernst Jünger, Martin Heidegger und Rilke werden zu theoretischen Frondiensten zitiert. Aber die Kunstpraxis erweist sich als unwillig. Die Bildbeispiele – der billige Reim sei erlaubt – künden von Waldeslust statt Ökofrust.

„Die Ausstellung will versuchen, durch Bildbeispiele aus zwei Jahrhunderten den Wandel im Verhältnis des Menschen zur Natur, seines Verhaltens in der Natur und seines Umgangs mit Natur aufzuzeigen; sie will zeigen, wie das Naturgefühl in diesem Zeitraum schwankt zwischen Anbetung und Ausbeutung; sie will verdeutlichen, daß (das) stets gesellschaftlich bedingt ist", verkündet programmatisch der Katalog. Doch die Gemälde, Zeichnungen und Graphiken geben das nicht her. Sie verweigern sich dieser „Ausbeutung".

Statt dessen herrschen die schönen Bilder vor, die romantischen Landschaften, durch allerhand Personenstaffage domestiziert. Corot, Kersting, Cézanne, Diriks oder Macke liefern die Beispiele dafür. Es fehlen auch die Märchenwälder nicht (von Schwind, Oberländer, Pleuer), die mythisch überhöhten Winterlandschaften (bei Carus und C. D. Friedrich) oder die Porträts von „Baumpersönlichkeiten" (bei Dahl, Wilhelm Busch, Otto Modersohn, Cimiotti). Und da, wo ein Baum kahle Äste, scheinbar die Umweltzerstörung anklagend, in den Himmel reckt, lehrt der Vergleich mit älteren Beispielen (besonders mit C. D. Friedrich), daß das, was so aktuell scheint, zum malerischen Topos Einsamkeit gehört und nichts mit gegenwärtigen Malaisen zu tun hat.

Die aber verstehen die Künstler offenbar nicht zu artikulieren – es sei denn plakativ. Der vermickerte Baum vor dunstig dräuender Ruhrgebietskulisse von Jürgen Waller oder HA Schults Objektkästen illustrieren das Waldsterben nur marktgerecht aus zweiter Hand. Nikolaus Langs riesiger Abdruck einer Baumrinde mit den Gängen des Borkenkäfers sind dekoratives Kunstgewerbe. Und Bernard Schultzes „Migof" oder Timm Ulrichs Objekte mit kleinen Bäumchen haben mit dem Wald alles oder auch nichts zu tun. Wie man sieht: Der Wald in der bildenden Kunst ist ein faszinierendes Thema. (Bis 24. 6., Kat. 18 Mark) PETER DITTMAR

KULTURNOTIZEN

Der Kölner Kulturausschuß hat die Übernahme des Archivs von Heinrich Böll beschlossen. Dafür erhält dieser oder seine Erben 20 Jahre lang ein monatliches Entgelt; die Summe für den gesamten Zeitraum beläuft sich auf etwa 2,4 Mio. Mark.

Die Bundeshauptstadt und das Bundespresseamt haben die Drehkosten von 70 000 Mark für den Bonn-Film von Michael von Lingen übernommen, der bei Ausstellungen und in den Goethe-Instituten gezeigt werden soll.

Die „Geschichte Preußens von Königsberg bis Weimar im Spiegel von Orden und Ehrenzeichen" dokumentiert eine Ausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen auf Schloß Ellingen (bis 30. Mai).

Ludwigshafen hat zur Feier des 125jährigen Jubiläums der Verleihung der Stadtrechte durch Maximilian II. ein neues Stadtmuseum eingerichtet.

Der französische Violinvirtuose Joseph Calvet ist in Paris im Alter von 86 Jahren gestorben.



Der Baum als Persönlichkeit: „Wintertag an der Elbe" (1884) von J. C. C. Dahl, aus der Recklinghäuser Ausstellung FOTO: FERDINAND ULLRICH

JOURNAL

Opernfund in London: Donizettis „Elisabetta"

Bth. London

Ein Sensationsfund auf dem Notenspeicher der Londoner Covent Garden Opera beschert der Welt eine „neue" Donizetti-Oper. Es handelt sich um die Noten zum ersten und dritten Akt einer Oper mit dem Titel „Elisabetta", einer Bearbeitung der 1827 für Neapel komponierten „Otto Mesi in Due Ore", Opera romantica nach Sophie Cottins Roman „La fille d'exilé". Donizetti hat diese Oper mehrfach bearbeitet, offenbar auch für die Pariser Opéra, an der kürzlich aus demselben Werk einige Arien und Skizzen aus dem zweiten Akt auftauchten. Das jetzt vorhandene Material soll ausreichen, eine Aufführungspartitur zu erstellen. Bisher galt das Werk sowohl in seiner Urfassung als auch in seinen Bearbeitungen als verschollen, die London / Pariser Version unter dem Titel „Elisabetta" wird durch die Funde erstmals verifiziert.

Sowjetische Filmemacher zur Linientreue gemahnt

AFP, Moskau

Zur ideologischen Linientreue haben Partei und Regierung die sowjetischen Filmemacher gemahnt. In einer entsprechenden Resolution heißt es, die Regisseure vernachlässigten häufig gesellschaftlich relevante Themen zugunsten „imaginärer Konflikte" und „kleiner Zwiste". Die Filmer wurden dazu aufgerufen, sich „der Lösung der komplexen Probleme der kommunistischen Erziehung" zu widmen, „den Kern des gegenwärtigen Imperialismus zu enthüllen und den ideologischen Feind zu demaskieren".

Kunstausstellung in den Bahnhofshallen

AP, Paris

Eine Kunstausstellung wird den rund 200 000 Reisenden, die täglich den Pariser Ostbahnhof benutzen, und den 2000 dort Beschäftigten bis Ende Mai geboten. In den Bahnhofshallen werden 84 Gemälde der „Neuen Figurativen" präsentiert. Unter den 80 Malern sind die bekanntesten Vertreter dieser neuen französischen Kunstrichtung, wie Cueco, Chambas, Aillaud, Taule und Rancillac. Die Ausstellung wurde von der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF in Zusammenarbeit mit dem Kulturministerium organisiert.

Shakespeare: Kurosawa verfilmt „König Lear"

AFP, Tokio

Der japanische Regisseur Akira Kurosawa, Autor einer eindrucksvollen „Macbeth"-Adaption, wird in Kürze mit der Verfilmung eines weiteren Shakespeare-Stückes beginnen, dem „König Lear". Für die 10,6 Millionen-Dollar-Produktion, die die Fabel in das feudalistische Japan des 16. Jahrhunderts transponiert, sind 210 Drehtage und für die Schlachtenszenen am Fuße des Fudschi nicht weniger als 4000 Pferde vorgesehen. Sein neues Projekt mit dem Namen „Ran" (Chaos) definierte der 74jährige Regisseur als sein „Lebenswerk", in das er „alle Energie stecken wird, die ihm noch verbleibt".

Aspen-Institut jetzt auch in Italien

dpa, Rom

Das in den USA beheimatete Aspen-Institut, dessen Ableger in Berlin kürzlich seinen zehnten Geburtstag feierte, ist jetzt auch in Rom und Venedig vertreten. Die italienische Niederlassung des mit Privatspenden finanzierten Instituts für Humanistische Studien, das vor 35 Jahren in Aspen, Colorado, gegründet wurde, ist der zweite europäische Sitz dieser internationalen Kultureinrichtung.

Restauriertes Geburtshaus des Deutschlandlieddichters

AP, Wolfsburg

Mit einem Kostenaufwand von fast acht Millionen Mark ist das Geburtshaus des Autors des Deutschlandliedes, August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, im Wolfsburger Stadtteil Fallersleben wiederhergerichtet worden. Das 380 Jahre alte Fachwerkhaus war 1980 durch einen Brand zum Teil zerstört worden. Auch das Geburtszimmer, in dem der Dichter 1798 zur Welt kam, ist in seiner ursprünglichen Form wiederhergestellt worden.

Graphische Arbeiten von Christoph Meckel

DW, Reutlingen

Seine Bildwelt ist freundlicher geworden. Statt dumpfer Farben und düsterer Ereignisse herrschen jetzt Helligkeit und eine seltsam fröhliche Vegetation in den Zeichnungen des Dichters und Graphikers Christoph Meckel vor. Das macht die Ausstellung mit Zeichnungen und Radierungen von Meckel, die von der Hans-Thoma-Gesellschaft im Reutlinger Spendhaus gezeigt wird, deutlich. Sie ist bis zum 20. Mai geöffnet. Der Katalog kostet 20 Mark.

Nur ein „halber Sieg“ für Vietnam-Veteranen

Von ERNST HAUBROCK

Seit sechs Jahren war der Prozeß in Vorbereitung: Einer der größten, kompliziertesten und langwierigsten Schadensersatzverfahren in der US-Rechtsgeschichte wurde erwartet. Prozeßakten, tonnenschwer, füllten eine ganze Lagerhalle. Erbitterte Polemik zwischen den Parteien drang in Zeitungsspalten und Fernsehsendungen nach draußen. Doch am Montag, wenige Stunden bevor das Hauptverfahren im Fall Agent Orange vor einem New Yorker Bundesbezirksgericht endlich eröffnet werden sollte, endete der Prozeß-Marathon, bevor es wirklich begonnen hatte: Per vorläufigem außergerichtlichen Vergleich erklärten sich die sieben beklagten amerikanischen Chemieunternehmen zur sofortigen Zahlung einer Rekordsumme bereit: 180 Millionen Dollar, die durch Zinserträge auf 250 Millionen Dollar (690 Millionen Mark) anwachsen wird, für die rund 140 000 ehemaligen Vietnam-Soldaten, die in einer Gruppenklage das Verfahren erzwungen hatten.

Mit Agent Orange wurden wegen der orangefarbenen Kennzeichnung der Behälter drei leicht unterschiedliche Pflanzenvernichtungsmittel bezeichnet, die von den US-Streitkräften in den Jahren zwischen 1961 und 1970 aus Spezialflugzeugen und -hubschraubern über Vietnam versprüht wurden. Mindestens 60 Millionen Liter Agent Orange gingen damals über den Dschungeln und Reisfeldern Indochinas nieder, um dem Gegner Deckung und Nahrung zu nehmen. Der Erfolg der umstrittenen Sprühaktion blieb gering, aber schon bald nach der Heimkehr von Vietnam-Veteranen häuften sich unter ihnen rätselhafte Erkrankungen: Hautausschläge, Depressionen, verschiedene ungewöhnliche Krebsarten, die mehrfach tödlich verliefen. Kinder von Veteranen kamen in überdurchschnittlich hoher Zahl mit Mißbildungen zur Welt.

Im Juni 1978 brachte der ehemalige Hubschrauber-Kommandant des US-Heeres Paul Reutershan den Stein ins Rollen. „Ich leide an Leberkrebs, weil ich durch Schwaden von Agent Orange fliegen mußte“, erklärte er und reichte Klage gegen die Hersteller des Pflanzengiftes ein. Inzwischen war bekannt geworden, daß zumindest eins der damals als für den Menschen harmlos bezeichneten Entlaubungsmittel das gefährliche Gift Dioxin enthielt. (Weil Spuren von Dioxin auf Müllkippen, im Wasser und auf Straßenbelägen gefunden wurde, mußten in den letzten Jahren in den USA die Bevölkerung mehrerer Wohnbereiche und einer ganzen Ortschaft evakuiert werden.)

Ein halbes Jahr nach Einreichung seiner Klage war Reutershan tot. Sein Anwalt focht in der Sache weiter. Hunderte von ehemaligen Soldaten meldeten sich bei ihm, die in Vietnam mit Agent Orange in Berührung gekommen waren. Unter den 2,8 Millionen Vietnam-Veteranen in den USA, Australien und Neuseeland brach fast eine Panik aus, als ihr Verband den Fall Agent Orange groß an die Öffentlichkeit brachte. Während die staatliche Veteranenfürsorge 170 Millionen Dollar für die Behandlung möglicher Agent-Orange-Folgekrankheiten ausgab, ließen sich 140 000 ehemalige Soldaten sowie einige ihrer Ehefrauen und Kinder als Agent-Orange-Opfer registrieren.

Bei rund 15 000 von ihnen sind die Erkrankungen besonders akut. Sie sind die ersten denen Gelder aus dem Vergleich zugutekommen sollen. Die sieben beklagten Chemieunternehmen, darunter der Großkonzern Dow Chemical, haben bisher jede Verantwortlichkeit bestritten, obwohl sich in den letzten Jahren der Verdacht verdichtete, daß die Gefährlichkeit des verwendeten Giftes Dioxin schon damals bekannt war. Auch in der Vergleichsvereinbarung wird keine Schadensersatzverpflichtung zugestanden.

In der Hauptverhandlung sollten neun „Repräsentationskläger“ auftreten, schwerkranke Veteranen und drei Kinder, die mit Mißbildungen zur Welt kamen, unter ihnen die Tochter eines ehemaligen Soldaten mit 22 schweren Geburtsfehlern: fehlende Knochen, Muskeln und Nerven, ein fehlender Anus und ein Loch im Herzen. Vom Auftritt der Opfer mußten Schockwellen durch Amerika erwartet werden. So ist wohl die unerwartete Vergleichsbereitschaft der Beklagten zu verstehen.

Zahlreiche Veteranen empfinden den Vergleich nur als halben Sieg. James Sparrow, Direktor des Verbandes „Agent Orange Victims International“: „Wir wollten die Öffentlichkeit mit dem Prozeß darüber informieren, was die Chemieunternehmen getan haben. Dazu wird es nun nicht kommen.“

Bundesbzirksrichter Jack Weinstein will seine Zustimmung zu dem Vergleich vom Ergebnis einer öffentlichen Anhörung abhängig machen, in der entschieden werden soll, ob die Höhe der freiwilligen Zahlung ausreichend und „fair“ ist. (SAD)

Panik nach schwerem Beben in Italien

AP, Rom

Bei einem starken Erdbeben und mehreren Nachbeben im mittleren und südlichen Italien sind in der Nacht zu Dienstag drei Menschen ums Leben gekommen und mindestens 80 verletzt worden. Von dem Beben wurden Hunderte von Gebäuden beschädigt. Epizentrum des Bebens, das die Stärke acht auf der zwölfteiligen Mercalli-Skala hatte, war das Gebiet von San Donato Val Comino in den Abruzzen. Von dort erstreckten sich die Erschütterungen, die sogar noch im weit entfernten Perugia verspürt wurden, bis nach Neapel. Die Bewohner des Erdbebengebietes flüchteten zu Tausenden auf die Straßen. In den am heftigsten erschütterten Gebieten verbrachten Tausende aus Angst, ihre Häuser könnten einstürzen, die Nacht im Freien. In den ersten Stunden nach dem Stoß war eine Katastrophe großen Ausmaßes befürchtet worden. Die Italiener erinnerten sich an das Beben vom 23. November 1980, bei dem in Neapel und Umgebung fast 3000 Menschen ums Leben kamen. Auch damals war in den ersten Meldungen nur von Verletzten die Rede gewesen.

Rettungaktion: 7 Tote

rtr, London

Bei einer mißglückten Seenotrettungsaktion in riesigen Sturmwellen an der englischen Nordseeküste sind gestern sieben Menschen ertrunken. Vier Fischer kamen um, als ihr Boot gegen einen Felsen schlug. Drei Männer, Angehörige einer Suchmannschaft, ertranken, als ihr Boot kenterte.

Kopftuch-Kodex

dpa, London

Die 50 weiblichen Angestellten der „Bank Melli Iran“ in London – fast alle Engländerinnen – müssen sich seit gestern nach dem Sitten-Kodex des iranischen Regimes kleiden und ein Kopftuch tragen, wenn sie nicht entlassen werden wollen. Die Frauen seien „ziemlich aufgebracht“, erklärte ein Gewerkschafts-Sprecher und kündigte einen Streik an. Allen Mitarbeiterinnen sei geraten worden, sich an einen Anwalt zu wenden.

Todesurteil

AFP, Peking

Wegen Kunstdiebstahls ist ein chinesischer Oberschüler zum Tode verurteilt worden. Die Vollstreckung des Urteils wurde zwei Jahre ausgesetzt, da Xu Fandi zum Zeitppunkt der Tat noch keine 18 war. Er war für schuldig befunden worden, wertvolle Grabbeigaben aus der Han-Dynastie geraubt zu haben.

Im Schacht überlebt

AP, Genf

Sechs Tage lang hat in Genf der 15jährige Daniel Serrano in einem acht Meter tiefen Brückenschacht ohne Nahrung oder Wasser eingeklemmt überlebt. Ein Inspektionstrupp der Genfer Stadtwerke fand den Jungen per Zufall. Er war auf dem Weg zum Angeln in den Schacht gefallen und wäre nach Ansicht von Ärzten an Wasserverlust gestorben, hätte er nicht seinen eigenen Urin getrunken.

ZU GUTER LETZT

„Psychoanalyse für Kuckucksuhren“ Hinweis im Schaufenster eines New Yorker Uhrmachers

LEUTE HEUTE

Befangen

Der Rauschgift-Prozeß gegen die Rocksängerin **Geraldine Blecker** (38) vor dem Frankfurter Landgericht muß nach knapp 20 Monaten Verhandlungsdauer neu aufgerollt werden. Ein Befangenheitsantrag der Verteidigung gegen die drei Richter hatte Erfolg. Die Engländerin sitzt mehr als zweieinhalb Jahre in Frankfurt in Haft, nachdem sie am 27. Oktober 1981 mit etwa einem Gramm Kokain in der Handtasche auf dem Flughafen festgenommen worden war.

Alkoholproblem

Der US-Schauspieler **Robert Mitchum** (66, Foto) hat sich in das südkalifornische „Betty Ford Center“ einweisen lassen, um seine Alkoholsucht



behandeln zu lassen. In der gleichen Klinik waren auch **Elizabeth Taylor**, der Sänger **Johnny Cash**.

Rennsüchtig?

Autorennen seien für ihn wie eine Droge, gestand jetzt vor Journalisten der österreichische Grand-Prix-Fahrer **Niki Lauda**. Er ertrage den „Rhythmus des normalen Lebens“ nicht. Deshalb könne ihn nicht einmal seine Frau **Marlene** zum Rücktritt bewegen.

Im Zentrum der Hoffnung bleibt die „Black Box“ geschlossen

Wissenschaft und Industrie hoben in München das vierte deutsche Genzentrum aus der Taufe

PETER SCHMALZ, München

Franz Josef Strauß ist ein „Überzeugungstäter“: Aus tiefstem Herzen kommen seine seit geraumer Zeit an allen wichtigen Orten der Alten Welt vorgetragenen Mahnungen, die Europäer mögen sich in der Mikroelektronik und in der Gentechnik, nach Meinung des CSU-Chefs die wissenschaftlich und ökonomisch wichtigsten Felder des ausgehenden Jahrtausends, nicht von Amerika und Japan abhängen lassen.

Den Worten ließ er Taten folgen: Als erste deutsche Parlamentarier diskutierten die bayerischen CSU-Landtagsabgeordneten bei einem Hearing die Problematik der Biotechnik, gestern wurde in München das vierte deutsche Genzentrum (nach Berlin, Köln und Heidelberg) als Gemeinschaftswerk der Münchner Universität, der Max-Planck-Gesellschaft und einiger wichtiger Industriefirmen gegründet. „Ich habe gelegentlich in die Speichen gegriffen, damit das Rad der Entwicklung sich etwas schneller fortbewege“, umriß Strauß seinen Einsatz für die Gentechnologie, die „schon bald unser Leben wesentlich bestimmen und verändern wird“.

16 Millionen Mark gibt bis 1987 das Bundesforschungsministerium, sechs Millionen Mark steuern die Firmen Hoechst und Wacker Chemie bei, die jährliche Miete von 250 000 Mark für das neue Labor zahlt der bayerische Staat. Mit diesem Geld sollen Wissenschaftler von fünf Universitätsinstituten in einen Bereich vorstoßen, den die einen als Eingriff des Menschen in die Schöpfung fürchten, die anderen als das Tor zu einer schöneren Welt sehen.

Strauß sprach gestern von einem „Prozeß der Versöhnung von Natur und Technik“, der sich bei dieser Forschung abzeichnet, und von der Notwendigkeit, „gänzlich neue Denkbahnen zu finden“. Neue Bakterien sollen entwickelt werden, die Abwässer von Giften reinigen und ganze Ölteppiche wegfressen können. Neue Pflanzen mit höherem Nährwert könnten den Hunger bändigen; Genmanipulationen könnten Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge resistent und den Einsatz von Giftstoffen überflüssig machen.

Schon arbeiten Gen-Wissenschaftler an der Entwicklung von Toxinen, die Krebszellen im menschlichen Organismus töten. Der Münchner CSU-Abgeordnete Erich Schosser meinte nach dem Münchner Gen-Hearing optimistisch: „Die ganz große Hoffnung, daß es eines Tages gelingen könnte, die Geißel Krebs zu beherrschen, erscheint nicht mehr ohne Grund.“

„Für den Laien und den Kenner gleichermaßen“, meinte gestern Professor Ernst-Ludwig Winnacker, Leiter des neuen Zentrums, „geht von der Gentechnologie eine Faszination aus, die wohl damit zu tun hat, daß diese Wissenschaft wie keine andere die inneren Zusammenhänge in Organismen und Zellen zu verstehen und zu verändern erlaubt und damit an das Leben selbst zu rühren scheint.“ Der Biochemiker bemühte Sophokles zum Versuch der Grenzbeschreibung seiner Wissenschaft: „Ungeheuer ist viel, und nichts ungeheurer als der Mensch.“

Winnacker sieht sich mit seiner Forschung an einer Grenze, die keinesfalls überschritten werden dürfe: „Es steht außer Frage, daß wir zwar weiterhin alles entdecken dürfen, aber vielleicht nicht immer alles damit tun sollten“, versicherte er bezogen auf die Manipulationen an den Keimzellen des Menschen. Diese „Black Box“ werde nicht geöffnet.

Aber auch der Aufbruch zu großen Taten wird meist begleitet von kleinen menschlichen Schwächen. Und so spricht man in Münchner Universitätskreisen im Zusammenhang mit dem Genzentrum mit erkennbarer Genugtuung von einem Erfolg der Universität über die Wissenschaftler der Max-Planck-Gesellschaft: Das Zentrum ist eine universitäre Einrichtung, nur mangels Platz zieht man vorübergehend in die Max-Planck-Räume westlich von München, wo räumlich nahe, aber organisatorisch getrennt eine eigene Max-Planck-Gruppe auf Genforschung angesetzt wird.

Vor der Öffentlichkeit wird die Gemeinsamkeit beschworen, unter Universitätsprofessoren aber wird nicht ohne Schadenfreude darüber spekuliert, daß der ruhmreichen Max-Planck-Gesellschaft, die sich lange Zeit allein um das Genzentrum bemüht hat, unter dem mit Neid betrachteten öffentlichen Geldsegen nun doch der wissenschaftliche Biß verloren gehe. Man sieht's nicht ungern an der Alma mater und bleibt Mensch, auch wenn man sich aufmacht, die Natur zu verändern ...

Vom Gefängnis ins Europäische Parlament?

Italiens Radikale wollen Showmaster „freiwählen“ lassen

KLAUS RÜHLE, Rom

Italiens populärer Showmaster Enzo Tortora, der unter dem Verdacht der Zugehörigkeit zur neapolitanischen Camorra und des Drogenhandels vor fast einem Jahr verhaftet wurde, hat die Chance noch vor einem Verfahren wieder auf freien Fuß zu kommen: Die Radikale Partei stellte ihn als Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament auf. Wird er gewählt, würde er



Enzo Tortora: Parlament statt Gefängnis

umgehend Immunität genießen. Diese könnte nur von dem Straßburger Abgeordnetenhaus selbst aufgehoben werden.

Tortora hat das Angebot der Radikalen Partei „im Namen der 28 000 italienischen Bürger, die sich in Untersuchungshaft befinden“, angenommen. Angesichts seiner Popularität und der vielen Fans, die von seiner Unschuld überzeugt sind, ist es nicht einmal so unwahrscheinlich, daß er auch in das Parlament einzieht. Zahlreiche Anträge seiner Verteidiger, ihn nach so langer Untersuchungshaft gegen Kaution auf freien Fuß zu setzen, wurden jedoch bisher abgelehnt. Aus Gesundheitsgründen wurde allerdings vor einigen Wochen die Gefängnishaft in Hausarrest umgewandelt.

Mit der Nominierung Enzo Tortoras wollen die Radikalen „die große Schlacht gegen die Barbarei der Präventivhaft“ fortsetzen. Vergangenes Jahr hatte die Parteiführung Pech, als sie den Inspirator des roten Terrorismus, Toni Negri, als Kandidaten für die italienischen Parlamentswahlen aufstellte und so dessen Freilassung nach jahrelanger Untersuchungshaft erwirkte. Als die Abgeordnetenkammer einige Wochen nach den Wahlen die Immunität Negris aufhob, floh der ins Ausland, obwohl er der Parteileitung versprochen hatte, den Ausgang des Prozesses abzuwarten.

Die Nominierung Enzo Tortoras hat nun heftige Diskussionen in der Öffentlichkeit ausgelöst. Die Massenmedien sind sich darüber einig, daß eine Reform des italienischen Strafrechts notwendig ist, um Tausenden von vielleicht unschuldigen Angeklagten das jahrelange Warten auf den Prozeß und die damit oft verbundene U-Haft zu ersparen, um so mehr, als der Staat für die zu Unrecht verbüßte Untersuchungshaft keine Lira Haftentschädigung zubilligt. Andererseits beklagen Blätter, wie der „Corriere della Sera“ den Mißbrauch der parlamentarischen Immunität durch die Radikale Partei. Sie falle damit der Justiz in den Arm – eine Ansicht, der sich die anderen Parteien anschließen.

WETTER: kühl und regnerisch

Wetterlage: Zwischen einem Hoch über den Britischen Inseln und einem Tief über dem Bottnischen Meerbusen fließt Meeresluft polaren Ursprungs nach Deutschland. Sie gerät hier unter Hochdruckeinfluß zur Ruhe. Nur der Norden und Nordosten werden von einer Randstörung gestreift.



Vorhersage für Mittwoch

Bundesgebiet und Berlin: Im größten Teil Deutschlands heiter und trokken, nur im Norden und in Berlin Durchzug von stärkerer Bewölkung und örtlich etwas Regen. Tageshöchsttemperaturen zwischen 8 Grad im Norden und 13 Grad im Südwesten. Nachts recht frisch mit Tiefsttemperaturen zwischen 0 und 4 Grad, in ungünstigen Lagen geringer Frost. Schwacher bis mäßiger, an der See zum Teil frischer Nordwind.

Weitere Aussichten

Bei wenig geänderten Temperaturen im Süden freundlich, im Norden leicht unbeständig.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	9°	Kairo	23°
Bonn	9°	Kopenh.	10°
Dresden	8°	Las Palmas	20°
Essen	8°	London	9°
Frankfurt	8°	Madrid	13°
Hamburg	11°	Mailand	19°
List/Sylt	11°	Mallorca	18°
München	4°	Moskau	24°
Stuttgart	5°	Nizza	19°
Algier	20°	Oslo	8°
Amsterdam	10°	Paris	8°
Athen	20°	Prag	8°
Barcelona	16°	Rom	18°
Brüssel	8°	Stockholm	6°
Budapest	14°	Tel Aviv	24°
Bukarest	22°	Tunis	23°
Helsinki	4°	Wien	8°
Istanbul	14°	Zürich	6°

* **Sonnenaufgang am Donnerstag:** 5.39 Uhr, Untergang: 20.59 Uhr.

Mondaufgang: 14.40 Uhr, Untergang: 4.09 Uhr.

* in MESZ, zentraler Ort Kassel.

Leones Traum von Gewalt wird zur Trilogie

M.v.SCHWARZKOPF, Cannes

Der gewichtige ältere Herr, der mit müden Schritten die prächtige Villa eines amerikanischen Senators verläßt, ohne seinen Auftrag, den Mord an dem Politiker, erfüllt zu haben, hat zwar nur eine vage Ähnlichkeit mit Robert de Niro – aber er ist es. Die Kunst des Maskenbildners ließ ihn nun um 30 Jahre altern. Das Gewicht aber, das der Schauspieler mit sich herumschleppt, ist auf eigenem Futter gewachsen. Wie schon einmal für Martin Scorceses Boxerfilm „Wie ein wilder Stier“ mußte de Niro auch für seinen jüngsten Film mehr als nur eine Handvoll Kilos zulegen, die er sich mit Hilfe von Pfannkuchen und Bier anfutterte.

Doch für diesen Film war de Niro alles recht. Denn Rollen wie die des Gangsters „Noodles“ in dem Epos „Es war einmal in Amerika“ sind dünn gesät – und Regisseure wie der italienische Meister des Italo-Western, Sergio Leone, ebenfalls. In den sechziger Jahren hatte Leone mit Western wie „Für ein paar Dollar mehr“ und „Spiel mir das Lied vom Tod“ den goldenen Mythos vom freien, edlen Wilden Westen stark angekratzt. Seine „Spaghetti-Western“ bildeten den Schlußpunkt dieses Genres, das seit den siebziger Jahren nur noch vor sich hindämmert, gelegentlich nur aus seinem Winterschlaf durch gewaltige Fehlschläge wie „Heaven's Gate“ herausgerissen.

Auch Leone hat seit den frühen siebziger Jahren keine Western mehr gedreht. Und sein jüngster Film, mit dem er nach 12 Jahren Schweigen in das Licht der Öffentlichkeit zurückkehrt, spielt nicht mehr auf staubigen Steppen unter gleißender Sonne, sondern in den Slums von New York und den Luxushotels von Miami Beach. Mit dem Streifen „Es war einmal in Amerika“, der die Geschichte einer Bande jüdischer Gangster über 50 Jahre hinweg verfolgt, will Leone seine große Amerika-Trilogie abschließen. „Spiel mir das Lied vom Tod“ und „Todesmelodie“ waren der erste und zweite Teil dieses Versuches, den Mythos Amerika in einem neuen Licht zu zeigen.

Leone dazu: „Die Mythen sind über die Leinwand zu uns gekommen, von Humphrey Bogart bis zu John Ford, dann die Literatur von Ernest Hemingway bis zu John Dos Passos, von Dashiell Hammett bis zu Raymond Chandler. Sie haben uns mehr beeinflußt als die Wirklichkeit, in der wir lebten.“ Daß in seinen Augen der amerikanische Traum ein Traum von Gewalt war, hat Leone schon in seinen Western verdeutlicht. Eine Geburt sei immer ein gewaltsamer Vorgang, sagte er einmal. „Wieviel Gewalt braucht da erst die Geburt einer ganzen Nation“.

Die Idee zu dem Film kam Leone, als er einen Schundroman mit dem Titel „Hoods“ las. Lange Zeit hatte der Regisseur nach dem Stoff gesucht, mit dem er seine Saga von Amerika beenden könne. Der Roman eines Mannes namens Harry Gey (Leone: „Was natürlich ein Pseudonym ist“) lieferte ihm die Basis für den Film. Erzählt wird vom Leben, Rauben, Morden, Lieben und Sterben einer Gruppe von Freunden, die gemeinsam in Brooklyn aufwächst, gemeinsam Verbrechen begeht und gemeinsam, bis auf zwei, im Kugelhagel der New Yorker Polizei stirbt. Das Dasein der beiden Überlebenden ist geprägt von Schuldgefühlen. Denn auch Schuld und Sühne gehören zu Leones großen Themen. Nach seiner Meinung gibt es das absolut Böse ebensowenig wie das vollkommmen Gute. Und weil es das Prinzip Sühne gibt, kann auch das Böse nicht allmächtig sein.

Für Robert de Niro und James Woods, der vielen Zuschauern noch aus „Holocaust“ lebhaft in Erinnerung sein wird, waren die sechsmonatigen Dreharbeiten unter der Regie Leones in Italien, Kanada und den USA der Höhepunkt ihrer bisherigen Laufbahn. Und gewiß war es der bislang teuerste Film, in dem beide Schauspieler mitgespielt haben. Mit seinen fast 40 Millionen Dollar Drehkosten liegt das Werk, von dem es Fassungen in vier verschiedenen Längen zwischen sechs und zwei Stunden gibt, nur knapp unter Francis Ford Coppolas „Apocalypse Now!“.

Robert de Niro ist inzwischen dank einer eisernen Diät wieder rank und schlank. Bei den diesjährigen 37. Filmfestspielen in Cannes, wo „Es war einmal in Amerika“ in der vierstündigen Version in einer Galavorstellung gezeigt wird, will er sich in alter Form seinen Fans präsentieren. Am 1. Juni läuft das gewaltige Drama um Liebe, Tod und Freundschaft in den USA an. In deutsche Kinos soll es im Herbst kommen.